

Beteiligungsbericht



Soziale Region

BildungsRegion

Nachhaltige Region

Aktive Region

zum 31. Dezember 2018

Herausgeber

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
S 80 | Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon 0241/5198-2318
E-Mail hermann.fuchs@staedteregion-aachen.de
Internet www.staedteregion-aachen.de/beteiligungen

Verantwortlich Hermann Fuchs
Redaktion/Text S 80 | Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
Gestaltung StädteRegion Aachen, Druckerei
Druck StädteRegion Aachen, Druckerei
Bezeichnung s 80/beteiligungsbericht 09.19
Bilder © erwin wodicka, avant-ralf poller, vrd, thaut Images, daniel ernst, bartholomäus, photocd, jas/stock.adobe.com

Stand September 2020

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| Vorwort..... | 1 |
| Einleitung..... | 3 |
| Erläuterungen..... | 5 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 7 |
| Beteiligungsübersicht..... | 9 |
| Übersicht Vereinsmitgliedschaften..... | 11 |
| | |
| Entsorgung | |
| <hr/> | |
| AWA Entsorgung GmbH..... | 15 |
| AWA Service GmbH..... | 24 |
| MVA Weisweiler GmbH & Co. KG..... | 31 |
| MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH..... | 39 |
| Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)..... | 45 |
| | |
| Verkehr und Versorgung | |
| <hr/> | |
| Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)..... | 57 |
| Aachener Verkehrsverbund GmbH..... | 63 |
| Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG)..... | 69 |
| Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.)..... | 85 |
| Energie- und Wasser- Versorgung GmbH (EWV)..... | 107 |
| enwor - energie & wasser vor ort GmbH..... | 129 |
| Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG)..... | 141 |
| Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM)..... | 151 |
| | |
| Wirtschafts- und Strukturförderung | |
| <hr/> | |
| AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH..... | 159 |
| Zweckverband Region Aachen..... | 167 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG)..... | 177 |
| Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG..... | 185 |
| Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH..... | 190 |
| Camp Astrid GmbH & Co. KG..... | 195 |
| Camp Astrid Verwaltungs GmbH..... | 201 |
| Vogelsang ip GmbH..... | 205 |
| Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH..... | 213 |

| | |
|--|-----|
| Energeticon gGmbH..... | 221 |
| Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH..... | 235 |

Wohnungswirtschaft

| | |
|--|-----|
| Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH..... | 243 |
|--|-----|

Gesundheitswesen

| | |
|--|-----|
| Rhein-Maas Klinikum GmbH..... | 257 |
| RMK Service GmbH..... | 270 |
| Parkplatz Marienhöhe GmbH..... | 277 |
| Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen (SBZ)..... | 283 |
| Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR..... | 299 |
| BZPG - Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH..... | 307 |

Beschäftigung – Qualifizierung – Dienstleistung

| | |
|---|-----|
| SPRUNGbrett – Beschäftigungsinitiative der StädteRegion Aachen gGmbH..... | 315 |
| regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH..... | 325 |
| Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen..... | 339 |

Kultur

| | |
|--|-----|
| Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen GmbH..... | 357 |
| KuK – Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH..... | 367 |

Vorwort



Die StädteRegion Aachen legt mit dieser Ausgabe den Beteiligungsbericht zum 31.12.2018 vor. Hierin enthalten sind wichtige Informationen über die Beteiligungen der StädteRegion in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form. Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht gibt einen kompakten Überblick über das Beteiligungsvermögen der StädteRegion und soll den Leser in erster Linie informieren über

- die organisatorisch-rechtlichen Strukturen der Beteiligungen,
- die Besetzung der Organe durch die StädteRegion und
- die stichtagbezogene wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und Zweckverbände.

Der Beteiligungsbericht wurde unter Einhaltung des § 117 Gemeindeordnung NRW aufgestellt und wird dem Gesamtabchluss als Anlage beigelegt. Neben der graphischen Übersichtsdarstellung der Beteiligungen enthält der Bericht auch eine Abbildung zu den Vereinen, in denen die StädteRegion als Mitglied aktiv und in deren Gremien sie vertreten ist.

Der Bericht bietet ergänzend zu den Beteiligungen in privater Rechtsform auch einen Überblick über die nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der StädteRegion.

- Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)
- Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)
- Sondervermögen Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen
- Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AÖR Aachen
- Zweckverband Region Aachen

Der Beteiligungsbericht ist im Internet veröffentlicht und kann unter www.staedtereion-aachen.de abgerufen werden. Für Rückfragen oder weiteren Informationen zum Beteiligungsbericht geben Ihnen meine Mitarbeiter*innen der Stabstelle S 80 – Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling gerne weitergehend Auskunft.

Aachen, im Juli 2020



(Dr. Tim Grüttemeier)
Städtereionsrat

Einleitung

Der Beteiligungsbericht zum 31.12.2018 der StädteRegion Aachen schreibt die bewährte Form der bisherigen Beteiligungsberichte fort. Seine Struktur folgt § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW und die Gliederung ist so ausgerichtet, dass die folgenden Aspekte separat ausgewiesen werden:

- die Ziele der Beteiligung,
- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
- die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
- die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
- der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht vollständig wiedergegeben. Die komprimierte Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung je Beteiligung weist Gesellschafterzuschüsse oder Verlustabdeckungen separat aus und wird ergänzt um eine differenzierte Darstellung des Eigenkapitals jeder Beteiligung.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 01.01.2018 bis 31.12.2018, dies gilt ebenfalls für die dargestellten Kennzahlen.

Die Angaben zur Besetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien berücksichtigen den Stand der Mandatswahrnehmung zum Stichtag 01.01.2018 als auch zum Stichtag 31.12.2018 durch die Vertreter/innen der StädteRegion Aachen. Personelle Änderungen jeglicher Art, die nach dem Stichtag eingetreten sind, werden im darauffolgenden Bericht ausgewiesen.

Anhand einer Gesamtübersicht werden alle Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form grafisch dargestellt. Diese wird ergänzt um eine grafische Darstellung der Mitgliedschaft der StädteRegion Aachen in Vereinen.

Erläuterungen

Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) – alte Fassung – ist im Beteiligungsbericht nach § 117 GO – alte Fassung – die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage gesondert anzugeben und zu erläutern. Nachstehend werden einige Begrifflichkeiten zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Bilanz

Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig und Aufwandsrückstellungen, so weit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gem. § 277 Abs.1 HGB werden als Umsatzerlöse Erlöse definiert, die aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern hervorgehen.

Als Bestandsveränderungen sind sowohl Änderungen der Menge als auch solche des Wertes zu berücksichtigen; Abschreibungen jedoch nur, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft sonst üblichen Abschreibungen nicht überschreiten

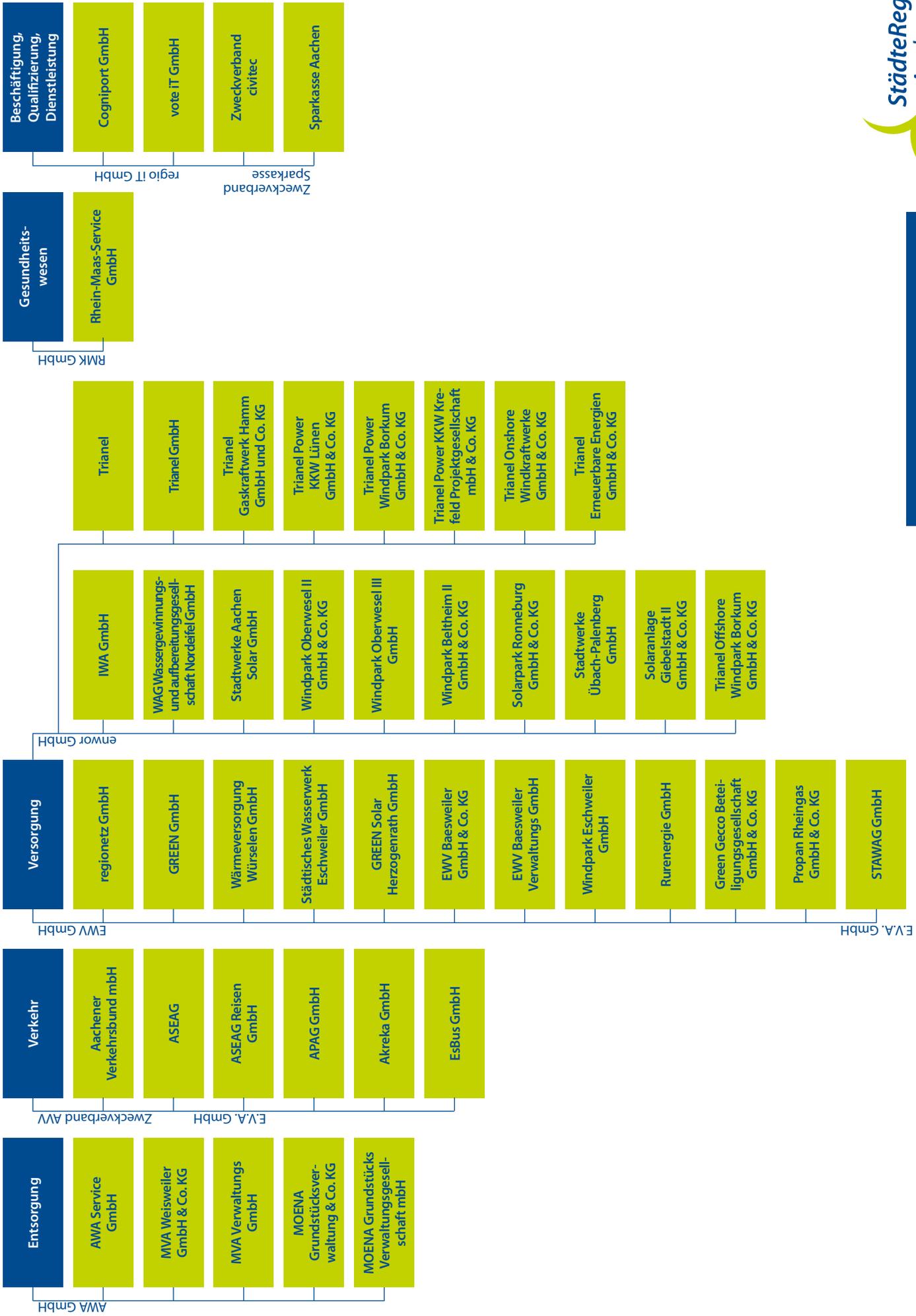
Erträge und Aufwendungen aus Verlustübernahme und auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags erhaltene oder abgeführte Gewinne sind jeweils gesondert unter entsprechender Bezeichnung auszuweisen.

Erträge aus der Abzinsung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“ und Aufwendungen gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ auszuweisen.

Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------------|--|
| > | größer als |
| < | kleiner als |
| Abs. | Absatz |
| AG | Aktiengesellschaft |
| AktG | Aktiengesetz |
| AV | Anlagevermögen |
| BGBl. | Bundesgesetzblatt |
| bzw. | beziehungsweise |
| cbm/m ³ | Kubikmeter |
| EigVO | Eigenbetriebsverordnung NRW |
| EK | Eigenkapital |
| e.V. | eingetragener Verein |
| GkG | Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GO NRW | Gemeindeordnung Nordrhein–Westfalen |
| GemHVO | Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein–Westfalen |
| HGB | Handelsgesetzbuch |
| HGrG | Haushaltsgrundsätzegegesetz NRW |
| i.d.R. | in der Regel |
| i.H.v. | in Höhe von |
| KG | Kommanditgesellschaft |
| KrO | Kreisordnung |
| km | Kilometer |
| kWh | Kilowattstunden |
| LSP | Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten |
| Mio. | Million |
| NRW | Nordrhein–Westfalen |
| qm/m ² | Quadratmeter |
| RAP | Rechnungsabgrenzungsposten |
| RWTH | Rheinisch–Westfälische Technische Hochschule |
| Sopo | Sonderposten |
| T€ | Tausend Euro |
| UV | Umlaufvermögen |
| WEEG | Wasserentnahmeentgelt |
| WHG | Wasserhaushaltsgesetz |
| ZV | Zweckverband |



Entsorgung

Zweckverband
ZEW 33,33%AWA Entsorgungs-
GmbH 3,13%

Verkehr

Zweckverband
AVV 25%E.V.A. GmbH
0,01%Flugplatz Aachen
Merzbrück GmbH
14,97%

Versorgung

enwor GmbH
52,52%Energie- und Wasser-
Versorgung GmbH
9,25%RWE AG
0,29%Verband der kommun-
alen RWE-Aktionäre
GmbH 0,84%Wirtschafts- und
StrukturförderungWirtschaftsförderungs-
gesellschaft Städte-
Region Aachen GmbH
51,36%Aachener Kreuz
Merzbrück GmbH
& Co. KG 33,33%Aachener Kreuz
Merzbrück Verwaltungs
GmbH 33,33%Camp Astrid
GmbH & Co. KG
25%Camp Astrid
Verwaltungs GmbH
25,00%Zweckverband
Region Aachen
20%AGIT GmbH
15,38%Energeticon
gGmbH 2,5%Innovationregion
Rheinisches Revier
GmbH 8%vogelsang ip
gGmbH
4,29%Standortentwicklungs-
gesellschaft
Vogelsang GmbH 6%Wohnungs-
wirtschaftGemeinnützige Woh-
nungsbaugesellschaft
für die StädteRegion
Aachen mbH 78,17%Gesundheits-
wesenRhein-Maas Klinikum
GmbH 50%Parkplatz Marienhöhe
GmbH 100%Senioren- und
Betreuungs-
zentrum 100%Chemisches und Veteri-
näruntersuchungsamt
Rheinland AöR 5,83%Bildungszentrum für
Pflege und Gesundheit
gGmbH 100%Beschäftigung,
Qualifizierung,
DienstleistungSPRUNGBrett
gGmbH 100%regio IT GmbH
11,75%Studieninstitut
für kommunale Ver-
waltung 25%d-NRW AöR
0,08%

Kultur

Grenzlandtheater
GmbH 100%Kunst- und Kulturzen-
trum Betriebsgesell-
schaft der StädteRegion
Aachen mbH 60%

Unmittelbare Beteiligung (priv. Rechtsform)

Unmittelbare Beteiligung (ö. r. Rechtsform)

Sondervermögen

Unmittelbare Beteiligungen

31.12.2018

Aktive Region

Nachhaltige Region

BildungsRegion

Soziale Region

Grünmetropole e. V.

Kunst-
und Kulturzentrum e. V.

Verein zur Förderung
der Städtepartnerschaften
in der StädteRegion Aachen

TSV Alemannia Aachen
1900 e. V.

Arbeitsgemeinschaft fußgän-
ger- und fahradfreundlicher
Städte, Gemeinden u. Kreise
in NRW e. V.

Eifel Touristik Agentur e. V.

Veranstaltergemeinschaft
für den Lokalfunk in der
StädteRegion Aachen e. V.

Monschauer Land Touristik e. V.

Business Network Aachen e. V.

digitalHUB Aachen e. V.

Landesarbeitsgemeinschaft
Agenda 21 e. V.

Naturpark Nordeifel e. V.

Stiftung Naturschutz,
Heimat und Kulturpflege e.V.

Biologische Station e. V.

Förderverein
Nationalpark Eifel e. V.

Verein für allgemeine
und berufliche
Weiterbildung e. V.

Bundesverband
Jugend und Film e. V.

Landesarbeitsgemeinschaft
Jugend und Literatur NRW e. V.

Bergbaumuseum
Grube Anna e. V.

Zinkhütter Hof e. V.

Pro RWTH e. V.

Schullandheimverein
Paustenbach e. V.

Es werden nur die Mitgliedschaften
in den Vereinen dargestellt,
in deren Gremien die StädteRegion Aachen
Vertreter entsendet.

Mitgliedschaften in Vereinen





Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Beauftragung des „Zweckverbandes Entsorgungsregion West“ mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Dies umfasst die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zu Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Beauftragung weiterer Aufgaben, Rechte und Pflichten bedarf im Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung derjenigen Körperschaften, um deren Aufgaben, Rechte und Pflichten es sich handelt. Soweit davon beide Gebietskörperschaften betroffen sind, bedarf dies der Zustimmung beider.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft darf abfallwirtschaftliche Aufgaben von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Zustimmung beider Gesellschafter übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss der 21 vom ZEW bestimmten Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Von diesen drei Aufsichtsratsmitgliedern muss je ein Mitglied

- Angehöriger der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Aachen,
- Angehöriger der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Region Aachen,
- Angehöriger des Kreises der Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sein.

Jedes Mitglied des ZEW entsendet eine fachkundige Person als Mitglied in den Aufsichtsrat mit beratender Stimme. Ihre Stellvertreter werden gleichfalls von dem Mitglied des ZEW bestimmt. Ein Vertreter des Betriebsrates nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Frank Wolff

Vertreter der StädteRegion per ZEW im Aufsichtsrat:

| | | |
|----------------------|---------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender: | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Stefan Jücker | Dezernent StädteRegion |
| | Oliver Bode | Städteregionstagsmitglied |
| | Jürgen Neesen | Städteregionstagsmitglied |
| | Gabriele Bockmühl | Städteregionstagsmitglied |
| | Michael Kirsch | Städteregionstagsmitglied |
| | Werner Krickel | Städteregionstagsmitglied |
| | Uwe Friedrich Löhr | Städteregionstagsmitglied |
| Beratendes Mitglied: | Thomas Pilgrim | komm. Dezernent |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|--|---------------------|-----------------------------------|
| | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 640.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|------------------|--------------|
| Zweckverband ZEW | 600.000,00 | 93,750 |
| StädteRegion Aachen | 20.000,00 | 3,125 |
| Stadt Aachen | <u>20.000,00</u> | <u>3,125</u> |
| | 640.000,00 | 100,000 |
| | | |
| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
| MVA Weisweiler GmbH & Co.KG | 6.392.000,00 | 50,00 |
| MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH | 12.782,30 | 50,00 |
| MOENA Grundstücksverw.GmbH & Co.KG i.L. | 12.782,29 | 50,00 |
| MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH | 12.782,30 | 50,00 |
| AWA Service GmbH | 25.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in T€ - | - in T€ - | - in T€ - |
| A. Anlagevermögen | 32.490 | 32.939 | 32.066 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 124 | 92 | 130 |
| II. Sachanlagen | 29.827 | 30.308 | 29.397 |
| III. Finanzanlagen | 2.539 | 2.539 | 2.539 |
| B. Umlaufvermögen | 42.966 | 35.582 | 33.537 |
| I. Vorräte | 86 | 81 | 81 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 26.127 | 25.397 | 22.753 |
| III. Wertpapiere | 1.000 | 0 | 0 |
| IV. Kassenbestand, Guthaben | 8.369 | 8.069 | 9.703 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 66 | 58 | 41 |
| Bilanzsumme Aktiva | 70.612 | 66.543 | 64.644 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 5.184 | 10.263 | 12.414 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 640 | 640 | 640 |
| II. Gewinnrücklagen | 3.000 | 3.000 | 3.000 |
| III. Gewinn/ Verlustvortrag | 687 | 1.544 | 6.573 |
| IV. Jahresübersch./-fehlbetrag | 857 | 5.079 | 2.201 |
| B. Rückstellungen | 36.659 | 35.887 | 35.233 |
| C. Verbindlichkeiten | 20.074 | 20.074 | 16.710 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 352 | 320 | 288 |
| Bilanzsumme Passiva | 68.139 | 66.543 | 64.644 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|------------|--------------|--------------|
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in T€ - | - in T€ - | - in T€ - |
| Umsatzerlöse | 50.154* | 51.632 | 47.694 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 167 | 340 | 492 |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen | 34.907 | 34.495 | 30.767 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 6.839 | 4.946 | 5.087 |
| Jahresfehlbetrag/-überschuss | 857 | 5.079 | 2.201 |

*Der Jahresabschluss 2017 wurde nach den Vorgaben von BilRUG erstellt. Daher ist der Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen | 94 | 89 | 84 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Über die Ergebnisverwendung der AWA Entsorgung GmbH – d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, so weit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes – entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird. Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter Stadt und Städtereion Aachen in gleichem Umfange auf die AWA GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben. Für das Geschäftsjahr 2018 hat die Städtereion Aachen in 2019 keine Gewinnausschüttung erhalten. Gesellschafter der AWA Entsorgung GmbH ist der Zweckverband Entsorgungsregion West, in dem die StädteRegion Aachen ebenfalls Mitglied ist. Zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW in Verbindung mit § 2 LAbfG und dem Kreislaufwirtschaftsgesetz grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Umsätze wurden wie in den Vorjahren durch die Erlöse aus Abfallbeseitigung erzielt, die grundsätzlich mit den entgeltrelevanten Aufwendungen für die Abfallbeseitigung korrelieren. Die Gesamtleistung im Kalenderjahr 2018 liegt mit T€ 47.694 um 7,6 % unter dem Wert des Vorjahrs (T€ 51.632). Das Rohergebnis (Umsatzerlöse abzgl. Materialaufwand) des Kalenderjahres 2018 ist gegenüber dem Vorjahr (T€ 16.981) auf T€ 16.754 also um T€ 227 oder 1,3 % gesunken. Die Aufwendungen werden im Wesentlichen durch die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler geprägt, die gegenüber dem Vorjahr um 16 % gesunken sind. Es wird ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von T€ 2.805 ausgewiesen. Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag konnte im Geschäftsjahr 2018 ein positives Jahresergebnis von T€ 2.201 erzielt werden. Die Bilanz zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2018 ein Eigenkapital in Höhe von T€ 12.414. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 19,20 %. Alle der AWA E obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben wurden erfüllt und die abfallwirtschaftlichen Ziele erreicht. Maßnahmen zum weiteren Fortschritt der abschließenden Oberflächenabdichtung auf dem Gelände der ehemaligen Deponie Alsdorf-Warden mussten durch Verzögerungen des Ausschreibungsverfahrens verschoben werden. Der Betrieb der Entsorgungszentren läuft plangemäß. Die Prokura von Dr. Manfred Joachim Kriek ist mit Eintragung ins Handelsregister am 19. November 2018 erloschen. Die Prokura von Ulrich Reuter ist mit Eintragung ins Handelsregister am 21. Februar 2019 erloschen.

a) Abfallwirtschaftliche Entwicklung

Die AWA E ist aufgrund der vom Aufsichtsrat beschlossenen Unternehmensziele und als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischem Verhalten verpflichtet. Dies ergibt sich aus § 21 des KrWG. Hier ist vorgegeben, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Sinne des § 20 KrWG Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere der Vorbereitung zur Wiederverwendung und des Recyclings und die Beseitigung erstellen. Die genauen Anforderungen richten sich nach dem Landesrecht. Diesen Verpflichtungen kommt die AWA E vollständig nach. Als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb unterliegen alle Prozesse einer regelmäßigen Überprüfung. Im Rahmen eines umfangreichen Berichtswesens werden die Belange des Betrieblichen Umweltschutzes abgedeckt.

b) Anlagenbetrieb

Die Betriebsführung für die Kompostierungs- und Vergärungsanlage Würselen, die Grünabfallkompostierungsanlage Aachen-Brand sowie für die Tunnelkompostierungsanlage in Alsdorf-Warden wurde im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens neu vergeben. Die Betriebsführung erfolgt weiter durch die Gabco GmbH. Weiterhin wurde die externe Verwertung von Bioabfallmengen (Überhangmengen) europaweit ausgeschrieben. Die Verwertung wurde an die Reterra GmbH vergeben. Im laufenden Wirtschaftsjahr wurde aufgrund eines veränderten Nutzungsverhaltens der Bürgerinnen die Erfassung von Schadstoffen und Dispersionsfarben konzeptionell überarbeitet. Die Abstimmung erfolgte mit dem ZEW und allen Kommunen. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden die sich aus

dem ElektroG ergebenden organisatorischen Umstellungen an allen Entsorgungszentren operativ umgesetzt. Die optierten Mengen der Gruppen 1,3 und 5 mussten ab September 2018 alternativ verwertet werden, da ein Großbrand die Anlage des bisherigen Verwerfers komplett zerstörte. Die Wiederinstandsetzung der Halle aufgrund des Brandschadens in Horm hat sich wegen zusätzlicher Anforderungen der Genehmigungsbehörde im Bereich des Brandschutzes in Verbindung mit verspäteten Lieferungen der Auftragnehmer verzögert und wurde nunmehr durch die Bezirksregierung Köln im November 2018 abgenommen. Die technischen Maßnahmen zur Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Alsdorf-Warden hinsichtlich ihrer finanziellen Zuordnung, ihrer Relevanz und der zeitlichen Umsetzung wurden im Wirtschaftsjahr 2018 überprüft. Diese wurden in dem Gesamtkontext der Rückstellungen der StädteRegion Aachen und der Stadt Aachen eingearbeitet und mit den Gebietskörperschaften konsensual abgestimmt. Alle anderen Anlagen wurden im Rahmen der im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen mit guter Verfügbarkeit genutzt.

Ertragslage

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€30,8 Mio.; Vj. €34,5 Mio.) beinhalten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung, für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Siwa sowie den Kostenaufwand der Weiterbelastungen. Die Minderung ist auf reduzierte Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG um -3.346 T€ (-16 %) zurückzuführen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Versicherungsbeiträge (T€ 124; Vj. T€ 124), Wartung/Instandhaltung (T€ 896; Vj. T€ 1.205), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 1.076; Vj. T€ 688), Fremdleistungen (T€ 480; Vj. T€ 614) und Öffentlichkeitsarbeit (T€ 202; Vj. T€ 307) enthalten. Die Umsatzerlöse sind auf Grund der für die Gesellschaft geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u.a.) stark von den Entsorgungskosten abhängig, die wiederum maßgeblich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG bestimmt werden. Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 42,2 Mio. (Vj.€ 45,9 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Dies ist auf die bereits genannte Reduzierung der Verbrennungskosten der MVA zurückzuführen. Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Schrotterlöse aus der Rostascheaufbereitung (T€ 1.998; Vj. T€ 2.275), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.456; Vj. T€ 1.441) sowie Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 513; Vj. T€ 494). Im Geschäftsjahr wurden keine Beteiligungserträge (Vj. T€ 576) erzielt, da die MVA Weisweiler GmbH & Co.KG einen Jahresfehlbetrag ausweist. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 95 (Vj. T€ 932) enthalten. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (T€ 541; Vj. T€621) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 203; Vj. T€ 237). Weiterhin werden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (T€412; Vj. T€ 351), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (T€ 102; Vj. T€ 93) verrechnet werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.201 (Vj: Jahresüberschuss T€ 5.079) ab.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2018 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 64.644 liegt um T€ 1.899 unter dem Vorjahreswert (T€ 66.543). Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von T€ 1.912 sowie Anlagenzugänge in Höhe von T€ 1.055 führten zu einem Rückgang des Anlagevermögens von T€ 32.939 auf T€ 32.065. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen sonstige Vermögensgegenstände (T€ 10.974; Vj. T€ 11.566) und Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (T€ 6.784; Vj. T€ 6.683). Die Reduzierung der Forderungen lässt sich mit der starken Korrelation zwischen den Umsatzerlösen und den Entsorgungskosten begründen. Da im Wirtschaftsjahr 2018 sowohl die Entsorgungskosten als auch die Umsätze sanken, sind die Forderungen zum Bilanzstichtag ebenfalls gesunken. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 2.151 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote stieg von 15,4 % auf 19,2 %. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 167 % aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 3,00 ab. Die Rückstellungen (T€ 35.233; Vj. T€ 35.887) reduzierten sich um insgesamt T€ 654. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus der Zuführung zu den Rekultivierungsrückstellungen in Höhe von T€ 845 sowie aus dem Rückgang der Rückstellungen für sonstige Betriebsaufwendungen in Höhe von T€ 1.452. Die Abnahme der Verbindlichkeiten (T€ 16.710; Vj. T€ 20.074) ist im Wesentlichen auf den bereits beschriebenen Rückgang der Entsorgungskosten zurückzuführen.

Finanzlage

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 11.685; Vorjahr T€ 13.449) reduzierten sich um die planmäßigen Tilgungen.

Die Finanzlage stellt sich gemäß DRS 21) wie folgt dar:

| | 31.12.2018 T€ | 31.12.2017 T€ |
|---|------------------|------------------|
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 5.242 | 4.071 |
| Cashflow aus der Investitionstätigkeit | -1.023 | -1.744 |
| Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | -2.585 | -2.627 |
| Veränderung des Finanzmittelfonds | 1.634 | -300 |
| Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres | 8.069 | 8.369 |
| Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres | 9.703 | 8.069 |

Umweltschutz

Die festgelegten Umweltziele wurden auch in 2018 konsequent eingehalten. Die Umsetzung der Umweltziele erfolgte und alle gesetzlichen und staatlichen Vorgaben wurden eingehalten. Hierbei sind die konsequente und zuverlässige Unterschreitung der vorgegebenen Emissionswerte der Müllverbrennungsanlage Weisweiler GmbH & Co. KG positiv hervorzuheben. Mit dem seit Jahren einge-

richteten Qualitäts- und Umweltmanagement werden auch die strukturellen Voraussetzungen zu einer erneuten Zertifizierung erfüllt. Die AWA E sowie das Tochterunternehmen AWA Service GmbH waren weiterhin als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Personalentwicklung

Insgesamt waren im Durchschnitt 84 Personen im Jahr 2018 bei der AWA E tätig. Darüber hinaus wurden 17 Auszubildende bei der AWA E intensiv auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Ausbildungsquote beträgt bei der AWA E 17 %. Die Gewinnung von technischen Auszubildenden erweist sich zunehmend als schwierig. In 2019 wird das Personal aufgrund des Betriebsübergangs um ca. 60 Mitarbeiter ansteigen.

Prognosebericht

Die AWA E als Muttergesellschaft hat zum Stichtag 1. Januar 2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur vorgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich Teile der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA E übertragen (Betriebsübergang nach § 613a BGB). Das Grundstück und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm sind im Besitz der AWA Service GmbH verblieben und an die AWA E vermietet. Die AWA Service GmbH agiert zukünftig nur noch als vermögensverwaltende Gesellschaft und ist seit Betriebsübergang auf die AWA E am 1. Januar 2019 kein Entsorgungsfachbetrieb mehr. Die AWA Entsorgung GmbH ist mit allen bisherigen Standorten und abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten weiterhin anerkannter Entsorgungsfachbetrieb und strebt dies auch für die Zukunft an. Aktuell wird die Rostaschenanlage gemietet. In 2020 soll eine moderne und effizientere Anlage zur Wertstoffgewinnung errichtet werden. Zur Genehmigung des Projekts muss ein gesonderter Aufsichtsratsbeschluss gefasst werden. Die AWA E rechnet in 2019 mit leicht steigenden Müllmengen und einem guten operativen Ergebnis. Wir erwarten ein Ergebnis vor Steuern auf ähnlichem Niveau wie in 2018. Das Geschäftsjahr 2019 wird wesentlich durch Umstrukturierung/ Organisationsoptimierung geprägt sein. Diese beeinflusst auch die Ertrags- und Aufwandssituation der AWA E.

Risikobericht

Im Laufe des Jahres 2018 konnte abfall- und preistechnisch keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Zum 1. August 2017 ist die neue Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) in Kraft getreten. Sollten die abfallerzeugenden Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe die Vorgaben der novellierten Gewerbeabfallverordnung umsetzen, könnten sich – zu Gunsten einer besseren Wertstoffeffassung und –Vermarktung – die Mengen an beseitigungspflichtigen und thermischen Verwertungsmengen reduzieren. Da die LAGA (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall) noch keine Vollzugshilfe verabschiedet hat, liegen uns noch keine konkreten Erkenntnisse vor. Da derzeit alle Verbrennungsanlagen in Deutschland im Wesentlichen ausgelastet sind, gehen wir davon aus, dass die Verbrennungspreise in Deutschland in etwa stabil bleiben werden. Zum 1. Januar 2019 wird das novellierte VerpackG in Kraft treten und die Marktteilnehmer überlegen, sich auf diese neuen Rahmenbedingungen auszurichten. Bis dahin bestehen die von den Kommunen verhandelten Abstimmungsvereinbarungen. Diese Verhandlungen werden Konsequenzen auf die Erlöse, den Stoffstrom und die Abwicklung sowie die neu zu erstellende Ausschreibung ha-

ben. Die Festlegungen im Gesetz sowie die Kommentare zum Gesetz, lassen jedoch heute schon eine höhere Erlösbeteiligung der Dualen Systeme befürchten. Die AWA E hat im Frühjahr 2017 Ergänzungen zu Verträgen mit dem ZEW, der Entsorgungsgesellschaft Niederrein mbH („EGN“) und der MVA Weisweiler KG zur Verbrennung von Abfallmengen in der MVA Weisweiler abgeschlossen. Diese wurde von einem privaten Mitwettbewerb vor der Vergabekammer Köln mit dem Ziel angefochten, die Unwirksamkeit dieser Verträge festzustellen. Der Nachprüfungsantrag richtet sich gegen den ZEW, die AWA E und die EGN. Die Vergabekammer Köln hat den Antrag des privaten Mitwettbewerbers abgewiesen. Das Verfahren ist nunmehr vor dem OLG Düsseldorf anhängig. Mit einer Entscheidung wird im späteren Verlauf des Jahres 2019 gerechnet. Parallel zu dem Beschwerdeverfahren hat der private Mitwettbewerb ein Auskunftsersuchen gestellt und vorsorgliche Rügen gegenüber der AWA E, dem ZEW und der Materis GmbH erhoben. Über die veröffentlichte Einladung zur Versammlung am 14. Dezember 2018 im Amtsblatt des ZEW hatte der private Mitbewerber in Erfahrung gebracht, dass gemäß Tagesordnung mehrere Vertragsverhältnisse zur Diskussion stehen. ZEW und AWA E haben dem privaten Mitwettbewerb geantwortet, Auskunft erteilt und die „vorsorglichen Rügen“ zurückgewiesen. Darüber hinaus ist die AWA E von weiteren Rechtsverfahren berührt, in dem Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben werden. Die restlichen Risiken aus diesen zwei Rechtsverfahren in Höhe von T€ 2.127 sind bilanziell erfasst. Mit einer gerichtlichen Entscheidung oder außergerichtlichen Einigung wird im Laufe des Jahres 2019 gerechnet.

Chancenbericht

Ziele der Organisations- und Prozessoptimierung sind die Eliminierung von komplizierten Schnittstellen, die Verschlinkung der Führungsstrukturen sowie der Erhalt des sehr hohen technischen und ökologischen Qualitätsstandards. Durch die Reorganisation und der damit einhergehenden Stellenverschiebungen wird es zunächst zu einer Kostenerhöhung kommen, die jedoch aufgrund der derzeitigen Planungen durch Synergieeffekte in den nächsten Jahren egalisiert werden können. Die Aufbauorganisation und die technischen Kommunikationsmöglichkeiten tragen zu geordneten und effektiven Betriebsabläufen bei. Weiterhin sieht die Gesellschaft Chancen bei der Unterstützung von Zukunftsprojekten in der Entsorgungs- und Verwertungsbranche, um hieraus möglichst auch strategische Ansätze zur nachhaltigen Weiterentwicklung der AWA E abzuleiten, damit gegebenenfalls die Möglichkeit besteht, zukünftige Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen. Die Geschäftsführung erarbeitet zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten Risiken und bewertet diese entsprechend der aktuellen Entwicklung neu und ergänzt sie um evtl, neu auftretende Risiken. Mindestens einmal im Jahr wird die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensbereichen mit den verantwortlichen Abteilungsleitern und der Geschäftsführung ausführlich vor Ort erörtert und dokumentiert. Das Risikomanagement der AWA E profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Ingenieurbüros. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und weitestgehend auch zu beherrschen.

AWA Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen im Auftrag des Zweckverbandes Entsorgungsregion West und der AWA Entsorgung GmbH, und zwar einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ulrich Reuter (bis 31.12.2018)
Dr. Manfred Krieck (bis 06.10.2018)
Frank Wolff (ab 06.10.2018)

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

| | | |
|---------------------|-------------|-------------|
| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
| AWA Entsorgung GmbH | 25.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|------------------|-------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 1.951.249 | 2.046.137 | 1.339.762 |
| I. Sachanlagen | 1.951.249 | 2.046.137 | 1.339.762 |
| B. Umlaufvermögen | 2.122.886 | 1.803.727 | 780.026 |
| I. Vorräte | 21.400 | 21.400 | 0 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 545.504 | 703.101 | 1.147.705 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 1.555.982 | 1.079.226 | 780.026 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 3.872 | 2.483 | 1.093 |
| Bilanzsumme Aktiva | 4.078.007 | 3.852.347 | 3.268.587 |
| A. Eigenkapital | 2.459.835 | 1.450.899 | 1.293.954 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| II. Gewinnvortrag | 2.259.670 | 2.434.835 | 1.425.900 |
| III. Jahresüberschuss | 175.165 | -1.008.936 | -156.946 |
| B. Rückstellungen | 879.952 | 773.943 | 30.696 |
| C. Verbindlichkeiten | 738.220 | 1.627.504 | 1.943.937 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 0 | 0 |
| E. Passive latente Steuern | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 4.078.007 | 3.852.347 | 3.268.587 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 9.845.481 | 11.341.852 | 11.077.698 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 294.548 | 24.394 | 531.983 |
| Materialaufwand | 5.210.116 | 6.583.127 | 6.321.733 |
| Personalaufwand | 1.935.824 | 2.326.670 | 2.459.768 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.252.812 | 3.089.948 | 2.447.089 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | 175.164 | -1.008.936 | -156.946 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|-------------------------------------|------|------|------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (im Durchschnitt) | 48 | 50 | 60 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100%-igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen vielschichtige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die AWA Service ist im Wesentlichen für die AWA Entsorgung tätig. Wesentliche Schwerpunkte dieser Beauftragung sind die Kerngeschäftsfelder:

- Betrieb des Entsorgungszentrums Horm mit Annahme, Umschlag und Abtransport von ca. 60.0001 Abfällen und Wertstoffen pro/a
- Durchführung der mobilen Schadstoffsammlung, der Betrieb der stationären Sammelstelle Aachen und an den Entsorgungszentren Warden und Rurbenden
- Betriebsführung Warden mit Umschlag und Transport von Abfällen insbesondere Altholz und Papier
- Betriebsführung der Entsorgungszentren Süd in Monschau-Imgenbroich und Rurbenden in Niederzier
- Komplette Abwicklung der Schlacketransporte von der MVA Weisweiler zur Rostascheaufbereitung der AWA Entsorgung GmbH in Neulohn
- Abwicklung der betriebsinternen Transporte zwischen den AWA Anlagen und der MVA sowie notwendige Transporte zu externen Entsorgungsanlagen

Diese operativen Dienstleistungsaufträge sind durch einen stabilen, konstanten Verlauf hinsichtlich Menge und Auftragsvolumen über das gesamte Betriebsjahr gekennzeichnet. Besonderheiten sind hier nicht zu vermerken. Dr. Manfred Joachim Kriek ist mit Wirkung zum 06. November 2018 aus der Geschäftsführung ausgeschieden und Frank Wolff wurde zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Für die Zeit vom 06. November 2018 bis zum 31. Dezember 2018 waren Ulrich Reuter und Frank Wolff gemeinschaftlich als Geschäftsführer tätig. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2018 ist Ulrich Reuter als Geschäftsführer ausgeschieden.

a) Entsorgungszentrum Horm

Die Genehmigung für die Sanierung der Halle nach dem Großbrand 2012 wurde durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Die Rückbaumaßnahmen im Rahmen der Sanierung erfolgten ab Mai 2016, mit dem Wiederaufbau wurde im September 2016 begonnen. Die Inbetriebnahme dieser Halle, die im Wesentlichen für den Umschlag von Bioabfällen vorgesehen ist, sollte eigentlich im Sommer 2017 erfolgen, hat sich aber wegen zusätzlicher Anforderungen der Genehmigungsbehörde im Bereich des Brandschutzes in Verbindung mit verspäteten Lieferungen der Auftragnehmer verzögert und wurde nunmehr durch die Bezirksregierung Köln im November 2018 abgenommen.

b) Weitere Entsorgungszentren

Die von der AWA Service betriebenen Privatanlieferplätze des Entsorgungszentrums Horm, das Entsorgungszentrum Süd in Monschau und das neue Entsorgungszentrum Rurbenden wurden von den Bürgerinnen und Bürgern des ZEW-Gebietes weiterhin sehr gut angenommen. Die Anlieferungen an den Privatanlieferplätzen steigerten sich insgesamt um ca. 25 %.

Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 11.078; Vj. T€ 11.342) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Erlöse aus den Beauftragungen seitens der Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH. Zu den Umsatzerlösen zählen insbesondere Erlöse aus der Annahme von Altpapier (T€ 5.454; Vj. T€ 5.711), Erlöse aus Abfallaufbereitung und Transporten (T€ 2.371, Vj. T€ 2.312) sowie Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 1.260; Vj. T€ 1.252) und Betriebsführung (T€ 572; Vj. T€ 723). Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sind mit T€ 519 (Vj. T€ 494) insbesondere die Bezugskosten für Kraftstoffe enthalten, die im Zuge der Mitnutzung der Tankanlage weiterbelastet werden. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Vergütungen an Dritte für Altpapier und Elektroschrott (T€ 4.832; Vj. T€ 5.119), Fremdleistungen für Transporte (T€ 378; Vj. T€ 409) und Geschäftsbesorgungsleistungen der AWA Entsorgung GmbH (T€477; Vj. T€ 450). Bei den Kosten für Altpapiervergütung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Kontext auch entsprechende Erlöse erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Kfz-Kosten (T€ 488; Vj. T€ 428), Miet- und Leasingaufwand (T€ 379; Vj. T€ 445), Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T€ 262; Vj. T€ 191) und Aufwand für Versicherungsbeiträge (T€ 128; Vj. T€ 126). Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 157 (Vj. Jahresfehlbetrag T€ 1.009) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Die notwendige Liquidität ist vorhanden und wird zudem bei Bedarf durch die Muttergesellschaft garantiert (vgl. Kapitel c. Vermögenslage). Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurde die nachfolgende Kapitalflussrechnung erstellt:

| | 2018 | 2017 |
|---|-------|-------|
| | T € | T € |
| A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | -568 | 64 |
| B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit | 269 | -541 |
| C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | 0 | 0 |
| D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds | -299 | -477 |
| E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang | 1.079 | 1.556 |
| F. Finanzmittelfonds am Jahresende | 780 | 1.079 |

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus Sondereffekten, die mit dem Großbrand im Entsorgungszentrum Horm und dessen Wiederaufbau in Zusammenhang stehen sowie der Abnahme der Steuer-Rückstellungen. Demgegenüber steht die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 780 (Vj. T€ 1.079).

Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 41 % des Gesamtvermögens umfasst. Das kurzfristige Vermögen (T€ 1.928) übersteigt das kurzfristige Fremdkapital (T€ 1.275). Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 583 auf nunmehr T€ 3.269 verringert. Ursächlich hierfür ist vorwiegend die Abnahme des Anlagevermögens sowie der liquiden Mittel. Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung eines vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehens gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Im Geschäftsjahr 2018 lag ein Investitionsdarlehen i.H.v. T€ 1.210 vor.

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2018 durchschnittlich 60,25 Arbeitnehmer (Vj. 49,50). Im Jahre 2017 wurden zur Überbrückung teilweise Zeitarbeitskräfte eingesetzt, von denen einige im Jahre 2018 als Arbeitnehmer übernommen wurden. Der Einsatz von Zeitarbeitskräften war daher nicht mehr notwendig.

Prognosebericht

Die AWA Entsorgung GmbH als Muttergesellschaft hat zum Stichtag 1. Januar 2019 eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur vorgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses wurde das operative Geschäft der AWA Service GmbH einschließlich Teile der Betriebsmittel und des beschäftigten Personals auf die AWA Entsorgung GmbH übertragen (Betriebsübergang nach § 613a BGB). Das Grundstück und die Gebäude des Entsorgungszentrums Horm sind im Besitz der AWA Service GmbH verblieben und an die AWA Entsorgung GmbH vermietet. Die AWA Service GmbH agiert zukünftig überwiegend als vermögensverwaltende Gesellschaft und wird sich in 2019 mit folgenden wesentlichen Aufgaben beschäftigen:

- Erneuerung der sanitären Anlagen im Sozialbereich
- Überprüfung der Entwässerungsleitungen auf dem gesamten Standort
- Überprüfung der Rohrnetze im Bestand der alten Löschanlage

Chancen- und Risikobericht

Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt. Im Laufe des Jahres 2018 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Aufgrund der Aufgabenänderung der AWA Service GmbH in eine Grundstücksverwaltungsgesellschaft zum 1. Januar 2019 werden sowohl die Chancen als auch die Risiken des Unternehmens deutlich reduziert. Die Liquidität der AWA Service ist sichergestellt. Ein Darlehensvertrag mit der AWA Entsorgung GmbH ermöglicht bei Bedarf die Aufnahme von Investitions- oder Liquiditätsdarlehen. Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen.

Bericht über Zweigniederlassungen

Selbstständige Zweigniederlassungen bestehen nicht. Die Gesellschaft betreibt jedoch Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungszentrum Horm), in Monschau-Imgenbroich (Entsorgungszentrum Süd), in Niederzier (Entsorgungszentrum Rurbenden), in Aachen (Schadstoffannahmestelle) und in Eschweiler (Entsorgungszentrum Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle). Diese sind mit Ausnahme des Entsorgungszentrums Horm mit Wirkung zum 1. Januar 2019 auf die AWA Entsorgung GmbH übergegangen. Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsaufgaben.



MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,
- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,
- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,
- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten,
- Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern. Beide Gesellschafter entsenden entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils 6 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus von den Kommanditisten AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH zu entsendenden Mitgliedern. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, vertreten durch die Geschäftsführer Andreas Fries und Herbert Küpper

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|---------------|---------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender: | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Willi Bündgens | Städteregionstagsmitglied |



Beratendes Mitglied: Thomas Pilgrim komm. Dezernent (bis 30.09.2018)
 Stefan Jücker Dezernent (ab 01.10.2018)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co Kommanditgesellschaft

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 12.784.000,00 Euro

Komplementärin:

MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH – ohne Einlage –

Kommanditisten:

| | Anteil in € | Anteil in % |
|---|-------------|-------------|
| AWA Entsorgungs GmbH | 6.392.000 | 50 |
| EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH | 6.392.000 | 50 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 25.522.583 | 10.944.368 | 6.993.576 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 12.544 | 5.999 | 14.960 |
| II. Sachanlagen | 25.510.039 | 10.938.369 | 15.925,14 |
| B. Umlaufvermögen | 13.615.522 | 12.832.416 | 21.037.361 |
| I. Vorräte | 160.000 | 160.000 | 160.000 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 3.264.078 | 3.661.463 | 3.466.927 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 10.191.445 | 9.010.953 | 17.410.434 |
| C. RAP | 1.993.444 | 1.426.221 | 947.276 |
| Bilanzsumme Aktiva | 41.131.549 | 25.203.000 | 28.978.213 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 5.000.000. | 5.000.000 | 5.000.000 |
| Kapitalanteile Kommanditisten | 12.784.000 | 12.784.000 | 12.784.000 |
| Nicht eingef. ausst. Einlagen | -7.784.000 | -7.784.000 | -7.784.000 |
| B. Rückstellungen | 6.256.052 | 5.455.557 | 7.419.282 |
| C. Verbindlichkeiten | 29.875.497 | 14.747.447 | 16.679.495 |
| Bilanzsumme Passiva | 41.131.549 | 25.203.004 | 28.978.213 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|----------------|------------------|-----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 46.799.355 | 45.437.437 | 35.539.709 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 1.238.944 | 873.889 | 84.161 |
| Materialaufwand | 27.506.462 | 25.831.874 | 28.242.187 |
| Personalaufwand | 1.259.690 | 1.278.862 | 1.365.238 |
| Abschreibungen | 14.738.075 | 14.695.701 | 4.049.855 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 2.627.322 | 2.660.236 | 2.009.082 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 522.949 | 1.152.723 | -120.564 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt) | 12 | 12,5 | 13 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Kommanditisten bleiben unberührt.

Zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und ihrer Kommanditistin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren komplexe Leistungsbeziehungen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung:

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen. Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren. Seit dem 1. Dezember 2017 ist dieses Anlieferkontingent für beide Gesellschafter auf jeweils 180.000 t/a erhöht worden.



Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die in 2018 gleichbleibend gute konjunkturelle Lage hat dazu beigetragen, dass auch im Geschäftsjahr 2018 die deutschen Müllverbrennungsanlagen voll ausgelastet waren und überwiegend an der Kapazitätsgrenze gearbeitet haben. In 2018 dürfte die Nachfrage nach thermischer Abfallbehandlung die Kapazität überstiegen haben. Die Preise im Bereich der nicht satzungsgemäß gebundenen Abfälle bewegen sich auf hohem Niveau und sind insgesamt leicht gestiegen (EUWID 27/2018 und EUWID 50/2018). In Anbetracht der sich zwar inzwischen leicht abschwächenden, aber immer noch guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist auch für die kommenden Jahre ein hohes Abfallaufkommen zu erwarten.

Geschäftsverlauf

Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es der MVA KG in 2018 ermöglicht, das Ziel des Wirtschaftsplans 2018 (Plan: 360.000 t) um rund 8.700 t zu überschreiten. Insgesamt konnten 368.714 t Abfall thermisch behandelt werden (Vj. 379.596 t). Der Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf einen weiteren Anstieg der Heizwerte und eine Reihe von störstoffbedingten Linienstillständen zurückzuführen. Die Zeitverfügbarkeit lag bei rund 91,0%. Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungsverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 35.540 T€ (Vj. 45.437 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung von 21,8 % aus. Es ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen hat. Die Höhe der Umsatzerlöse wird daher in einem hohen Maße von den auf dieser Grundlage ansetzbaren Kosten beeinflusst und somit ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht

gleichzusetzen mit einer rückläufigen Geschäftsentwicklung. Der Materialaufwand von 28.242 T€ (Vj. 25.832 T€) hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Diese Position wird wesentlich beeinflusst durch die Bildung von Rückstellungen für die Revisionen. Im Geschäftsjahr wurden für zwei Linien Rückstellungen i.H. von 2.654 T€ gebildet; im Vorjahr war eine Rückstellung für die Revisionen einer Linie i.H. von 2.614 T€ zu bilden. Grund für die unterschiedliche Bewertung ist eine Änderung in der Systematik der Rückstellungsbewertung. Weiterhin waren Rückstellungen für das Upgrade der Leittechnik der Turbine und der MVA sowie für Instandhaltungen der Presskolbenentwässer in Höhe von insgesamt 2.352 T€ zu bilden. Die Abschreibungen von 4.050 T€ (Vj. 14.696 T€) sind um 72 % gesunken, da seit Ende März 2018 wesentliche Anlageteile der Müllverbrennungsanlagen vollständig abgeschrieben sind. Die Zinserträge liegen wie im Vorjahr in Höhe von <1 T€ vor, was im Wesentlichen auf das extrem niedrige Zinsniveau im Kapitalanlagebereich zurückzuführen ist. Zinsaufwendungen liegen im Geschäftsjahr 2018 nicht vor (Vj. 364 T€), da das Finanzierungskonzept planmäßig Ende 2017 ausgelaufen ist. Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 121 T€ ab (Vj. Jahresüberschuss 1.153 T€). Diese Ergebnisschwankung wird im Wesentlichen dadurch verursacht, dass nach den geänderten handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig sind. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin berücksichtigt werden dürfen, kommt es handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen. Weiterhin wurde die Berechnungssystematik der Rückstellungsberechnung umgestellt. Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge betragen 79,54 €/t und lagen damit rund 24,8 % unter dem Vorjahresniveau (Vj. 105,75 €/t).

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

| | 2018 | 2017 |
|---|--------|---------|
| | T€ | T€ |
| A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 8.498 | 14.472 |
| B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit | -99 | -116 |
| C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | 0 | -15.536 |
| D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds | 8.399 | -1.180 |
| E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang | 9.011 | 10.191 |
| F. Finanzmittelfonds am Jahresende | 17.410 | 9.011 |

Der Zugang der Investitionen i.H. von 99 T€ (Vj. T€ 118) resultiert in der Hauptsache aus Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit den Pausen- und Umkleideräumen (16 T€), diversen EDV-Komponenten (31 T€) und der Verbesserung der Kamerasysteme (16 T€). Die Investitionen sind mit Eigenmitteln finanziert. Hinsichtlich der Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.



c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 6.994 T€ aus. Dies entspricht rund 24 % der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 76 %. Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 4.050 T€ führten zu einem entsprechenden Rückgang des Anlagevermögens von 10.944 T€ auf 6.994 T€. Die rätierliche Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Einmalzahlung der Pacht der Turbine im Jahr 2017 für einen mehrjährigen Zeitraum trug wesentlich zur Reduzierung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens auf 947 T€ (Vj. 1.426 T€) bei. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 16,8% (Vj. 19,8%) hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von ca. 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (6.309 T€, Vj. 4.266 T€). Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Im Jahr 2018 waren bei der MVA KG 13,0 (Vj. 12,5) Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Diese Angabe enthält eine zusätzlich eingesetzte Aushilfe. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung durch die RWE Power AG.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2018 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut nach einem eingehenden Prüfungsverfahren im November 2018 zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann koalisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde kontinuierlich über den laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage auch in 2018 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Die Betriebskosten konnten im Jahr 2018 im Verhältnis zum Vorjahr aufgrund der stark gesunkenen Abschreibungen deutlich verringert werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im

Jahr 2019 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2019 stabil bleibt. Insgesamt wird mit einem ausgeglichenen handelsrechtlichen Ergebnis gerechnet.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende

Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle sind auf hohem Niveau stabil. Die Kostensituation der MVA Weisweiler hat sich in 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessert. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 7. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 7. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 1. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power AG wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten ab dem Jahr 2021. In den Jahren 2019 und 2020 wird der Aufbau dieser



Betriebsführungsmannschaft Kosten verursachen, welche das handelsrechtliche Ergebnis zunächst belasten.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2018 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2019 unterstellt eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner derivativen Finanzinstrumente, wie Optionen, Swaps oder anderer Termingeschäfte.



MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung in der Kommanditgesellschaft unter der Firma „MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“
- Betrieb der Müllverbrennungsanlage sowie Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat grundsätzlich einen kaufmännischen und einen technischen Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer seiner Wahl vorzuschlagen. Der Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH schlägt den kaufmännischen und der Gesellschafter EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH den technischen Geschäftsführer vor.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftervertreter werden von den beiden Gesellschaftern AWA und EGN entsandt. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andreas Fries
 Herbert Küpper

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler



gezeichnetes Kapital: 25.564,60 €

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|-------------|-------------|
| AWA Entsorgung GmbH | 12.782,30 | 50 |
| EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH | 12.782,30 | 50 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Umlaufvermögen | 23.260 | 27.917 | 26.588 |
| I. Forderungen u. sonst. VG | 1.279 | 8.278 | 1.278 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 22.081 | 19.638 | 25.310 |
| Bilanzsumme Aktiva | 23.360 | 27.917 | 26.588 |
| A. Eigenkapital | 20.681 | 24.701 | 23.969 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.565 | 25.565 | 25.565 |
| II. Verlustvortrag | -2.432 | -4.883 | -863,29 |
| III. Jahresüberschuss/- fehlbetrag | -2.451 | 4.020 | -732,11 |
| B. Rückstellungen | 2.500 | 2.900 | 2.500 |
| C. Verbindlichkeiten | 179 | 315 | 119 |
| Bilanzsumme Passiva | 23.360 | 27.917 | 26.588 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Sonstige betriebl. Erträge | 1.318 | 8.278 | 2.141 |
| Sonstige betriebl. Aufwendungen | 3.770 | 4.258 | 2.874 |
| Sonstige Zinsen u.ä. Erträge | 1,06 | 0,41 | 0,12 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | -2.451 | 4.020 | -732 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------|-------|-------|-------|
| Mitarbeiter/innen | keine | keine | keine |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Den Gesellschaftern obliegt die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. § 29 Abs. 1 GmbHG ist ausgeschlossen. Zwischen der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH und ihrer Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt. Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Deutschland waren im Geschäftsjahr 2018 alle voll ausgelastet. In 2018 dürfte die Nachfrage nach thermischer Abfallbehandlung die Kapazität überstiegen haben. Die Preise im Bereich der nicht satzungsmäßig gebundenen Abfälle bewegen sich auf hohem Niveau und sind insgesamt leicht gestiegen. In Anbetracht der sich zwar inzwischen leicht abschwächenden, aber immer noch guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist auch für die kommenden Jahre ein hohes Abfallaufkommen zu erwarten.



Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 sonstige betriebliche Erträge von T€ 2,1. Hierbei handelt es sich um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen aus dem Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten (T€ 2,6; Vorjahr: T€ 3,8). Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 732,11 € (Vorjahr: Jahresüberschuss 4.020,14 €) ab.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert. Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Neben den Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten von € 2.500,00 sind Verbindlichkeiten in Höhe von 119,00 € vorhanden. Letztere wurden bereits im Januar 2019 beglichen. Die Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultieren aus der Haftungsvergütung für das Jahr 2018. Die Bilanzsumme insgesamt (T€ 26,6; Vorjahr: T€ 27,9) hat sich nur unwesentlich geändert.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2018 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut im November 2018 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und

zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2018 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA KG beziehen. Die Betriebskosten der Müllverbrennungsanlage konnten im Jahr 2018 im Verhältnis zum Vorjahr aufgrund der stark gesunkenen Abschreibungen deutlich verringert werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2019 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Müllverbrennungsanlage – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2019 stabil bleibt.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hängen naturgemäß entscheidend von den Geschäftsrisiken der MVA GmbH & Co. KG ab.

Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG diskutiert.

In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

Chancenbericht

Die weiterhin gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle sind auf hohem Niveau stabil. Die Kostensituation der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hat sich in 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich ver-



bessert. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG haben am 07. April 2017 vereinbart, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sind am 07. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 01. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert worden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten ab dem Jahr 2021. Allerdings hat gern. Gesellschaftsvertrag der MVA KG die MVA Verwaltungs-GmbH einen Erstattungsanspruch für ihre Kosten aus der Geschäftsführung, der bei Bedarf geltend gemacht wurde. Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Übernahme der persönlichen Haftung für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beschränkt, besteht kein eigenständiges Risikomanagementsystem. Allerdings ist die Gesellschaft in der Lage, auf das Risikomanagementsystem der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zurückzugreifen. Die Implementierung eines formalisierten Risikomanagementsystems bei der MVA KG ist abgeschlossen.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2018 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden.

Zweckverband Entsorgungsregion West

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband Entsorgungsregion West ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von seinen Mitgliedern übertragen wurden. Mitglieder sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und der Kreis Düren. Er nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Der ZEW selbst betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten. Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werkausschusses entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Sie besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Verbandssatzung enthält einen Katalog der Entscheidungen, die der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher nimmt die Aufgaben der Werksleitung entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Er führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der obersten Dienstbehörde übertragen werden können, wird auf den Verbandsvorsteher übertragen. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbandes sein. Für den Zweckverband ist dies der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen oder der Landrat des Kreises Düren. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher

im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der vorstehend kursiv gedruckten Abfolge.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

| | |
|----------------------|---------------------------------|
| Helmut Etschenberg | Städteregionsrat bis 31.12.2018 |
| Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat ab 01.01.2019 |
| Oliver Bode | Städteregionstagsmitglied |
| Michael Kirsch | Städteregionstagsmitglied |
| Dr. Thomas Griese | Städteregionstagsmitglied |
| Kristina Klinkenberg | Städteregionstagsmitglied |
| Jürgen Neesen | Städteregionstagsmitglied |
| Hendrik Hackmann | Städteregionstagsmitglied |

Verbandsvorsteher:

| | |
|----------------|------------------------------------|
| Marcel Philipp | Oberbürgermeister der Stadt Aachen |
|----------------|------------------------------------|

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.500,00 Euro

| Mitglieder: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|-----------------|--------------|
| StädteRegion Aachen | 8.500,00 | 33,33 |
| Stadt Aachen | 8.500,00 | 33,33 |
| Kreis Düren | <u>8.500,00</u> | <u>33,33</u> |
| | 25.500,00 | 100,00 |

| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------------|-------------|-------------|
| AWA Entsorgung GmbH | 24.000 | 93,75 |
| Materis | 25.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 24.000 | 24.000 | 49.000 |
| I. Finanzanlagen | 24.000 | 24.000 | 49.000 |
| B. Umlaufvermögen | 8.037.629 | 7.827.878 | 5.484.469 |
| I. Forderung und sonst. Vermögensgegenstände | 2.870.631 | 3.962.048 | 2.735.147 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 5.166.998 | 3.865.830 | 2.749.322 |
| C. Nicht durch Eigenkap. gedeckter Fehlbetrag | k.A. | 0 | 33.216 |
| Bilanzsumme Aktiva | 8.075.077 | 7.851.878 | 5.566.684 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 25.500 | 25.500 | 25.500 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.500 | 25.500 | 25.500 |
| II. Gewinnvortrag | 0 | 0 | 0 |
| III. Jahresüberschuss | 0 | 0 | -58.716 |
| B. Rückstellungen | 859.587 | 932.183 | 1.047.953 |
| C. Verbindlichkeiten | 7.189.990 | 6.894.195 | 4.518.732 |
| Bilanzsumme Passiva | 8.075.078 | 7.851.878 | 5.566.684 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 42.215.763 | 42.054.816 | 37.788.714 |
| Materialaufwand | 41.857.645 | 41.712.025 | 37.462.099 |
| Personalaufwand | 182.636 | 226.828 | 278.420 |
| sonst. betriebl. Aufwendungen | 146.237 | 86.356 | 110.270 |
| Ergebnis nach Steuern | 0 | 0 | -58.716 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 0 | 0 | -58.716 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen) | 3 | 3 | 3 |

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Insofern bestehen zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH mehrschichtige Leistungsbeziehungen. Insbesondere mittelbar über die AWA Entsorgung GmbH bestehen darüber hinaus Leistungsbeziehungen zur MVA GmbH & Co. KG und zur AWA Service GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Der ZEW ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse. Der ZEW hat auch 2015 die Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich wahrgenommen, alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und für eine geordnete Entsorgung aus sehr hohem technischem Niveau gesorgt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Allerdings haben gestiegener Heizwert sowie Störstoffe in den angelieferten Abfällen und unerwartete Störungen in der Anlage die Durchsatzleistung beschränkt. Die thermische Behandlung der dem ZEW überlassenen Abfälle war jedoch zu jeder Zeit gewährleistet. Im Frühjahr 2018 hat der ZEW die Aufgabe der Nachsorge der Deponie Maria Theresia von der Stadt Aachen übernommen. Mit der operativen Durchführung der Aufgabe ist die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Des Weiteren hat der ZEW im Dezember 2018 eine neue 100 %ige Tochtergesellschaft, die Materis GmbH, gegründet. Diese soll die Auslastung der für den ZEW errichteten und betriebenen Anlagen übernehmen, soweit die für den ZEW vorgehaltenen Behandlungskapazitäten nicht für die Entsorgung der dem ZEW überlassenen Abfälle benötigt werden. Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem handelsrechtlichen Verlust von T€ 59 ab. Dieser soll in den Gebührenkalkulationen der Folgejahre berücksichtigt und ausgeglichen werden.

Personalentwicklung

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2018 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2018 insgesamt 2,58 Arbeitnehmer / innen beschäftigt. Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Jahr 2018 lagen mit insgesamt T€ 37.789 um 10,1 % unter dem Vorjahresniveau (T€ 42.055). Der Umsatzrückgang erfolgt aus dem Herkunftsbereich der Stadt Aachen mit T€ 10.695 (VJ T€ 11.925), der StädteRegion Aachen (T€ 12.926; VJ T€ 15.115) und dem Kreis Düren (T€ 12.706; VJ T€ 13.828). Der Umsatzrückgang lässt sich durch die starke Korrelation mit den Entsorgungskosten erklären. Diese sind maßgeblich durch die gesunkenen Verbrennungskosten in der MVA Weisweiler definiert. Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.). Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis (T€ 327; Vj. T€ 343) nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Im Wirtschaftsplan war ursprünglich ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Die Gründung der Materis GmbH sowie Veränderungen im Bereich der Personalaufwendungen machten einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan nötig. Die zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes unbekannt veränderte Personalkosten sowie die damit verbundene Anpassung der Pensionsrückstellungen verursachten hauptsächlich die Planabweichungen und damit die Kostenunterdeckung. Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Die Kostenunterdeckung in Höhe von T€ 59 soll mit der Kostenüberdeckung des Wirtschaftsjahres 2020 verrechnet werden.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurde die Materis GmbH als 100%ige Tochter des ZEW mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 25 gegründet und im Finanzanlagevermögen ausgewiesen. Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ -1.092; Vj. T€ -1.301) hatte einerseits die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 2.579; Vj. T€ 5.126) sowie andererseits die Abnahme von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 2.038; Vj. T€ 3.103). Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2018 eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 1.117 auf nunmehr T€ 2.749.

Vermögenslage

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2018 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeit-

punkt des Geschäftsjahres gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen. Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 2.038; Vj. T€ 3.102), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 690; Vj. T€791). Die Reduzierung der Forderungen lässt sich mit der starken Korrelation zwischen den Umsatzerlösen und den Entsorgungskosten begründen. Da im Wirtschaftsjahr 2018 sowohl die Entsorgungskosten als auch die Umsätze sanken, sind die Forderungen zum Bilanzstichtag ebenfalls gesunken. Die Abnahme der liquiden Mittel (T€ 2.749; Vj. T€ 3.866) ist im Wesentlichen durch die Abnahme von Verbindlichkeiten begründet. Die Abnahme der Verbindlichkeiten ist auf den bereits beschriebenen Rückgang der Entsorgungskosten zurückzuführen. Der in den Vorjahren in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 2.879; Vj. T€ 5.126) enthaltene Betrag aus dem Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten ist im Wirtschaftsjahr planmäßig aufgelöst worden. Der Rückgang geht ebenfalls mit den gesunkenen Verbrennungskosten einher. Die Rückstellungen (T€ 1.048; Vj. T€ 932) erhöhten sich um insgesamt T€ 116. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 125 sowie zu den Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub in Höhe von T€ 11. Das Eigenkapital ist negativ bzw. es wird ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von T€ 33 ausgewiesen. Dieser soll mit der Überdeckung des Wirtschaftsjahres 2020 ausgeglichen werden. Als Verbindlichkeit gegenüber Verbandsmitgliedern ist im Wesentlichen eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.888; Vj. T€ 1.721) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandsanzahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar. Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 61 % auf. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 117 %. Im monatlichen Berichtswesen werden finanzielle Leistungsindikatoren fortlaufend analysiert. Hervorzuheben sind hier die Tonnagen bzgl. der angenommenen und entsorgten Abfallmengen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. Hierbei ist der ZEW be-

strebt, die 5–stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU–Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die „Wunderkiste“, ein „Umsonst–Laden“ und ein "Repair–Cafö" sind hierzu nennen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

Prognosebericht

Das in der Fortschreibung befindliche Abfallwirtschaftskonzept des ZEW wird die Vorgaben des bestehenden Abfallwirtschaftsplanes berücksichtigen. Insbesondere sind hier Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen und die Zielwerte für die Erfassung von Grün– und Bioabfällen zu nennen. Des Weiteren wird der ZEW sich auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung und der Vorgaben der EU–Abfallrahmenrichtlinie weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung/–verwertung dieser Stoffe annehmen. Die Mehrfachnutzung von Gebrauchsgegenständen in Läden und Netzwerken sowie der weitere Ausbau von Entsorgungszentren im Verbandsgebiet sind beispielhaft zu nennen. Die Entwicklung der gewerblichen Abfallmengen zur Verwertung / Beseitigung auf die öffentliche Entsorgung aus der Novellierung der GewAbfV hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung eines hochwertigen Recyclings und eine Verwertung von Abfällen durch das Gewerbe sowie bezüglich der Kleinmengenregel und der ansonsten weiterhin verpflichtenden Nutzung der Pflichtrestmülltonne bleibt weiterhin abzuwarten. Im Jahre 2017 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit ab dem 01.01.2021 zwischen der MVA und der RWE Power AG vereinbart. In 2017 sind die Verhandlungen zwischen der MVA, der AWA Entsorgung GmbH und der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler ab dem 01.01.2021 erfolgreich abgeschlossen worden. Die Verträge wurden am 07.04.2017 unterzeichnet. Gegen den Abschluss dieser Verträge wurde bei der Vergabekammer Köln ein Nachprüfungsantrag gestellt. Mit Beschluss vom 06.12.2018 hat die Vergabekammer Köln den Nachprüfungsantrag in allen Punkten zurückgewiesen. Der Antragsteller hat hiergegen sofortige Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingelegt. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten. Die neuen Konditionen beschränken das vom ZEW auszulastende MVA–Kontingent auf 135.000t jährlich. Soweit dem ZEW eine darüberhinausgehende Abfallmenge überlassen wird, besteht für ihn ein vorrangiges Anlieferrecht in der MVA. 2018 wurden dem ZEW ca. 140.000 l Abfall zur thermischen Verwertung überlassen. Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2018 betragen T€ 37.789 (Vj. T€ 42.055). Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. I) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 37.462; Vj. T€ 41.712) und den Umsatzerlösen (T€ 37.789; Vj. T€ 42.055). Der Wirtschaftsplan 2019 weist Entsorgungskosten von T€ 39.913 und Umsatzerlöse von T€ 40.626 aus. Grundlage der Plankosten sind die Kosten, die die AWA gemäß ihres Wirtschaftsplanes dem ZEW 2019 in Rechnung stellen wird. Diese Kosten fallen für die Erbringung von Entsorgungsleistungen

an, mit denen der ZEW die AWA beauftragt hat. Diese Kosten machen 98,2 % der im Wirtschaftsplan des ZEW angesetzten Kosten aus. Den Kostenplanungen der AWA liegen Mengenplanungen zugrunde, die auf Basis der Erfahrungen aus den Vorjahren und unter Berücksichtigung eventueller gesetzlicher und struktureller (z.B. Änderung von Sammelsystemen) Einflüsse entwickelt worden sind. In 2019 steigen die Gebühren für Bio- und Grünabfall. Der Grund hierfür liegt in gestiegenen Kosten für die externe Entsorgung aber auch in höheren Anforderungen an die technische Ausstattung der Kompostierungsanlagen der AWA. Die Gebühren für thermisch zu behandelnde Abfälle sinken leicht. Ursächlich hierfür sind gesunkene Abschreibungskosten der MVA Weisweiler.

Risikobericht

Im AWP wird das Land NRW in 3 Entsorgungsregionen aufgeteilt. Vor dem Hintergrund des fehlenden Instruments der Zuweisung bleibt abzuwarten, wie sich die Abfallmengenströme innerhalb von NRW auf die Entsorgungsanlagen verteilen. AWA, EGN und MVA haben die Zusammenarbeitsvereinbarung zum Weiterbetrieb und zur Auslastung der MVA Weisweiler für die Zeit ab 01.01.2021 in 2017 fortgeschrieben. Hiergegen wurde bei der Vergabekammer Köln ein Nachprüfungsantrag gestellt. Die Vergabekammer Köln hat den Nachprüfungsantrag mit Beschluss vom 06.12.2018 zurückgewiesen. Hiergegen hat die Gegenseite sofortige Beschwerde zum OLG Düsseldorf eingelegt. Sollte das OLG Düsseldorf zu der Auffassung kommen, dass der Abschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung mit Geltung ab 01.01.2021 als nicht vergaberechtskonform anzusehen ist, ist diese Zusammenarbeitsvereinbarung nichtig. Findet sich keine andere Rechtskonstruktion, die den Regelungen der Zusammenarbeitsvereinbarung nahekommt, muss die AWA oder evtl, auch sogar unmittelbar der ZEW die Entsorgung der ihm überlassenen thermisch zu behandelnden Abfälle ausschreiben. An dieser Ausschreibung kann sich die MVA Weisweiler beteiligen, was sie wohl auch tun würde. Sollte sie jedoch nicht den Zuschlag erhalten, müsste sie oder ihre Gesellschafter Abfälle zu auskömmlichen Preisen am Markt akquirieren. Sollte dies nicht gelingen, ist der Weiterbetrieb der MVA ab 01.01.2021 gefährdet. Im Hinblick auf die Novellierung der GewAbfV bleibt weiterhin abzuwarten, inwieweit ein hochwertiges Recycling und eine hochwertige Verwertung von gewerblichen Abfällen tatsächlich und erfolgreich durch das Gewerbe umgesetzt werden und inwieweit die Tatbestände der „Kleinmengenregel“ und „Pflichtrestmülltonne“ im Sinne der bestehenden Überlassungspflichten tatsächlich und nicht missbräuchlich angewandt werden.

Chancenbericht

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden. Die Neufassung des AWP NRW in 2016 gibt Zielvorgaben für das in Überarbeitung befindliche AWK des ZEW. Die daraus resultierende Lenkungsfunktion von Vorgaben des AWP NRW im Sinne des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, wird ebenso als Chance betrachtet wie der Aspekt, dass sich weitere Maßnahmen, Aktionen und Ideen zur effektiven Wiederverwendung und -Verwertung ergeben, die durch den Drittbeauftragten AWA Entsorgung GmbH weiterhin umgesetzt werden. Der ZEW setzt damit weiterhin die Vorgaben des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Sinne der 5-

stufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen um. Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV. Auch die Betreiber von Sortieranlagen werden stärker zu einer hochwertigen Sortierung und Erhöhung der Verwertungsmengen angehalten. Sie sind seit 01.01.2019 verpflichtet, gegenüber den Abfallerzeugern/-besitzern Erklärungen abzugeben, dass ihre Anlagen technisch den Anforderungen der GewAbfV entsprechen und die geforderte Sortierquote erreicht wird.

Gesamtaussage

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.



Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband hat im Verbundraum insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr- SPNV & Infrastruktur – Rheinland" (ZV NVR),
2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mehrere Stellvertreter. Die Verbandsver-

sammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 der Satzung legt fest, dass die Verbandsversammlung die Entscheidungen über die dort genannten Angelegenheiten nicht übertragen kann.

Beiräte:

Zur Wahrung der strukturellen Besonderheiten der Teilräume und der Interessen der einzelnen kreisangehörigen bzw. regionsangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Tarifpolitik und des Leistungsangebotes werden vier regionale Beiräte, jeweils ein Beirat für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, den Kreis Düren und den Kreis Heinsberg, gebildet. In diesen Beiräten sind alle Gebietskörperschaften der betreffenden Region vertreten. Sie beraten die Verbandsversammlung und die Vertreter des betroffenen Verbandsmitgliedes.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsstellenleiter geleitet wird. Der Geschäftsstellenleiter ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltsatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher: Wolfgang Spelthahn Landrat Kreis Düren

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

| | |
|---------------------|--|
| Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018), I. stv. Verbandsvorsteher |
| Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Michael Janßen | Städteregionstagsmitglied |
| Marc Peters | Städteregionstagsmitglied |
| Axel Wirtz | Städteregionstagsmitglied |
| Gerhard Neitzke | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52068 Aachen

| Mitglieder: | Anteil in % |
|---------------------|-------------|
| Stadt Aachen | 25 |
| StädteRegion Aachen | 25 |
| Kreis Düren | 25 |
| Kreis Heinsberg | 25 |

| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
|-------------------------------|-------------|-------------|
| Aachener Verkehrsverbund GmbH | 25.600 | 100 |

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A Anlagevermögen | 153.002 | 153.002 | 153.002 |
| I. Sachanlagen | 1 | 1 | 1 |
| II. Finanzanlagen | 153.001 | 153.001 | 153.001 |
| B Umlaufvermögen | 7.321.711 | 7.581.418 | 8.877.524 |
| I. Forderungen/sonst. VG | 1 | 0 | 0 |
| II. Liquide Mittel | 7.321.709 | 7.581.418 | 8.877.524 |
| C. RAP | 16.606.858 | 16.929.552 | 21.030.027 |
| Bilanzsumme Aktiva | 24.081.571 | 24.663.973 | 30.060.553 |
| A. Eigenkapital | 519.731 | 519.738 | 507.392 |
| I. Allgemeine Rücklagen | 517.280 | 517.280 | 517.280 |
| II. Ausgleichsrücklage | 2.421 | 2.451 | 2.458 |
| III. Jahresüberschuss | 30 | 8 | -12.346 |
| B. Rückstellungen | 6.545 | 5.712 | 5.712 |
| C. Verbindlichkeiten | 3.223.190 | 3.039.830 | 4.715.858 |
| D. RAP | 20.332.105 | 21.098.693 | 24.831.590 |
| Bilanzsumme Passiva | 24.081.571 | 24.663.973 | 30.060.553 |

| Ergebnisrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Zuwendungen und allg. Umlagen | 18.294.553 | 14.881.946 | 19.126.348 |
| Ordentliches Jahresergebnis | 29 | 8 | -12.346 |
| außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| Jahresergebnis | 29 | 8 | -12.346 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--|-------|-------|-------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen) | 2 | 2 | 0 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 0,6 | 0,6 | 0,5 |
| Eigenkapitalquote | 2,2 | 2,1 | 1,7 |
| Anlagendeckungsgrad I | 339,7 | 339,7 | 331,6 |
| Liquidität 1. Grades | 227,1 | 249,4 | 188,2 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Jahr 2018 betrug die anteilige, auf die StädteRegion Aachen entfallende Zweckverbandsumlage 12.629.802,31 €. Diese wird zu 100 % auf die städteregeionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) umgelegt, was eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für den schienengebundenen Verkehr ermöglicht. Weiterhin erhält die StädteRegion Aachen als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem ÖPNVG NRW eine jährliche Pauschale als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV (Nahverkehrspauschale). Als Folge der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wird die Nahverkehrspauschale nicht mehr vom Land, sondern vom AVV an die Gebietskörperschaften gezahlt. Die Buchführung des Zweckverbands wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch die StädteRegion Aachen erledigt. Die Gehaltsbuchhaltung für den AVV-Zweckverband wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der GWG gGmbH durchgeführt.

Die Leistungsbeziehungen des ZV AVV zu seiner 100%-igen Tochter, der AVV GmbH, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2018. Im Haushaltsjahr 2018 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 5.345.451,52 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 68.673,55 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Rückforderungen von Verkehrsunternehmen in Höhe von insgesamt 68.666,05 € sowie um Zinsen in Höhe von 7,50 €, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschale für das Förderjahr 2017 bis einschließlich Februar 2018 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 5.414.125,07 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 780.000,00 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2018 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2018 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 4.634.125,07 € im ersten Halbjahr des Jahres 2019 zweckentsprechend verwendet worden. Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 10.306.253,62 € ist im Jahr 2018 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2016 wurden darüber hinaus insgesamt 526.771,95 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 40.095,77 € sowie der bis einschließlich Februar 2018 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale des Förderjahres 2017 entstandene Zinsertrag in Höhe von 4,28 € ist im ersten Halbjahr 2019 zweckentsprechend verwendet worden. Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 2.273.903,05 € erhalten. Diese Mittel sind um eine Nachzahlung in Höhe von 20.586,95 € aufgestockt worden, sodass insgesamt Mittel in Höhe von 2.294.490,00 € zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV zur Verfügung standen. Die Zuwendung in Höhe von 2.273.903,05 € und die Nachzahlung in Höhe von 20.586,95 € sind den Verkehrsunternehmen im Jahr 2018 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Zudem erfolgte im Haushaltsjahr 2018 eine Abrechnung betreffend das Förderjahr 2016, welche für den Haushalt des ZV AVV ergebnisneutral war. Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der ZV AVV ist. Zur Finanzierung seines Eigenaufwands erhielt der ZV AVV seitens des ZV NVR anteilige Mittel aus der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Aufgrund eines erstmals ab März 2018 auf die Fördermittel des ZV AVV von der Sparkasse Aachen erhobenen Verwarentgelts (sog. „Negativzinsen“) zu Lasten des ZV AVV, welches bei der Aufstellung des Haushalts 2018 noch nicht absehbar war und das nach Vorgabe des Landes NRW nicht aus den jeweils zugrundeliegenden Fördermitteln selbst finanziert werden

darf, konnte der Eigenaufwand des ZV AVV in 2018 nicht allein aus den vorgenannten Haushaltsmitteln gedeckt werden. Insgesamt führte das Haushaltsjahr vor obigem Hintergrund erstmals zu dem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.345,82 €. Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert. Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko im Hinblick auf die diesbezüglich notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann. Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NRW, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist. Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Der ZV AVV wird darüber hinaus geeignete Maßnahmen ergreifen, um mögliche Auswirkungen eines anhaltend niedrigen Marktzinsniveaus auf den Haushalt bzw. das Jahresergebnis zu minimieren. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen. Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019.

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Aufgaben der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die AVV GmbH dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die in § 1 Abs. 4 aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte eigenverantwortlich nach Maßgabe des Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Verbandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftsfrage erfordert, oder auf Weisung des Verbandsvorstehers des ZV AVV. Sie entscheidet in den

in § 19 des Gesellschaftsvertrags aufgeführten Angelegenheiten. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Vertreter der StädteRegion Aachen im Aufsichtsrat:

| | |
|-------------------------|---|
| Michael Janßen | Städteregionstagsmitglied |
| Volker Wiegand-Majewsky | sachkundiger Bürger |
| Gerhard Neitzke | Städteregionstagsmitglied |
| Till von Hoegen | Vorsitzender d. AVV-Beirates in der Städte-Region Aachen u. techn. Beigeordneter der Stadt Würselen |

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz: 52068 Aachen
Gezeichnetes Kapital: 25.600 €

| | |
|---------------------------------------|--------------------|
| Gesellschafter: | Anteil in % |
| Zweckverband Aachener Verkehrsverbund | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-----------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 281.494 | 670.148 | 504.310 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 240.687 | 616.262 | 460.089 |
| II. Sachanlagen | 40.807 | 53.886 | 44.221 |
| B. Umlaufvermögen | 3.038.451 | 3.282.462 | 3.899.710 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 359.222 | 965.618 | 224.559 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 2.679.229 | 2.316.844 | 3.675.151 |
| C. RAP | 4.778 | 0 | 26.255 |
| Bilanzsumme Aktiva | 3.324.723 | 3.952.610 | 4.430.275 |

| | | | |
|--------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| A. Eigenkapital | 1.626.643 | 2.255.956 | 2.274.968 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.600 | 25.600 | 25.600 |
| II. Kapitalrücklage | 57.218 | 57.219 | 57.219 |
| III. Bilanzgewinn | 1.543.825 | 2.173.137 | 2.173.137 |
| IV. Jahresüberschuss | | | 19.012 |
| B. Rückstellungen | 595.530 | 781.885 | 1.210.039 |
| C. Verbindlichkeiten | 1.102.550 | 914.769 | 945.267 |
| D. RAP | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 3.324.723 | 3.952.610 | 4.430.275 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 1.132.634 | 1.936.107 | 1.903.084 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 1.800.120 | 1.781.410 | 1.845.817 |
| Personalaufwand | 1.620.062 | 1.810.579 | 2.166.561 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 1.068.615 | 1.121.120 | 1.210.706 |
| Ergebnis nach Steuern | 145.863 | 633.951 | 22.850 |
| Jahresüberschuss nach Steuern | 141.556 | 629.310 | 19.012 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (Durchschnitt) | 20 | 23 | 24 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Eigenkapitalquote | 48,93 | 57,08 | 51,4 |
| Verschuldungsgrad | 104,39 | 75,21 | 94,74 |
| Liquidität 2. Grades | 178,93 | 193,47 | 180,94 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine direkten finanziellen Verbindungen zwischen der AVV GmbH und der StädteRegion Aachen. Die Leistungsbeziehungen der AVV GmbH zu ihrer 100%-igen Mutter, dem Zweckverband AVV, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle. Mit der ASEAG besteht ein Mietverhältnis über Geschäftsstellenräumlichkeiten, Service- und Lagerflächen sowie Stellplätze. Die E.V.A. führt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags das Finanz-, Personal- und Rechnungswesen der AVV GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2018 Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt. Aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 standen der AVV GmbH im Berichtsjahr seitens des ZV NVR Mittel in gegenüber dem Vorjahr unveränderter Höhe von rd. 1.412 T€ zur Verfügung, welche durch eine Zuweisung von Restmitteln durch den ZV AVV in Höhe von rd. 14 T€ ergänzt wurden. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren u. a. aus EU-Fördermitteln im Rahmen des Horizon 2020-Projekts „MaaS4EU“ einerseits sowie des INTERREG-VA-Projekts „EMR connect“ andererseits. Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen. Mit Blick auf eine seit dem Jahr 2018 veränderte Einbindung des privaten Busverkehrsunternehmens Busverkehr Rheinland (BVR) in das Verbundkonstrukt wurde mit diesem eine entsprechende Anschlussvereinbarung abgeschlossen, welche eine anteilige Beteiligung am Aufwand der Verbundgesellschaft weiterhin sicherstellt. Bedingt durch das Ausscheiden der Transdev Rheinland GmbH (Taeter Aachen) als AVV-Kooperationspartner mit eigenen Liniengenehmigungen entfiel die von diesem Unternehmen bislang geleistete Beteiligung an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr erstmals vollständig. Ergänzend zu den vorgenannten Kooperationsverträgen wurde mit Wirkung seit dem Geschäftsjahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt. Die Bemessungsgrundlage für diese vertraglichen Finanzierungsbeiträge, welche von den Verkehrsunternehmen durch eine einmalige zusätzliche Anpassung des Verbundtarifs refinanziert wurden, stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres dar. Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV seit dem Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausbezahlt werden. Weitere Umsatzerlöse resultieren neben der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen im Wesentlichen aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten und Auftragsarbeiten sowie insbesondere auch für die von der beim AVV angesiedelten Euregionalen Koordinierungsstelle beauftragten Dienstleistungen im Rahmen des Projekts „European Travellers

Club“ (ETC) zum grenzüberschreitenden Ticketing. Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 2.167 T€ und liegen damit deutlich sowohl über dem Vorjahresniveau als auch über dem Planansatz. Ein Teil dieser Entwicklung geht dabei auf geplante, teilweise durch entsprechende Fördermittel finanzierte personelle Verstärkungen, ganzjährige Auswirkungen im Vorjahr umgesetzter Personalmaßnahmen sowie die allgemeinen Anpassungen im Rahmen des TVÖD zurück. Ein weiterer wesentlicher Teil des Anstiegs resultiert zudem aus deutlich erhöhten Aufwendungen zur Altersversorgung insbesondere bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung. Hintergrund hierfür sind zum einen das aktuell niedrige Zinsniveau sowie auch die Auswirkungen vertraglich zugesicherter Versorgungsansprüche u.a. des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresniveau insgesamt mäßig erhöht, wobei sich die Gesamtentwicklung in den einzelnen Kostenarten unterschiedlich darstellt. Erheblich steigenden Aufwendungen insbesondere im Bereich der Wartungsverträge für Software, EDV- und Internetkosten, für sonstige Aufwendungen sowie auch für Werbung, Inserate und Drucksachen stehen insgesamt deutlich sinkende Aufwendungen im Bereich der Gutachten, Prüfungs- und Beratungskosten gegenüber. Letztere Aufwandsminderung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Dienstleistungen, die von der Verbundgesellschaft im Zusammenhang mit dem „ETC“-Projekt beauftragt wurden. Da diese in erheblichem Umfang von Dritten durch Zuschüsse refinanziert wurden, spiegelt sich die rückläufige Entwicklung analog auch in den entsprechenden Ertragspositionen wider. Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen). Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 19 T€ beendet werden. Bedingt im Wesentlichen durch erhöhte Umsatzerlöse und eine unterplanmäßige Entwicklung im Bereich der Projekte liegt dieses Ergebnis trotz der in einigen Bereichen gestiegenen Aufwendungen auf dem Niveau der Budgetplanung.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können. Der Personalaufwand der AVV GmbH wird im Geschäftsjahr 2019 voraussichtlich erneut ansteigen. Hintergrund hierfür sind neben der allgemeinen Tarifierhöhung im Rahmen des TVÖD die ganzjährigen Auswirkungen bereits im Berichtsjahr erfolgter personeller Maßnahmen sowie eine zu Jahresbeginn 2019 bereits plangemäß umgesetzte personelle Verstärkung. Ein weiterer Anstieg des Personalaufwands ist nicht zuletzt infolge des u.a. zinsbedingten weiteren Anstiegs der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu erwarten. Die Ertragssituation wird im Hinblick auf Drittmittel zur Finanzierung der Verbundaufgaben auf dem Vorjahresniveau erwartet. Im Hinblick auf die Umsatzerlöse ist für 2019 insgesamt ein Anstieg zu erwarten. Während die für 2019 weiterhin bestehenden Kooperationsverträge mit den Verkehrsunternehmen eine stabile bzw. voraussichtlich leicht steigende Entwicklung gewährleisten, ist aufgrund wachsender Erlöse aus Weiterberechnungen von Gutachten (Regio-Tram-Projekt) und sonstigen Maßnahmen (AVV-Verkehrserhebung, Projekte ZVP/E-Ticketing) mit einem zusätzlichen Anstieg der Umsatzerlöse zu rechnen. Mit euregionalen Förder-

projekten aus EU-Mitteln, wie z. B. dem Interreg-V-A-Projekt „EMR Connect“ (Laufzeit bis 2020) oder einem seitens der Verbundgesellschaft angestrebten Nachfolger für das erfolgreich abgeschlossene Projekt „European Travellers Club“ (ETC) wird die Verbundgesellschaft auch in 2019 und darüber hinaus innovative Ansätze mitgestalten, die den ÖPNV vor allem auch in der Grenzregion attraktiver machen. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft weiterhin darum bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite sowohl für verbundweit greifende als auch für euregionale Maßnahmen zu akquirieren.

Für das Geschäftsjahr 2019 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG

Gegenstand des Unternehmens / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren und der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat/Hauptversammlung:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern.

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen vom Oberbürgermeister / Städteregionsrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. der Städteregion in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf die StädteRegion Aachen verteilen.

Die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch § 102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen der StädteRegion Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Städteregionstages der StädteRegion Aachen abzuhalten ist. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die durch § 11 festgelegte Amtsdauer einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | |
|---------------------|---|
| Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |
| Elisabeth Paul | III. stv. Städteregionsrätin |
| Alfred Sonders | Bürgermeister der Stadt Alsdorf (entsandt durch die StädteRegion Aachen) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Aktiengesellschaft (AG)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 6.021.120,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------|---------------------|---------------|
| E.V.A. | 5.713.920,00 | 94,90 |
| Stadt Aachen | <u>307.200,00</u> | <u>5,10</u> |
| | 6.021.120,00 | 100,00 |

| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------------|--------------|-------------|
| ASEAG Reisen GmbH | 223.000,00 | 100,00 |
| APAG | 1.911.000,00 | 100,00 |
| Akreka GmbH | 893.000,00 | 100,00 |
| ESBUS mbH | 26.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------|------------|------------|------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Anlagevermögen | 64.553.237 | 68.732.474 | 69.213.050 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 181.645 | 194.176 | 110.483 |
| II. Sachanlagen | 19.375.002 | 23.671.595 | 24.346.283 |
| III. Finanzanlagen | 44.996.590 | 44.866.703 | 44.756.284 |
| Umlaufvermögen | 60.143.621 | 64.174.706 | 73.325.735 |

| | | | |
|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| I. Vorräte | 424.091 | 459.366 | 630.809 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 58.833.185 | 44.582.149 | 51.559.691 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 886.345 | 19.133.192 | 21.135.236 |
| RAP | 881.058 | 10.725 | 11.001 |
| Bilanzsumme Aktiva | 125.577.917 | 132.917.905 | 142.549.786 |

| | | | |
|----------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Eigenkapital | 9.332.401 | 9.332.401 | 9.332.401 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 6.021.120 | 6.021.120 | 6.021.120 |
| II. Kapitalrücklage | 3.311.281 | 3.311.281 | 3.311.281 |
| Zuschüsse | 1.147.971 | 36.277 | 36.277 |
| Rückstellungen | 96.185.219 | 105.399.885 | 115.613.358 |
| Verbindlichkeiten | 16.592.154 | 15.884.470 | 15.232.216 |
| RAP | 2.320.169 | 2.264.872 | 2.335.534 |
| Bilanzsumme Passiva | 125.577.917 | 132.917.905 | 142.549.786 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|------------|------------|------------|
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 67.385.713 | 67.198.870 | 69.376.245 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 1.214.507 | 1.902.330 | 2.328.633 |
| Materialaufwand | 45.332.753 | 45.896.994 | 49.070.678 |
| Personalaufwand | 28.823.004 | 29.828.255 | 33.446.777 |
| Abschreibungen | 2.798.715 | 3.024.586 | 3.450.124 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 11.606.463 | 12.115.271 | 8.520.602 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 0 | 0 | 0 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen | 549 | 556 | 565 |
| Leistungskennzahlen: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Fahrgäste (in Mio.) | 72,3 | 71,4 | 71,1 |
| Brutto-Wagen-km (in 1.000) | 16.848 | 20.043 | 20.389 |
| Linien | 101 | 101 | 101 |
| Linienlänge (in km) | 1.788 | 1.845 | 1.846 |
| Busse (incl. angemietete Busse) | 462 | 479 | 479 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Ergebnisübernahme der ASEAG erfolgt über die Holdinggesellschaft E.V.A. mbH Aachen, an der die StädteRegion Aachen beteiligt ist. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen StädteRegion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat. (Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW).

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Mit dem Geschäftsjahr 2018 hat die ASEAG das erste Jahr abgeschlossen, das im rechtlichen Rahmen der Direktvergabe nach der EU-VO 1370/2007 erbracht wird. Vertrieblich wirkten die Probleme, die mit der Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) in 2017 verbunden waren, noch ins Geschäftsjahr 2018 nach. Inzwischen konnten wesentliche Probleme bei der Systemeinführung beseitigt werden, aber noch immer läuft der Betrieb der Software für Großkunden nicht vollumfänglich wunschgemäß, sodass bisher keine finale Abnahme der Software erfolgt ist. Parallel dazu wurden aufgrund des Rahmenzeitplans zur EFM-Einführung im AW erste Schritte eingeleitet, um auch Gelegenheitskunden zukünftig ins EFM einzubinden. Bei der Einführung des EFM hat die ASEAG alle Datenschutzanforderungen, die im Rahmen eines deutschlandweiten technischen Standards mit den Behörden abgestimmt sind, eingehalten. Insgesamt befindet sich die ASEAG mit der Umsetzung des EFM im Einklang mit den landespolitischen Zielen zur Digitalisierung des ÖPNV, die in der „ÖPNV Digitalisierungsoffensive NRW“ des Verkehrsministeriums des Landes NRW niedergelegt sind. Hinsichtlich Datenschutz trat ab Mai 2018 die europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) in Kraft, die das Thema Datenschutz zu einem der führenden Medienthemen gemacht hat. In einem umfangreichen, konzernweiten Projekt wurden in Vorbereitung alle relevanten Prozesse untersucht und neue Verfahren hinzugefügt, um Vorgaben der neuen Verordnung fristgerecht erfüllen zu können. Das tatsächliche Auskunftsbegehren nach EU-DSGVO in den Folgemonaten war jedoch sehr gering. Auf Seite der Fahrzeugbeschaffung ist festzuhalten, dass die Lieferung der Elektrobusse auch in 2018 nicht wie geplant erfolgte. Vielschichtige Probleme auf Lieferantenseite verhindern bisher die Abnahme weiterer Busse. Vor diesem Hintergrund und der parallelen Entwicklung hin zu drohenden Dieselfahrverboten in der Stadt Aachen hat die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen ein erweitertes Investitionsprogramm aufgelegt, das für 2019 und 2020 jeweils die Lieferung von 24 Bussen der Euro VI-Abgasnorm vorsieht. Hinzu kommen 12 Elektrobusse und die Nachrüstung von insgesamt

98 Fahrzeugen mit SCRT- Filtern. Hierdurch wird die ASEAG ihren Beitrag zur Reduzierung der Stickoxide in Aachen leisten. Aus aperiodischen und sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von etwa 0,9 Mio. EUR, insbesondere durch die Auflösung von Rückstellungen und einen Grundstücksverkauf. Die Kosten für den Personaleinsatz liegen bei der ASEAG mit 29,3 Mio. Euro auf Planniveau. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS fielen um ca. 0,3 Mio. Euro geringer als der Plan aus. Hierin spiegelt sich u. a. auch die schwierige Arbeitsmarktsituation wider, die dazu führt, dass ausscheidende Fahrpersonale trotz intensiver Bemühungen nur mit einem Zeitverzug nachbesetzt werden können. Dies wird auch zunehmend bei Subunternehmern zum Problem, da diese sich ebenfalls mit Kostensteigerungen im Personalbereich auseinandersetzen müssen. Darüber hinaus ergab sich eine Ergebnisverschlechterung bei den Aufwendungen für Altersversorgung, die sich gegenüber dem Planansatz um 1,8 Mio. EUR erhöhten. Wesentliche Ursachen hierfür sind der Tarifabschluss im TV-N NW in 2018, der mit einer Laufzeit von 30 Monaten insgesamt drei Tarifierhöhungen berücksichtigt, die alle bei der Rückstellungsbildung zu beachten sind und die neuen versicherungsmathematisch relevanten Heubeck-Sterbetafeln, die für alle unerwartet in 2018 veröffentlicht wurden. Der mit einer Rückstellung im Jahresabschluss 2017 berücksichtigte Arbeitsgerichtsprozess bzgl. der Gewährung von Freifahrten für „Neu-Rentner“ konnte zwar erstinstanzlich gewonnen werden, aber aufgrund der Urteilsbegründung bis zum Bilanzstichtag nicht aufgelöst werden, da die finale Rechtssicherheit bisher fehlt. Es wird davon ausgegangen, dass diese in 2019 erreicht werden kann. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan resultiert aus dem Ergebnis der ASEAG in Höhe von 31,2 Mio. EUR eine leichte Planüberschreitung von etwa 0,4 Mio. EUR. Auch wenn dies in 2018 insbesondere auf die Zuführung zur Rückstellung für Altersvorsorge zurückzuführen ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Personalkostenentwicklung in den kommenden Jahren einer der Hauptbelastungsfaktoren sein wird. Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten: Die Umsatzerlöse fielen insgesamt um 0,7 Mio. EUR höher aus. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,2 Mio. EUR lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen. Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Davon betreffen 0,2 Mio. EUR Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,4 Mio. EUR weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale, 0,2 Mio. EUR Schadenersatzleistungen aufgrund verspäteter Buslieferungen sowie 0,3 Mio. EUR aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Aufwendungen für Fahrzeuganmietungen lagen im Wesentlichen aufgrund höherer Preisanpassungen mit 1,6 Mio. EUR über dem Planansatz. Auch bei unseren Subunternehmern machen sich sowohl die schlechte Arbeitsmarktsituation sowie höhere Fahrzeugqualitätsansprüche bemerkbar. Der Umfang der geplanten Fahrleistung wurde darüber hinaus um 2 % überschritten. Die Aufwendungen für Gebäudeinstandsetzungen reduzierten sich dagegen aufgrund von Terminverzögerungen um 0,7 Mio. EUR. Im Berichtsjahr wurde die Betriebsvereinbarung „Stuttgarter Urteil“ abgeschlossen. Demzufolge müssen Wegezeiten in Dienstkleidung als Arbeitszeit vergütet werden. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen dadurch um 0,4 Mio. EUR, diese konnten allerdings durch eine geringere Mitarbeiteranzahl kompensiert werden. Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um 2,4 Mio. EUR über dem Planansatz. Dadurch, dass der Tarifabschluss gleich drei Lohnsteigerungen für die nächsten Jahre beinhaltet (3,19 %, 3,09 %, 3,09 %),

1,06 %), musste dies bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2018 in voller Höhe berücksichtigt werden. Dies hatte deutliche Auswirkungen, da in der Planung lediglich von einer 2 %igen Lohnsteigerung p. a. ausgegangen wurde. Darüber hinaus wurden neue Sterbetafeln veröffentlicht, die die Bewertung der Pensionsrückstellungen ebenfalls negativ beeinflussten. Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 0,5 Mio. EUR geringer aus. Die ursprünglich geplanten a. o. Aufwendungen bezüglich Pensionsrückstellungen infolge der BilMoG-Einführung konnten bereits im Jahresabschluss 2017 vorgezogen werden. Daher verbessert sich das Ergebnis um 0,8 Mio. Euro.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

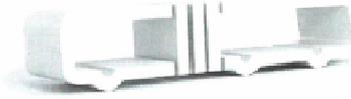
Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometern
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die vier Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

| | | Wirtschafts- plan | Jahres- abschluss | +/- |
|--|-------------------|----------------------|----------------------|--------|
| <i>Nutz-km eigene Leistung inkl. ESBUS</i> | <i>in tausend</i> | 9.376 | 9.168 | -208 |
| <i>Nutz-km angemietete Leistung o. ESBUS</i> | <i>in tausend</i> | 9.489 | 9.678 | 189 |
| | <i>in tausend</i> | 18.865 | 18.846 | -19 |
| <i>beförderte Personen</i> | <i>in tausend</i> | 71.425 | 71.118 | -307 |
| Beförderungserlöse | TEuro | 54.515 | 54.674 | 159 |
| Zuschüsse | TEuro | 8.462 | 8.409 | -53 |
| Kosten Treibstoff | TEuro | -5.747 | -5.805 | -58 |
| Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS | TEuro | -28.187 | -30.025 | -1.838 |
| <i>Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)</i> | <i>Anzahl</i> | 134 | 126 | -8 |
| Kosten Fahreranmietungen (ESBUS) | TEuro | -5.642 | -5.313 | 329 |
| <i>Mitarbeiteräquivalente eigene</i> | <i>Anzahl</i> | 542 | 537 | -5 |
| Kosten Personal | TEuro | -31.675 | -33.446 | -1.771 |
| <i>darin enthalten:</i> | | | | |
| Kosten Altersversorgung | TEuro | -2.352 | -4.131 | -1.779 |
| Zinsaufwendungen i. W. Altersversorgung | TEuro | -9.739 | -10.351 | -612 |
| Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung infolge der BilMOG-Einführung | TEuro | -765 | 0 | 765 |
| Ergebnis ASEAG | TEuro | -30.826 | -31.174 | -348 |
| <i>darin enthalten:</i> | | | | |
| Ergebnis APAG | TEuro | 2.098 | 2.112 | 14 |
| Ergebnis ASEAG-Reisen | TEuro | 6 | -203 | -209 |
| Ergebnis ESBUS | TEuro | 20 | 14 | -6 |

Verkehr 2018

| | | | |
|---|----------------------------------|---------------------------|----------------|
|  | | Linien | 101 |
| | | Linienlänge in km | 1.645,5 |
| | | Wagenkilometer in 1000 | 20.389 |
| | | Personenkilometer in Mio. | 396,8 |
| | | Platzkilometer in Mio. | 1.523 |
| | | Fahrgäste in 1000 | 71.178 |
| 479 | 233 eigene Fahrzeuge | | |
| Gesamt | 246 angemietet mit Fahrer | | |

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 21.06.2017 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 16,67 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten. Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1. Führungsebene am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 festzuhalten und für die 2.Führungsebene den Status Quo von 0 % Frauenanteil mindestens beizubehalten und eine Quote von 12,5 % für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022 anzustreben.

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2018 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 31,2 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 3,9 Mio. EUR. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. EUR aus höheren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand als auch im Zinsaufwand widerspiegeln. Allerdings reduzierten sich die sonstigen Aufwendungen, da hierin im Vorjahr eine außerordentliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen aus der BilMoG- Einführung in Höhe von 4,0 Mio. EUR enthalten war. Aufgrund der Tarifierhöhung von nominal 1,9 % stiegen die Verkehrseinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. EUR. Die Nebenerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen erhöhten sich um 0,5 Mio. EUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen insgesamt um 0,4 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR. Hierin ist der Ertrag aus dem Verkauf eines Grundstücks in Höhe von 0,5 Mio. EUR sowie die um 0,4 Mio. EUR höheren Zuschüsse enthalten. Die Erträge aus Rückstellungsaufösungen lagen um 0,5 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 3,2 Mio. EUR auf 49,1 Mio. EUR. Dies lag im Wesentlichen an gestiegenen Fahrzeuganmietungen aufgrund von Preisanpassungen sowie einer gestiegenen Fahrleistung von rund 445.000 Nutzkilometern beziehungsweise 4,6 %. Der Personalaufwand erhöhte sich ohne Altersversorgung insgesamt um 1,0 Mio. EUR. Neben der Tariflohnerhöhung wirkte sich auch die durchschnittlich gestiegene Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten von 533 auf 537 aus. Im Berichtsjahr wurde darüber hinaus die Betriebsvereinbarung „Stuttgarter Urteil“ abgeschlossen. Demzufolge müssen Wegezeiten in Dienstkleidung als Arbeitszeit vergütet werden. Dies belastet das Geschäftsjahr zusätzlich mit 0,4

Mio. EUR. Die Aufwendungen für Altersversorgung liegen um 2,6 Mio. EUR über denen des Vorjahres. Dabei wirkt sich unter anderem die Einführung neuer Sterbetafeln bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen negativ auf das Ergebnis aus. Die Abschreibungen stiegen infolge von höheren Investitionstätigkeiten um 0,4 Mio. EUR. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde im Vorjahr eine außerordentliche Zuführung des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen infolge der damaligen BilMoG-Einführung in Höhe von 4,0 Mio. EUR ausgewiesen, der damit vollständig und restlos zugeführt wurde. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten im Wesentlichen die Gewinnabführung der APAG in Höhe von 2,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR). Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A. ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 13,2 Mio. EUR. Die Investitionen in Sachanlagen resultierten im Wesentlichen aus der Anschaffung von neun Diesel-Gelenkbussen, vier Diesel-Standardbussen und einem Diesel-Midibus. Darüber hinaus erfolgten im Berichtsjahr weitere Nachaktivierungen bezüglich des elektronischen Fahrgast-managements (EFM). Die Zunahme des Umlaufvermögens resultiert mit 1,0 Mio. EUR aus einer Geldanlage bei einer Lebensversicherung. Die Erhöhung der Finanzmittel resultiert ursächlich aus dem höheren Fremdkapitalanteil in Form von Pensionsrückstellungen. Die Mittelherkunft erfolgte mit 9,5 Mio. EUR im Wesentlichen aus der Zunahme der langfristigen Pensionsrückstellungen, die neben der periodischen Zuführung in Höhe von 9,0 Mio. EUR weitere 0,8 Mio. EUR aus Prozessrisiken beinhalten. Weitere 3,5 Mio. EUR standen aus Abschreibungen zur Verfügung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 142,5 Mio. EUR und liegt um 9,6 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Das Finanzanlagevermögen bildet 31,5 % der Bilanzsumme und beinhaltet neben 8,9 Mio. EUR Ausleihungen an verbundene Unternehmen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 17,1 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzmittel betragen 24,2 % des Gesamtvermögens und resultieren unter anderem aus dem unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 13,4 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 21,1 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. und beträgt 27,2 % der Bilanzsumme. Die Kapitalseite weist insgesamt 111,8 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 78,4 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, der Rückstellungen, der Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 13,0 %, die Cash-Pool-Verbindlichkeiten 2,0%, die Eigenkapitalquote beträgt 6,6 %.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2018 beschäftigte die ASEAG 565 Mitarbeiter/-innen. Die Anzahl der Mitarbeiter/-innen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 9 Mitarbeiter. 33 Eintritten standen 24 Austritte gegenüber. Auch im Jahr 2018 wurden umfangreiche Fahrerschulungen durchgeführt. In allen Bereichen fördert die ASEAG ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bietet ihnen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Das Betriebliche Gesundheitsmanagement der ASEAG hat im Geschäftsjahr einige Aktivitäten für die Gesundheit und Fitness ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Fester Bestandteil sind u. a. jährlich stattfindende Gesundheitstage, bei denen neben diversen Gesundheitschecks auch Informationen rund um das Thema Fitness, gesunde Ernährung etc. gegeben werden. Im Jahr 2018 konnte die ASEAG zwei Ausbildungsplätze im Rahmen einer dreieinhalbjährigen Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik und zwei Ausbildungsplätze zur Fachkraft im Fährbetrieb besetzen. Ebenfalls konnte wieder ein Ausbildungsplatz als Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker, Fachrichtung Karosserieinstandhaltungstechnik besetzt werden. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung wird den Auszubildenden in der Regel ein Arbeitsvertrag angeboten. Auch in den kommenden Jahren wird dieses Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten bzw. teilweise ausgeweitet.

Prognosebericht

Die kommenden Geschäftsjahre 2019 bis 2023 werden von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV) geprägt sein. Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AVV zum Jahresende 2017 stand der AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Für die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen – somit also für das unmittelbare Bedienegebiet der ASEAG wurden wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 an die ASEAG bis Dezember 2027. Rechtliche Einsprüche von Dritten gab es nicht, sodass die ASEAG das Leistungsvolumen von etwa 18,8 Mio. Nutz-km pro Jahr im Vergabezeitraum als gesichert angenommen werden kann. Anders stellt sich die Situation weiterhin in den anderen Regionen des AVV dar. Der Kreis Düren hat sich letztendlich für eine Ausschreibung der gesamten Verkehrsleistung im Kreis entschieden und dies im Rahmen einer Vorabbekanntmachung im Juli 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Da das Vergabeverfahren voraussichtlich erst im 2. Quartal 2019 abgeschlossen werden kann, erfolgt die Leistungserbringung in 2018 und 2019 auf Basis einer Notvergabe an die bisherigen Inhaber der Liniengenehmigungen. Ob gegebenenfalls weitere Vergaberügen o. ä. das Verfahren nochmals verlängern, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar. Im Kreis Heinsberg ist es zwar wie erwartet zur Vorabbekanntmachung der geplanten Direktvergabe gekommen, doch wurde seitens möglicher Wettbewerber dagegen Klage eingereicht, sodass hier die letztendliche Entscheidung über die Vergabe auch 2018 nicht herbeigeführt werden konnte. Im Ergebnis erfolgt die Leistungserbringung im Kreis Heinsberg mindestens in den Jahren 2018 und 2019 ebenfalls auf Basis einer Notvergabe. Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS, als Fahrbetriebstochter und der

ASEAG wird für die kommenden Jahre ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst bei der ASEAG erwartet. Dies führt zur Zunahme der Verweilzeit des ESBUS-Mitarbeiters bei ESBUS, die zu Hochzeiten unter 5 Jahren lag und im Idealfall zur Besetzung aller geplanten Stellen. Für die kommenden Jahre wird darüber hinaus von einer kontinuierlichen Verlängerung der Verweilzeit bei ESBUS ausgegangen. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 545 Mitarbeiteräquivalenten in 2019 ausgegangen wird. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen oder aber aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderung entstehen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 38,9 Mio. Euro ausgegangen, dabei stehen – auf hohem Niveau – sinkende Kosten der Altersvorsorge allgemein steigende Personalkosten gegenüber. Nachdem der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, dazu geführt hat, dass faktisch aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen, setzt sich die Reduzierung des Kostenvorteils, den der private Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif hat, durch hohe Tarifabschlüsse fort. Nach der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016, die zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in 2018 sowie in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen weiter belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, neue Heubeck-Sterbetafeln aus 2018 und ein vergleichsweise hoher Tarifabschluss, welche zusammen zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Die sich aus dem BilMoG ergebenden über bis zu 15 Jahren zu verteilenden Zuführungen zur Pensionsrückstellung konnten hingegen bereits 2017 vorzeitig abgeschlossen werden, sodass hieraus keine weiteren Belastungen resultieren. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Trotz der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG derzeit nicht von signifikanten Leistungsausweitungen aus. Sollten dennoch angebots- oder fahrpreisseitige Maßnahmen politisch gewünscht sein, so müssen die Aufgabenträger die Finanzierung entsprechend sicherstellen. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Das heißt auch, dass hier weiterhin keine Anpassung der Zuschüsse an steigende Betriebskosten erwartet wird. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschussatz nach § 228 ff. SGB IX (zuvor § 148 Abs. 5 SGB IX) mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Mit Erreichen des Landessatzes wurden eigentlich

keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschussesegment erwartet. Allerdings kam es im Jahr 2017 zu einer deutlichen Absenkung dieses Landessatzes von 3,80 % auf 3,54 %. Der aktuell veröffentlichte Satz liegt nunmehr mit 3,53 % auf Vorjahresniveau – weitere Anpassungen sind allein vor dem Hintergrund zu erwarten, dass der ÖPNV landesweit als Verkehrsmittel gestärkt werden soll, wodurch der Anteil der schwerbehinderten Fahrgäste tendenziell abnimmt. Die Fahrgastentwicklung ist 2018 im Stammgebiet insgesamt leicht rückläufig. Im Planungszeitraum erwartet die ASEAG jedoch auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments ein moderates Fahrgastwachstum. Die Fahrgastrückgänge in 2018 sind zu großen Teilen aus rückläufigen Schülerzahlen, geringeren Einnahmezuscheidungen aus dem NRW-Tarif und dem Mobil-Ticket zu erklären. Hier kommen teilweise gesellschaftliche Entwicklungen zum Tragen, die die ASEAG nicht vollumfänglich kompensieren kann. So sorgt beispielsweise die gute Beschäftigungslage dafür, dass insgesamt weniger Käuferpotential für ein aus sozialpolitischen Gründen existierendes Mobil-Ticket zur Verfügung steht. Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,5 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung auf Basis entsprechender Prognosen enthalten. Insgesamt werden keine signifikanten Preisanstiege erwartet. Dieselswaps zur preislichen Absicherung des Verbrauchs bestehen noch für bis 2019. Ob weitere Dieselswaps zur Absicherung der Wirtschaftsplanung abgeschlossen werden, ist derzeit offen. Die Ergebnisabführung der APAG an die ASEAG liegt 2018 mit 2,1 Mio. EUR auf Planniveau. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von ca. 2 Mio. EUR, wobei eine erwartete Schließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2019 oder 2020 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, die zum Teil bereits durchgeführt sind, aber insbesondere beim Parkhaus Rathaus noch anstehen, entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Dabei kommt auch zum Tragen, dass Betonarbeiten aufgrund der guten Auslastung der Unternehmen teilweise nur zu deutlich überdurchschnittlichen Kosten umgesetzt werden können. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen ist, wird nunmehr davon ausgegangen, dass dieser Vorgang weitestgehend abgeschlossen ist. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeit offen. Der beschlossene mittelfristige Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2019 bis 2023 geht von einem negativen Ergebnis vor

Verlustübernahme zwischen –30,8 Mio. EUR und –24,6 Mio. EUR aus. Zur weiteren Stabilisierung des Ergebnisses sollen dabei die Wohnimmobilien der ASEAG veräußert werden. Analog zur Aussage im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2019 werden auch die Geschäftsjahre bis 2023 durch erhebliche Zuführungen zu Pensionsrückstellungen belastet, wobei in 2023 bereits von einem gegenüber den Vorjahren abgesenkten Zuführungsbetrag ausgegangen wird. In den früheren Mittelfristplanungen auf Basis des 7-jährigen Zinsdurchschnitts wurde dieser Rückgang aufgrund geringerer Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen ab 2020 erwartet. Die zeitliche Verschiebung ergibt sich aufgrund der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016. Für die grundsätzliche Bewertung der Pensionsrückstellungen gilt jedoch auch zukünftig, dass ein gegenüber der Planung rasanteres Absinken des Zinssatzes derzeitiger als eher unwahrscheinlich angesehen wird, da das Zinsniveau bereits extrem niedrig ist. Aufgrund des starken Hebels des Zinssatzes auf die zu bildende Rückstellung für die Altersvorsorge können jedoch bereits kleinste Zinsabweichungen zu Ergebnisveränderungen im siebenstelligen Bereich führen. Um die Abhängigkeit zumindest etwas zu reduzieren, hat die ASEAG in 2016 für neue Pensionsverpflichtungen den Durchführungsweg der Altersvorsorge hin zur Unterstützungskasse „AKREKA“ gewählt, wodurch andere bilanzielle Möglichkeiten entstehen. Mit derzeitiger noch geringem wirtschaftlichem Effekt hat die ASEAG diese bilanzielle Gestaltungsmöglichkeit nach 2017 auch in 2018 genutzt und die Unterstützungskasse bis zum steuerlich zulässigen Höchstbetrag von 25 % überdeckt. An der Höhe der letztendlich zu leistenden Pensionszahlung ändert diese bilanzielle Gestaltungsmöglichkeit jedoch nichts. Zur Erhaltung des erreichten hohen technischen Stands der Busflotte und zur Integration technischer Fortschritte beabsichtigt die ASEAG im Jahr 2019 13 Solobusse, 17 Gelenkbusse und 7 Batterie-Solobusse anzuschaffen. Darüber hinaus steht die Auslieferung von 14 weiteren Elektrobussen aus Vorjahren durch den Lieferanten Sileo noch aus. Insgesamt ist die für 2017 und 2018 eigentlich relativ gleichmäßig geplante Auslieferung und Inbetriebnahme der Elektrobuse der Firma Sileo weiterhin problematisch. Im Wesentlichen sieht hier die ASEAG die vollständige Zerstörung des deutschen Werks durch einen Brand als Ursache, aber auch ohne diesen elementaren Vorfall gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Buslieferanten als schwierig. Dabei liegen die Probleme weniger in den eigentlich als kritisch angesehenen Antriebskomponenten, sondern vielmehr in klassischen Baugruppen wie Türen, Drehgelenken u. ä. Aufgrund der Lieferverzögerung hat die ASEAG entsprechende Vertragsstrafen gezogen. Die Busbeschaffung Elektrobuse wird dabei über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz gefördert, sodass für die ASEAG unter Berücksichtigung eines reduzierten Investitionsvolumens in Dieselsebuse keine Mehrkosten entstehen. Weiterhin hat die ASEAG die Beschaffung von 7 Elektrobussen (Solobusse) ausgeschrieben. Da inzwischen auch die aus dem Dieselsebereich bekannten deutschen Anbieter auf dem Markt aktiv sind, erwartet die ASEAG, dass diese sowohl E-Antrieb als auch Standardkomponenten mit entsprechendem Qualitätsniveau ausliefern können. Die Beschaffung wird im Rahmen eines Bundesförderprogramms gefördert. Neben der vorgezogenen Erneuerung der Busflotte aufgrund der umweltpolitischen Auflagen der Stadt Aachen hat die ASEAG im 4. Quartal 2018 mit der Umrüstung von knapp 100 Dieselfahrzeugen begonnen und wird diese im ersten Quartal 2019 abschließen. Diese Fahrzeuge erhalten SCRT-Filter, die dazu führen, dass die Abgasnorm Euro VI trotz höheren Fahrzeugalters eingehalten wird. Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen, sodass auch weitere technische

Möglichkeiten zur Emissionsreduzierung beobachtet werden müssen. Durch die Teilnahme am Förderprojekt „Mobility Broker“ hatte die ASEAG in 2017 die technische Basis, um den Kunden ein multimodales Verkehrsangebot zu unterbreiten. So können Inhaber des ebenfalls in 2017 eingeführten eTickets mit ihrer Chipkarte neben dem klassischen ÖPNV auch Car- und Bike-Sharing-Angebote nutzen. Im großen Umfang wird dies von der Stadt Aachen genutzt, die die neuen technischen Möglichkeiten unmittelbar für sich genutzt hat und neue Regelungen für Dienstgänge erlassen hat, in denen private PKW nur noch als letzte mögliche Alternative angesehen werden. Darüber hinaus wurde in 2018 über die Tochter, ASEAG-Reisen, neben dem Vertrieb an Gelegenheitskunden auch die technische Plattform z. B. an andere Gebietskörperschaften oder Aufgabenträgerorganisationen angeboten. Dies soll in 2019 nochmals dahingehend geändert werden, dass sich die ASEAG in Stadt und StädteRegion Aachen vollumfänglich auf die Vermarktung an den Endkunden unter der Marke ASEAG konzentriert. Die systemseitige Weiterentwicklung und die Vermarktung des Systems in anderen Regionen Deutschlands soll durch eine gemeinsame Gesellschaft mit der regio iT erfolgen, die sich dann im Wesentlichen als reiner Systementwickler verstehen wird. In der Region Aachen ist es weiterhin ein Ziel der ASEAG, die Vermarktung des ÖPNV auch im außerstädtischen Bereich voranzutreiben. Dabei kann das erste Betriebsjahr des bedarfsorientierten NetLiners in der Region Monschau nachfrageseitig als voller Erfolg angesehen werden. Die Realisierung im Aachener Süden erfolgt jedoch gegenüber der ursprünglich geplanten und politisch beschlossenen Lösung nur im kleineren Umfang, da die Bürger ein feststehendes Angebot gegenüber eines bedarfsorientierten Angebotes bevorzugen. Politik und ASEAG haben dann nach weiteren Tests das Angebot entsprechend angepasst, sodass das geänderte Konzept 2019 umgesetzt werden soll. Das Fahrplanangebot bleibt auch 2019 bei knapp unter 19 Mio. Nutz-km pro Jahr. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt somit weiterhin im Trend der Branche und wird auch politisch zunehmend als ein Lösungsbaustein bei der Bewältigung von umweltpolitischen Fragestellungen angesehen. Wie in der Vergangenheit auch, verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dabei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit der Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, weiterhin zu bestätigen. Neben den vorstehend dargelegten Aktivitäten auf dem Weg zum umfassenden Mobilitätsdienstleister in der StädteRegion Aachen schließt die ASEAG nicht aus, sich zusammen mit einem Partner an der auch im Jahr 2018 aber demnächst erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn zu beteiligen, da dies verkehrlich viele Vorteile mit sich bringen würde. Allerdings haben sich seit den ersten Überlegungen vor einigen Jahren, sich an einer solchen Ausschreibung zu beteiligen einige Änderungen eingestellt. So sind zum einen rechtliche Fragestellungen rund um die EU VO 1370/2009 heute anders bzw. differenzierter zu beantworten und zum anderen hat sich auch die finanzielle Situation des Gesamtkonzerns verschlechtert. Vor diesem Hintergrund ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung eine kritische Gesamtbetrachtung des Vorhabens durchzuführen. In 2018 konnten die Beförderungserlöse über dem Niveau der durchschnittlichen AW-Tarif-erhöhung gesteigert werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere Produkte

mit einer höheren Tarifergiebigkeit gut am Markt platziert werden konnten. Produkte mit einer geringen Tarifergiebigkeit (z. B. Schülertickets, Mobil-Ticket) wurden hingegen weniger abgesetzt. Da diese Tickets gleichzeitig mit einer relativ hohen statistischen Nutzungshäufigkeit verbunden sind, kam es insgesamt zu einem leichten Fahrgastrückgang. Für 2019 geht die ASEAG von steigenden Beförderungserlösen analog zur Tarifsteigerung aus, sodass 55,6 Mio. EUR erwartet werden. Welche Effekte die nunmehr für 2019 geplante Verkehrserhebung haben wird, ist derzeit nicht qualifiziert zu beurteilen. Mittelfristig positive Effekte auf die Fahrgastzahlen werden aus den mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 umgesetzten Maßnahmen erwartet. So wurden beispielsweise die Eifelgemeinden durch einen Halbstundentakt besser an das Oberzentrum Aachen angebunden und auch in einigen Bereichen der Stadt Aachen erfolgten Taktverdichtungen, die nunmehr unter dem Begriff „City-Takt“ vermarktet werden. Insgesamt erfolgte mit dem Fahrplanwechsel die Umsetzung der seitens der Nahverkehrspläne der Stadt Aachen bzw. der StädteRegion Aachen gemachten Vorgaben, die auch Bestandteil der Direktvergabe an die ASEAG sind.

Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrисiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand. Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2018 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Ein weiter absinkender Abzinsungssatz für die Bewertung der Pensionsrückstellungen ist aufgrund von Zinsprognosen in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dabei ist die im 1. Quartal 2016 eingetretene Umstellung zur Ermittlung des Abzinsungssatzes vom 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt in der Zinsprognose berücksichtigt. Obwohl diese Gesetzesänderung im Geschäftsjahr 2016 einmalig zu einer erheblichen Entlastung gegenüber der Planung geführt hat, kann es in den Folgejahren dennoch durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-

prognosen, Tarifabschlüsse) weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Im Hinblick auf den nach Art. 67 (1) Satz 1 EGHGB (BilMoG) über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu bildenden Rückstellungsanteil, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen in 2010 ergeben hatte, besteht kein Risiko mehr, da dieser Zuführungsprozess in 2017 vorzeitig abgeschlossen wurde. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge in 2016 geändert. Die Durchführung durch die Unterstützungskasse AKREKA ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe dadurch beeinflusst wird. Zusätzlich zu den Rückstellungen für die Altersvorsorge hat die ASEAG aufgrund eines Rechtsstreits bezüglich der rechtssicheren Abschaffung der Freifahrten für „Neurentner“ in 2017 eine Rückstellung gebildet. Die erstinstanzliche Urteilsverkündung erfolgte 2018 und die ASEAG konnte hier obsiegen. Von einer endgültigen Rechtssicherheit geht die ASEAG jedoch erst in 2019 aus. Der Bestandsschutz für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen besteht durch die bis einschließlich 2027 laufende Direktvergabe nach EU-V01370/2007 der Stadt Aachen an die ASEAG, die auch die Leistungen der StädteRegion Aachen beinhalten. Nachdem aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW) kein unmittelbares Risiko für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer mehr besteht, verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich, da der Tarifvertragspartner des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. nunmehr die Gewerkschaft ver.di ist, der im Vergleich zum bisherigen Tarifvertragspartner „Christliche Gewerkschaft GÖD“ im Rahmen von Tarifverhandlungen sicher als durchsetzungstärker einzustufen ist. Aufgrund der Entwicklung der Ergebnisse aus der Beteiligung an der Aachener Parkhaus GmbH (APAG) wird derzeit das Risiko einer erneuten Anpassung des Beteiligungswertes als eher gering angesehen. Deutlich rückläufige Ergebnisse in Jahren bis 2012 hatten im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen die Ergebnisse zu stabilisieren. Da Schwankungen in der Auslastung der Parkhäuser aufgrund der eher geringen variablen Kostenanteile sich direkt in der Ergebnissituation widerspiegeln, gilt es das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen – das derzeit niedrige Zinsniveau trägt dabei sicher ebenfalls zur Werthaltigkeit der Beteiligung bei. Weitere wesentliche Risiken ergaben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Die ersten Anzeichen, die in 2014 ergeben hatten, dass es zur Einführung einer Umweltzone in Aachen kommen wird, haben sich im Jahr 2015 dahingehend konkretisiert, dass nunmehr im Februar 2016 in Aachen und im Juni 2016 in Eschweiler eine Umweltzone eingeführt wurde. Weitere Verschärfungen resultieren aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der in 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit dem Gesellschafter Stadt Aachen eingeleiteten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u. ä.), um Dieselfahrverbote zu verhindern, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren, ist derzeit offen. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden, werden aktuell stark

gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für Stadt und ASEAG zu minimieren. Auch wenn sich die Zuschusssituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel auch keiner Dynamisierung unterliegen und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Im Geschäftsjahr 2013 ist die ASEAG bei der Schwerbehindertenquote früher als erwartet auf das gesetzliche Niveau zurückgefallen. Hierdurch hat sich das diesbezügliche zukünftige Risiko zwar erheblich reduziert, bleibt aber im Grundsatz bestehen, zumal der landesspezifische Zuschusssatz in 2017 deutlich um 0,26 %-Punkte gefallen war und derzeit auf diesem Niveau verweilt. Die Zuschusssituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund weiter erhöhter Verkaufszahlen bei rückläufigen Zuschusszahlungen je Ticket weiter verschlechtert. Diesem Effekt wurde 2016 und 2017 mit einer überdurchschnittlichen Tarifierung des Mobil-Tickets entgegengesteuert, die nicht zu einem Nachfragerückgang geführt hat. Ein erneuter überproportionaler Anstieg dieses Tickets war für 2018 und 2019 politisch nicht durchsetzbar. Die fehlende gesetzliche Verankerung der Ausgleichszahlungen hat zur Folge, dass die Mittel jährlich erneut im Rahmen der Haushaltsplanung des Landes NRW zur Disposition stehen. Auch wenn die weitere Entwicklung dieser Zuschüsse vorerst formal offenbleibt, gehen die Verkehrsverbände derzeit davon aus, dass es aufgrund starker Gegenbewegungen seitens unterschiedlicher Interessenvertreter innerhalb dieser Legislaturperiode in NRW keinen erneuten Versuch zur Mittelkürzung durch die Landesregierung geben wird. Einnahmenseitig besteht darüber hinaus das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweitgültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) nutzen. Durch solche Veränderungen kann es im Rahmen der Anpassung der Einnahmeverteilung infolge von Verkehrserhebungen bei unveränderten Gesamteinnahmen im AVV zu veränderten Einnahmeverteilungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen kommen. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben. Aufgrund der Betrauung bis 2027 der Stadt Aachen bzw. der StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des Aachener Verkehrsverbunds gesichert. Derzeitig nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV, z. B. unter Berufung auf den satzungsgemäßen Ausgleich im AVV, einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hat sich die E.V.A. in 2016 mit der Stadt Aachen auf ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre verständigt. Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2019 vor Verlustübernahme i. H. v. 30,5 Mio. EUR gerechnet, welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellungen, als sehr kritisch angesehen wird.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunaler Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich für diese Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern nach Maßgabe der folgenden Regelungen bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt. Zwei der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschafter werden von der Stadt Aachen und ein Aufsichtsratsmitglied vom Städtereion Aachen in den Aufsichtsrat entsandt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städtereionsrat oder einen vom Städtereionsrat benannten Vertreter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städtereionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke
Dr. Christian Becker

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat

Helmut Etschenberg Städteregionsrat (bis 31.12.2018)
Dr. Tim Grüttemeier Städteregionsrat (ab 01.01.2019)

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Willi Bündgens Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter: Peter Timmermanns Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 14.049.880,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|--------------|-------------|
| Stadt Aachen | 14.048.840 | 99,99 |
| StädteRegion Aachen | <u>1.040</u> | <u>0,01</u> |
| | 14.049.880 | 100,00 |

| Beteiligungen : | Eigenkapital in T€ | Anteil in % |
|-----------------|--------------------|-------------|
| STAWAG | 173.108 | 100,00 |
| ASEAG | 9.332 | 94,90 |
| regio iT Aachen | 4.728 | 48,5 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | - in T€ - | - in T€ - | - in T€ - |
| A. Anlagevermögen | 57.899 | 57.217 | 56.960 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 1.079 | 568 | 260 |
| II. Sachanlagen | 110 | 111 | 163 |
| III. Finanzanlagen | 58.899 | 56.537 | 56.537 |
| | 72.158 | 44.318 | 53.266 |

| | | | |
|-----------------------------|----------------|----------------|----------------|
| B. Umlaufvermögen | | | |
| I. Forderungen / sonst. VG | 23.418 | 30.476 | 38.461 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 48.740 | 138 | 53.266 |
| C. RAP | 0,00 | 3 | 5 |
| Bilanzsumme Aktiva | 130.057 | 101.538 | 110.230 |
| A. Eigenkapital | 18.052 | 20.019 | 20.316 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 14.050 | 14.050 | 14.050 |
| II. Kapitalrücklage | 43.753 | 43.753 | 43.753 |
| III. Verlustvortrag | -36.400 | -39.751 | -37.783 |
| IV. Jahresüberschuss | -3.351 | 1.967 | 296 |
| B. Rückstellungen | 2.242 | 2.297 | 3.030 |
| C. Verbindlichkeiten | 109.763 | 79.220 | 86.884 |
| Bilanzsumme Passiva | 130.057 | 101.538 | 110.230 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|---------------|--------------|------------|
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in T€ - | - in T€ - | - in T€ - |
| Umsatzerlöse | 16.426 | 16.597 | 14.838 |
| Materialaufwand | 2.669 | 3.070 | 3.249 |
| Personalaufwand | 10.061 | 9.639 | 8.985 |
| Aufwendungen Verlustübernahme | 21.275 | 27.299 | 31.176 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 2.860 | 2.560 | 2.299 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | -3.351 | 1.968 | 296 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--------------------------|-------|------|------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | 142 | 141 | 133 |
| Leistungsindikatoren | 2016 | 2017 | 2018 |
| Eigenkapitalquote | 13,9 | 19,7 | 18,4 |
| Umsatzrentabilität | -20,4 | 11,9 | 2,0 |
| Eigenkapitalrentabilität | -18,6 | 9,8 | 1,5 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresabschluss ergebende Gewinn fließt der Stadt Aachen zu. Die Stadt ist verpflichtet, eventuelle Verluste jährlich abzudecken. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung



zwischen Städteregion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet. Zwischen der E.V.A. als Holdinggesellschaft und ihren Tochtergesellschaften ASEAG und regio iT bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2027, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Das Geschäftsjahr 2018 der STAWAG war von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. So haben die STAWAG und die EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH, Stolberg, (EWV) ihre jeweiligen Netzbetriebe in einer großen Netzgesellschaft, der Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) zum 1. Januar 2018 aufgenommen. Die STAWAG hält dabei einen Gesellschafteranteil an der Regionetz von 50,8 Prozent, die EWV entsprechend einen von 49,2 Prozent. Ebenso erfolgte im Geschäftsjahr 2018 die Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs der STAWAG. Dabei haben die STAWAG und die enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) ihre jeweils eigenen Wassergewinnungs- und aufbereitungsanlagen in der gemeinsamen Tochtergesellschaft WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) zusammengeführt. Die WAG hält damit das Eigentum an sämtlichen Wasserproduktionskapazitäten und übernimmt insofern die gebündelte und effiziente Steuerung der Wassergewinnungsressourcen in der StädteRegion Aachen. Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat die Stadt Aachen für 2018 7,8 Mio. Euro den Kapitalrücklagen zugeführt. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 hat die E.V.A. Geschäftsanteile der regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Aachen, (regio iT) im Umfang von 10,77 Prozent an die Stadt Aachen veräußert. Damit ist die E.V.A. nun mit 48,5 Prozent an der regio iT beteiligt. Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge). Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den

Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis (19,6 T€). Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. liegt damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro. Die Gesamtleistung übertrifft mit 15,0 Mio. Euro den Planansatz von 14,6 Mio. Euro um 0,4 Mio. Euro. Dies resultiert aus höheren Umsatzerlösen für Weiterberechnungen und Dienstleistungen. Der Gesamtaufwand fällt in 2018 mit -15,0 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro geringer aus als geplant. Insofern führen geringere Aufwendungen und höhere Umsatzerlöse zu dem nahezu ausgeglichenen Betriebsergebnis. Das Betriebsergebnis unterschritt das Vorjahresergebnis deutlich um 4,4 Mio. Euro. Die Abweichung resultierte im Wesentlichen aus dem Verkaufserlös von Geschäftsanteilen der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro an die Stadt Aachen im Jahr 2017.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. überstiegen mit 14,8 Mio. Euro den Planwert um rund 0,3 Mio. Euro. Sie bestanden aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Plan: 11,7 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 3,01 Mio. Euro (Plan: 2,9 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten von 2,1 Mio. Euro sowie Beratungsaufwendungen. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 137 TEuro (Plan: 0 Mio. Euro). Diese beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (106,1 TEuro), Erträge aus Anlagenabgängen (10,6 TEuro) sowie Erstattungen von Lohnfortzahlungen durch die Krankenkassen.

Die Gesamtaufwendungen unterschritten mit 15,0 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (15,3 Mio. Euro) um 0,3 Mio. Euro. Einsparungen konnten in folgenden Aufwandspositionen realisiert werden:

- Der Materialaufwand lag um 0,1 Mio. Euro niedriger als geplant (Plan 3,4 Mio. Euro). Geplante, aber nicht in Anspruch genommene Fremdleistungen im Center Recht und Versicherungen sowie geringere Fremdleistungen der regio iT im Verwaltungsbereich der E.V.A. konnten den höheren Materialaufwand im Center Gebäudemanagement überkompensieren.
- Der Personalaufwand lag mit 9,0 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro unter Plan. Ursächlich hierfür

war insbesondere ein niedrigerer Personalbestand gegenüber dem Plan im Center Gebäudemanagement, da Personalabgänge nicht nachbesetzt wurden und die Personalkosten gegenüber dem Planansatz in diesem Bereich um 0,2 Mio. Euro niedriger ausfielen. Des Weiteren wurden in der Planung unter den Personalaufwendungen auch die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro berücksichtigt. Der darin enthaltene Zinsanteil in Höhe von 0,1 Mio. Euro wurde im Zuge der Jahresabschlussarbeiten nun unterhalb des Betriebsergebnisses im Zinsaufwand ausgewiesen.

- Die Abschreibungen lagen mit 0,4 Mio. Euro auf Planniveau.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen mit 2,3 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro höher aus als angenommen. Während in den Dienstleistungszentren geringere Aufwendungen von über 0,1 Mio. Euro erzielt wurden, fielen im Verwaltungsbereich der E.V.A. deutlich höhere Aufwendungen an, die sich vor allem aus höheren Beratungs- und Rechtskosten mit 0,6 Mio. Euro (Plan -0,3 Mio. Euro) ergaben. Die Überschreitung von 0,3 Mio. Euro wirkte sich jedoch mit 0,2 Mio. Euro ergebnisneutral aus, da diese Beratungs- und Rechtskosten an Konzerngesellschaften weiterberechnet wurden und durch entsprechende Umsatzerlöse kompensiert wurden.

Nach wie vor bestanden in den Dienstleistungszentren Konzernfinanz- und -rechnungswesen und -controlling und im Personalwesen durch die Netzkooperation bewertete freie Mitarbeiterkapazitäten, denen keine entsprechenden Dienstleistungsumsätze gegenüberstanden. Während in der Planung die bewerteten freien Kapazitäten das Ergebnis mit 0,4 Mio. Euro durch nicht erzielbare Umsatzerlöse belasteten, wurde das Betriebsergebnis 2018 infolge der Überkapazitäten nur noch um 0,2 Mio. Euro negativ beeinflusst, da eine Mitarbeiterin das Unternehmen verlassen hat und bei einer weiteren Mitarbeiterin die Elternzeit verlängert wurde. Insgesamt erzielte die E.V.A. für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Das operative Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. lag damit deutlich über dem Planwert von -0,7 Mio. Euro. Das Gesamtergebnis der E.V.A. wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung bzw. die Verlustübernahme von der STAWAG und von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse von der regio iT und von der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2018 ein Beteiligungsergebnis von -6,1 Mio. Euro (Plan: 10,5 Mio. Euro) aus. Ursächlich für die positive Planabweichung war der Ergebnisbeitrag der STAWAG, der mit 23,8 Mio. Euro den Plan um 4,8 Mio. Euro überschreitet. Der Ergebnisbeitrag der gewoge lag mit 0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Das Ergebnis der ASEAG für das Geschäftsjahr 2018 hat mit -31,2 Mio. Euro das Planergebnis um 0,4 Mio. EUR verfehlt. Die Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen aus folgenden Effekten:

Die Umsatzerlöse fielen um 0,7 Mio. Euro höher aus als der Plan. Neben einer Steigerung der Verkehrserlöse um 0,2 Mio. Euro lag dies vor allem an höheren Nebenerlösen wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen. Aus sonstigen Erträgen ergaben sich positive Ergebniseffekte in Höhe von 1,2 Mio. Euro. Davon betrafen 0,2 Mio. Euro Zuschüsse für die Umrüstung der Busse mit SCRT-Abgasfiltern, 0,4 Mio. Euro weitergeleitete Zuschüsse der Stadt Aachen aus der ÖPNV-Pauschale, 0,2 Mio. Euro für Schadenersatzleistungen aufgrund verspäteter Buslieferungen sowie 0,3 Mio. Euro aus der

aufgrund höherer Preisanpassungen mit –1,6 Mio. Euro über dem Planansatz. Auch bei den Subunternehmern machten sich sowohl die schlechte Arbeitsmarktsituation sowie höhere Fahrzeugqualitätsansprüche bemerkbar. Der Umfang der geplanten Fahrleistungen wurde darüber hinaus um 2 Prozent überschritten. Die Aufwendungen für Gebäudeinstandsetzungen reduzierten sich dagegen aufgrund von Terminverzögerungen um 0,7 Mio. Euro. Die Kosten für den Personaleinsatz lagen bei der ASEAG mit –29,3 Mio. Euro auf Planniveau. Die Kosten der Fahreranmietung von ESBUS fielen gegenüber dem Plan um ca. 0,3 Mio. Euro geringer aus. Hierin spiegelte sich u.a. auch die schwierige Arbeitsmarktsituation wider, die dazu führte, dass ausgeschiedenes Fahrpersonal trotz intensiver Bemühungen nur verzögert nachbesetzt werden konnte. Im Geschäftsjahr 2018 wurde zudem die Betriebsvereinbarung „Stuttgarter Urteil“ abgeschlossen. Demzufolge mussten Wegezeiten in Dienstkleidung als Arbeitszeit vergütet werden. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter stiegen dadurch um –0,4 Mio. EUR, wobei die höheren Aufwendungen durch eine geringere Mitarbeiteranzahl kompensiert werden konnten. Die Aufwendungen für Altersversorgungen lagen inklusive Zinsanteil um –2,4 Mio. EUR über dem Planansatz. Dadurch, dass der Tarifabschluss gleich drei Lohnsteigerungen für die nächsten Jahre beinhaltet (3,19 %, 3,09 %, 1,06 %), war dies bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2018 in voller Höhe zu berücksichtigen. Dies hatte deutliche Auswirkungen, da in der Planung lediglich von einer zweiprozentigen Lohnsteigerung p. a. ausgegangen wurde. Darüber hinaus wurden neue Sterbetafeln veröffentlicht, die die Bewertung der Pensionsrückstellungen ebenfalls negativ beeinflussten. Aufgrund von Investitionsverschiebungen lagen die Abschreibungen um 0,5 Mio. Euro unterhalb der Planannahme. Die ursprünglich geplanten a. o. Aufwendungen bezüglich Pensionsrückstellungen infolge der BilMoG-Einführung konnten bereits im Jahresabschluss 2017 vorgezogen werden. Daher verbesserte sich das Ergebnis um 0,8 Mio. Euro. Das negative Ergebnis der ASEAG in Höhe von –31,2 Mio. Euro enthielt auch die Gewinnabführung der APAG für 2018 in Höhe von 2,1 Mio. Euro. Damit lag die Gewinnabführung auf Planniveau. Insgesamt trugen die Parkobjekte, die seit 2011 gewonnen werden konnten, einen wesentlichen Bestandteil zum guten Ergebnis bei und konnten ihren Umsatz nochmals um etwa 3 % gegenüber 2017 steigern. Es wurde inzwischen ein Niveau von knapp 3,3 Mio. Euro oder ca. 28 % des Gesamtumsatzes erreicht. Im Herbst des Geschäftsjahres wurde ein überregionales Parkobjekt in Berlin mit über 750 Stellplätzen in Betrieb genommen. Darüber hinaus konnten weitere kleinere Parkobjekte generiert werden. Hierzu zählte beispielsweise die Erweiterung der Parkfläche an der Eissporthalle Tivoli sowie die Tiefgarage Dülmen.

Die niedrigen Strombörsenpreise belasten auch im Geschäftsjahr 2018 die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich der **STAWAG**. Das Trianel Steinkohlekraftwerk Lünen (TKL), an dem 28 Stadtwerke und regionale Energieversorger beteiligt sind, erreichte unter Berücksichtigung der geplanten Sommerrevision von vier Wochen eine gute Jahresauslastung von knapp 90 Prozent. Ebenso hat sich auch der Erzeugungskostenspread angesichts der erwarteten Ergebnisse aus der „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission) in der 2. Jahreshälfte 2018 kurzfristig erholt, wodurch positive Vermarktungserlöse erzielt werden konnten. Die erzielbaren Spreadniveaus reichen aber weiterhin nicht aus, um die Betriebs- und Finanzierungskosten des Steinkohlekraftwerks zu decken. Neben der Beteiligung am TG ist die STAWAG mit einem Gesellschaftsanteil von 13,9 Prozent ebenso

am Trianel Gasspeicher Epe beteiligt. Aufgrund von witterungsbedingt geringen Preisvolatilitäten und einer hohen Verfügbarkeit durch steigende LNG-Importe haben sich im Geschäftsjahr 2018 ebenso Verluste im Speicherbetrieb ergeben. Aufgrund des derzeitigen schwierigen Marktumfeldes mit einem zu erwartenden längerfristigen Überangebot an Speicherkapazitäten hat die STAWAG zum 31. Dezember 2018 erstmalig Drohverlustrückstellungen in Höhe von rund 7,4 Mio. Euro gebildet. Im Dezember 2018 hat die STAWAG das Blockheizkraftwerk (BHKW) Campus Melaten in Betrieb genommen, das mit je 10 Megawatt elektrischer und thermischer Leistung die größte erdgasbetriebene Anlage in Aachen darstellt. Die Anlage mit einem Gesamtwirkungsgrad von 89 Prozent wird jährlich rund 40 Mio. Kilowattstunden (kWh) Strom und rund 40 Mio. kWh Wärme erzeugen und damit rund 11 500 Haushalte versorgen können. Die erzeugte Wärme wird dabei hälftig in das Wärmenetz der RWTH Aachen eingespeist. Die andere Hälfte nutzt die STAWAG für den Aachener Westen, insbesondere für den Campus Melaten. Im Vertriebsbereich konnten 2018 die Verkaufsmengen in der Stromsparte gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Gigawattstunden (GWh) auf rund 910 GWh gesteigert werden. Dabei wurde der leicht rückläufige Absatz im Tarifikundensegment durch erzielte Mehrabsätze im Sonderkundensegment überkompensiert. In der vertrieblichen Gassparte war neben einer geringeren Anzahl an Tarifikunden insbesondere die gegenüber dem Vorjahr mildere Witterung für den Absatzrückgang in Höhe von 42 GWh auf insgesamt rund 1.311 GWh verantwortlich. Im Zuge der Netzkooperation mit der EWW hat die STAWAG den Abgang ihres ausgegliederten Netzvermögens inklusive entsprechend zurechenbarer Verbindlichkeiten verbucht und im Gegenzug die Anteile an der Regionetz als Beteiligungsbuchwert bei der STAWAG bilanziert. Bei der Bewertung des zu übertragenden Vermögenssaldos hat die STAWAG das Bewertungswahlrecht ausgeübt und stille Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt. Die Höhe der stillen Reserven für den ausgegliederten Netzbereich basiert dabei auf einem Bewertungsgutachten für die Ermittlung der Anteilsquoten an der neuen Netzgesellschaft sowie einer risikoadäquaten Bewertung des mit der Netzkooperation erzielbaren (anteiligen) Synergiepotentials. In der Regionetz erfolgt mit der Zusammenführung der beiden Netzbetreiber ab dem Geschäftsjahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die heutige Regionetz, d. h., die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST wird formell ergänzt um die neuen Netzgebiete – fortgeführt. Für das Stromnetz umfasste die zweite Regulierungsperiode der Anreizregulierung die Geschäftsjahre 2014 bis 2018. Die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für den Strombereich liegt für das Jahr 2018 mit 104,6 Mio. Euro etwa 48,1 Mio. Euro über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung der Erlösobergrenze vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 resultiert dabei hauptsächlich aus der Verschmelzung der ehemaligen Netzbetreibergesellschaft regionetz auf die Regionetz und der damit verbundenen Übernahme des Stromnetzbetriebs im Netzgebiet der ehemaligen regionetz. Für das Gasnetz hat die dritte Regulierungsperiode bereits am 1. Januar 2018 begonnen. Der abschließende Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Jahre 2018 bis 2022 liegt der ehemaligen INFRAWEST sowie der ehemaligen regionetz aktuell – nach mehr als einem Jahr nach Beginn der entsprechenden Regulierungsperiode – nicht vor. Im Gasbereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz – unter Berücksichtigung der bislang vorläufig mitgeteilten Effizienzwerte für das Jahr 2018 – mit etwa 65,4 Mio. Euro grundsätzlich etwa 39,4 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2017 genehmigten Erlösobergrenze. Die Regionetz hat im Geschäftsjahr

2018 insgesamt 39,7 Mio. Euro investiert, wobei auf das Stromnetz 13,7 Mio. Euro, auf das Gasnetz 15,2 Mio. Euro und auf das Wassernetz 4,3 Mio. Euro entfielen. Das Ergebnis vor Steuern der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 30,4 Mio. Euro und wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV in Höhe von 8,9 Mio. Euro und der darauf entfallenden Steuern von 1,7 Mio. Euro mit einem verbleibenden Betrag von 19,8 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt. Die STAWAG Energie hat ihr Anlagenportfolio im Windbereich im Geschäftsjahr 2018 insbesondere im regionalen Umfeld weiter ausgebaut. So konnte das bereits im Jahr 2009 begonnene Windparkprojekt Aachen-Münsterwald im Geschäftsjahr 2018 mit einem Investitionsvolumen von rund 30 Millionen Euro erfolgreich umgesetzt werden. Die fünf Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einem Rotordurchmesser von 112 Metern erzeugen nun jährlich rund 40 GWh Strom, womit rund 12 500 Haushalte mit Strom versorgt werden können. Der Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen wurde in den Monaten Februar bis Mai 2018 um vier weitere Anlagen erweitert, nachdem die erste Anlage bereits im Dezember 2017 errichtet worden war. Letztlich verfügt der Windpark nun über eine Gesamtleistung von 15 MW. Des Weiteren wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2018 drei Windenergieanlagen im Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG, Aachen, mit einer Gesamtleistung von 9 MW in Betrieb genommen. Der Windpark Linnich GmbH & Co. KG, Aachen, an dem die STAWAG Energie über ihre Tochtergesellschaft STAWAG Solar GmbH, Aachen, beteiligt ist, wurde um eine weitere Windkraftanlage mit einer Leistung von 3,2 MW erweitert. Neben den vorgenommenen Investitionen im Windbereich hat die STAWAG Energie zu Beginn des Jahres 2018 zudem eine PV-Anlage mit einer Leistung von 0,7 MWp auf dem Dach der e.GO Mobile AG, einem Aachener Start-Up-Unternehmen im Bereich der Elektromobilität, in Betrieb genommen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG Energie ein Ergebnis vor Steuern von rund 8,5 Mio. Euro erzielt, das insbesondere durch zusätzlich realisierte Projektentwicklungserträge noch einmal rund 2,2 Mio. Euro über dem bereits guten Vorjahresergebnis liegt. Der erzielte Gewinn der STAWAG Energie wird über den bestehenden EAV an die STAWAG abgeführt. Das Geschäft der FACTUR ist im Geschäftsjahr 2018 weiterhin von der Entwicklung sinkender Margen bei Energieprodukten, von steigenden Großhandelspreisen sowie von einer erhöhten Wechselbereitschaft der Endkunden beeinflusst. Entsprechend versuchen die Kunden, den Marktdruck auf den vereinbarten Zählpunktpreis an die FACTUR weiterzugeben, was sich negativ auf die erzielbaren Margen der FACTUR auswirkt. Nachdem die FACTUR im Jahr 2017 den Zuschlag als Full-Service-Dienstleister für die MONTANA Energie GmbH & Co. KG, Grunwald, (MONTANA) erhalten hat, ist der Bau der Plattform Mitte des Jahres erfolgreich zur Abnahme gebracht worden. Die FACTUR befindet sich seit Ende Juli 2018 im Livebetrieb der Plattform und hat insofern für weitere rund 206 000 Strom- und Gaszählpunkte die Kundenservice- und Abrechnungsdienstleistung übernommen. Hierfür mussten jedoch zunächst vielfältige Schwierigkeiten bewältigt und etliche Beratertage geleistet werden, die aufgrund des vereinbarten Festpreiskontingents nicht durch entsprechende Umsätze gedeckt werden konnten. Aufgrund einer bestehenden Zurückhaltung bei der Projektbeauftragung gerade im externen Kundensegment, die aus den Neuregelungen zum Messstellenbetrieb sowie der Diskussion rund um die Einführung von SAP S4 HANA resultiert, lagen die Umsatzerlöse mit rund 20,5 Mio. Euro spürbar unter den Erwartungen. Demgegenüber konnte aus dem Verkauf der Beteiligung an der FOURMANAGEMENT GmbH, Düsseldorf, ein ungeplanter Ertrag von rund 0,7 Mio. Euro erzielt

werden. Insgesamt hat die FACTUR im Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von rund 2 Mio. Euro erzielt, das an die STAWAG abgeführt wird. Bei der Neuordnung des Wassergewinnungsbereichs hat die STAWAG im Wege der Ausgliederung ihre Grundwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen sowie die dazugehörigen Grundstücke und Gebäude zum 1. Januar 2018 auf die WAG übertragen. Auf Basis eines Bewertungsgutachtens zur Bestimmung der Ertragswerte der übertragenen Vermögenswerte hat die STAWAG stille Reserven in Höhe von rund 6 Mio. Euro handelsrechtlich aufgedeckt, wobei steuerlich die Buchwerte gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 fortgeführt werden. Die WAG, an der die STAWAG zu 50 Prozent beteiligt ist, wird für 2018 ein Ergebnis nach Steuern von rund 1,6 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2018 vereinnahmt die STAWAG ein anteiliges Beteiligungsergebnis von rund 3,4 Mio. Euro, das sich aus dem im Geschäftsjahr 2017 erzielten Jahresergebnis von insgesamt 2,7 Mio. Euro und einer Ausschüttung von 4 Mio. Euro aus dem Gewinnvortrag ergibt. Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an der SW Lübeck beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die SW Lübeck ein Ergebnis vor Steuern und Ausgleichszahlung an die STAWAG (EBT) von 23,6 Mio. Euro. Die SW Lübeck plant, 2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die STAWAG die Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2017 in Höhe von rund 3,75 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an der SW Lübeck bislang etwa 20 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten. Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 hat die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2018 ein positives Ergebnis von rund 0,4 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 62 TEuro betragen. Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Darüber hinaus hat die enewa zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht-/Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von insgesamt rund 162 TEuro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 433 TEuro. Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Geschäftsjahr 2015 mit 49 Prozent an der GW Ruppichteroth beteiligt. Die GW Ruppichteroth ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und im Energievertrieb Strom und Gas tätig. Zum 1. Januar 2017 hat die GW Ruppichteroth das Stromnetz eigentumsrechtlich übernommen, das aktuell an die Westnetz GmbH verpachtet ist. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis. Eine weitere strategische Partnerschaft ist die STAWAG im Geschäftsjahr 2014 mit der Eww eingegangen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die STAWAG ihren Gesellschaftsanteil im Zuge einer Neuordnung der Eww in eine Vertriebsgesellschaft Strom und Gas von ursprünglich 49 Prozent auf 51 Prozent erhöht. Zwischen der Eww und der STAWAG wurde aufgrund dessen ein Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2018 hat die Eww ein negatives Ergebnis in Höhe von rund

-147 TEuro erzielt, das von der STAWAG ausgeglichen wird. Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2018 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben ein Ergebnis vor Steuern von 3,3 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmte im Geschäftsjahr 2018 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2017 in Höhe von rund 0,3 Mio. Euro. Die smartlab, an der die STAWAG Anteile von 35 Prozent hält, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 einen voraussichtlichen Verlust von rund 280 TEuro erzielen. Der Verlust wird durch eine anteilige Einzahlung aller Gesellschafter in die Kapitalrücklage der smartlab entsprechend ausgeglichen. Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW, das zunächst für rund 25 Mio. Euro umfangreich saniert werden musste, um den Weiterbetrieb der Anlage sicherzustellen. Seitens der Bezirksregierung Arnsberg wurde die Betriebsgenehmigung zwischenzeitlich bis ins Jahr 2045 verlängert. Mark-E hat das Kraftwerk von der Gesellschaft gepachtet und verantwortet weiterhin den kommerziellen Betrieb der Anlage. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmte die STAWAG 2018 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro. Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielte die STAWAG im Geschäftsjahr 2018 ein außerordentlich hohes handelsrechtliches Ergebnis von rund 75,5 Mio. Euro, was maßgeblich durch die Aufdeckung der stillen (Netz-)Reserven in Höhe von 54,9 Mio. Euro begründet ist. Gegenläufig wirkten sich insbesondere die Bildung der Drohverlustrückstellung für den Gasspeicherbetrieb Epe von rund 7,4 Mio. Euro sowie die hohen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von rund 14 Mio. Euro auf das Jahresergebnis 2018 der STAWAG aus. Die hohen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind dabei maßgeblich durch die anhaltende Niedrigzinsphase begründet. Zur Verbesserung der Bilanz- und Kapitalstruktur wird die STAWAG für das Geschäftsjahr 2018 rund 51,7 Mio. Euro des erzielten handelsrechtlichen Ergebnisses ihren Gewinnrücklagen zuführen, womit die Eigenkapitalquote der STAWAG gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert wird. Die STAWAG wird insofern rund 23,8 Mio. Euro an die E.V.A abführen.

Die **regio iT** hat aus dem Jahresüberschuss 2017 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 1.1 Mio. Euro an die E.V.A. ausgeschüttet und lag somit auf Planniveau. Das Geschäftsjahr 2018 wurde mit einem Ergebnis vor Steuern von 3,7 Mio. Euro (Planansatz 3,9 Mio. Euro) unterplanmäßig abgeschlossen. Die Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2018 haben 67,3 Mio. Euro erreicht und damit den Planwert um 3,9 Mio. Euro übertroffen. Dazu beigetragen haben vor allem das Handels- und Leasinggeschäft, die Beratungsleistungen sowie die Weiterberechnungen aus Wartung und externen Dienstleistungen. Die Entwicklung der Materialkosten korrelierte überwiegend mit der Umsatzentwicklung. Diese haben den Planansatz mit 18,8 Mio. Euro um 4,8 Mio. Euro überstiegen. Demzufolge wurde der geplante Rohertrag (45,5 Mio. Euro) um 0,6 Mio. Euro verfehlt. Auch durch die unterplanmäßige Entwicklung der Personalkosten und der sonstigen Aufwendungen konnte der geringere Rohertrag nicht mehr ausgeglichen werden. Somit wurde ein Betriebsergebnis von 3 4 Mio. Euro erzielt, was um 0,1 Mio. Euro den Planansatz verfehlte. Die regio iT erzielte nach einem Steueraufwand von 1,1 Mio. Euro (Plan -1,2 Mio. Euro) einen Jahresüberschuss von 2,6 Mio. Euro, der mit ca. -0,1 Mio. Euro unter dem Planwert (2,7 Mio. Euro) lag. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, von dem Jahresüberschuss 0,2 Mio. Euro in die Gewinnrücklagen einzustellen. Bei einer

Anteilsquote von 48,5 Prozent stünden der E.V.A. somit 1,1 Mio. Euro zu. Die Ausschüttung der regio iT wird in das Beteiligungsergebnis für das Jahr 2019 der E.V.A. einfließen. Die Ausschüttung des Beteiligungsergebnisses der gewoge betrug rd. 0,2 Mio. Euro und lag damit auf Planniveau. Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2018 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 94 Vollzeit- und 26 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen betrug die Personalstärke 110,8 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 115,2 MAÄ. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften und Auszubildenden betrug die Mitarbeiterzahl zum Jahresende 133, davon 105 Vollzeit- und 28 Teilzeitmitarbeiter/-innen. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter/-innen entsprach dies einer Personalstärke von 122,3 MAÄ gegenüber einem Planwert von 127,2 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse wurden nicht berücksichtigt.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,3 Mio. Euro und verschlechterte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1,7 Mio. Euro. Das Ergebnis enthält eine weitere freiwillige Einlage der Stadt Aachen in Höhe von 7,8 Mio. Euro (Vorjahr 7,0 Mio. Euro) gern. § 15 (3) des Gesellschaftsvertrages. Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -6,9 Mio. Euro und liegt damit um 1,0 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 23,8 Mio. Euro um 4,5 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis von 19,3 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr 2018 war bei der STAWAG von umfangreichen strukturellen und rechtlich organisatorischen Veränderungen geprägt. Zum 1. Januar 2018 wurde der Teilbetrieb „Wärmeerzeugung“ von der STAWAG Energie inklusive der dazugehörigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten auf die STAWAG abgespalten. Weiterhin wurden zum selben Datum das Strom-, Gas- und Wasserverteilnetz von der STAWAG auf die Regionetz und der Teilbetrieb Wassergewinnung auf die WAG ausgegliedert. Im Zuge der Ausgliederungen der beiden Teilbetriebe wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen 60,9 Mio. Euro, aus der Aufdeckung von handelsrechtlichen stillen Reserven, ausgewiesen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft und zur Sicherung von betrieblichen Investitionen ins Sachanlage- und Finanzanlagevermögen konnte die STAWAG, durch den Sondereffekt der Aufdeckung der stillen Reserven, eine Zuführung von 51,7 Mio. Euro in ihre Gewinnrücklagen vornehmen. Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2018 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 31,2 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 3,9 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 5,2 Mio. Euro aus höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die sich sowohl im Personalaufwand, im Zinsaufwand als auch bei den sonstigen Aufwendungen widerspiegeln. Allerdings reduzierten sich die sonstigen Aufwendungen, da hierin im Vorjahr eine außerordentliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen aus der BilMoG-Einführung in Höhe von 4,0 Mio. EUR enthalten war. Die Beteiligungserträge lagen mit 1,1 Mio. Euro bei der regio iT und mit 0,2 Mio. Euro bei der gewoge auf dem Niveau des Vorjahres. Das Betriebsergebnis reduzierte sich insgesamt um 4,4 Mio. Euro auf 0,02 Mio. Euro, da im Vorjahr im Wesentlichen ein Buchgewinn aus dem Verkauf von weiteren Anteilen an der regio iT in Höhe von 3,6 Mio. Euro enthalten war. Für das Geschäftsjahr 2018 belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 718 TEuro Körperschaftsteuer und

1.194 TEuro Gewerbesteuer. Nach Verrechnung von 400 TEuro Ertragssteueraufwendungen mit Ertragssteuererstattungen von 1.689 TEuro, ergeben sich insgesamt Erstattungen für Vorjahre in Höhe von 1.289 TEuro (Vorjahr Nachzahlung: 861 TEuro), die fast ausschließlich aus der laufenden steuerlichen Betriebsprüfung resultieren. In den Ertragssteuererstattungen ist eine Steuergutschrift aufgrund eines erfolgreich abgeschlossenen Einspruchsverfahrens für den Betriebsprüfungszeitraum 2012 – 2014 im Zusammenhang mit einer zunächst angenommenen verdeckten Gewinnausschüttung „ParkhausTivoli“ von rd. 1,6 Mio. Euro enthalten.

Finanzlage

Im Jahr 2018 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 9,1 Mio. Euro. Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen mit 4,1 Mio. Euro aus Steuererstattungsansprüchen sowie einer Darlehensgewährung an die regio iT in Höhe von 4,0 Mio. Euro. Die Mittel resultieren hauptsächlich aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG. Davon resultieren 6,0 Mio. Euro aus dem Cash-Pooling und 3,9 Mio. Euro aus dem höheren Verlustübernahmeanspruch.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 110,2 Mio. Euro und liegt damit um 8,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 51,6 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 13,4 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 35,0 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen. Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital weitere 38,0 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 34,5 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus kurzfristigen Darlehen und dem Cash-Pool liegen bei 16,1 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 31,0 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 31,2 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 18,4 Prozent. Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG), der STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser), der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie), der Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR), Energiewerke Waldbröl GmbH, (EW Waldbröl) sowie erstmalig die Jahresabschlüsse der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert) und der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (WP Riegenroth) einbezogen.

Prognosebericht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt in seinem Frühjahrsgutachten vom 19. März 2019 fest, dass das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft merklich nachgelassen hat. Gründe hierfür sehen die Analysten vor allem in den Produktionsproblemen bei der Automobil- und Chemieindustrie. Gleichzeitig hat sich die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft verlangsamt. Zurückzuführen sei dies vor allem auf eine deutlich schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten. Weiterhin sind auf der Angebotsseite in vielen Branchen gerade durch Engpässe auf dem Arbeitsmarkt Kapazitätsgrenzen erreicht. Daher korrigiert der Sachverständigenrat seine letzte Wachstumsprognose für das Jahr 2019 von einer durchschnittlichen Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5 Prozent auf 0,8 Prozent. Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Für 2020 erwartet der Sachverständigenrat eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 nur 1,3 Prozent. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass obwohl die Überauslastung der deutschen Wirtschaft sinken wird, die Anzahl der Erwerbstätigen weiter steigen wird und somit die Lohndynamik hoch bleiben wird. Insbesondere von dem privaten Konsum, den Bauinvestitionen und dem Staatssektor dürften im Jahr 2019 positive Wachstumsbeiträge ausgehen. „Die Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft ist vorerst vorüber. Eine Rezession ist angesichts der robusten Binnenkonjunktur aber aktuell nicht zu erwarten.“ (Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates) Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit sehr hoch, da neben dem unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen, die Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China noch ungelöst sind und die Gefahr einer starken Wachstumsabschwächung in China besteht. Für den voraussichtlich schwächeren Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 1,5 Prozent im Jahr 2019 und 1,6 Prozent in 2020 ist hauptsächlich der niedrige Ölpreis verantwortlich. Dabei ist jedoch zu erwarten, dass die Kerninflation im Prognosezeitraum ihren moderaten Aufwärtstrend fortsetzt. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die seit mehreren Jahren anhaltende positive Entwicklung voraussichtlich fortsetzen. Die Dynamik dürfte jedoch nachlassen. Die Arbeitsmarktführindikatoren des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deuten an, dass der Bedarf an Arbeitskräften zwar nach wie vor sehr hoch ist, die Einstellungsabsichten aber ihren Auftrieb verloren haben. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass die Erwerbstätigenzahlen um 470.000 beziehungsweise 360.000 Personen zunehmen. Somit sollten in Deutschland im Jahr 2019 erstmals mehr als 45 Millionen Personen erwerbstätig sein. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 530.000 beziehungsweise 450.000 Personen wachsen. Durch den anhaltenden Beschäftigungszuwachs sollte sich die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um rund 160.000 Personen auf unter 2,2 Millionen Personen im Jahr 2019 reduzieren. Die Arbeitslosenquote würde dann im laufenden Jahr unter die 5 Prozent-Marke fallen. Aufgrund der abnehmenden Dynamik dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 mit rund 130.000 Personen jedoch etwas geringer ausfallen. Die Arbeitslosenquote könnte sich dann auf 4,6 Prozent reduzieren. (Quelle:

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Konjunkturprognose 2019 und 2020 vom 19. März 2019) Die Lage der Unternehmen im Jahr 2019 in der Stadt Aachen und der Städte Region Aachen ist erneut sehr positiv. An der im Frühjahr 2019 durchgeführten Konjunkturumfrage der Industrie und Handwerkskammer Aachen (IHK) haben sich rund 300 Unternehmen mit insgesamt fast 22.800 Beschäftigten beteiligt. Die IHK kommt zu dem Ergebnis, dass die sehr positive Wirtschaftslage im Bezirk Aachen sich seit dem vergangenen Herbst noch weiter verbessert hat. „Entgegen den Erwartungen einiger Wirtschaftsanalysten sind die Auftragsbücher der Unternehmen weiterhin voll und die Stimmung gut“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Michael F. Bayer. Mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe beurteilen die gegenwärtige Geschäftslage als gut, nur etwa jedes zehnte Unternehmen als schlecht. Dies sind die höchsten Lagebewertungen seit sieben Jahren. Einen deutlichen Aufwind verzeichnete auch die Ertragslage der Unternehmen. Des Weiteren sind die Investitions- und die Beschäftigungsabsichten hoch. Etwa vier von zehn Unternehmen möchten in den kommenden Monaten mehr investieren. Jeder dritte Betrieb erwartet einen Anstieg des Personalbedarfs. Fast zwei Drittel aller Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das größte Konjunkturrisiko. Dies ist zum fünften Mal in Folge ein neuer Rekordwert. Ein Drittel aller Betriebe möchte in den kommenden Monaten Personal einstellen, jedes sechste Unternehmen geht hingegen von einem Rückgang aus. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Kammerbezirk Aachen bei 5,9 Prozent, das sind -0,6 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (zum Vergleich: in Nordrhein-Westfalen beträgt die Quote 6,4 Prozent, auf Bundesebene 4,9 Prozent). Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2019 geht von einem negativen Betriebsergebnis von -0,3 Mio. Euro aus. Gegenüber dem Betriebsergebnis 2018 ist das eine Ergebnisverschlechterung von rd. 0,3 Mio. Euro. Ursächlich hierfür ist eine mit 15,0 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro höhere Gesamtleistung, während der Gesamtaufwand in Höhe von -15,3 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres liegt. Der Gesamtaufwand wird nicht vollständig durch Umsatzerlöse gedeckt, da im kaufmännischen Bereich und in der Personalabteilung durch die Netzkooperation weiterhin freie Kapazitäten bestehen und nicht über entsprechende Dienstleistungsumsätze gedeckt werden. Diese freien Kapazitäten werden im Wirtschaftsplan 2019 mit -0,3 Mio. Euro bewertet. Ferner wurden ein negatives Beteiligungsergebnis in Höhe von 7,6 Mio. Euro und ein Zinsverlust von 1,2 Mio. Euro geplant. Für das laufende Geschäftsjahr 2019 weist der Wirtschaftsplan somit einen Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von 9,1 Mio. Euro aus. Unter Berücksichtigung von Steuern in Höhe von 4,6 Mio. Euro würde für 2019 ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von 13,7 Mio. Euro ausgewiesen. Um die Hälfte des Stammkapitals zu sichern, wäre eine Ausgleichszahlung durch die Stadt Aachen in Höhe von 0,4 Mio. Euro notwendig. Damit läge der Jahresfehlbetrag nach Ausgleichszahlung bei 13,3 Mio. Euro. Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2019 115 Mitarbeiteräquivalente betragen.

Die kommenden Geschäftsjahre 2019 bis 2023 bei der **ASEAG** werden geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AW). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AW zum Jahresende 2017 stand der AW vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Für die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen – somit also für das unmittelbare Bedienegebiet der ASEAG wurden wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen bereits im Geschäftsjahr 2015

abgeschlossen. Die entsprechende Vorabkennzeichnung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und im April 2017 erfolgte dann die formale Direktvergabe zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 an die ASEAG bis Dezember 2027. Rechtliche Einsprüche von Dritten gab es nicht, so dass für die ASEAG das Leistungsvolumen von etwa 18,8 Mio. Nutz-km pro Jahr im Vergabezeitraum als gesichert angenommen werden kann. Nach einem dynamischen Personalaustauschprozess in den letzten Jahren zwischen ESBUS, als Fahrbetriebstochter, und der ASEAG wird für die kommenden Jahre ein leicht abgeschwächtes Fluktuationsniveau im Fahrdienst bei der ASEAG erwartet. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, so dass insgesamt von einem Personalbestand von ca. 545 Mitarbeiteräquivalenten in 2019 ausgegangen wird. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen oder aber aufgrund der Schwierigkeiten in der Personalbeschaffung betriebliche Forderung entstehen, die ebenfalls kostentreibend wirken. Insgesamt wird von Personalkosten in Höhe von 38,9 Mio. Euro ausgegangen, dabei stehen sinkenden Kosten der Altersvorsorge steigende Personalkosten gegenüber. Nachdem der Tarifabschluss zwischen ver.di und dem NWO, der Arbeitgeberverband der privaten Omnibusunternehmen in NRW, dazu geführt hat, dass faktisch aus dem Tariftrübe- und Vergabegesetz NRW (TVgG) keine Risiken mehr für die Vergabe an private Subunternehmen bestehen, setzt sich die Reduzierung des Kostenvorteils, den der private Tarif gegenüber dem kommunalen Spartentarif hat, durch hohe Tarifabschlüsse fort. Nach der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen in 2016, die zu einer einmaligen Entlastung geführt hatte, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in 2018 sowie in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen weiter belastet. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, neue Heubeck-Sterbetafeln aus 2018 und ein vergleichsweise hoher Tarifabschluss, welche zusammen zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Die sich aus dem BilMoG ergebenden über bis zu 15 Jahren zu verteilenden Zuführungen zur Pensionsrückstellung konnten hingegen bereits 2017 vorzeitig abgeschlossen werden, so dass hieraus keine weiteren Belastungen resultieren. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Trotz der aktuellen Diskussionen, die derzeit bezüglich der Rolle des ÖPNV in Deutschland geführt werden – insbesondere vor dem Hintergrund umweltpolitischer und sozialpolitischer Fragestellungen – geht die ASEAG nicht von signifikanten Leistungsausweitungen aus. Sollten dennoch angebots- oder fahrpreisseitige Maßnahmen politisch gewünscht sein, so müssen die Aufgabenträger die Finanzierung entsprechend sicherstellen. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben. Das heißt auch, dass hier weiterhin keine Anpassung der Zuschüsse an steigende Betriebskosten erwartet wird. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der

Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 228 ff. SGB IX (zuvor § 148 Abs. 5 SGB IX) mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Der aktuell Satz liegt nunmehr mit 3,53 Prozent auf Vorjahresniveau – weitere Anpassungen sind allein vor dem Hintergrund zu erwarten, dass der ÖPNV landesweit als Verkehrsmittel gestärkt werden soll, wodurch der Anteil der schwerbehinderten Fahrgäste tendenziell abnimmt. Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 30,5 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant. Die Fahrgastentwicklung ist 2018 im Stammgebiet insgesamt leicht rückläufig. Im Planungszeitraum erwartet die ASEAG jedoch auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments ein moderates Fahrgastwachstum. Die Fahrgastrückgänge in 2018 sind zu großen Teilen aus rückläufigen Schülerzahlen, geringeren Einnahmezuscheidungen aus dem NRW-Tarif und dem Mobil-Ticket zu erklären. Hier kommen teilweise gesellschaftliche Entwicklungen zum Tragen, die die ASEAG nicht vollumfänglich kompensieren kann. So sorgt beispielsweise die gute Beschäftigungslage dafür, dass insgesamt weniger Käuferpotential für ein aus sozialpolitischen Gründen existierendes Mobil-Ticket zur Verfügung steht. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbleibenden Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Vor diesem Hintergrund gelingt es immer wieder die Aufgabenträger in Verbindung mit Förderprogrammen des Landes und des Bundes zur unmittelbaren Co-Finanzierung beispielsweise von technischen Neuerungen mit einzubeziehen. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung auf Basis entsprechender Prognosen enthalten. Insgesamt werden keine signifikanten Preisanstiege erwartet. Dieselswaps zur preislichen Absicherung des Verbrauchs bestehen noch für bis 2019. Ob weitere Dieselswaps zur Absicherung der Wirtschaftsplanung abgeschlossen werden, ist derzeit offen. Aufgrund der beschriebenen Einnahme- und Kosteneffekte wird der Jahresfehlbetrag der ASEAG für das Wirtschaftsjahr 2019 auf –30,5 Mio. Euro geplant. Damit fällt das Ergebnis um 0,7 Mio. Euro besser aus als das Ergebnis für 2018 (–31,2 Mio. Euro). Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG ein Ergebnis von ca. 2 Mio. EUR, wobei eine erwartete Schließung des Parkhauses Rathaus das Ergebnis 2019 oder 2020 erheblich zusätzlich belasten wird. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten, die zum Teil bereits durchgeführt sind, aber insbesondere beim Parkhaus Rathaus noch anstehen, entsprechend belastend auf das Ergebnis einwirken. Nachdem es nach der Eröffnung des Aquis Plaza zu einer Neusortierung der Kundenströme im Parkbereich gekommen ist, wird nunmehr davon ausgegangen, dass dieser Vorgang weitestgehend abgeschlossen ist. Welche Auswirkungen die jetzt

wohl doch noch kommende PKW-Maut oder aber drohende Dieselfahrverbote haben, bleibt derzeit offen. Die Planung berücksichtigt ein Busbeschaffungsprogramm bis 2023, das die jährliche Beschaffung neuer Busse vorsieht. Bis Anfang 2020 werden damit in Aachen ausschließlich Fahrzeuge eingesetzt, die den neuen Anforderungen des Nahverkehrsplans der Stadt Aachen erfüllen. Vor dem Hintergrund des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen werden weiter Elektrobusse und vorgezogen Dieselsebusse nach Euro VI-Norm angeschafft, die von den Aufgabenträgern und Förderprogrammen gesondert gefördert werden.

Die **STAWAG** geht für das Geschäftsjahr 2019 im Geschäftsfeld Vertrieb davon aus, dass aufgrund von erwarteten Kundenverlusten im Privat- und Gewerbekundenbereich sowie im Sonderkundenbereich ein moderater Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten ist. Bei den Netzausspeisungen wird, bereinigt um entsprechende Witterungseffekte, im Strombereich eine weitgehend konstante Entwicklung erwartet. Für den Gasbereich ergibt sich infolge erwarteter zusätzlicher Erschließungsgebiete und einer zunehmenden Verdichtung des bestehenden Gasnetzes eine leicht ansteigende Netzausspeisung. Insgesamt wird die operative Ertragskraft der STAWAG auch im Geschäftsjahr 2019 durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase, aber auch durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich belastet. Die STAWAG wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien weiterhin engagieren, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung wirtschaftlich attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Für das Geschäftsjahr 2019 ist bereits absehbar, dass mit einem weiterhin stabilen Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftsbereich gerechnet werden kann. Die STAWAG geht davon aus, dass mittelfristig die relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Ausschreibungsregime eine weitere Realisierung attraktiver Projekte bei den erneuerbaren Energien ermöglichen.

Finanzielle Kennzahlen

| Kennzahl | Ist 2018 | Plan 2019 | Abweichung (%) |
|----------------------|----------|-----------|----------------|
| Umsatzerlöse (TEuro) | 309.842 | 310.682 | +0,27 |
| EBITDA (TEuro) | 59.740 | -475 | -100,8 |
| EBIT (TEuro) | 53.219 | -6.486 | -112,2 |
| EBT (T€) | 75.505 | 23.089 | -69,4 |

Die STAWAG wird auch im Geschäftsjahr 2019 das stetige Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen und des stärker werdenden Wettbewerbs weiterzuentwickeln und zu optimieren. Neben der Fortsetzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung sowie der Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes wird ein Schwerpunkt der STAWAG auch auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz und der Nutzung weiterer Synergiepotenziale liegen. Eine positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG auch aus ihren wachsenden Geschäftsaktivitäten im Bereich der Rekommunalisierung und im energiewirtschaftlichen Kundenservice sowie im Prozess- und Dienstleistungsbereich. Für das Geschäftsjahr 2019 geht die STAWAG trotz der vorgenannten

Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rund 23,1 Mio. Euro erreicht wird.

Die **regio iT** setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie durch den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden, auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT weiterhin offen gegenüber. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen: mit einem voraussichtlichen Umsatz von 92,2 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2019 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK-Branche. Mit einem Volumen von 26,0 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2019 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,3 Prozent). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,3 Prozent ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 40,8 Milliarden Euro. Nur im Segment IT-Hardware wird ein Rückgang auf 25,4 Milliarden Euro (-0,7 Prozent) erwartet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und die Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich der Sicherheit, der Leistungsfähigkeit und der Kosteneffizienz bewältigen. Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW – u. a. in Aachen – Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud Plattformen und bei Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2019 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln. Für das Geschäftsjahr 2019 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt/Applikationsbetrieb mit 50,2 Mio. Euro. Das bedeutet eine Steigerung von 2,3 Mio. Euro. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service- Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 8,5 Mio. Euro von erneut gesteigerten Erlösen aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, mindestens ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2018) sowie umfangreichen Projekt/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere Projekt/Beratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie auch im Bereich Smart Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass

die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 6,0 Mio. Euro eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Hardware wird mehrjährig genutzt. Daher werden nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2018 Umsatzerlöse auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre erwartet. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Hier wird eine Steigerung von 26,9 Mio. Euro auf 29,3 Mio. Euro erwartet. Diese Steigerung basiert zum einen auf erwartete tarifliche Erhöhungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen in 2018/2019. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2019 eine Steigerung des Rohergebnisses von 42,5 Mio. Euro auf 45,0 Mio. Euro. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2,9 Mio. Euro aus, welches um 0,8 Mio. Euro leicht unter dem sehr gutem Niveau des Berichtsjahres (3,7 Mio. Euro) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2019 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Das Beteiligungsergebnis der regio iT ist phasenverschoben. Für das Wirtschaftsjahr 2019 wird das anteilige Ergebnis in Höhe von 1,1 Mio. Euro des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2018 erwartet. Für das Beteiligungsergebnis gewoge ist im Wirtschaftsplan 2019 ein Wert von 0,2 Mio. Euro berücksichtigt.

Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Im Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2018 belasten die niedrigen Strombörsenpreise weiterhin die operative Ergebnissituation im konventionellen Kraftwerksbereich. Die Erzeugungskostenspreads verzeichneten unterjährig zwar eine Erholung, was auch zu einer Reduzierung der Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag um rund 1,9 Mio. Euro beitrug, doch mittelfristig sind noch keine Preisindikatoren zu erkennen, die eine signifikante wirtschaftliche Verbesserung erwarten ließen. Beim Ausbau regenerativer Erzeugungsanlagen leistet die STAWAG mit ihrer 100-prozentigen Tochter STAWAG Energie seit Jahren einen positiven Beitrag und genießt für alle bereits erbauten Anlagen einen Bestandsschutz hinsichtlich Einspeisevergütung. Auch unter den neuen Ausschreibungsbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) möchte die

STAWAG Energie neue Windparks entwickeln. Damit verbunden sind weiterhin die allgemeinen Risiken einer Projektentwicklung, wie beispielsweise die Verzögerung eines Genehmigungsprozesses oder behördliche Auflagen, und bauherrentypische Risiken, wodurch die Projekte nicht in dem geplanten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Vielzahl unterschiedlichster Projekte, in denen die STAWAG Energie erfolgreich tätig war, unterstreicht jedoch ihre Kompetenz, so dass die künftig hieraus zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge die Risiken übersteigen werden. Die immer noch niedrigen Kapitalmarktzinsen begünstigen nach wie vor die langfristige Fremdkapitalaufnahme der STAWAG, führen in den nächsten Jahren jedoch weiterhin zu einer zinsbedingt erhöhten Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei der STAWAG, der Regionetz und der FACTUR. Diese wirtschaftliche Zusatzbelastung durch das Absinken des Rechnungszinssatzes ist in der aktuellen Wirtschaftsplanung bis 2023 berücksichtigt. Ansonsten gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatz- und die Einspeisemengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG-Gesellschaften. Auf der Kunden- und der Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten. In ihrem Risikoportfolio zum 31. Dezember 2018 rechnet die ASEAG auch in den kommenden Jahren weiter mit sich verändernden Rahmenparametern (Zinssatzprognosen) Versicherungstafeln u. ä.) bei der Berechnung ihrer Pensionsrückstellungen und den hieraus resultierenden Ergebnisbelastungen. Begünstigend wirkt hierbei, dass die aus dem Jahr 2010 stammenden Zusatzbelastungen aus dem BilMoG in 2017 abgeschlossen werden konnten. Weiterhin trägt seit 2016 ein geänderter Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge dazu bei, dass die jährlichen Rückstellungszuführungen bilanziell anders dargestellt werden und die jährlichen Ergebnisausschläge dämpfen. Mittels Direktvergabe erhielt die ASEAG in 2017 von der Stadt Aachen den Auftrag, ihre Verkehrsleistungen für weitere zehn Jahre fortzuführen. Aufgrund fehlender Klagen besteht inzwischen Rechtssicherheit und somit Bestandsschutz bis Ende 2027. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung wird aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung der letzten Jahre als eher gering angesehen. Das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist entfallen, jedoch verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs, da die ASEAG in Zukunft mit einem deutlich stärkeren Tarifpartner zu verhandeln hat. Weitere wesentliche Risiken ergeben sich aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Neben der Einführung von Umweltzonen resultieren weitere Verschärfungen aus den Anforderungen des Luftreinhalteplans der Stadt Aachen, der in 2018 zu einem veränderten Nahverkehrsplan mit höheren abgasseitigen Anforderungen an die Fahrzeugflotte führte. Ob die inzwischen gemeinsam mit dem Gesellschafter Stadt Aachen eingeleiteten Maßnahmen ausreichen (SCRT-Filter, vorgezogene Neubeschaffung u. ä.), um Dieselfahrverbote zu vermeiden, die aus einem laufenden Gerichtsverfahren der Stadt Aachen resultieren, ist derzeit offen. Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden werden aktuell stark gefördert und die ASEAG nutzt diese Förderprogramme, um Kostenbelastungen für die Stadt und die ASEAG zu minimieren. Ein weiteres wesentliches Risiko der ASEAG bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel keiner

Dynamisierung unterliegen und die die Notwendigkeit mit sich bringen, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken, wie beispielsweise das Risiko des geänderten Kundenverhaltens bei der ÖPNV-Nutzung. Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben. Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar. Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenziell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Die Gesellschafterin der E.V.A. – die Stadt Aachen – hat daher schon im Jahr 2015 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 im Zuge eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die E.V.A. nochmals erweitert. In 2016 flössen der E.V.A. aufgrund dessen zusätzliche finanzielle Mittel zur Eigenkapital-stärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG in Höhe von 4,3 Mio. Euro zu. Außerdem leistet die Stadt Aachen seitdem regelmäßig die im Gesellschaftsvertrag verankerten Ausgleichszahlungen und dies für 2017 und 2018 sogar durch vorgezogene Zahlungen. Da die E.V.A. neben den Ausgleichszahlungen der Gesellschafterin auch noch neue Darlehen der ASEAG in Anspruch nehmen kann, sieht die E.V.A.-Geschäftsführung aktuell keine finanzwirtschaftlichen Risiken oder Risiken einer eigenkapitalmäßigen Unterdeckung. Kurzfristig kann sich die E.V.A. weiterhin aus der vorhandenen Liquidität sowie über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren. Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die Gesellschafterin – die Stadt Aachen – mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. gesichert hat und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte. Sie stellt der E.V.A. hierzu eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit. Insofern ist die Risikolage der E.V.A. entschärft, wird jedoch weiterhin einer regelmäßigen Prüfung unterzogen. In Zukunft wird es verstärkt auf die Einhaltung der Planergebnisse der operativen Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG, die dem Finanzierungskonzept zugrunde gelegt sind oder einer angemessenen Bereitstellung zusätzlicher Mittel ankommen. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften eingearbeitet.

Energie- und Wasser-Versorgung Gesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der Städte-Region Aachen und in benachbarten Gebieten, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages der EWV besteht der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihr vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages sein kann.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, so weit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Beirat:

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der EWV wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden

von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen. Vorsitzender des Beirates ist der Hauptverwaltungsbeamte der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred Schröder

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | |
|---------------------|---------------------------------|
| Helmut Etschenberg | Städteregionsrat bis 31.12.2018 |
| Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat ab 01.01.2019 |
| Axel Wirtz | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|------------|---------------|---------------------------------------|
| | Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| Vertreter: | Gregor Jansen | Dezernent |

Vertreter der StädteRegion im Beirat:

| | |
|------------|---------------------------|
| Axel Wirtz | Städteregionstagsmitglied |
|------------|---------------------------|

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 18.151.450,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|---------------|-------------|
| Innogy SE | 9.750.450,00 | 53,717 |
| Stadt Stolberg | 2.591.650,00 | 14,278 |
| Stadt Eschweiler | 2.394.150,00 | 13,190 |
| StädteRegion Aachen | 1.679.300,00 | 9,252 |
| Kreis Heinsberg | 687.950,00 | 3,790 |
| Stadt Alsdorf | 395.750,00 | 2,180 |
| Stadt Würselen | 358.350,00 | 1,974 |
| Stadt Baesweiler | 181.550,00 | 1,000 |
| Kreis Düren | 105.300,00 | 0,580 |
| Gemeinden Roetgen, Simmerath und Stadt Mon- schau | Je 1.050,00 | je 0,006 |
| Stadt Heinsberg, Gemeinden Aldenhoven, Inden u. Langerwehe, Stadt Linnich, Gemeinde Niederzier, Stadt Geilenkirchen | je 550,00 | je 0,003 |
| | 18.151.450,00 | 100,000 |

| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in T€ | Anteil in % |
|--|--------------|-------------|
| Regionetz GmbH , Aachen | 296.214 | 49,20 |
| Wärmeversorgung Würselen GmbH | 1.510 | 100,00 |
| Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH | 3.439 | 24,90 |
| GREEN GmbH, Stolberg | 707 | 39,16 |
| Green Solar Herzogenrath GmbH | 3.788 | 45,00 |
| EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH | 31 | 45,00 |
| EWV Baesweiler GmbH & Co. KG | 2.404 | 45,00 |
| Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH | 10.118 | 59,18 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 - in € - | 2017 - in € - | 2018 - in € - |
|-------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| A. Anlagevermögen | 142.553.767 | 146.528.583 | 148.992.108 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 565.855 | 563.906 | 537.942 |
| II. Sachanlagen | 12.586.776 | 13.040.273 | 13.267.314 |
| III. Finanzanlagen | 129.401.134 | 132.924.404 | 135.186.852 |
| B. Umlaufvermögen | 25.735.296 | 26.122.959 | 43.602.675 |
| I. Vorräte | 808.523 | 17.783 | 20.822 |
| II. Forderungen u. sonst. VG | 24.345.116 | 25.410.989 | 42.556.987 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 581.656 | 694.188 | 1.024.866 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 154.293 | 207.022 | 154.510 |
| Bilanzsumme Aktiva | 168.443.356 | 172.858.565 | 192.749.292 |
| A. Eigenkapital | 50.871.771 | 49.346.516 | 53.527.389 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 18.151.450 | 18.151.450 | 18.151.450 |
| II. Kapitalrücklage | 7.045.124 | 7.045.124 | 7.045.124 |
| III. Andere Gewinnrücklagen | 3.385.000 | 10.665.000 | 11.135.000 |
| IV. Gewinnvortrag | 8.512 | 10.198 | 14.942 |
| V. Jahresüberschuss | 22.281.684 | 13.474.744 | 17.180.873 |
| B. Sonderposten | 0 | 0 | 0 |
| C. Rückstellungen | 68.195.796 | 65.071.158 | 61.939.133 |
| D. Verbindlichkeiten | 49.329.814 | 58.403.377 | 77.252.011 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 45.974 | 37.514 | 30.759 |
| Bilanzsumme Passiva | 168.443.355 | 172.858.565 | 192.749.292 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse (inkl. Stromsteuer) | 264.583.902 | 262.859.137 | 256.856.735 |
| Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages | 3.806.922 | 4.401.610 | 0,00 |
| Erträge aus Beteiligungen | 521.194 | 793.570 | 9.593.949 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 281.559 | 387.665 | 571.852 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 4.199.816 | 3.179.276 | 3.721.437 |
| Materialaufwand | 193.714.845 | 199.086.060 | 194.897.846 |
| Personalaufwand | 18.394.315 | 19.315.642 | 20.204.571 |
| Abschreibungen | 2.266.040 | 2.534.021 | 2.717.492 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 2.672.450 | 4.196.292 | 4.995.863 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 24.195.617 | 26.412.355 | 24.899.544 |
| Steuern vom Einkommen und Ertrag | 9.640.500 | 6.478.388 | 5.478.027 |
| Jahresüberschuss | 22.281.685 | 13.474.744 | 17.180.873 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--|--------------|--------------|-------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (Ende Gj.) | 216 | 225 | 227 |
| Leistungskennzahlen | 2016 | 2017 | 2018 |
| Umsatzrendite | 8,4 % | 5,1 % | 6,7 % |
| Eigenkapitalrendite | 31,6 % | 27,3 % | 32,1 % |
| Anlagenintensität | 78,7 % | 84,7% | 77,3 % |
| Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit | 12.500.000 € | 12.900.000 € | -900.000 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn der EWV fließt der StädteRegion Aachen jeweils in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 9,252 % zu. Im Haushaltsjahr 2019 hat die StädteRegion Aachen eine Bruttogewinnausschüttung von EWV in Höhe von 1.202.708,32 € für das Geschäftsjahr 2018 erhalten. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen sind nicht zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand

Die EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWW) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städteregion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen. Darüber hinaus liefert EWW Strom und Gas an Privat- und Geschäftskunden in weiten Teilen Deutschlands.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW steht für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der Städteregion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWW die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWW breit aufgestellt. Mit jährlich rund 350 Sponsoring für Vereine oder Institutionen engagiert sich die EWW aktiv in der Region und bietet als wichtiger Arbeitgeber rund 250 Arbeitsplätze. Die moderne und verlässliche Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 530 Mitarbeitern. Sie kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWW ist zu 49,2 Prozent an der Regionetz beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWW Erträge im Wege einer Ausgleichszahlung. Die EWW ist ebenfalls ein wichtiger Partner für das Verbandswasserwerk Aldenhoven (VWA) und das Städtische Wasserwerk Eschweiler (StWE). Beide Gesellschaften werden von der EWW betriebsgeführt. Neben der Trinkwasserversorgung beliefert das StWE zusätzlich kommunale Objekte in Eschweiler mit Wärme. Für die Wärmeversorgung in Würselen sorgt die EWW mit ihrer 100-prozentigen Tochter, der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW). Auch hier führt die EWW im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte. Das gleiche gilt für die EWW Baesweiler Verwaltungs GmbH und die EWW Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Menschen in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Klimaschutz wird bei der EWW groß geschrieben und deshalb treibt sie den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region aktiv voran. Hierzu wurde zusammen mit kommunalen Anteilseignern und privatrechtlichen Gesellschaftern die GREEN Gesellschaft für regionale Energie mbH gegründet. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012), an der die EWW mit 45% beteiligt ist, und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Die EWW ist auch überregional im Bereich der regenerativen Energien aktiv. Dies geschieht über ihre 6,58-prozentige Beteiligung an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO). Seit 2016 ist die Windpark Eschweiler Beteili-

gungs GmbH in Stolberg eine weitere Beteiligung der EWV in Höhe von 59,2 Prozent, die auch von der EWV betriebsgeführt wird. Auch beim Thema Beleuchtung setzen die Kommunen in der Region ihr Vertrauen in die EWV. In Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

Wirtschaftsbericht

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

EWV lebt fortgesetzt das in 2015 neu gestaltete Strategiepapier für die Unternehmensgruppe. Die Vision und das Leitbild fokussieren sich auf die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Mitarbeiter, Arbeitssicherheit sowie Klima- und Umweltschutz.

Konzession

In 2017 hat die EWV an den Vergabeverfahren der Gaskonzessionen für die Gemeinde Gangelt und die Stadt Geilenkirchen teilgenommen. In 2018 erfolgte die Vergabe beider Konzessionen an einen Mitbewerber. Darüber hinaus hat EWV in weiteren Konzessionsverfahren Interessenbekundungen platziert.

Verschmelzung und Anteilszugang an Regionetz

Im Jahr 2017 wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, die Kooperation der EWV mit der STAWAG im Netzbereich in Form einer gemeinsamen Netzgesellschaft zu realisieren. Die Schaffung der gemeinsamen Regionetz erfolgte in mehreren Transaktionsschritten, wovon die letzten wesentlichen Schritte im Sommer 2018 abgeschlossen wurden. Hierbei handelt es sich zum einen um den Abschluss des Ausgliederungsvertrages betreffend die Ausgliederung des Teilbetriebs Netz/Netzservice der STAWAG auf die Regionetz. Sodann wurde die RegioTemp GmbH (vormals regionetz GmbH) rückwirkend zum 01.01.2018 auf die Regionetz GmbH (vormals Infracore GmbH) auf Grundlage des Verschmelzungsvertrages vom 25. Juni 2018 verschmolzen. Gleichzeitig wurde der Gesellschaftsvertrag der Regionetz auf die finale Gesellschafterstruktur und die für STAWAG und EWV ermittelten Anteilsquoten durch Erhöhung des Stammkapitals angepasst. Mit der Veröffentlichung der letzten Transaktionsschritte im Handelsregister wurde der Transaktionspfad dann erfolgreich abgeschlossen. Im Anschluss konnte der Ergebnisabführungsvertrag zwischen STAWAG und Regionetz rückwirkend zum 01.01.2018 abgeschlossen werden. Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der StädteRegion Aktuell betreibt die EWV in ihrem Versorgungsgebiet 17 Stromladesäulen mit dem Vorhaben, das Ladesäulennetz zur Steigerung der E-Mobilität weiter voran zu bringen und auszubauen. EWV wird das Ladesäulennetz um zusätzlich 38 Ladesäulen im Versorgungsgebiet im Rahmen eines Pachtmodells erweitern. EWV liefert damit einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur in E-Mobilität in der StädteRegion.

Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in der StädteRegion

Aktuell betreibt EWV in ihrem Versorgungsgebiet 17 Stromladesäulen mit dem Vorhaben, das Ladesäulennetz zur Steigerung der E-Mobilität weiter voran zu bringen und auszubauen. EWV wird das Ladesäulennetz um zusätzlich 38 Ladesäulen im Versorgungsgebiet im Rahmen eines Pachtmodells

erweitern. EWW liefert damit einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Infrastruktur in E-Mobilität in der StädteRegion.

WVW Anteilskauf

Die EWW hat in 2018 die Geschäftsanteile der anderen Gesellschafter der WVW, enwor und Stadt Würselen, übernommen und hält damit 100% der Anteile. Die Gesellschaft wird von EWW künftig für den Aus- bzw. Aufbau von neuen Geschäftsfeldern genutzt.

Pachtvertrag (EWW – Regionetz)

Im Jahr 2006 wurden die von EWW gepachteten Stromverteilernetze der innogy SE sowie die Strom- und Gasverteilernetze der EWW wegen gesetzlicher Vorgaben zur rechtlichen Entflechtung ihrer damaligen Netztochtergesellschaft regionetz GmbH im Wege der (Unter-) Verpachtung zur Ausübung der dieser obliegenden Netzbetreibertätigkeit überlassen. Mit der Übertragung der im Eigentum der EWW stehenden Strom- und Gasversorgungsnetze im Jahr 2016 auf die damalige Netztochtergesellschaft, umfasste der Pachtgegenstand nur noch die von EWW gepachteten Stromverteilernetze der innogy SE. Im Herbst 2018 wurde die damalige Netzgesellschaft im Rahmen der Netzkooperation zwischen EWW und STAWAG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2018 auf die neue Netzgesellschaft Regionetz GmbH verschmolzen. Sowohl die Verschmelzung als auch die Änderung des Pachtgegenstandes machten es erforderlich, den Unterpachtvertrag zwischen EWW und Regionetz an die aktuell geltenden Voraussetzungen anzupassen. Der Unterpachtvertrag zwischen EWW und Regionetz wurde in Anlehnung an den bestehenden Pachtvertrag zwischen EWW und innogy SE konzipiert. Die wesentlichen Neuerungen betreffen den Pachtzins und die damit zusammenhängenden Regelungen aufgrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Netzentgeltkalkulation. Die Höhe des Pachtzinses ermittelt sich auf Basis der von der Regulierungsbehörde als Ausgangsniveau im Rahmen der Festlegung der Erlösobergrenzen anerkannten Kosten. Der Unterpachtvertrag zwischen EWW und Regionetz trat rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft und gilt solange der Pachtvertrag zwischen EWW und innogy SE besteht. Sollten einzelne Konzessionen der betroffenen Stromverteilernetze der innogy SE wegfallen, so bleibt der rechtliche Bestand des vorliegenden Vertrages hinsichtlich der übrigen Gebiete unberührt.

Externe Akquise von Privatkunden

Das exponentielle Kundenwachstum der Marke enerSwitch für Privat- und Gewerbekunden stagnierte in 2018. Aufgrund steigender Preise in der Energiebeschaffung mussten die Produktkonditionen angepasst werden. Im Bereich der Gewerbekunden hatte dies nennenswerte Preisanpassungen sowie Kündigungen von Verträgen aus wirtschaftlichen Gründen zur Folge. Die geringere Attraktivität der Produkte, in Verbindung mit einem engeren Wettbewerb, vor allem auf den Wechselportalen Verivox sowie Check24, führten zu einer stärkeren Nutzung weiterer vorhandener Vertriebskanäle wie bspw. Energieberater und Verbände. In 2018 konnte ein Zuwachs von rund 1.500 Privatkunden auf insgesamt rund 6.000 Kunden verzeichnet werden. Im Bereich der Gewerbekunden konnten rund 300 Kunden zugewonnen und somit der Gesamtkundenbestand bei rund 3.100 Kunden stabilisiert werden. In 2019 liegt der Fokus in beiden Segmenten auf der Kundenbindung und -entwicklung.

Vertriebsprojekt

Um in Zeiten des verschärften Wettbewerbsdrucks optimal aufgestellt zu sein, hat die EWV bereits im Sommer 2017 ein Projekt gestartet, den Bereich Vertrieb umzustrukturieren und die Prozesse zu optimieren. Die neue Organisation ist erfolgreich zum 1. November 2018 gestartet. Der Fokus liegt auf Verkauf, Dienstleistungen und Innovation. Vor allem mit der Bildung der Abteilung Innovation werden mögliche Margenverlusten ausgeglichen, da hier neue Geschäftsfelder entwickelt werden. Im Projekt erfolgen parallel eine Modernisierung der IT-Struktur sowie eine Digitalisierung der wichtigsten Vertriebs(teil)prozesse. Das zugehörige Umsetzungsprojekt wird in etwa 2 Jahre in Anspruch nehmen.

Neuorganisation EWV GmbH – Projekt „Zukunft“

EWV konnte in den letzten beiden Jahren eine Reihe von Erfolgen verzeichnen, um den gravierenden Marktveränderungen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Hieran knüpft das aktuelle Organisationsprojekt „Zukunft“ an. Es handelt sich um eine kontinuierliche Weiterentwicklung der EWV, um das Unternehmen auf die kommenden energiepolitischen Herausforderungen und die wachsenden Bedürfnisse in der Region entlang der Wertschöpfungskette vorzubereiten. Steigender Wettbewerbsdruck, neue Kundenbedürfnisse, erhöhter Kostendruck und die Weiterentwicklung energiewirtschaftlicher Trends sind nur einige von zahlreichen Punkten, die die EWV vor neue Herausforderungen und Handlungsfelder stellen. Es ist eminent, sich bereits jetzt für diese Aufgaben zu wappnen. Deshalb wird künftig bei der EWV, neben Ergebnisabsicherung und -Wachstum, das Thema Strategie in den Fokus gerückt. Eine vertiefte strategische Personalplanung, gezielte Steuerung und Effizienzsteigerung gepaart mit der Digitalisierung sind nötig, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Als Fundament hierfür dient eine neue Organisation. Das oberste Ziel des Projektes Zukunft und der damit verbundenen neuen Organisation ist die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit und Strategieumsetzung. Bei der Erstellung der Organisation wurden verschiedene Designkriterien berücksichtigt: So wird unter anderem auf eine angemessene Führungsspanne geachtet. Ein bereichsübergreifendes Arbeiten wird gefördert, eine klare Verantwortung für die verschiedenen Geschäftsfelder wird eingeführt und auch die Entscheidungswege werden kürzer. Mit der neuen Organisation werden die Funktionen Strategie bzw. Unternehmensentwicklung, Betriebsführungs- und Beteiligungsmanagement sowie die IT-Abteilung näher an die Geschäftsführung angebunden. Durch die konsequente Ausrichtung an der Geschäftsfeldstrategie „Vertrieb“ werden perspektivisch in 2019 das Vertriebscontrolling und der Kundenservice in den Vertriebsbereich integriert.

Europäische Datenschutzgrundverordnung

Mit der Verordnung der Europäischen Union werden die Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen EU-weit vereinheitlicht. Dadurch soll einerseits der Schutz personenbezogener Daten innerhalb der Europäischen Union sichergestellt, und auch andererseits der freie Datenverkehr innerhalb des Europäischen Binnenmarktes gewährleistet werden. Mit einem unternehmensweiten Projekt hat die EWV die umfangreichen Anforderungen der zum 25.05.2018 in Kraft getretenen Verordnung erfolgreich umgesetzt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen. Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert. Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2018 17,2 Mio. € gegenüber 13,5 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach höher als dies in der Prognose des Vorjahres (15,7 Mio. €) geplant war. Investitionen: EWV investierte in 2018 8,4 Mio. € (Vorjahr 7,5 Mio. €, geplant waren in 2017 für 2018 3,7 Mio. €). Im Bereich Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 0,5 Mio. € aktiviert. Für den Bereich Energiedienstleistungen waren dies 2,0 Mio. €. Entgegen der ursprünglichen Planung wurden in den Finanzinvestitionen zusätzliche 4,1 Mio. € als Anschaffungsnebenkosten für die Regionetz getätigt. Hintergrund sind Effekte aus dem nachlaufenden Geschäft der RegioTemp. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2018 hat die EWV 835 GWh Strom (Vorjahr 806 GWh, geplant waren in 2017 für 2018 736 GWh) und 1.567 GWh Gas (Vorjahr 1.547 GWh, geplant waren in 2017 für 2018 1.623 GWh) abgesetzt.

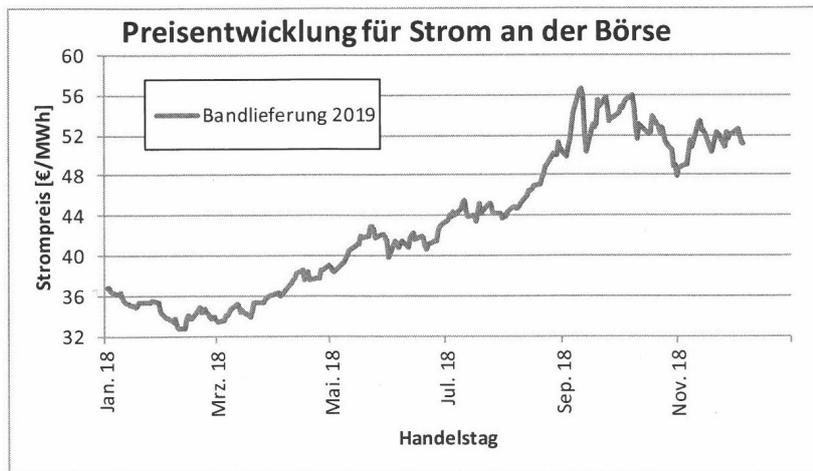
Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2018 belaufen sich auf 256,9 Mio. € (Vorjahr: 262,9 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 136,2 Mio. € (Vorjahr 131,5 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 77,7 Mio. € (Vorjahr: 81,9 Mio. €) sowie 2,9 Mio. € (Vorjahr: 2,7 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 26,4 Mio. € (Vorjahr: 35,8 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erlösen aus Pachtentgelten sowie den nicht mehr vorhandenen Warenverkäufen aufgrund der Übertragung der Lagervorhaltung auf die Regionetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 13,7 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen. Die Umsatzerlöse liegen um 15,0 Mio. € über der Prognose des Vorjahres (241,9 Mio. €).

Entwicklung im Stromsegment

Zu Jahresbeginn war bis Mitte Februar eine fallende Entwicklung der Großhandelspreise für Strom zu verzeichnen. Danach erhöhten sich die Preise zunächst langsam, im Jahresverlauf aber mit immer größeren Steigerungsraten. Der Preis für das Jahresband 2019 erreichte am 11.09. mit 56,65 €/MWh sein Maximum, was einer Steigerung um über 80% seit Mitte Februar entspricht und den höchsten Preis seit 2011 für ein Frontjahr markiert. Anschließend hat sich der Preis bis zum Jahresende auf diesem hohen Niveau zwischen 50 und 55€/MWh stabilisiert. Die Preisentwicklung bei Strom war in diesem Jahr wesentlich durch die Entwicklungen bei den Commodities Rohöl und Kohle, aber auch

der CO₂-Emissionszertifikate beeinflusst. Auch bei diesen Handelsgütern konnten im Jahresverlauf deutliche Preisanstiege verzeichnet werden. Außerdem hat sich der Spotmarkt preissteigernd auf die nahen Produkte des Terminmarktes ausgewirkt. Bedingt durch eine lang anhaltende Trockenperiode im Sommer sowie eine unterdurchschnittliche Windstromerzeugung war der Spotmarkt um etwa 30 % teurer als im Vorjahr. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Jahr 2018 insgesamt 91 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 9 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen. Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2019, gehandelt in 2018.

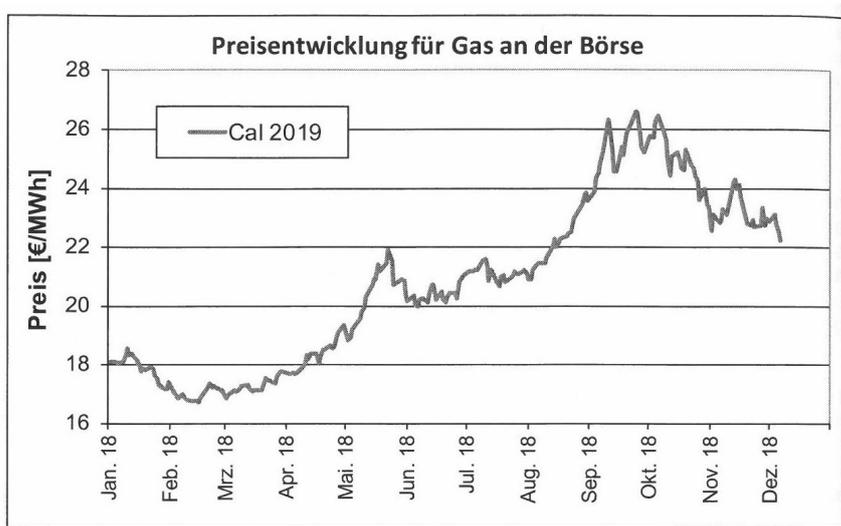


In 2018 erfolgte keine Preisanpassung für die Privatkunden im Stammgebiet der EWV, die ansonsten zu außerordentlichen Verlusten geführt hätte. Dennoch sind Kundenbewegungen durch den intensiven Wettbewerb in den unterschiedlichen Vertriebskanälen weiter unvermeidlich. Ein großes Portfolio an Kundenbindungsmaßnahmen wie z.B. Förderprogramme und der intensive Einsatz von Außendienstmitarbeitern führen zu Gegenbewegungen, verhindern aber nicht, dass im Saldo mehr Kundenverluste stehen. Durch bundesweite Akquisen mit der Marke „enerSwitch“ konnte diese Lücke allerdings weitestgehend geschlossen werden. Mit rd. 120 verkauften PV-Anlagen konnten darüber hinaus einige Kunden auf eine regenerative Energie überführt werden. Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben. Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2018 bei 835 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (806 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Zugewinn von rd. 40 GWh (inkl. periodenfremd) an Kunden aus der externen Akquise bei der Marke „enerSwitch“. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 9,7 GWh (davon -10,5 operativ und +0,8 periodenfremd). Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 221 GWh auf private Haushalte, 114 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 500 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegen-

über der Prognose aus 2017 für 2018 wurden +100 GWh mehr abgesetzt, die i.W. aus Kundenzugängen im Key Account Segment resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 91 % über inno-gy SE und zu 9 % über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Die Preisentwicklung am Großhandelsmarkt für Erdgas verlief in diesem Jahr sehr ähnlich zu der Entwicklung am Strommarkt. Lediglich im Juni und Juli hat es eine Korrekturphase gegeben, in der sich die Gaspreise etwas zurückentwickelten. Der anschließende Preisanstieg bis September war dann aber umso deutlicher. So musste am 24. September 26,6 €/MWh für das Frontjahr 2019 bezahlt werden, was einem Anstieg im Vergleich zu Mitte Februar um 10 €/MWh oder 60 % entspricht. In diesem Jahr war wieder eine hohe Korrelation des Gaspreises zum Preis des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ festzustellen. Außerdem wurde der Gasmarkt indirekt auch durch die Situation der Kohlekraftwerke in Deutschland beeinflusst. Langfristig besteht die Erwartung an den Märkten, dass Gaskraftwerke den Ausstieg aus der Kohleverstromung teilweise kompensieren werden. Kurzfristig hat es bereits Versorgungsengpässe mit Steinkohle durch die trockenheitsbedingt niedrigen Pegelstände wichtiger Wasserstraßen gegeben. Diese Effekte führen zu einer erhöhten Nachfrage nach Gas im Kraftwerkssektor. Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2018/19 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 42 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 10 verschiedenen Lieferanten geschlossen.



Zur Stützung des ambitionierten Gaspreisniveaus im Privatkundensegmentvertrieb wurde in Teilen des Produktportfolios zum 01.10. eine moderate Preissenkung vorgenommen. Ähnlich wie im Strombereich konnte ein Überwiegen der Kundenverluste trotz Reakquisen, Neukundengewinne bei Wechslern, maßgeschneiderte Förderprogramme und Kundengewinne durch die externe Marke enerSwitch nicht vermieden werden. Erfreulicherweise konnte die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen auf den Rekordstand von rd. 200 Anlagen gebracht werden. Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen.

Dies ist in 2018 nur zum Teil gelungen. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2018 verteilt sich mit 854 GWh auf private Haushalte, mit 244 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 469 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Die Erdgasabsatzmenge 2018 liegt mit rund 1.567 GWh insgesamt 20 GWh über der des Vorjahres (1.547 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Kundenzugängen im Produkt „enerSwitch“ in der externen Akquise. Gegenüber der Prognose aus 2017 für 2018 wurden -56 GWh weniger abgesetzt, die i.W. aus Kundenabgängen im Haushaltskunden-segment resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 17 % über innogy SE und zu 83 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 17,2 Mio. € (Vorjahr: 13,5 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i.H.v. 15,7 Mio. € demnach um 1,5 Mio. € höher. Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2018 wurde gegenüber ursprünglicher Planung insbesondere durch das Beteiligungsergebnis der Regionetz (+1,2 Mio. €) und dem geringeren Personalaufwand (-1,4 Mio. €) beeinflusst. Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

| | 2018 | | 2017 | | Veränderung | |
|----------------------------------|----------|--------|----------|--------|-------------|--------|
| | TEuro | % | TEuro | % | TEuro | % |
| Umsatzerlöse | 256.856 | 100,0% | 262.859 | 100,0% | -6.003 | -2,3% |
| Materialaufwand | -194.898 | -75,9% | -199.086 | -75,7% | 4.188 | 2,1% |
| Rohergebnis | 61.958 | 24,1% | 63.773 | 24,3% | -1.815 | -2,8% |
| Andere betriebliche Erträge | 3.724 | 1,4% | 3.167 | 1,2% | 557 | 17,6% |
| Personalaufwand | -20.205 | -7,9% | -19.316 | -7,3% | -889 | -4,6% |
| Andere betriebliche Aufwendungen | -28.006 | -10,9% | -29.166 | -11,1% | 1.160 | 4,0% |
| Betriebsergebnis | 17.471 | 6,8% | 18.459 | 7,0% | -988 | -5,3% |
| Beteiligungsergebnis | 9.594 | 3,7% | 5.195 | 2,0% | 4.399 | 84,7% |
| Zinsergebnis | -4.408 | -1,7% | -3.701 | -1,4% | -707 | -19,1% |
| Steuerergebnis | -5.478 | -2,1% | -6.478 | -2,5% | 1.000 | 15,4% |
| Jahresüberschuss | 17.180 | 6,7% | 13.475 | 5,1% | 3.705 | 27,5% |

Die Umsatzerlöse nahmen um 2,3% bzw. 6,0 Mio. € auf 256,9 Mio. € ab; im Verhältnis zur Planung i.H.v. 241,9 Mio. € ergab sich eine Zunahme i.H.v. 15,0 Mio. €. Es zeigen sich sowohl ein Preis- als auch ein Mengeneffekt im Gasgeschäft, welche dazu führen, dass die Gaserlöse von 81,9 Mio. € um 4,2 Mio. € (5,1%) auf 77,7 Mio. € abnahmen. Die GWh-Absatzmenge im Strom und damit die Stromerlöse stiegen von 131,6 Mio. € um 4,7 Mio. € auf 136,2 Mio. € (+29 GWh). Des Weiteren stiegen die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um 0,2 Mio. € auf 2,9 Mio. €. Akquisemaßnahmen führten – sowohl im Privat-, als auch im Gewerbekundensegment – zu höheren Umsatzerlösen. Schließlich reduzierten sich die Betriebsführungserlöse um 0,9 Mio. €; die weiteren Dienstleistungen erhöhten sich um 3,1 Mio. €. Der Materialaufwand nahm um 4,2 Mio. € (2,1%) auf 194,9 Mio. € ab. Die Strombezugskosten lagen trotz der erhöhten Verkaufsmenge auf dem Vorjahresniveau. Die Gasbezugskosten reduzierten sich überproportional zu dem gesunkenen Gasabsatz um 5,7% (1,8 Mio. €). Die Netzentgelte nahmen im Stromsegment um 8,6% zu und im Gassegment um 15,5% ab. Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 62,0 Mio. € (Vorjahr: 63,7 Mio. €) bzw. 24,1% der Umsatzerlöse und unterlag einer relativen Abnahme i.H.v. 2,8%. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten überwiegend Rückstellungsaufösungen i.H.v. 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €). Der Personalaufwand

beträgt 20,2 Mio. € und erhöhte sich um 4,6%. Die Abschreibungen erhöhten sich leicht um 0,2 Mio. € auf 2,7 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 1,4 Mio. € bzw. 5,4%. Wesentliche Gründe hierfür sind Einsparungen bei Provisionen sowie Kosten für Postverkehr und Telekommunikation. Das Betriebsergebnis nahm aufgrund der vorangestellten Gründe um 1,0 Mio. € von 18,5 Mio. € auf 17,5 Mio. € ab. Das negative Zinsergebnis beträgt 4,4 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 4,3 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr mit 0,5 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert i.H.v. 0,3 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis liegt bei 9,6 Mio. € (Vorjahr € 5,2 Mio). Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2018 mit einem Betrag i.H.v. 5,5 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragssteuern/Ergebnis vor Ertragssteuern) beträgt im Geschäftsjahr 24,2% (Vorjahr: 32,5%). Grund hierfür ist die steuerfreie Behandlung des Ausgleichbetrags der Regionetz gern. §8b KStG. Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 6,7% (Vorjahr: 5,1%) und erhöhte sich somit um 1,6 %-Pkt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 17,2 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 34,8 % (Vorjahr: 26,4 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 6,8% (Vorjahr: 7,0%). Für das Geschäftsjahr 2019 wird vor dem Hintergrund gegenläufiger Effekte von Kundenanzahl, Bezugskosten und Witterungsverhältnissen von einem geringeren Jahresergebnis im Verhältnis zu 2018 ausgegangen.

Investitionen

EWV Investitionen i.H.v. 8,4 Mio. € erfolgten in den Bereichen: Energiedienstleistungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,5 Mio. €) sowie Finanzinvestitionen. Bei den Investitionen in Energiedienstleistungen wurden rd. 2,1 Mio. € im Segment privat- und Geschäftskunden investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte. Im Bereich der Finanzinvestitionen ist maßgeblich die Aktivierung von Anschaffungsnebenkosten i.H.v. 4,6 Mio. € auf den Beteiligungsbuchwert der Regionetz GmbH anzuführen, welche aufgrund des in 2018 zu vollziehenden wirtschaftlichen und rechtlichen Zusammengangs der RegioTemp GmbH mit der Regionetz GmbH (vormals: Infracore GmbH) entstanden sind.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

| | 31.12.2018 | | 31.12.2017 | | Veränderung | |
|---------------------------------|--------------|---------------|--------------|---------------|-------------|--------------|
| | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % |
| Aktiva | | | | | | |
| Anlagevermögen | 149,0 | 77,3% | 146,5 | 84,7% | 2,5 | 1,7% |
| - davon Sachanlagen | 13,3 | 6,9% | 13,0 | 7,5% | 0,3 | 2,3% |
| - davon Finanzanlagen | 135,2 | 70,1% | 132,9 | 76,9% | 2,3 | 1,7% |
| Umlaufvermögen | 43,6 | 22,6% | 26,1 | 15,1% | 17,5 | 67,0% |
| - davon Forderungen aus LuL | 35,5 | 18,4% | 21,4 | 12,4% | 14,1 | 65,9% |
| Rechnungsabgrenzungsp. | 0,2 | 0,1% | 0,2 | 0,1% | 0,0 | 0,0% |
| | 192,8 | 100,0% | 172,9 | 100,0% | 19,9 | 11,5% |
| Passiva | | | | | | |
| Eigenkapital | 53,5 | 27,7% | 49,4 | 28,6% | 4,1 | 8,3% |
| Rückstellungen | 61,9 | 32,1% | 65,0 | 37,6% | -3,1 | -4,8% |
| - davon Pensionsrückstellungen | 52,8 | 27,4% | 51,2 | 29,6% | 1,6 | 3,1% |
| Verbindlichkeiten | 77,3 | 40,1% | 58,4 | 33,8% | 18,9 | 32,4% |
| - davon ggüber Kreditinstituten | 40,3 | 20,9% | 24,9 | 14,4% | 15,4 | 61,8% |
| | 192,8 | 100,0% | 172,9 | 100,0% | 19,9 | 11,5% |

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 19,9 Mio. € von 172,9 Mio. € auf 192,8 Mio. €. Grund hierfür ist eine aufgrund der besonderen Kalendersituation 2018 (letzter Bankarbeitstag bereits am 28.12.) im Vergleich zum Vorjahr verspätete Wertstellung bei Abschlagszahlungen auf Kundenforderungen. Diese bewirkt einen deutlichen Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Anlagenintensität liegt bei 77,3% (Vorjahr: 84,7%). Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 17,5 Mio. € auf 43,6 Mio. €. Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 8,3% bei 27,7 % der Bilanzsumme. Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 52,8 Mio. € (Vorjahr: 51,2 Mio. €) betragen. Diese machen 27,4% der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen im kurzfristigen Bereich um 1,9 Mio. € ab und im langfristigen Bereich um 17,4 Mio. € zu. Die Erhöhung im langfristigen Bereich resultierte im Wesentlichen aus der Aufnahme zweier Darlehen über jeweils 10,0 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird. Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der nachschüssigen Vereinnahmung der Abschläge der Tarifikunden am letzten Werktag im Monat sowie durch die Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet. Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft, aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

| | 2018 | 2017 | Veränderung | |
|---|-----------|-------|-------------|---------|
| | in Mio. € | | in % | |
| Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit | -0,9 | 12,9 | -13,8 | -107,0% |
| Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit | 1,2 | -5,4 | 6,6 | 122,2% |
| Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit | 3,1 | -16,7 | 19,8 | 118,6% |
| Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds | 3,4 | -9,2 | 12,6 | 137,0% |
| Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres | -20,6 | -11,4 | -9,2 | -80,7% |
| Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres | -17,2 | -20,6 | 3,4 | 16,5% |

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich deutlich geringer. Dieser ist um 13,8 Mio. € zurückgegangen und liegt im Geschäftsjahr bei -0,9 Mio. €. Dieser wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWW. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Die Einzahlungen seitens der Kunden und

Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt 1,2 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Mio. € erhöht. Im Wesentlichen ist dies durch die Vorweggewinnausschüttung der Regionetz i.H.v. 5,8 Mio. €, der Eigenkapitalrückführung der Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH i.H.v. 2,7 Mio. € sowie der Green GECCO i.H.v. 0,3 Mio. € und Beteiligungserträge i.H.v. 0,9 Mio. € bedingt. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen. Darunter finden sich eine Ausgleichszahlung an die Regionetz i. H.v. 4,1 Mio. € und der WWV-Anteilskauf i.H.v. 0,7 Mio. €. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen und in die immateriellen Vermögensgegenstände stiegen i.H.v. 0,5 Mio. € auf 3,5 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit i.H.v. 3,1 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Darlehensneuaufnahmen i.H.v. 20 Mio. €, die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i.H.v. 13,0 Mio. € (Vj.: 15 Mio. €) und Darlehenstilgungen i.H.v. 3,6 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 22,1 Mio. € (Vj.: 3,1 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt – 17,2 Mio. € und setzt sich zusammen aus kurzfristigem Kontokorrentkredit i.H.v. 18,2 Mio. € und Guthaben aus dem Börsenkonto bei der Bayern LB i.H.v. 1,0 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 3,4 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 40,3 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 45,2 %.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2018 beschäftigte die EWV durchschnittlich 227 (Vorjahr: 225) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 15 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

1. Industriekauffrau/-mann,
2. Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (Plus),
3. Industriekauffrau/-mann mit gefördertem Studium an der FOM,
4. Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“),
5. Kaufmann/-frau für Büromanagement,

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika, Bachelor- und Masterarbeiten sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblichen Bereich angeboten. An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,4 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. Der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 451.

Personalentwicklung

Im Jahr 2017 wurde ein Kompetenzmodell entwickelt und auf der Abteilungsleiter- Ebene implementiert. Es dient als Grundlage für strategische Entscheidungen und Entwicklungen im Personalbereich, z. B. Stellenbesetzungsverfahren. In 2018 ist das Modell auf alle Stellen im Vertrieb angewendet worden. Perspektivisch wird dieses Kompetenzmodell in 2019 auf die neue Organisation ausge-

weitet und ist dann damit vollständig auf alle Stellen der EWV angewendet. Das Führungskräfte-nachwuchs-Programm wurde in 2018 zum wiederholten Male für die neuen Führungskräfte im Unternehmen angeboten und im Oktober 2018 erfolgreich beendet. Das Führungskräfte-nachwuchs-Programm dient im Wesentlichen dazu, die Kultur der Unternehmensgruppe kennen zu lernen, ein einheitliches Führungsverständnis zu entwickeln und moderne Methoden der Personalführung zu erlernen. Gleichzeitig können sich unsere neuen Führungskräfte vernetzen. In 2018 fanden bereichs- und hierarchieübergreifende Führungswerkstätten statt, die zu einer stärkeren Vernetzung unter den Führungskräften führten. Die positive Resonanz auf die Führungskräfteentwicklung bestärkt uns darin, diese in 2019 weiter fortzusetzen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Im Jahr 2018 wurde der Schwerpunkt auf die individuellen Bedürfnisse unserer Belegschaft gelegt. Hierzu haben verschiedene Seminare und Workshops zu Themen wie: Auswirkung digitaler Medien auf Arbeits- und Privatleben, Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Pflege und Kommunikation und Konflikte stattgefunden. Die EWV hat in 2018 eine Auszeichnung zum „sozialverantwortlichen Arbeitgeber“ von der Caritas erhalten. Seit 2016 gibt es bei EWV eine Konfliktberatung, die von allen Mitarbeitern in Anspruch genommen werden kann.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitenabschlüsse

Die EWV erbringt nach der Assetübertragung der Strom- und Gasnetze auf die regionetz GmbH im Jahre 2016 keine Tätigkeiten mehr im Sinne des EnWG, sodass seitdem keine Tätigkeitsabschlüsse mehr zu erstellen sind. Die verbleibenden Tätigkeiten umfassen die sonstigen Aktivitäten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (Vertrieb von Strom und Erdgas) und die sonstigen Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (Wärmevertrieb, Erbringung sonstiger energienaher Dienstleistungen). Grundsätzlich werden die Konten der einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der innogy-/RWE- Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial

erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmenden Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden. Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken. Die für das Jahr 2019 benötigten Strom- und Gas-mengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2016 bis 2018 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2020 bis 2022 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar. Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt. Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen. Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen. Ebenso führen die Regelungen des EEG (Erneuerbares Energien Gesetz) zu fortwährenden Kostensteigerungen im Stromsegment in Folge des Kostenwälzungsmechanismus bei der Förderung des Ausbaus der neuen Energien (Einspeisevergütung und in Folge EEG Satz). Diese Kostensteigerungen können zum Teil durch den EWV Vertrieb nur begrenzt im Markt weitergeben werden. In Folge der Förderung der dezentralen Stromerzeugung wächst insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der Grad der Eigenproduktion bzw. des Eigenverbrauchs. Damit sinkt der Stromabsatz im Bestandskundensegment.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

1. Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:

- > Niedrig (>1 bis 10 %)
- > Mittel (>10 bis 20%)
- > Hoch (>20 bis 50 %)
- > Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

2. Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:

- > Gering (0 bis 10 %)
- > Mittel (>10 bis 20%)
- > Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
- > Kritisch (>50 %)
- > Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 1,2 Mio. € p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 0,5 Mio. € oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit > 50 % im Risikokatalog zu erfassen. Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,2 Mio. €) Insbesondere im Commodity-Geschäft besteht das Risiko, dass bestimmte nicht beeinflussbare Vorkosten nicht oder nur unter Hinnahme eines kommerziellen Schadens weitergereicht werden können. Nennenswert sind hier insbesondere schwankende Netznutzungsentgelte, gesetzliche Umlagen beispielsweise aus dem KWK- oder EEG- Gesetz oder auch Sonderbelastungen (z.B. Smart Meter Rollout).
2. Absinken der spezifischen Gasverbrauchsmengen (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. €). Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko sinkender Absatzmengen.
3. Politische Krisen (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. €) Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Für das Jahr 2019 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2019 werden nicht unterstellt. In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

Strategische Entwicklung der EWV

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2018 hat EWV den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Nah- und Fernwärme und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden Projekte im Bereich von Quartierskonzepten, Heizungs- und KWK-Anlagen akquiriert und umgesetzt. Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von weiteren Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit

begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. umgesetzt, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt. Strategisch wird der Wärmemarkt für die EWV Privat- und Gewerbekunden nach wie vor hohe Bedeutung behalten. Neben dem Contracting für Erdgasanwendungen wird sich die EWV zunehmend Stromanwendungen zuwenden. Neben Smart Meter, PV und Speicher wird es auch das Thema „Wärmepumpe“ sein. Das Geschäftsfeld Elektromobilität verspricht in naher Zukunft – aufgrund umweltpolitischer Rahmenbedingungen und der damit verbundenen vermehrten Ausrichtung der Automobilkonzerne auf E-Fahrzeuge – eine zunehmend positive Entwicklung. EWV erfüllt mit den im Konzernumfeld verfügbaren Leistungen und Produkten die Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe an der Entwicklung. Die Sensibilisierung und Nachfrage nach Ladeinfrastruktur und Lösungen für Elektromobilität ist deutlich wahrnehmbar. So unterstützt EWV den Ausbau der Ladeinfrastruktur in der Region mit rd. 30 neuen Ladesäulen in enger Kooperation mit den umliegenden Kommunen.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet. Die Marktpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWV ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten. Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner. EWV ist mit einem Anteil in Höhe von 6,58 % der fünftgrößte kommunale Gesellschafter der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green GECCO GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist innogy SE. Insgesamt betreibt Green GECCO GmbH & Co. KG fünf große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide) und Nordrhein-Westfalen (Titz)). Neue Projekte sind nicht geplant.

Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2019 voraussichtlich um rund 3% steigen. Das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums sollte sich in diesem Jahr im Bereich von 1,7% erhöhen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: der Sachverständigenrat hält für 2019 einen weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung von 1,5% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die starke Beschäftigungssituation und die

gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2018 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2019 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten. Diesen Impulsen werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüberstehen. Ein positiver Einfluss auf die Gasnachfrage ist im Hinblick auf die erwartete Entwicklung der CO₂- und Kohlepreise bei gleichzeitig relativ günstigen Gaspreisen zu erwarten, die die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Gas in der Stromerzeugung unterstützen sollte.

Energiepreise

Bei den international gehandelten Rohstoffen Öl und Kohle notieren die Forward-Kontrakte für das Jahr 2019 bei zuletzt (04.01.2019) rund 57 \$/bbl bzw. 83 \$/t und damit etwa 20% bzw. 10% unter den Preisniveaus des Jahres 2018. Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2019 werden zur Zeit mit rund 21,4 €/MWh gehandelt und somit rund 6% unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Für CO₂-Zertifikate werden aktuell höhere Preise erwartet: Forwards für 2019 liegen mit 23,7 €/t rund 47% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2018. Im Strommarkt notieren die Base-Forwardkontrakte 2019 mit durchschnittlich knapp 53 €/MWh ca. 18% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2018, während die Peak-Forwardkontrakte mit rund 64 €/MWh ca. 32% über dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegen.

EWV Schwerpunkte

Das Jahr 2019 wird die Entwicklung und Umsetzung einer neuen Organisationsstruktur geprägt sein. Hierbei gilt es, die strategische Ausprägung des Unternehmens zu forcieren und gleichzeitig den vertrieblichen Prozessen die Organisation und IT folgen zu lassen. Die Digitalisierung beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse und die Marktbearbeitung der EWV. Die Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. Deshalb engagiert sich EWV in dem regionalen „Digital Hub“ und bei konzernweiten Digitalisierungsprojekten. In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut. Hierbei entwickelt EWV zusammen mit Partnern den Windpark Drei-Kaiser-Eichen. Derzeit sind 11 Windräder vorgesehen. Die entsprechenden Genehmigungsverfahren werden derzeit vorbereitet, eine Inbetriebnahme ist nicht vor 2022 geplant. Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2019 255,8 Mio. € betragen. Für 2019 ist geplant, 753 GWh Strom und 1.493 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2019 mit Stromerlösen i.H.v. 136,0 Mio. € und Gaserlösen i.H.v. mit 72,4 Mio. € geplant. Die Ausgleichszahlung der Regionetz ist in der Planung für 2019 mit 9,9 Mio. € unterstellt, wobei die Regionetz als große Netzgesellschaft von STAWAG und EWV abgebildet ist. Der Jahresüberschuss wird in 2019 gemäß Planung ca. 14,6 Mio. € betragen. EWV strebt in 2019 an, ca. 4,9 Mio. € zu investieren.

enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen. Enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Im Gebiet der Stadt Herzogenrath ist enwor auch Gasversorger und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. In den Städten Herzogenrath und Würselen versorgt enwor ca. 85.000 Menschen mit Strom.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer beschließt die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 17 Mitgliedern besteht. 16 Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt von den einzelnen Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt:

Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen sowie 9 weitere vom Städteregionstag zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Herzogenrath sowie 3 weitere vom Stadtrat zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Würselen sowie ein weiteres vom Stadtrat zu wählendes Mitglied. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Gesellschaft ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat kann bis zu vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wird auf Vorschlag der Städte Herzogenrath und Würselen vom Aufsichtsrat gewählt. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende der Gesellschaft.

Gesellschafterversammlung: Jeder Gesellschafter kann nur einen stimmberechtigten Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Herbert Pagel
Dipl.-Ing. Reinhold Hüls

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|---------------|----------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender: | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Klaus-Dieter Wolf | Städteregionstagsmitglied |
| | Ulla Thönnissen | Städteregionstagsmitglied |
| | Marie-Theres Sobczyk | Städteregionstagsmitglied |
| | Ingrid von Morandell | Städteregionstagsmitglied |
| | Manfred Bausch | Städteregionstagsmitglied |
| | Wolfgang Goebbels | Städteregionstagsmitglied |
| | Friedhelm Krämer | Städteregionstagsmitglied |
| | Harald Siepmann | Städteregionstagsmitglied |
| | Udo Rüttgers | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | |
|-------------------|---------------------------|
| Klaus-Dieter Wolf | Städteregionstagsmitglied |
|-------------------|---------------------------|

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52134 Herzogenrath

gezeichnetes Kapital: 22.325.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--|--------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 11.724.300 | 52,52 |
| Stadt Herzogenrath | 5.860.300 | 26,25 |
| Stadt Würselen | 2.497.900 | 11,19 |
| Stadt Übach-Pallenberg | 1.317.600 | 5,90 |
| Stadt Alsdorf | 550.250 | 2,46 |
| Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH | 319.700 | 1,43 |
| Stadt Baesweiler | 52.600 | 0,24 |
| Übrige | <u>2.350</u> | <u>0,01</u> |
| | 22.325.000 | 100 |

| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|-------------|-------------|
| WAG | 550.000,00 | 50,00 |
| WWV Wärmeversorgung Würselen GmbH | 192.650,00 | 49,00 |
| IWA – Institut für Wasser- und Abwasseranalytik | 9.000,00 | 30,00 |
| Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH | 100.000,00 | 25,10 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 163.189.272 | 157.407.164 | 159.512.970 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 3.511.871 | 2.129.998 | 1.346.031 |
| II. Sachanlagen | 120.970.220 | 111.670.015 | 107.833.885 |
| III. Finanzanlagen | 38.707.181 | 43.607.151 | 50.333.054 |
| B. Umlaufvermögen | 15.786.480 | 13.780.792 | 26.686.446 |
| I. Vorräte | 1.065.853 | 1.220.681 | 1.457.042 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 13.907.341 | 12.560.111 | 16.888.226 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 813.287 | 21.729.552 | 8.341.178 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 338.944 | 581.128 | 484.198 |
| Bilanzsumme Aktiva | 179.314.680 | 193.498.637 | 186.683.615 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 49.491.989 | 61.226.800 | 61.826.633 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 22.325.000 | 22.325.000 | 22.325.000 |
| II. Kapitalrücklage | 8.508.108 | 8.508.108 | 8.508.108 |
| III. Gewinnrücklagen | 10.046.069 | 10.046.069 | 10.046.069 |
| IV. Gewinnvortrag | 0 | 112.813 | 12.347.623 |
| V. Jahresüberschuss | 8.612.813 | 20.234.811 | 8.599.833 |
| B. Sonderposten Investitionszuschüsse | 15.019.679 | 16.293.628 | 17.198.646 |
| C. Rückstellungen | 75.932.909 | 78.167.944 | 82.996.779 |
| D. Verbindlichkeiten | 37.290.788 | 36.779.487 | 24.056.065 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 1.579.314 | 1.030.778 | 605.492 |
| Bilanzsumme Passiva | 179.314.680 | 193.498.637 | 186.683.615 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 – in € – | 2017 – in € – | 2018 – in € – |
|------------------------------------|------------------|-------------------|------------------|
| Umsatzerlöse | 124.255.175 | 121.938.190 | 121.619.584 |
| sonst. betriebl. Erträge | 2.224.964 | 15.431.577 | 2.883.822 |
| Materialaufwand | 73.217.285 | 68.484.248 | 72.323.727 |
| Steuern v. Einkommen und v. Ertrag | 6.286.502 | 9.404.055 | 5.220.666 |
| Personalaufwand | 21.522.262 | 20.436.550 | 23.144.630 |
| Ergebnis nach Steuern | 6.463.824 | 20.076.279 | 8.290.721 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | 8.612.813 | 20.234.811 | 8.599.833 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen | 322 | 326 | 325 |

| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Materialaufwandsquote | 59,0 | 56,3 | 59,5 |
| Umsatzrendite | 6,9 | 16,6 | 7,1 |
| Eigenkapitalrentabilität | 14,42 | 28,2 | 13,9 |

| Leistungskennzahlen | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|--------|--------|--------|
| Stromversorgung | | | |
| Netzlänge (km) | 1.112 | 1.119 | 1.125 |
| Hausanschlüsse (Anzahl) | 25.633 | 25.726 | |
| Abgabe (Mio. kWh) | 310,4 | 312,3 | 311,1 |
| Gasversorgung | | | |
| Netzlänge (km) | 132 | 132 | 133 |
| Hausanschlüsse (Anzahl) | 6.168 | 6.286 | |
| Abgabe (Mio. kWh) | 218,9 | 224,4 | 219,4 |
| Wasserversorgung | | | |
| Netzlänge (km) | 1.280 | 1.284 | 1.300 |
| Hausanschlüsse (Anzahl) | 70.899 | 71.279 | 71.000 |
| Abgabe (Mio. m ³) | 15,3 | 15,3 | 16,0 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der StädteRegion Aachen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 55,81 % zu. Für das Geschäftsjahr 2017 hat die StädteRegion Aachen

im Haushaltsjahr 2018 eine Brutto-Gewinnausschüttung in Höhe von 4.201.317 € erhalten. Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen dergestalt, dass die enwor in ihrem Versorgungsgebiet auch für diese Leistungen entsprechend ihrem Gesellschaftszweck erbringt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas und Wärme sicher und erbringt Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung. Darüber hinaus verlegt enwor Breitbandkabel, die an Telekommunikationsunternehmen vermietet werden und ist als Dienstleister für das Beteiligungsunternehmen WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH tätig. Als Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk fühlt sich enwor den Menschen in der Region verpflichtet. Als Sponsor setzt enwor Schwerpunkte im Bereich der Jugendarbeit im Versorgungsgebiet und dient so dem Gemeinwohl. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2017 ihre Leistungen in der Daseinsvorsorge für die Menschen und Unternehmen in der Region erfolgreich erbracht. Unterstützt wird die Geschäftsführung der enwor hierbei von insgesamt 328 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit 61 weiblichen Mitarbeiterinnen erreicht die enwor im Bereich der angestellten Mitarbeiter eine Quote von nahezu 40%, jedoch im Gesamtunternehmen liegt diese Quote lediglich bei knapp 20% aufgrund der überwiegend männlichen Kollegen im gewerblich technischen Bereich. Im Bereich der Leitungsebene unterhalb der Geschäftsführung sind von insgesamt 9 Abteilungs- bzw. Stabstellenleiterpositionen 2 mit weiblichen Mitarbeiterinnen besetzt, so dass auch auf der Lenkungsebene ein Anteil weiblicher Mitarbeiterinnen von 22% erreicht wird. Damit unterstützt enwor im Rahmen der betrieblichen Belange auch die Zielsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Aufbauend auf den Ergebnissen der Strategiesitzung des Aufsichtsrates, die in der Regel im Herbst eines jeden Jahres durchgeführt wird, entwickelt die Geschäftsführung die mittelfristige Wirtschaftsplanung, die die Investitionsplanung, die Liquiditätsplanung und die Ertragsplanung sowie alle Geschäftsfelder umfasst. Die Geschäftsstrategie wird dann dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt, was in der Regel in der letzten Sitzung des Geschäftsjahres erfolgt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2018 war von zwei gegensätzlichen Tendenzen geprägt. Im Außenwirtschaftlichen Bereich haben im Jahresverlauf Risiken und Unsicherheiten deutlich zugenommen verursacht durch Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China sowie den USA und der Europäischen Union und durch die bis heute unklaren Regelungen beim Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Im Gegensatz dazu zeigte sich die Binnenwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin robust. Im Umfeld von hoher Beschäfti-

gung und rückläufiger Arbeitslosenzahl, hoher staatlichen Steuereinnahmen mit gleichzeitig rückläufiger Staatsverschuldung sowie einer niedrigen Inflationsrate und guten Tarifabschlüssen konnten sich sowohl der private Konsum als auch die privaten und staatlichen Investitionen positiv entwickeln. Da die enwor mit ihren operativen Geschäftsfeldern in der Strom-, Gas-, und Wasserversorgung ganz überwiegend im Bereich der privaten Endkunden tätig ist, konnte das Unternehmen von den stabilen binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2018 profitieren, während die außenwirtschaftlichen Risiken den Geschäftsverlauf nicht beeinträchtigt haben. Auch langfristig geplante strategische Weichenstellungen wurden im Geschäftsjahr 2018 umgesetzt. Mit der Eigentumsübertragung der Grundwasserwerke auf die WAG zum 01. September 2018 wurde der Prozess der Neuorganisation der regionalen Wasserwirtschaft endgültig abgeschlossen. Auch das seit Jahren anhängige Wasserkonzessionsverfahren in der Stadt Übach-Palenberg konnte im Geschäftsjahr 2018 positiv beendet werden. Mit der Unterzeichnung des neuen Wasserkonzessionsvertrages zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der enwor im August 2018 begann gleichzeitig die seit langem geplante Ausgliederung der Wasserversorgung im Stadtgebiet auf die neu gegründete Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2019. Die enwor bleibt sowohl als Gesellschafterin der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH als auch durch einen Wasserliefervertrag und einen Betriebsführungsvertrag der Wasserversorgung in Übach-Palenberg auch zukünftig weiter eng verbunden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Neuaufstellung werden sich erstmals in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2019 bei der enwor zeigen. Das Beteiligungsportfolio im Bereich der regenerativen Energieerzeugung wurde auch 2018 weiter ausgebaut, was aber Gegenstand der Berichterstattung im gesonderten Beteiligungsbericht der enwor ist. Wie in den Vorjahren war auch im Geschäftsjahr 2018 der gesetzgeberische Einfluss auf die Energiewirtschaft unverändert hoch. So wurde im Dezember 2018 das sogenannte Energiesammelgesetz verabschiedet, das Änderungen im erneuerbare Energiegesetz EEG im Kraftwärmekopplungsgesetz KWKG, im Energiewirtschaftsgesetz – EnWG und in weiteren Energierechtlichen Vorschriften beinhaltet. Das ständige Anpassen betrieblicher Prozesse sowohl im technischen als auch im kaufmännischen Bereich an die sich permanent ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen stellt gerade für mittelständige Energieversorger wie die enwor eine permanente, große Herausforderung dar. Neben den strategischen Weichenstellungen konnte die enwor auch im Geschäftsjahr 2018 in ihren klassischen operativen Geschäftsfeldern den Verlauf erfolgreich bestreiten. Die Wasserwirtschaft profitierte witterungsbedingt von einer erneut höheren Wasserabgabe und konnte somit bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen ihr Rohergebnis über Vorjahresniveau abschließen. Aus den gleichen Witterungsgründen war entsprechend der Absatz in der Gassparte gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Auch in der Stromwirtschaft gab es rückläufige Absatzmengen, die vornehmlich auf Kundenverluste in Größenordnung von ca. 1,5 % zurückzuführen sind. Weiterwachsend sind die Umsätze in dem noch relativ neuen Geschäftsbereich Telekommunikation und Betrieb von Glasfasernetzen. Da sich die Neuordnung der Wasserwirtschaft sowohl im Bereich der Wassergewinnung bei der WAG als auch im Bereich der Wasserverteilung im Stadtgebiet der Stadt Übach-Palenberg insgesamt über 3 Geschäftsjahre hinweg zieht, sind entsprechende Auswirkungen auch jeweils im Bilanzbild der Geschäftsjahre 2017, 2018 und demnächst auch 2019 zu erkennen. Nach einer Bereinigung um diese Sondereffekte zeigt eine weitergehende Analyse der Zahlen jedoch, dass sich die enwor mit ihrer seit Jahren bewährten Strategie der diversifizierten Un-

ternehmensaufstellung auch im Geschäftsjahr 2018 erfolgreich weiterentwickelt hat. Die Aktivitäten der enwor in allen Wertschöpfungsstufen, teils im eigenen Unternehmen, teils in strategischen Kooperationen führen zu einer stabilen Gesamtaufstellung des Unternehmens. Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detaillierter dargestellt. Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Rohertrag
- Investitionen
- Liquidität
- Jahresüberschuss.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2018 jederzeit geordnet war.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss nach Steuern ist im Geschäftsjahr 2018 mit 8,6 Mio. € um 600 T€ über dem Planwert ausgefallen. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,0 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 0,6 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen. Insgesamt sind die Umsatzerlöse der enwor im operativen Geschäft mit 121,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr mit 121,9 Mio. € nahezu konstant geblieben und entsprechen auch der Prognose. Gegenläufig dazu haben sich die Materialaufwendungen entwickelt von 68,5 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 72,3 Mio. €. Ursächlich hierfür ist, dass wir im Umfang von knapp 3,0 Mio. € eine weitere Rückstellung gebildet haben für zukünftige Verpflichtungen aus Stromlieferverträgen die Geschäftsjahre 2019–2023 betreffend. Das Rohergebnis liegt mit 54,1 Mio. € über dem Planwert von 51,9 Mio. €. Der Personalaufwand liegt mit 23,1 Mio. € oberhalb des Vorjahrwertes in Höhe von 20,4 Mio. €, was auf niedrigere Auflösungen der Pensionsrückstellungen infolge von Sterbefällen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen ist. Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. € verbessert. Hier konnten insbesondere die Erträge aus Beteiligungen mit 4,2 Mio. € den Vorjahreswert um 3,4 Mio. €, übertreffen. Gegenläufig hierzu war die Zinskomponente zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 6,1 Mio. €, die um 1,0 Mio. €, über dem Vorjahreswert lag. Im Bereich der Zinsen auf Dauerschulden haben wir erstmals eine Rückstellung für negative Marktwerte der Swap Verträge gebildet und das bisher angewandte Prinzip der Bewertungseinheit aufgegeben. Diese Maßnahme bringt uns deutliche Entlastungen im Zinsaufwand für die nächsten 5 Geschäftsjahre. Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort rund 86.500 Einwohner über ein ca. 1.125 km langes Leitungsnetz. Die Jahresnetzlast liegt mit 311,1 Mio. kWh wieder auf dem Vorjahresniveau (312,3 Mio. kWh). Die Durchleitungsmenge für Fremdlieferanten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 148,9 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 143,0 Mio. kWh weiter leicht gestiegen. Die Erlöse des Stromnetzbetriebes lagen um 1,0 Mio. € über dem Vorjahreswert, was auf eine Anhebung der Netzentgelte im Geschäftsjahr 2018 zurückzuführen ist.

Stromvertrieb

Wie bereits in den Vorjahren hat sich aus vertrieblicher Sicht erneut im Geschäftsjahr 2018 die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor von 203,9 Mio. kWh auf jetzt noch 195,5 Mio. kWh deutlich verringert. Der Absatzrückgang hat hierbei sowohl den Out-of-Area-Bereich mit einem Minus von 2,0 Mio. kWh als auch den Homeland Bereich der enwor mit einem Rückgang von 6,4 Mio. kWh. betroffen. Durch eine günstige Energiebeschaffung konnte dennoch das Rohergebnis Stromvertrieb mit 3,1 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert in Höhe von 2,9 Mio. € abgeschlossen werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den Sonstigen Aktivitäten zählt die Stromerzeugung aus dem Kohlekraftwerk in Lünen, mit dem die enwor über Stromabnahmevertrag verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben. Die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen ist weiter schwierig und für die enwor auch ergebnisbelastend. Auch das Geschäftsjahr 2018 schließt in diesem Bereich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,7 Mio. €. Da auch in den Folgejahren mit Ergebnislücken zu rechnen ist, hat enwor aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht die bereits bestehende Drohverlustrückstellung weiter erhöht, so dass für die künftigen Geschäftsjahre 2019 – 2023 in vollem Umfang Rückstellungen zum Verlustausgleich angelegt sind. Eine weiterhin sehr positive Entwicklung zeigt der in 2014 neu aufgesetzte Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Nach der Erschließung des Stadtgebietes Würselen sowie großer Teile der Stadtgebiete von Alsdorf und Baesweiler mit Lichtwellenleitern in FTTC-Technik konnten wir im Geschäftsjahr 2018 sogenannte Nahbereicherschliessungen durchführen sowie erste Baugebiete in FTTH- Technik ausführen. Die Umsatzerlöse stiegen entsprechend wiederum um rd. 12% von 488 T€ auf jetzt 545 T€ im Geschäftsjahr 2018.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Leitungslänge von 133 km. Die Zahl der Anschlüsse konnte auch im Geschäftsjahr 2018 erneut leicht gesteigert werden, während die Gasabgabe mit 219,4 Mio. kWh leicht unter dem Vorjahreswert von 224,4 Mio. kWh lag. Bei leicht gesunkenen Mengen und konstanten Netzentgelten ist auch das Rohergebnis im Bereich Gas Netz mit 2,5 Mio. € auf dem Vorjahresniveau geblieben und entspricht nahezu dem geplanten Wert.

Gas Vertrieb

Der Gas Vertrieb hat sich im Geschäftsjahr 2018 gut behauptet. Die Kundenanzahl im eigenen Netzgebiet konnte gehalten werden und im Out-of-Area-Bereich konnten die Lieferstellen von 1.622 im Vorjahr auf jetzt 1.708 Abnahmestellen weiter gesteigert werden. Witterungsbedingt ist jedoch die Gasabgabe an Kunden von 212,4 Mio. kWh auf jetzt 204,7 Mio. kWh leicht zurückgegangen. Bei leicht gestiegenen Beschaffungskosten und ebenfalls rückläufigen Abgabemengen ist auch das Rohergebnis der Gasvertriebspartei im Geschäftsjahr 2018 mit 2,75 Mio. € um 370 T€ unter dem Vorjahreswert geblieben.

Entwicklung im Wasserbereich

Die enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Übach-Palenberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 270.000 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein fast 1.300 km langes Leitungsnetz mit rd. 71.000 Hausanschlüssen. Durch das weitere Wachstum eines Großkunden ist die Wasserabgabe von 15,3 Mio. m³ im Vorjahr auf jetzt 16,0 Mio. m³ im Geschäftsjahr 2018 angestiegen. Bei unveränderten Abgabepreisen sind entsprechend die Umsatzerlöse ebenfalls von 37,5 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 39,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2018 angestiegen. Nach der Übertragung der bisher enwor-eigenen Grundwasserwerke in Binsfeldhammer und Hastenrath mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2018 auf die WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH hat die enwor also im Geschäftsjahr 2018 erstmalig sämtliches Trinkwasser von der WAG bezogen. Hierfür wurde mit der WAG ein vollständig neu gefasster Wasserlieferungsvertrag abgeschlossen. Insgesamt konnten die Wasserbezugskosten aufgrund des neuen Liefervertrages um rund 500 T€ gegenüber dem Vorjahr abgesenkt werden, was in Verbindung mit der Steigerung der Umsatzerlöse zu einer deutlichen Verbesserung des Rohergebnisses der Wasserspartei geführt hat. Das Rohergebnis der Wasserspartei lag im Geschäftsjahr 2018 mit 25,2 Mio. € um 2,1 Mio. € höher als im Vorjahr, das mit 23,1 Mio. € abgeschlossen hatte.

Entwicklung im Wärmebereich

Nach der Verschmelzung der enwor - wärme vor ort GmbH mit Wirkung zum 01. Oktober 2017 auf die Muttergesellschaft enwor - energie & wasser vor ort GmbH war die Wärmeversorgung im Geschäftsjahr 2018 erstmals vollständig ein integriertes Geschäftsfeld der enwor. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2018 an insgesamt 254 Kunden eine Gesamtwärmeabgabe von 20,1 Mio kWh geliefert. Insbesondere im Bereich Wärmecontracting ist das Geschäftsjahr 2018 mit einer Steigerung von 79 Kunden im Vorjahr auf jetzt 104 Kunden sehr erfolgreich verlaufen. Auch das Rohergebnis der Wärmeversorgung schließt mit einem Beitrag in Höhe von 1,2 Mio. € oberhalb der Erwartungen ab.

Betriebsführungen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden die Betriebsführungsleistungen für die WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH erstmals unter dem am 23. Juni 2017 neu abgeschlossenen, umfangreichen technischen/kaufmännischen Dienstleistungsvertrag erbracht. Neben den Dienstleistungen für die Trinkwassergewinnung aus Oberflächenwasser waren also im Geschäftsjahr

2018 erstmals die Dienstleistungen für die Trinkwassergewinnung aus Grundwasser Bestandteil unserer Leistungen. Dadurch konnten auch die Erlöse aus Betriebsführungen von 6,8 Mio. € im Vorjahr auf 7,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2018 gesteigert werden. Durch die eingangs bereits erwähnte Übertragung der Trinkwasserversorgung im Stadtgebiet Übach-Palenberg auf die dortige Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH, für die enwor ab dem 01. Januar 2019 ebenfalls umfassende kaufmännische und technische Dienstleistungen sowie die Geschäftsbesorgung erbringt, ist auch die Fortführung des Geschäftsbereiches „Betriebsführungen“ bei enwor weiter langfristig gesichert.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2018 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert und diese im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Insgesamt blieben die Investitionen im Anlagevermögen mit 9,1 Mio. € unter dem geplanten Volumen von 10,3 Mio. €. Wie in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. Die größte Einzelinvestition betrifft hierbei unser Engagement in die Tochtergesellschaft WAG, wo wir durch gemischte Bar- und Sacheinlage in Höhe von 7,2 Mio. € unsere Beteiligung mehr als verdoppelt haben auf nunmehr 13,9 Mio. €. Trotz dieser deutlichen Erhöhung der nominalen Einlage hat sich der relative Anteil an der Gesellschaft mit 50 % nicht geändert, da der Mitgesellschafter STAWAG bei der WAG ebenfalls im gleichen Umfang Einlagen getätigt hat. Weitere Investitionen gab es im Bereich der Beteiligungsgesellschaften für regenerative Energieerzeugungsanlagen, insbesondere bei der TEE Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG sowie bei der STAWAG Solar GmbH. Durch Kapitalrückführungen sind bei anderen Gesellschaften die Beteiligungswerte auch rückläufig, insbesondere durch den Abgang der Wärmeversorgung Würselen GmbH und eine Kapitalrückführung bei der TOW Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG. Per Saldo haben sich die Finanzanlagen von 43,6 Mio. € im Vorjahr auf 50,3 Mio. € im Geschäftsjahr 2018 erhöht. Der durch die Übertragung der Talsperren an die WAG zum Ende des Geschäftsjahres 2017 bestehende, ungewöhnlich hohe Bestand an Finanzmitteln in Höhe von 21,7 Mio. € wurde im Geschäftsjahr 2018 genutzt, um die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich von 23,9 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 17,0 Mio. € zurückzufahren. Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 weist die enwor noch einen liquiden Mittelbestand in Höhe von 8,3 Mio. € aus, der nahezu exakt dem prognostizierten Wert entspricht. Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2018 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Das Bilanzbild der enwor in den Geschäftsjahren 2016–2019 ist wesentlich geprägt durch einmalige Geschäftsvorfälle und Umstrukturierungen. Dies gilt auch für das Geschäftsjahr 2018 mit der Einbringung der Grundwasserwerke als Sacheinlage in die WAG. Das Anlagevermögen der enwor ist in der Summe von 157,4 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 159,5 Mio. € angewachsen, jedoch hat es insoweit eine Umschichtung gegeben, als das Sachanlagevermögen um 3,8 Mio. € rückläufig ist, während die Finanzanlagen um 6,7 Mio. € zugenommen haben. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt mit 85,5% weiter sehr hoch und zeigt die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf. Auf der Passivseite ist das Eigenkapital im engeren Sinne auf 61,8 Mio. € leicht

gestiegen, ebenso wurden die Pensionsrückstellungen um 3,7 Mio. € auf nunmehr 66,5 Mio. € erhöht. Dem gegenüber wurden die Kreditverbindlichkeiten von 23,9 Mio. € auf 17,0 Mio. € zurückgeführt. Das Eigenkapital und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 95,8% am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen der enwor in vollem Umfang ab. Hieraus lässt sich auch die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkongruenten Finanzierung ablesen.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die Geschäftsjahre 2017 – 2019 sind von mehreren strategischen Neuausrichtungen geprägt, die auch nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung der enwor beeinflussen. Beispielhaft genannt seien die Übertragung der Talsperren und Grundwasserwerke auf die WAG, die Übertragung der Wasserkonzession auf die Stadtwerke Übach-Palenberg und der Erwerb des enwor Unternehmenssitzes/Kundencenters in Herzogenrath. Zur Einschätzung der zukünftigen Chancen und Risiken sind einerseits die Auswirkungen dieser Veränderungen zu berücksichtigen, andererseits aber auch die Weiterentwicklung der operativen Geschäftsfelder der enwor. In der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung erwarten wir in der Mittelfristplanung eine stabile Entwicklung der Rohergebnisse dieser Geschäftsfelder. Der Bereich der technischen und kaufmännischen Dienstleistungen für die WAG und die Stadtwerke Übach-Palenberg wird in den kommenden Jahren weiter leicht ansteigen. Wachstumfelder sehen wir insbesondere im Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen sowie in der Erbringung energienaher Dienstleistungen. Insgesamt erwarten wir ein mittelfristig stabiles Rohergebnis in der Größenordnung von 51 Mio. € (die Abweichung zum Vorjahresbericht mit 56 Mio. € beruht lediglich auf einer Umgliederung der Konzessionsabgaben innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung und stellt insoweit keine geänderte Prognose dar). Maßnahmen zur Erneuerung, zum Erhalt und zur Erweiterung unserer Netze werden auch in Zukunft den Schwerpunkt unserer investiven Tätigkeit ausmachen. Im Stromnetz müssen die Herausforderungen der Integration volatiler Einspeisungen sowie der Digitalisierung und der Elektromobilität gemeistert werden, im Wasser-Netz sind altersbedingt insbesondere im Bereich der Haupttransportleitungen Erneuerungen vorzunehmen, um langfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Insgesamt ist eine leicht steigende Investitionstätigkeit im Anlagevermögen geplant. Die Bedeutung der Unternehmensbeteiligungen ist bei enwor in den letzten Geschäftsjahren stetig gewachsen und die Finanzanlagen machen mit einem Volumen von 50,3 Mio. € heute bereits fast ein 1/3 des gesamten Anlagevermögens aus. Für das Jahr 2019 sind weitere Investitionen von ca. 1,6 Mio. € vorgesehen. Bei diesen Finanzanlagen handelt es sich ausschließlich um strategische Unternehmensbeteiligungen, die die Wertschöpfungsstufen der enwor erweitern, also nicht um Finanzanlagen im engeren Sinne. Die Situation bei den Beteiligungen an Großkraftwerken hat sich weiter entspannt. Das GuD-Kraftwerk in Hamm hat nach seiner erfolgreichen Restrukturierung die letzten 3 Geschäftsjahre eigenwirtschaftlich bestritten ohne weitere Gesellschafterzuschüsse. Auch in der mittelfristigen Planung gehen wir derzeit davon aus, dass für diese Beteiligung keine weiteren Gesellschafterzuschüsse erforderlich werden. Schwieriger ist und bleibt die Situation im Kohlekraftwerk in Lünen. Die Einschätzung hat sich jedoch gegenüber den Vorjahren auch hier leicht verbessert, was einerseits auf eine Spreadverbesserung im Markt zurückzuführen ist und andererseits auch auf verbesserte Markterwartungen in Verbindung mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland. Gleichwohl hat die enwor

die Drohverlustrückstellung weiter ausgebaut und somit Reserven zum Verlustausgleich für die folgenden fünf vollen Geschäftsjahre gebildet. Weiterhin positiv entwickeln sich die Beteiligungen der enwor an regenerativen Stromerzeugungsanlagen. Hauptsächlich über unsere Beteiligungen an den Gesellschaften TOW, TEE, STAWAG Solar, TWB I und TWB II ist ein regeneratives Erzeugungsportfolio im Aufbau, das uns in den nächsten Jahren nicht nur eine steigende Eigenerzeugungsquote mit regenerativem Strom ermöglicht, sondern darüber hinaus perspektivisch in den nächsten 10 Jahren auch steigende Beteiligungserträge bringen wird. Die Liquidität der Gesellschaft ist aufgrund des im Zusammenhang mit der Übertragung der Trinkwasserversorgung im Stadtgebiet Übach-Palenberg bereits Anfang 2019 realisierten Netzverkaufes dauerhaft gesichert. Darlehen sind langfristig festverzinslich abgeschlossen oder es wurden derivative Finanzinstrumente (Zinsswaps) zur Absicherung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen (Euribor) Darlehen verwendet. Das daraus resultierende Bewertungsrisiko wurde allerdings bereits bilanziert und ist somit abgedeckt. Im Bereich Löhne und Gehälter erwarten wir in den kommenden Jahren eine durchschnittliche tarifliche Steigerung um 2% per anno. In den letzten Jahren und auch noch aktuell im Geschäftsjahr 2019 bringt der Zinseffekt bei den Pensionsrückstellungen hohe zusätzliche Belastungen im Personalaufwand der enwor. In den Folgejahren wird diese Belastung schrittweise abnehmen und spätestens ab 2023 erwarten wir das Ende der Absenkung des HGB-Rechnungszinses und somit keine zinsinduzierten Zuführungen zur Pensionsrückstellung mehr. Es ist zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse mittelfristig leicht steigend entwickeln werden, somit erwarten wir aufgrund der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und unter Einbeziehung der bereits getroffenen Vorsorge ebenfalls mittelfristig weiterhin einen stabilen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von über 8 Mio. € per anno. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat im Frühjahr 2019 eine entsprechend aktualisierte mittelfristige Wirtschaftsplanung hierzu vorlegen. Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung und leitet in Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeitern ggf. die erforderlichen Maßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Wirtschaftsprüfer im Rahmen seiner Abschlussprüfung ebenfalls vorgelegt und auch dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben.

Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschafter durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen. Die WAG betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren mit Trinkwasser.

Öffentliche Zwecksetzung

Gemäß § 50 WHG ist die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, ein Geschäftsführer der enwor, ein Vorstandsmitglied der STAWAG, je 5 vom Städteregionstag vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter sowie vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion, ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt, der Technische Betriebsleiter des enwor, der Technische Betriebsleiter der STAWAG, der Betriebsratsvorsitzende der enwor, der Betriebsratsvorsitzende der STAWAG. Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes

Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die ordentlichen Mitglieder selbst nicht anwesend sind.

Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Stimmen jedes Gesellschafters dürfen nur einheitlich abgegeben werden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Walter Dautzenberg
Dipl.-Ing. Rudolf Roß

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|-------------------------------------|----------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender: | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Stimmberechtigte Mitglieder: | Ronald Borning | Städteregionstagsmitglied |
| | Axel Wirtz | Städteregionstagsmitglied |
| | Ingrid von Morandell | Städteregionstagsmitglied |
| | Heiner Berlipp | Städteregionstagsmitglied |
| | Jürgen Neesen | Städteregionstagsmitglied |
| Beratendes Mitglied: | Stefan Jücker | Dezernent (ab 12.12.2018) |
| | Thomas Pilgrim | kom. Dezernent (bis 12.12.2018) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52159 Roetgen

gezeichnetes Kapital: 1.200.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------|----------------|-------------|
| STAWAG | 600.000 | 50 |
| enwor | <u>600.000</u> | <u>50</u> |
| | 1.200.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in T€ - | - in T€ - | - in T€ - |
| A. Anlagevermögen | 33.802 | 67.886 | 72.177 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 5.393 | 6.822 | 6.718 |
| II. Sachanlagen | 28.360 | 61.064 | 65.459 |
| III. Finanzanlagen | 50 | 0 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 5.594 | 8.090 | 5.208 |
| I. Vorräte | 60 | 68 | 102 |
| II. Forderungen/sonst. VG | 2.382 | 7.594 | 1.862 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 3.152 | 428 | 3.244 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 233 | 223 | 119 |
| Bilanzsumme Aktiva | 39.629 | 76.199 | 77.504 |
| A. Eigenkapital | 18.332 | 21.041 | 24.417 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 1.100 | 1.100 | 1.200 |
| II. Kapitalrücklage | 12.322 | 12.322 | 20.537 |
| III. Gewinnvortrag | 2.771 | 4.909 | 919 |
| IV. Jahresüberschuss | 2.138 | 2.710 | 1.760 |
| B. SoPo Investitionszuschüsse | 2.152 | 1.848 | 1.683 |
| C. Rückstellungen | 824 | 1.057 | 749 |
| D. Verbindlichkeiten | 18.321 | 52.254 | 50.655 |
| Bilanzsumme Passiva | 39.629 | 76.199 | 77.504 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 27.324.439 | 28.515.014 | 27.955.087 |
| Materialaufwand | 19.522.558 | 20.090.642 | 17.231.195 |
| Abschreibungen | 3.209.972 | 3.128.039 | 4.487.800 |
| Steuern v. Einkommen und Ertrag | 1.160.191 | 1.485.064 | 818.593 |
| Jahresüberschuss nach Steuern | 2.138.084 | 2.709.583 | 1.760.207 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------|---|------|------|
| Mitarbeiter/innen | (betriebsgeführt durch Mitarbeiter der enwor) | | |

| Leistungskennziffern | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------------------|--------------------|--------------------|---------------------|
| | in Tm ³ | in Tm ³ | in T m ³ |
| Entnahme: | | | |
| Dreilägerbachtalsperre | 4.525 | 4.211 | 3.170 |
| Kalltalsperre | 13.568 | 12.042 | 10.325 |
| Obersee | 9.483 | 13.560 | 18.686 |
| Wehebachtalsperre | 8.996 | 7.931 | 8.058 |
| Summe Entnahme | 36.571 | 37.744 | 46.155 |
| Abgabe: | | | |
| enwor | 14.056 | 14.170 | 17.917 |
| STAWAG | 13.016 | 13.732 | 18.000 |
| WML Waterleiding Maatschappij Limburg | 5.163 | 5.109 | 4.992 |
| Perlenbach Zweckverband | 0,3 | 03 | 360 |
| Stadtwerke Düren | 3.194 | 3.556 | 3.474 |
| Summe Abgabe | 35.430 | 36.567 | 44.743 |
| Spülwasserverluste: | 1.141 | 1.177 | 1.412 |
| in % von Entnahme | 3,12 | 3,12 | 3,06 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der WAG über die enwor GmbH mittelbar beteiligt. Zwischen der WAG und der enwor GmbH besteht ein Betriebsführungsvertrag, darüber hinaus ein Wasserlieferungsvertrag sowie ein Netznutzungsvertrag. Zwischen der StädteRegion Aachen und der WAG besteht ein Avalkreditvertrag über die Übernahme einer kommunalen, modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WAG zur teilweisen Besicherung der Finanzierung des Neubaus einer Membranfiltrationsanlage. Die vereinbarten Avalprovisionen der WAG werden durch die enwor GmbH jährlich zugunsten des Haushaltes der StädteRegion geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gemäß dem Branchenbericht der Wasserwirtschaft 2015 ist die Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung an Verbraucher im Zeitraum von 1990 bis 2011 um 26 % zurückgegangen. In den letzten Jahren jedoch stagnierte der Wasserverbrauch. Im Jahr 2017 wurden in Deutschland insgesamt 4,6 Milliarden m³ Trinkwasser an die Kunden abgegeben. Der spezifische Verbrauch pro Einwohner und Tag liegt in den letzten Jahren ebenfalls unverändert bei rund 123 Liter.

Geschäftsverlauf

Das Absatzvolumen der WAG stieg alleine bei Betrachtung der Talsperrenaufbereitungsanlagen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. m³ auf 38,9 Mio. m³. Mit diesem Wert wurde sogar die Wasserabgabe aus den Talsperren in dem „Jahrhundertsommer“ 2003 um 1 Mio. m³ übertroffen. Mit den abgegebenen Mengen von 5,8 Mio. m³ aus den Grundwasseranlagen wurde eine Gesamtabgabe in Höhe von 44,7 Mio. m³ in 2018 erreicht. Damit wurde die auch im Wirtschaftsplan für 2018 angenommene Menge um 3,2 Mio. m³ überschritten. Die WML und die Stadtwerke Düren haben im Wesentlichen die vertraglich vereinbarten Wassermengen abgenommen. Im Jahr 2018 haben enwor 17,9 Mio. m³ und STAWAG 18,0 Mio. m³ und damit nun erstmals ihre gesamten Mengen von der WAG bezogen. Im Vorjahr haben sowohl enwor als auch STAWAG noch ihre bis dahin eigenen Grundwasserwerke selbst betrieben und deren Mengen zusätzlich zum WAG-Bezug an ihre Kunden verteilt. Insgesamt hat enwor in 2018 rund 1,0 Mio. m³, STAWAG rund 0,7 Mio. m³ mehr als im Vorjahr an ihre jeweiligen Kunden abgegeben. Zusätzlich hat der Wasserversorgungszweckverband Perlenbach Gebrauch vom Notwasserlieferungsvertrag gemacht und 0,36 Mio. m³ bezogen. Der Planansatz in Höhe von 41,5 Mio. m³ wurde somit deutlich übertroffen. Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Lage

a) Ertragslage

Ein direkter Vergleich zu dem Vorjahresergebnis in Höhe von 2.710 T€ ist trotz der höheren Abgabe von Trinkwasser im Berichtsjahr sowohl wegen der neuen Verträge für die Dienstleistungserbringung als auch wegen der neuen Wasserlieferverträge mit enwor und STAWAG mit einer deutlich anderen Preisgestaltung als bisher nicht ohne Berücksichtigung der daraus resultierenden Effekte anzuraten. Das Jahresergebnis der WAG verringerte sich eben wegen dieser neuen vertraglichen Regelungen trotz der erhöhten Abgabe im Vergleich zum Vorjahr um 950 T€ auf 1.760 T€. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 2.628 T€. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis (4.239 T€) mit den noch alten Verträgen für Betriebsführung, Pacht, Wasserlieferung und Finanzierung bedeutet dies einen Rückgang um 1.611 T€. Die Umsatzerlöse des Jahres 2018 erreichten 27.952 T€ und lagen damit um 549 T€ unter dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 27.468 T€ (Vorjahr 28.059 T€), die in Höhe von 2.237 T€ (Vorjahr 1.829 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 84 T€ (Vorjahr 74 T€) erzielt werden. Bei den Umsatzerlösen sind auch Erlöse aus Miet- und Pachteinahmen (82 T€), aus Holzverkäufen (62 T€) sowie sonstige Einnahmen (341 T€) ausgewiesen. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichen 428 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 304 T€, Erträge aus der Ertragszuschußzahlung aus der Übernahme des steuerlichen Teilbetriebs der STAWAG (75 T€) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen (29 T€). Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 17.231 T€ um 2.859 T€ unter dem Vorjahresniveau. Die im Juni 2018 von der WAG wegen der Rückforderung von Stromsteuer eingelegte Klage beim Finanzgericht Düsseldorf gegen den Bescheid des Hauptzollamtes Aachen war bis zum Jahresabschluss 2018 noch nicht entschieden. Im Bereich der Materialaufwendungen stiegen die

Kosten für Strombezug um 963T€ auf 2.462 T€, die Fremdleistungen für die Unterhaltung der Anlagen um 762 T€ auf 3.243 T€. Für die Erbringung der technischen Dienstleistungen durch enwor und STAWAG (bedingt durch die neuen Dienstleistungsverträge) sind in Summe 7.050 T€ gezahlt worden. Die Beitragshöhe für den Wasserverband Eifel-Rur (WVER) stieg leicht um 23 T€ auf 1.629 T€. Infolge all der oben beschriebenen Effekte sowohl auf der Erlös- als auch auf der Aufwandsseite stieg das Rohergebnis (Umsatzerlöse ./ Materialaufwand) von 8.746 T€ auf 11.160 T€ in 2018 an. Durch die Überführung der bis zum 31.12.2017 gepachteten Anlagen (TWA Wehe, Dreilägerbach- sowie Kalltalsperre) ins Eigentum der WAG haben sich die Abschreibungen hierauf im Geschäftsjahr 2018 voll ausgewirkt und sich gegenüber dem Vorjahr um 1.181 T€ auf 3.658 T€ erhöht, die Abschreibungen für immaterielle Wirtschaftsgüter sind um 179 T€ auf 829 T€ angestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen, die durch enwor und STAWAG in Höhe von 918 T€ erbracht werden sowie die anteilig zu übernehmenden Rückstellungen für die Altersversorgung bei enwor und STAWAG in Höhe von 1.139 T€. Des Weiteren sind hier Aufwendungen für Betriebsgebäude, Versicherungen sowie Gebühren, Beratungs- und Prüfungskosten enthalten. Insgesamt belaufen sich die Instandhaltungskosten auf 328 T€ (Vorjahr 346 T€). Die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen stiegen um 150 T€ auf 278 T€ an. Die periodenfremden Aufwendungen fielen um 35 T€ höher aus als im Vorjahr. Insgesamt stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 2.478 T€ auf 3.189 T€ an, was überwiegend aus den neu abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen mit enwor und STAWAG zum 01.01.2018 resultiert. Zur Finanzierung des Kaufs der bisher von enwor gepachteten Anlagen sind zum 31.12.2017 neue Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. € aufgenommen worden, deren Auswirkungen sich erst im Finanzergebnis des Jahres 2018 zeigen. Die Zinsbelastung ist dadurch um 202 T€ auf insgesamt 789 T€ angewachsen und das negative Finanzergebnis auf insgesamt -822 T€. Aufgrund der dargestellten wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 1.760 T€ ab.

b) Finanzlage

aa) Kapitalstruktur

Aufgrund der dargestellten Sachverhalte haben sich Änderungen im Cash Flow im Vergleich zum Vorjahr ergeben:

- Der Mittelzu- und -abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist von 833 T€ im Vorjahr auf 13.374 T€ im Berichtsjahr 2018 angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem jetzt wieder in der für die WAG normalen Höhe liegen den Forderungsbestand. Im Vorjahr war dieser durch überdurchschnittlich hohe Steuerforderungen im Zusammenhang mit dem Kauf der enwor Anlagen geprägt.
- Der Mittelzu- und -abfluss aus der Investitionstätigkeit ist dagegen sehr deutlich von -37.260 T€ im Vorjahr auf -2.240 T€ in 2018 gesunken. Auch dieser Effekt beruht auf dem überdurchschnittlichen Mittelabfluss bedingt durch den Erwerb der bisher von enwor gepachteten Anlagen zum 31.12.2017. Im Berichtsjahr 2018 hat sich der Effekt aus der Investitionstätigkeit wieder auf ein für die WAG übliches Maß eingestellt.

- Der Mittelzu- und -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit von 33.703 T€ im Vorjahr auf –8.317 T€ im Berichtsjahr 2018 ist zum einen ebenfalls auf mit dem Erwerb in Verbindung stehende Aufnahme von Krediten geprägt. Zum anderen wurden im Berichtsjahr durch die Übernahme der Grundwasserwerke von enwor und STAWAG Einzahlungen aus der Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafter als auch Ausschüttungen an die Gesellschafter getätigt.

Zur Finanzierung des Kaufs der Dreilägerbachtalsperre, Kalltalsperre und der TWA Wehebachtalsperre hatte die Gesellschaft zum 31.12.2017 Darlehen in einer Gesamthöhe von 38,1 Mio. € aufgenommen. Die Darlehen wurden planmäßig getilgt. In 2018 sind von enwor die beiden Grundwasseranlagen Binsfeldhammer und Hastenrath sowie von STAWAG die Grundwasseranlagen Reichswald, Eicher Stollen, Schmithof und Brandenburg jeweils mit den eigenen Grundstücken in den zugehörigen Wasserschutzgebieten in die WAG eingebracht worden. Die bisherigen STAWAG-Anlagen sind als Sacheinlage mit einer Erhöhung des Stammkapitals um 50 T€ eingebracht worden, enwor hat die Anlagen mit gleichzeitiger Zahlung der Wertdifferenz zu den STAWAG-Anlagen ebenfalls mit einer Erhöhung des Stammkapitals um weitere 50 T€ eingebracht. Das gezeichnete Kapital ist daher im Berichtsjahr um 100 T€ auf 1.200 T€ gestiegen.

bb) Investitionen

Im Investitionsplan für 2018 war ein Gesamtvolumen von 2.475 T€ ausgewiesen. Davon wurden 1.637 T€ umgesetzt. Die in den Einzugsgebieten der Talsperren und Grundwasserwerke vorgesehenen Investitionen konnten an der Kalltalsperre, dem Obersee und der Wehebachtalsperre realisiert werden. Die aus dem Hygienekonzept resultierende Erweiterung des RÜB Messeweg konnte abgeschlossen werden. Die am RÜB Hengstbrüchelchen vorgesehenen Maßnahmen mussten wegen noch ausstehender Genehmigungen ins Frühjahr 2019 verschoben werden. Als Schwerpunkt der Investitionen an den Wassergewinnungsanlagen ist eine Ertüchtigung der Leit- und Automatisierungstechnik im Pumpwerk Rurberg geplant, die aber wegen dem als Folge der trockenen Witterung lang andauernden Pumpbetriebs ebenfalls in das zeitige Frühjahr 2019 verschoben werden musste. Die in den Wasseraufbereitungsanlagen geplanten Investitionen wurden im Wesentlichen umgesetzt. Als Einzelmaßnahmen sind hierbei besonders der weitere Ausbau der IT-Netzsicherheit in der TWA Roetgen und der TWA Wehe, sowie die Ertüchtigung der Leit- und Automatisierungstechnik in der TWA Binsfeldhammer auf den Standard PCS7 zu erwähnen. Zur Sicherstellung eines effizienten Laborbetriebes ist ein Massenspektrometer beschafft worden. Für das Jahr 2019 sind laut dem vom Aufsichtsrat genehmigten Investitionsplan Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.965 T€ vorgesehen. Diese Summe teilt sich auf zu 650 T€ für die Einzugsgebiete, 950 T€ für die Wassergewinnungsanlagen und 1.350 T€ für die Wasseraufbereitungsanlagen. Die Finanzierung dieser Maßnahme ist aus dem laufenden Geschäft geplant.

cc) Liquidität

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Eine Inanspruchnahme von Krediten war nicht erforderlich. Der Finanzmittelbestand zum Ende des Jahres betrug 3.224 T€.

c) Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2017 sind im Zuge der Maßnahmen zur Neuordnung der WAG die bisher von enwor gepachteten Vermögensgegenstände Kalltalsperre, Dreilägerbachtalsperre und die TWA Wehebachtalsperre, die jeweiligen zugehörigen Grundstücke einschließlich dem Aufwuchs sowie das Hygienekonzept als immaterielles Wirtschaftsgut zum Stichtag 31.12.2017, 24:00 Uhr käuflich erworben worden. Der Kaufpreis beträgt 36,2 Mio. €. Zur Finanzierung des Kaufpreises zuzüglich zu entrichtender Steuern sind Kredite mit einem Gesamtvolumen von 38,1 Mio. € aufgenommen worden. Im Geschäftsjahr 2018 sind im zweiten Schritt zur Neuordnung der WAG die ehemaligen Grundwasseranlagen von enwor und STAWAG in die WAG eingebracht worden sowie weitere technische Anlagen und Maschinen in diesem Zusammenhang. Damit ist das Sachanlagenvermögen um 4.395 T€ auf nun 65.459 T€ angewachsen. Zusammen mit den übrigen langfristigen Vermögensgegenständen beträgt das gesamte Anlagenvermögen zum 31.12.2018 insgesamt 72,2 Mio. €. Im gleichen Zeitraum haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitutionen um 2.780 T€ auf nun 48,8 Mio. € reduziert. Die Bilanzsumme ist im Jahr 2018 von 76,2 Mio. € in 2017 leicht auf nun 77,5 Mio. € angestiegen. Insgesamt ist das Geschäftsjahr 2018 entsprechend unseren Planungen und durchgeführten Maßnahmen zufriedenstellend gelaufen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Durch den Kauf der Dreilägerbach- und Kalltalsperre sowie der TWA Wehebachtalsperre einschließlich der jeweils zugehörigen Grundstücke erhöhte sich das Anlagevermögen zum 31. Dezember 2017 (Vorjahr) um 34,1 Mio. € auf 67,9 Mio. €. In dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 erhöhte sich das Anlagevermögen um 4,2 Mio. € auf 72,2 Mio. €. Durch die Tilgung der bestehenden Kredite im Laufe des Jahres konnten die Verbindlichkeiten um 2,78 Mio. € gesenkt werden. Somit bestanden zum 31.12.2018 insgesamt Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 48,8 Mio. €. Im gleichen Zeitraum stieg das Eigenkapital um 3.376 T€ auf 24,4 Mio. €. Infolge der Vermögensveränderungen erhöhte sich die Bilanzsumme leicht auf 77,5 Mio. €. Die Eigenkapitalquote stellt sich mit den oben dargestellten Werten nun mit einem Wert von 31,5% dar, was eine Verbesserung in Höhe von 3,9 % darstellt.

Prognose- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten Jahren ist stetig gestiegen. Durch die witterungsbedingten Besonderheiten im Wasserwirtschaftsjahr 2017/2018 und die Übernahme der Grundwasserwerke von enwor und STAWAG stieg die Abgabe von Trinkwasser nochmals von 36,6 Mio. m³ in 2017 auf insgesamt 44,7 Mio. m³ in 2018. Als Prämisse für die weiteren Planungen werden von der WAG-Geschäftsführung nun jährlich konstante Abgabemengen an enwor (16,7 Mio. m³) und STAWAG (16,9 Mio. m³) angenommen. Auf dieser Basis und als Gesamt-Wasserlieferant für die Kunden enwor und STAWAG sowie unter Berücksichtigung der Mengen für WML, Stadtwerke Düren und dem Perlenbachverband wird für 2019 mit einer Gesamtwasserabgabe in Höhe von rund 41,5 Mio. m³, bestehend aus ca. 35,5 Mio. m³ Talsperrenwasser und aus ca. 6 Mio. m³ Grundwasser, gerechnet. Durch das neue, ab 2018 geltende Preismodell für die Belieferung der Gesellschafter enwor und STAWAG werden die Umsatzerlöse für das Jahr 2019 auf einem Niveau von 26,5 Mio. €

angenommen. Bei den Materialaufwendungen ist nun die letzte Charge für den notwendigen Tausch der Filtermembranen in der TWA Roetgen geplant. Ansonsten wird ein wasserwirtschaftlich sich an den langjährigen Durchschnittswerten orientierendes Geschäftsjahr unterstellt. Somit wird ein voraussichtlicher Rohertrag in Höhe von 9,8 Mio. € (Ist-Wert für 2018: 11,2 Mio. €) erwartet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bleiben mit den geplanten 3,2 Mio. € auf dem Niveau von 2018. Somit wird für das Geschäftsjahr 2019 ein Betriebsergebnis in Höhe von 2,1 Mio. € erwartet, dass damit um 1,3 Mio. € geringer als in 2018 ausfallen wird. Im Ergebnis wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,7 Mio. € (2018: 1,76 Mio. €) erwartet. Am 30.11.2018 wurde der WAG ein neues Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre bewilligt. Demnach ist die WAG befugt bis zum 30.06.2039 jährlich bis zu 11,3 Mio. m³ aus der Wehebachtalsperre zu entnehmen. Im Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets Wehebachtalsperre hat die Bezirksregierung Köln in 2018 einen mit der WAG abgestimmten Entwurf einer Verordnung zur Ausweisung eines Schutzgebietes ins Verfahren eingebracht. Es wird erwartet, dass dieses Verfahren in 2019 abgeschlossen werden kann. Mit dem Wasserverband Eifel – Rur wurden erste Gespräche geführt, um eine Nachfolgeregelung für die zum 31.12.2020 auslaufenden Kooperationsverträge zur Minimierung der mikrobiologischen Belastung von Kalltalsperre und Obersee (Hygienekonzept) zu erörtern.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die WAG hat die Betreuung des Risikomanagementsystems an den Dienstleister enwor beauftragt. Im Geschäftsjahr 2018 hat die Geschäftsführung mit Unterstützung der enwor 16 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken
 - z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken
 - z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken
 - z. B. Hochwasser, Erdbeben, Unfälle in Atomkraftwerken

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2018 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen. Drei bisher geführte Risiken wurden durch entsprechende Versicherungen aufgelöst, ein Risiko konnte durch die Neufassung eines Vertrags beseitigt werden. Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.



Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück, sowie die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung. Beim Betrieb und beim Ausbau des Flugplatzes sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" vom 05.01.1999 (BGBl. I S. 3) zu beachten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden:

| | |
|--|--------------|
| Stadt Aachen | 2 Mitglieder |
| Stadt Eschweiler | 2 Mitglieder |
| Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG | 2 Mitglieder |
| Fluggemeinschaft Aachen | 1 Mitglied |
| StädteRegion Aachen | 1 Mitglied |

Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschaft. Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städtereionstag bestellt.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Uwe Zink

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|------------------|---------------------------|
| | Josefine Lohmann | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Christoph Simon | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 57.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|-----------------|--------------|
| StädteRegion Aachen | 8.535,00 | 14,97 |
| Stadt Aachen | 14.256,00 | 25,01 |
| Stadt Eschweiler | 14.256,00 | 25,01 |
| Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG | 14.256,00 | 25,01 |
| Fluggemeinschaft Aachen e. V. (FGA) | <u>5.697,00</u> | <u>10,00</u> |
| | 57.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 1.680.790 | 1.736.598 | 1.968.059 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 1.893 | 365 | 2 |
| II. Sachanlagen | 1.678.897 | 1.726.233 | 1.968.057 |
| B. Umlaufvermögen | 517.297 | 478.233 | 354.822 |
| I. Vorräte | 1.810 | 1.450 | 396 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 69.289 | 58.369 | 87.290 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 446.197 | 418.421 | 267.137 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 11.294 | 557 |
| Bilanzsumme Aktiva | 2.198.087 | 2.226.125 | 2.323.438 |



| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | -in €- | -in €- | -in €- |
| A. Eigenkapital | 653.488 | 749.765 | 827.064 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 57.000 | 57.000 | 57.000 |
| II. Kapitalrücklage | 294.306 | 344.238 | 396.293 |
| III. Gewinn-/Verlustvortrag | 256.626 | 302.182 | 348.528 |
| IV. Jahresüberschuss | 45.556 | 46.346 | 25.243 |
| B. Rückstellungen | 33.832 | 37.152 | 34.111 |
| C. Verbindlichkeiten | 1.482.454 | 1.415.093 | 1.438.148 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 28.314,02 | 24.115 | 24.115 |
| Bilanzsumme Passiva | 2.198.087 | 2.226.125 | 2.323.438 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | | | |
| Umsatzerlöse | 329.206 | 321.223 | 315.557 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 50.858 | 48.656 | 65.176 |
| Materialaufwand | 1.517 | 2.171 | 966 |
| Personalaufwand | 195.098 | 206.699 | 217.587 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 122.588 | 101.358 | 124.273 |
| Erträge aus Gesellschafterzuschüssen | 106.773 | 103.563 | 0 |
| Ergebnis nach Steuern | 45.858 | 46.648 | 25.546 |
| Jahresüberschuss nach Steuern | 45.556 | 46.346 | 25.243 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|--------|--------|--------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen | 15 | 15 | 14 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 76,47 | 78,01 | 84,70 |
| Eigenkapitalquote | 29,73 | 33,68 | 35,60 |
| Anlagendeckungsgrad I | 38,88 | 43,17 | 42,02 |
| Liquidität 1. Grades | 486,57 | 461,89 | 294,89 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung bzw. Verlustabdeckung ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt.



Im Haushaltsjahr 2018 hat die StädteRegion im Rahmen der Verlustabdeckung (anteilige Pachtkosten und Übernahme Kapitaldienstleistungen) insgesamt 13.198,38 € an die FAM geleistet. Die FAM GmbH leistet ihrerseits Miet- und Pachtzahlungen für den Tower sowie die Hallen auf dem Gelände in Merzbrück an die StädteRegion Aachen. In Vorbereitung des Flugplatzausbaus wurden außerdem Ende des Jahres 2009 Grundstückskäufe notariell beurkundet, welche in 2010 bilanzwirksam wurden. Im Zusammenhang hiermit haben die Gesellschafter Beschlüsse getroffen (vgl. Vorlage 2009/0482 für die Sitzung des Städteregionstages am 10.12.2009), die die Übernahme von Ausfallbürgschaften sowie die Übernahme von Finanzierungskosten für ein durch die Grundstückskäufe erforderlich gewordenes Darlehen sicherstellen. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht, es ist lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der FAM GmbH und der Entwicklung der AKM Gesellschaften zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht zum 31.12.2018 führt aus, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt wurden, vgl. Absatz 1 des vorstehenden Berichtes.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gremien

Im Geschäftsjahr 2018 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je fünfmal getagt. Das Jahresergebnis 2017, die Entastung des Aufsichtsrates und die Entlastung des Geschäftsführers wurden in der 85. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 63. Gesellschafterversammlung am 28.05.2018 beschlossen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Personal und Sozialbereich

Zwei Drittel der Umsatzerlöse (=217.600,00 €) werden für Personal (Löhne und Gehälter, soziale Abgaben) aufgewendet. Allein durch die Landeentgelte (194.976,00 €) ist der Personalaufwand nicht zu finanzieren.

Die Personalsituation stellt sich wie folgt dar:

| | |
|----------------|---|
| Vollzeitkräfte | 3 |
| Teilzeitkräfte | 2 |
| Aushilfskräfte | 9 |



Veranstaltungen

Eine weitere finanzielle Stellschraube sind die Veranstaltungen auf dem Verkehrslandeplatz. Hiernach können bis zu 5 Veranstaltungstage auf dem Verkehrslandeplatz jährlich geplant werden, bei denen der Verkehrslandeplatz mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf geschlossen wird. Hierfür gibt es keine Entgelterstattung für die Piloten.

Die Veranstaltungen werden mit der Luftaufsicht in Düsseldorf und der örtlichen Ordnungsbehörde und ggf. dem Bauordnungsamt der Stadt Würselen abgestimmt. So fand im zurückliegenden Betrachtungszeitraum 2018 nur eine Veranstaltung („Träum weiter“ /2.200 €) statt. Weitere Anfragen führten zu keiner weitergehenden Vertiefung der Vorstellung der Veranstalter.

Förderung des Ausbaues des Verkehrslandeplatzes (VLP)

Die Gespräche mit dem Verkehrsministerium und dem MWIDE waren Dank des persönlichen Einsatzes von Prof. Schuh, Prof. Dahlmann erfolgreich. MP Laschet und die Minister Wüst und Pinkwart unterstützen den Ausbau des VLP. Der Staatssekretär Dr. Schulte übernahm teilweise mit Frau Paulsmeyer die Abstimmungsgespräche für den Förderungsantrag. Das erste Abstimmungsgespräch fand am 22.10.2018 durch das Verkehrsministerium (VM) statt. Daneben übernahm die Bezirksregierung Düsseldorf die Antragsberatung für den Förderungsantrag. Die Förderung wird Anfang 2019 erwartet.

Einigung mit Euregio Verkehrsschienenetz GmbH (EVS)

Durch die Vermittlung des NVR und des Verkehrsministeriums konnte der Vertrag mit der EVS für die Entschädigungsleistungen zum Abschluss gebracht werden. Die Entschädigungszahlungen werden in drei Tranchen aufgeteilt. Die erste Zahlung soll in 2019 erfolgen.

Geschäftsergebnis

Der Jahresüberschuss (25.243,15 €) liegt unter dem Vorjahreswert 2017 (46.345,98 €). Die Umsatzerlöse der Gesellschaft definieren sich durch Landeentgelte, Pachteinahmen, Provisionserlöse (Total) und Erlöse aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit (Städteregion Aachen, Stadt Aachen, Aachener Kreuz Merzbrück GmbH, ADAC). Die ergebniswirksamen Zuschüsse betragen derzeit 104.059,57 €.

Die Erträge des operativen Geschäftes sind:

| | |
|--------------|---------------------------------|
| 194.976,00 € | Landeentgelt und Sonderentgelte |
| 6.949,00 € | Erlöse Segelflug |
| 5.929,00 € | Nutzungsentgelte |

Fehlendes Eigenkapital für die geplanten investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter. Die geringeren Überschüsse ergeben sich aus dem erhöhten Personalaufwand und externe Buchführungskosten durch Personalwechsel. Außerdem hatte die Gesellschaft 3.000 € mehr Rechts- und Beratungskosten.

Umsatzentwicklung

Die Eigenkapitalquote von 32,20 % (33,67 %) ist als zufriedenstellend einzustufen. Die Liquidität 1. Grades hat sich wie folgt verändert:



Für die Jahre 2017 und 2018 ergeben sich folgende Werte:

2018

$267.136,53 * 100 / 182.437,15 = 146,43 \%$

2017

$418.420,61 * 100 / 90.588,01 = 461,89 \%$

Die geringere Liquidität 1. Grades rührt aus dem gesunkenen Bankbestand und den gestiegenen Verbindlichkeiten zum 31.12.2018. Die erhöhten Verbindlichkeiten ergeben sich aus den Planungskosten und der rückwirkenden Pachterhöhung der Grundstückseigentümer. Der gesunkene Bankbestand resultiert daraus, dass die Gesellschaft die Kosten des Planfeststellungsverfahrens aus der bestehenden Liquidität getragen hat.

Landebahn im Bau

Das Planfeststellungsverfahren wurde abgeschlossen und die Antragsunterlagen auf Förderung des Verfahrens beim VM eingereicht. Alle entstehenden Kosten im Zusammenhang mit dem Ausbau des VLP werden unter dem Begriff „Landebahn im Bau“ aktiviert.

Im Jahr 2018 entstanden nachfolgende Aufwendungen:

1. Ausgleichsmaßnahmen

Um die Maßnahme zu beginnen und die aus dem Planfeststellungsverfahren vorgegebenen Fristen einzuhalten, war zum Jahresende der Beginn der Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Die Arbeiten wurden von einer Biologin überwacht. Der Erwerb der Flächen soll mit der Förderfreigabe erfolgen.

2. Klagen

Der Planfeststellungsbeschluss konnte nur rechtswirksam werden, wie die beiden Klagen für erledigt erklärt wurden. Mit dem Kläger konnte eine finanzielle Einigung gefunden werden. Die Klage der FAM konnte durch ein ergänzendes Gutachten hinsichtlich der Schallausbreitung mit der Bezirksregierung Düsseldorf zum Abschluss gebracht werden. Im Jahr 2019 wird der vorgezogene Maßnahmenbeginn und die eigentliche Förderung durch das Land erwartet. Die Planungsleistungen, das Leistungsverzeichnis und die Bauüberwachung sollen bis zur Jahresmitte ausgeschrieben sein. Anfang der zweiten Jahreshälfte ist der Baubeginn geplant.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Entscheidung der Landesregierung den VLP mit den beiden Lehrstühlen für Luft- und Raumfahrt auszubauen, ist für Aachen-Merzbrück ein Glücksfall. Mit dem zukünftigen Ausbau wird die Sicherheit des Flugbetriebes erhöht, die Lärmsituation für das Umfeld gemindert und der Ausgleich mit der Umwelt hergestellt. Die Zusage des Landes den Ausbau finanziell zu fördern und der Beschluss, ihn als Forschungslandeplatz für die Zukunft zu betreiben, schafft neue Arbeitsplätze und ist von großer Bedeutung für die Aachener Region.



**Wirtschafts- und
Strukturförderung**

AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen.

Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. Je 1.000,00 Euro Kapitalbeteiligung gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Lothar Mahnke

Vertreter der StädteRegion / WFG im Aufsichtsrat:

| | | |
|-------------------|-----------------------|---------------------------------------|
| | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Stellvertreter: | Markus Terodde | Dezernent |
| Vorsitzender: | Leo Pontzen | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreterin: | Ingrid von Morandell | Städteregionstagsmitglied |
| | Prof. Dr. Axel Thomas | WFG StädteRegion Aachen |
| Stellvertreter: | Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-------------------|----------------------|---------------------------|
| | Leo Pontzen | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreterin: | Karin Schmitt-Promny | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 3.253.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------------------|--------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 500.378 | 15,38 |
| Stadt Aachen | 971.450 | 29,86 |
| Handwerkskammer Aachen | 138.934 | 4,27 |
| IHK Aachen | 421.242 | 12,95 |
| WFG StädteRegion Aachen mbH | 52.000 | 1,60 |
| Kreis Düren | 277.867 | 8,54 |
| Kreis Heinsberg | 138.934 | 4,27 |
| Kreis Euskirchen | 138.934 | 4,27 |
| Sparkasse Aachen | 467.815 | 14,38 |
| Sparkasse Düren | 67.296 | 2,07 |
| Kreissparkasse Euskirchen | 36.000 | 1,11 |
| Kreissparkasse Heinsberg | 39.075 | 1,20 |
| Fachhochschule Aachen | <u>3.075</u> | <u>0,10</u> |
| | 3.253.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| Bilanz: | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 4.597.408 | 3.696.271 | 3.195.949 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 12.362 | 1.015 | 353 |
| II. Sachanlagen | 4.542.440 | 3.652.651 | 3.161.520 |
| III. Finanzanlagen | 42.605 | 42.605 | 34.077 |
| B. Umlaufvermögen | 719.489 | 755.320 | 1.067.232 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 410.611 | 478.022 | 586.539 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 308.878 | 277.298 | 480.693 |
| C. RAP | 14.819 | 940 | 1070 |
| Bilanzsumme Aktiva | 5.331.716 | 4.452.530 | 4.264.252 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 1.102.881 | 1.249.005 | 1.907.550 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 3.253.000 | 3.253.000 | 3.253.000 |
| II. Verlustvortrag | -2.320.313 | -2.150.119 | 2.003.995 |
| III. Jahresüberschuss | 170.194 | 146.123 | 658.545 |
| B. SoPo Investitionszuschüsse | 963.732 | 321.794 | 301 |
| C. Rückstellungen | 64.651 | 205.500 | 76.050 |
| D. Verbindlichkeiten | 3.146.894 | 2.661.232 | 2.211.598 |
| E. Rechnungsabgr. | 53.558 | 15.000 | 68.752 |
| Bilanzsumme Passiva | 5.331.716 | 4.452.530 | 4.264.252 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | -in € - |
| Umsatzerlöse | 3.433.773 | 3.661.618 | 4.054.652 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 1.770.361 | 1.826.754 | 1.670.999 |
| dav. Gesellschafterzuschüsse | 1.052.380 | 1.128.091 | k.A. |
| Materialaufwand | 2.149.425 | 2.406.905 | 2.551.205 |
| Personalaufwand | 1.399.048 | 1.497.097 | 1.496.357 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 366.136 | 330.276 | 353.687 |
| Zinsen und ähnl. Aufwendungen | 91.820 | 85.626 | 46.080 |
| sonstige Steuern | -117.501 | 117.270 | 117.174 |
| Ergebnis nach Steuern | 287.695 | 263.393 | 775.719 |
| Jahresüberschuss | 170.194 | 146.123 | 658.545 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Mitarbeiter/innen | 20 | 19 | 22 |
| Indikatoren zur Vermögens- und Finanzlage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 86,1 | 83,0 | 75,0 |
| Eigenkapitalquote | 38,8 | 35,3 | 44,8 |
| Anlagendeckungsgrad | 45,0 | 42,5 | 59,7 |
| Liquidität 1. Grades | 38,8 | 44,5 | 44,8 |
| Liquidität 2. Grades | 90,5 | 121,2 | 99,4 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Aufwendungen der AGIT, die nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt sind, werden durch Zuschüsse der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander getragen. Der im Jahr 2018 gezahlte Zuschuss der StädteRegion an die AGIT betrug insgesamt 279.728,24 €. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH ist Mitgesellschafterin der AGIT. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Vorbemerkungen zum Jahr 2018

Die AGIT konnte sich im Jahr 2018 sowohl organisatorisch-personell als auch finanziell weiter stabilisieren und auch bei den Gesellschaftern positiv positionieren. Eine längere Zeit der Diskussionen um eine Neuausrichtung der AGIT konnte damit abgeschlossen werden. Grundsätzlich wurde von den Aufsichtsgremien ein Verkauf des TZA am Europaplatz und ein Neubau auf dem RWTH Campus-Melaten für das Jahr 2019 beschlossen. Im Dezember 2018 beschloss die nordrhein-westfälische Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung ihre neue Aachen-Niederlassung in das TZA am Europaplatz zu verlegen. Auf insgesamt rund 3.000 qm sollen dort zukünftig 850 Studenten der FHöV ausgebildet werden.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in Der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert:

- Im Bereich „Technologiezentrumsmanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euergio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das gute konjunkturelle Umfeld hat in 2018 die Vermietung von Flächen in den beiden Technologiezentren begünstigt. Die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren war auch in 2018 auf einem gleichbleibend hohen Niveau, sodass die beiden Zentren fast über das ganze Jahr hinweg voll ausgelastet waren. In 2018 hatten insgesamt 73 Unternehmen, davon 19 Gründerfirmen, ihren Sitz im TZA. Damit konnte der Anteil der Gründerfirmen – dem ursprünglichen Zweck des TZA gemäß – wieder etwas gesteigert werden. Obwohl im direkten Umfeld des TZA neue Vermietungsangebote an den Markt gingen (Digital Church, Jülicher Straße), schlug sich dies nicht auf die Nachfrage nach Flächen in den AGIT-Gebäuden nieder. Auch die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2018 unverändert über 21 Mitarbeiter sowie drei Studenten im dualen Fachhochschulausbildungsgang. Die AGIT hat keine befristet Angestellten. Am 7.9.18 feierte die AGIT das 25jährige Bestehen des TZA am Europaplatz.

Geschäftsbereich I:

Technologiezentrumsmanagement Die 73 Unternehmen im TZA verfügen über 850 Arbeitsplätze. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im TZA konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2018 hinweg nahe 100% gehalten werden. Insgesamt zogen 7 Firmen aus, während 2 Gründerfirmen neu in das TZA einzogen. 10 bereits im TZA ansässige Firmen vergrößerten ihren Flächenbedarf. Im ZBMT zogen im Berichtszeitraum 2 Unternehmen aus. Des weiteren vergrößerten 2 Unternehmen ihren Flächenbedarf. Damit konnte auch für das ZBMT in 2018 eine Vollaustattung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt. Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder stabilisiert, insgesamt ist die Auslastung

weiterhin gut. Über 42.000 Teilnehmer nahmen an insgesamt 1.100 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2018 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam. Herausragend war zusätzlich die Veranstaltung „Aachen 2025“ mit 10.000 Teilnehmern im Oktober 2018.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 173 Beratungsfällen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Zusätzlich wurden 52 Patentberatungen durchgeführt. Bei den AGIT-Veranstaltungen zum Thema Innovation konnten insgesamt rund 2.000 Unternehmensvertreter begrüßt werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

In der Ansiedlungs- und Standortwerbung konnte die AGIT in 2018 insgesamt 70 Ansiedlungsanfragen bearbeiten. Die Ansiedlungen wurden alle in der Städteregion Aachen realisiert. Erheblich zugenommen haben Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst. Neben eigenen Ansiedlungsaktivitäten in China (gemeinsam mit der Stadt Aachen) wurde vor allem die neu aufgenommene Partnerschaft zwischen der Städteregion Aachen und der Stadt Ansan in Südkorea genutzt, um Investorenseminare in Ansan und Seoul durchzuführen. Diese Aktivitäten konnten gemeinsam mit der Städteregion und verschiedenen Instituten der RWTH durchgeführt werden. Eine erste konkrete Ansiedlung aus diesen Aktivitäten – die Firma CTR – konnte im TPH Herzogenrath realisiert werden.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Die beiden Interreg-Projekte „Early Tee“ und „I2M“ konnten in 2018 voll umgesetzt werden. Daneben wurde auch das EFRE-geförderte Projekt „Science Link“ in der Region Aachen umgesetzt. Aus beiden Projekten konnte sich die AGIT personell in erheblichem Umfang refinanzieren. Das seit über zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das daraus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2018 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrummanagement erwirtschaftet, nahmen aber mit insgesamt 4.055 TEUR gegenüber dem Vorjahr um 393 TEUR zu. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100 %, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist ebenfalls die Entwicklung im ZBMT. Hier konnte das Ergebnis in Höhe von -8 TEUR gegenüber allen Vorjahren seit Bestehen deutlich verbessert werden. Dies liegt auch daran, dass der Aufbau- und Akquisitionsaufwand – und damit die Personalkosten – deutlich reduziert werden konnten. Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrummanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamtergebnis in Höhe von 392 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur

Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ blieben in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmen aus Projekten konnten die entstandenen Personalkosten ausgleichen, so dass im Bereich „Wirtschaftsförderung“ ein Plus in Höhe von rund 266 TEUR aufgebaut werden konnte. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit wieder mit 659 TEUR ein außergewöhnlich positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Technologiezentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich in 2018 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau.

Prognosebericht

Die Leasingrate für den II. Bauabschnitt wird sich im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr mit rund 350.000 € halbieren, sodass geplant ist, die Gesellschafterzuschüsse für 2019 ebenfalls zu halbieren. Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben beschlossen, in 2019 das TZA am Europaplatz zu verkaufen und von dem Erlös das ZBMT zu kaufen und dort einen Anbau neu zu errichten. Zum 30.6.19 läuft die Finanzvereinbarung zwischen den Gesellschaftern, die eine Spartenerlösermittlung für das Technologiezentrumsmanagement und den Bereich Wirtschaftsförderung erfordert, aus.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Besondere Risiken bestehen derzeit nicht.

Chancenbericht

Mit dem in 2019 geplanten Verkauf und der Verlagerung der Technologiezentrumsaktivitäten auf den RWTH-Campus Melaten ergeben sich für die AGIT wesentliche neue Chancen. Die geplante Dezentralisierung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten in Jülich und Euskirchen sollen die Vor-Ort-Präsenz stärken und dort neue Initiativen und Projekte ermöglichen.

Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage mit erheblichen neuen Entwicklungschancen in 2019.

Zweckverband Region Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas–Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Je 12 Vertreter werden von den Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine vier Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandsatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet wird. Der Geschäftsführer ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Zweckverbandspräsident:

Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

| | | |
|-----------------|-----------------------|---------------------------------------|
| | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionstag (ab 01.01.2019) |
| Stellvertreter: | Axel Hartmann | Allgemeiner Vertreter |
| | Hans-Josef Hilsenbeck | stv. Städteregionsrat (verst.) |
| | Axel Wirtz | stv. Städteregionsrat (ab 12.04.2018) |
| Stellvertreter: | Willi Bündgens | Städteregionstagsmitglied |
| | Alexander Lenders | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Ronald Borning | Städteregionstagsmitglied |
| | Jost Nobis | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Franz Plum | Städteregionstagsmitglied |
| | Ulla Thönnissen | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter | Dieter Wolf | Städteregionstagsmitglied |
| | Lars Lübben | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Karin Schmitt-Promny | Städteregionstagsmitglied |
| | Ingrid von Morandell | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Werner Krickel | Städteregionstagsmitglied |
| | Doris Harst | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Janine Köster | Städteregionstagsmitglied |
| | Thomas Hartmann | Städteregionstagsmitglied |

| | | |
|-----------------|-------------------------|---------------------------|
| Stellvertreter: | René Maaßen | Städteregionstagsmitglied |
| | Martin Peters | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Jürgen Neesen | Städteregionstagsmitglied |
| | Dr. Werner Pfeil | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Dr. Hans-Joachim Helbig | Städteregionstagsmitglied |
| | Uwe F. Löhr | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Harald Siepmann | Städteregionstagsmitglied |

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Spelthahn Landrat des Kreises Düren

Zweckverbandspräsidentin:

Gisela Walsken Regierungspräsidentin

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52070 Aachen

| Mitglieder: | Anteil in % |
|---------------------|--------------|
| StädteRegion Aachen | 20,00 |
| Stadt Aachen | 20,00 |
| Kreis Düren | 20,00 |
| Kreis Heinsberg | 20,00 |
| Kreis Euskirchen | <u>20,00</u> |
| | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|----------------|----------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 3.807 | 5.426 | 8.459 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 187 | 8 | 2 |
| II. Sachanlagen | 1.620 | 3.418 | 6.457 |
| III. Finanzlagen | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| B. Umlaufvermögen | 596.318 | 911.688 | 1.400.960 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 501.936 | 832.282 | 979.020 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 94.382 | 79.406 | 421.940 |
| Bilanzsumme Aktiva | 600.125 | 917.115 | 1.409.419 |

| | | | |
|-----------------------------------|----------------|----------------|------------------|
| A. Eigenkapital | 48.461 | 63.362 | 44.894 |
| I. Allgemeine Rücklage | 52.987 | 49.003 | 63.362 |
| II. Sonderrücklagen | 0 | 0 | 0 |
| III. Ausgleichsrücklagen | 13.592 | 0 | 14.359 |
| IV. Jahresfehlbetrag/ -überschuss | -18.118 | 14.359 | -18.467 |
| B. Rückstellungen | 30.500 | 36.985 | 47.590 |
| C. Verbindlichkeiten | 521.164 | 816.768 | 1.316.935 |
| Bilanzsumme Passiva | 600.125 | 917.115 | 1.420.794 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------------------|----------------|---------------|----------------|
| Gesamtergebnisrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Ordentliche Erträge | 2.384.524 | 3.084.879 | 3.149.510 |
| Ordentliche Aufwendungen | 2.400.375 | 3.066.991 | 3.165.000 |
| Finanzergebnis | -2.267 | -3.530 | -2.978 |
| Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit | -18.118 | 14.359 | -18.467 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| Jahresergebnis | -18.118 | 14.359 | -18.467 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Indikatoren der Vermögens-Finanz und Ertragslage: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|-------|--------|-------|
| Liquidität 1. Grades | 18,11 | 12,95 | 36,69 |
| Eigenkapitalquote | 8,16 | 6,93 | 3,19 |
| Allgemeine Umlagequote | 44,61 | 36,99 | 36,42 |
| Zuwendungsquote | 54,78 | 54,91 | 53,56 |
| Personalintensität | 63,10 | 56,97 | 55,70 |
| Aufwandsdeckungsgrad | 99,41 | 100,58 | 99,51 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Städteregion Aachen hat im Haushaltsjahr 2018 keine Umlage an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

| Ergebnisart | Ist 2017 in € | Plan 2018 in € | Ist 2018 in € | Abweichung Plan/Ist 2018 in € |
|--|------------------|-------------------|-------------------|-------------------------------------|
| Ordentliche Erträge | 3.084.879,30 | 2.939.597,00 | 3.138.135,25 | 198.538,25 |
| Ordentliche Aufwendungen | 3.066.990,60 | 2.935.097,00 | 3.153.624,93 | 218.527,93 |
| Ordentliches Ergebnis | 17.888,70 | 4.500,00 | -15.489,68 | -19.989,68 |
| Finanzergebnis | -3.529,61 | -4.500,00 | -2.977,77 | 1.522,23 |
| Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit | 14.359,09 | 0,00 | -18.467,45 | -18.467,45 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Jahresergebnis | 14.359,09 | 0,00 | -18.467,45 | -18.467,45 |

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von +15.489,68 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -2.977,77 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von -18.467,45 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2019 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis beträgt -18.467,45 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um -18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätzlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden muss. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklage dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2018:

| Position | Ist 2014 in € | Ist 2015 in € | Ist 2016 in € | Ist 2017 in € | Plan 2018 in € | Ist 2018 in € |
|---|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|------------------|
| Jahresergebnis | 28.521 | -12.901 | -17.576 | 14.359 | 0 | -18.467 |
| Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01. | 16.986 | 26.493 | 13.592 | 0 | 14.359 | 14.359 |
| Inanspruchnahme/Zuführung Ausgleichsrücklage | 0 | -12.901 | -13.592 | +14.359 | 0 | -14.359 |
| Endbestand Ausgleichsrücklage | 26.493 | 13.592 | 0 | 14.359 | 14.359 | 0 |
| Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01. | 33.986 | 52.987 | 52.987 | 49.003 | 49.003 | 49.003 |
| Inanspruchnahme/Zuführung Allgemeine Rücklage | 0 | 0 | -3.984 | 0 | 0 | -4.108 |
| Endbestand der Allgemeinen Rücklage | 52.987 | 52.987 | 49.003 | 49.003 | 49.003 | 44.895 |

Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

| Ertragsart | Ist 2017 in € | Plan 2018 in € | Ist 2018 in € | Abweichung Plan/Ist 2018 in € |
|---|---------------------|---------------------|---------------------|-------------------------------------|
| Steuern und ähnliche Abgaben | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 2.834.869,71 | 2.939.597,00 | 2.833.872,84 | -105.724,16 |
| Sonstige Transfererträge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungs-entgelte | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Privatrechtliche Leistungserträge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Kostenerstattungen und Kosten-umlagen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige ordentliche Erträge | 242.678,59 | 0 | 304.262,41 | 304.262,41 |
| Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliche Erträge | 3.084.879,30 | 2.939.597,00 | 3.138.135,25 | 198.538,25 |
| Finanzerträge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Außerordentliche Erträge | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 3.084.879,30 | 2.939.597,00 | 3.138.135,25 | 198.538,25 |

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist ein Abweichung von 198.538,25 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedskörperschaften für den Grenzüfopunkt Aachen-Eurode zurückzuführen sowie auf zusätzliche, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbare Projekterträge.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen und allgemeine von 2.833.872,84 Euro sind die zentrale Ertragsart der Region Aachen. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.147.095 Euro (=40,48%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse von 1.686.777,84 Euro (=59,52%). Die Verbandsumlage deckt lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in zentralen Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regional-

managements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für die Region Aachen Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen, wie im Rahmen der informellen Regionalplanung und Strukturentwicklung nicht in der erforderlichen Qualität und Quantität möglich.

Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

| Aufwandsart | Ist 2017 in € | Plan 2018 in € | Ist 2018 in € | Abweichung Plan/Ist 2018 in € |
|---|---------------------|---------------------|---------------------|-------------------------------------|
| Personalaufwendungen | 1.747.248,40 | 1.549.051,00 | 1.326.682,82 | 222.368,18 |
| Versorgungsaufwendungen | 0 | 468.458,00 | 436.358,13 | 32.099,87 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 18.351,54 | 20.000,00 | 20.954,38 | -954,38 |
| Bilanzielle Abschreibungen | 1.139,01 | 0 | 5.041,95 | -5.041,95 |
| Transferaufwendungen | 159.555,18 | 50.600,00 | 31.950,00 | 18.650,00 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 1.140.696,47 | 846.988,00 | 1.332.637,65 | -485.649,65 |
| Ordentliche Aufwendungen | 3.066.990,60 | 2.935.097,00 | 3.153.624,93 | -218.527,93 |
| Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 3.529,61 | 4.500,00 | 2.977,77 | 1.522,23 |
| Außerordentliche Aufwendungen | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 3.070.520,21 | 2.939.597,00 | 3.156.602,70 | -217.005,70 |

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist eine Abweichung von –217.005,70 Euro festzustellen. Wie ebenfalls unter dem Punkt Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die Fördervereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedsgebietskörperschaften für den Grenzübergang Aachen–Eurode zurückzuführen (178.315 €).

Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

| | Ist 2017 in € | Plan 2018 in € | Ist 2018 in € | Abweichung Plan/Ist 2018 in € |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------------------------|
| Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 2.564.108,03 | 2.939.597,00 | 2.726.948,72 | 212.648,28 |
| Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 2.710.010,63 | 2.939.597,00 | 2.251.271,10 | 688.325,90 |
| Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit | -145.902,60 | 0 | 475.677,62 | 475.677,62 |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | -2.216,96 | 0 | 0 | 0 |
| Saldo aus Investitionstätigkeit | -2.216,96 | 0 | 0 | 0 |
| Finanzmittelüberschuss / - fehlbetrag | -148.119,56 | 0 | 475.677,62 | 475.677,62 |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | -133.143,51 | 0 | 0 | 0 |
| Saldo aus Finanzierungstätigkeit | -133.143,51 | 0 | 0 | 0 |
| Anderung Bestand eigener Finanzmittel | -14.976,05 | 0 | 475.677,62 | 475.677,62 |

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 475.677,62 Euro. Der Wert der liquiden Mittel beträgt zum 31.12.2018 421.940,08 Euro.

Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2018). Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um 503.679,28 Euro auf 1.420.793,95 Euro. Wesentlichen Anteil an der Erhöhung hat der Kredit zur Liquiditätssicherung.

Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der hauswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

| Kennzahl | Wert 2013 in % | Wert 2014 in % | Wert 2015 in % | Wert 2016 in % | Wert 2017 in % | Wert 2018 in % |
|---------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Eigenkapitalquote 1 | 5,85 | 10,96 | 9,31 | 8,16 | 6,91 | 3,16 |

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

Kennzahlen und Analyse Finanzlage

| Kennzahl | Wert 2013 in % | Wert 2014 in % | Wert 2015 in % | Wert 2016 in % | Wert 2017 in % | Wert 2018 in % |
|----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Liquidität 1. Grades | 68,27 | 23,60 | 36,58 | 18,11 | 12,95 | 36,69 |
| Liquidität 2. Grades | 105,79 | 111,38 | 110,63 | 114,38 | 119,78 | 107,31 |

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen

Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

Kennzahlen der Ertragslage

| Kennzahl | Wert 2013 in % | Wert 2014 in % | Wert 2015 in % | Wert 2016 in % | Wert 2017 in % | Wert 2018 in % |
|------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Allgemeine Umlagequote | 35,77 | 38,24 | 33,32 | 44,61 | 36,99 | 36,55 |
| Zuwendungsquote | 64,23 | 61,76 | 66,49 | 54,78 | 54,91 | 53,75 |
| Personalintensität | 69,03 | 72,15 | 67,83 | 63,10 | 56,97 | 55,91 |
| Aufwandsdeckungsgrad | 102,71 | 101,58 | 99,65 | 99,41 | 100,58 | 99,51 |

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

Entwicklung des Region Aachen-Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierung. Auch im Jahr 2018 wird seitens der Geschäftsführung festgestellt, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist. Ziel ist es, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf mindestens 40 Prozent zu senken ist. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 konnte keine Umlageerhöhung realisiert werden. Erstmals wurde auf Antrag der SPD-Fraktion für die Geschäftsstelle ein Personalbewirtschaftungskonzept erstellt, um diese sowohl inhaltlich als auch personell weiterzuentwickeln. Ein dauerhaftes Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekten, die dazu führt, dass auch im Jahr 2018 eine Liquidität 1. Grades von lediglich rd. 37 Prozent vorliegt. Dem region Aachen Zweckverband fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regionale wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Dies erfolgt insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem NRW-Wirtschaftsministerium und der IRR innerhalb des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region war auch im Jahr 2018 stark in Bewegung. Nach den strategischen Vorarbeiten im Jahr 2017 wurde im Sommer 2018 aufgrund der Einsetzung

der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung eine regionale Task Force ins Leben gerufen. In ihr arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der teilregionalen Verwaltungen, der Kammern, des DGB und der AGIT mbH gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden aller in der Verbandsversammlung vertretenen Fraktionen unter Federführung der Geschäftsstelle der Region Aachen an wichtigen gesamtregionalen strategischen Themenstellungen. Insbesondere die strategische Positionierung der Region Aachen innerhalb des Rheinischen Reviers wird auch zukünftig eine zentrale Aufgabe sein. Der Region Aachen Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Die stellt auch im Jahr 2018 einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung strukturpolitischer Ziele der Aachener Region dar. Die Mitarbeit innerhalb der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas–Rhein sind weitere Handlungsfelder. Im Jahr 2018 wurde die Geschäftsstelle der Euregio Maas–Rhein bei den Vorarbeiten zur Etablierung eines EVTZ intensiv unterstützt. Die im Jahre 2017 als neue Aufgaben hinzugekommene Erstellung eines Fachbeitrages im Rahmen der informellen Regionalplanung wurde fortgeführt. Bis zum Sommer 2018 wurde diese Arbeit inhaltlich unterstützt durch den Planungsdezernenten des Kreises Heinsberg. Im November 2018 wurde initiiert von der Region Aachen in Brüssel eine Veranstaltung der Interessengemeinschaft Metropolitaner Grenzregionen (IMeG) zum Thema grenzüberschreitende Planung in den Bereichen Fläche und Mobilität durchgeführt, die mit ca. 120 Teilnehmenden aus Deutschland und den Nachbarländern auf großes Interesse stieß. Zur Gewinnung weiterer dringend erforderlicher Finanzmittel wurde gemeinsam mit allen teilregionalen Akteuren im Rahmen des Förderauftrages regio.NRW ein Antrag zur Entwicklung von Crossinnovationen in den Bereichen Mobilität und Gesundheit erstellt. Die Weiterentwicklung des Aufbaus der Arbeitsstrukturen hin zu einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit der Verwaltungen der Zweckverbandsmitglieder und weiterer unverzichtbarer Akteure wurde im Jahr 2018 fortgesetzt. Dadurch war es möglich zu gesamtregionalen abgestimmten entscheidungsreifen Beschlussvorschlägen und strategischen Positionierungen innerhalb der Region zu gelangen. Nun ist es für die regionale Entwicklung der Aachener Region wichtig, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und diese nicht durch erneute Diskussionen und strategische und organisatorische Anpassungen, gerade im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier, zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Akteure.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft

- Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der Städte-Region Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.
- Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion zu planen, zu realisieren und zu verwalten.
- Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere
 - mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
 - sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen.
 - Zweigniederlassungen errichten.
- Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat (fällt ab 2019 aufgrund einer Änderung im Gesellschaftsvertrag weg):

Der Aufsichtsrat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von den Städten Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und den Gemeinden Roetgen und Simmerath entsandt sowie der Sparkasse Aachen. Das entsandte Mitglied kann nur der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde bzw. ein Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen sein. Vorsitzender ist der jeweilige Städtereionsrat der

StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Aufsichtsratsmitgliedern der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Städteregionstagsmitglieder.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|--------------|----------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Ronald Borning | Städteregionstagsmitglied |
| | Alexander Lenders | Städteregionstagsmitglied |
| | Karin Schmitt-Promny | Städteregionstagsmitglied |
| | Stefan Mix | Städteregionstagsmitglied |
| | Thomas Claßen | komm. Kämmererleiter |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|-------------------|---------------------------|
| | Alexander Lenders | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Ronald Borning | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 2.303.500,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|----------------|---------------|
| StädteRegion Aachen | 1.183.100 | 51,361 |
| Regionsangehörige Städte / Gemeinden (ohne Stadt Aachen) | 813.600 | 35,320 |
| Sparkasse Aachen | <u>306.800</u> | <u>13,319</u> |
| | 2.303.500 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 2.813.772 | 3.422.833 | 3.265.282 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 125 | 26 | 20 |
| II. Sachanlagen | 2.784.201 | 3.395.633 | 3.241.706 |
| III. Finanzanlagen | 29.446 | 27.200 | 23.556 |
| B. Umlaufvermögen | 11.112.851 | 8.560.501 | 5.337.734 |
| I. Vorräte | 1.664.407 | 908.200 | 0 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 8.036.360 | 6.335.089 | 3.771.145 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 1.412.084 | 1.317.212 | 1.566.589 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 18.143 | 9.120 | 14.498 |
| D. Aktive latente Steuern | 74.000 | 88.500 | 97.600 |
| Bilanzsumme Aktiva | 14.018.766 | 12.080.980 | 8.715.114 |
| A. Eigenkapital | 2.381.274 | 2.367.672 | 2.516.686 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 2.303.500 | 2.303.500 | 2.303.500 |
| II. Gewinnvortrag | -92.027 | 77.774 | 64.172 |
| III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 169.801 | -13.602 | 149.014 |
| B. Rückstellungen | 696.180 | 725.938 | 731.730 |
| C. Verbindlichkeiten | 10.939.880 | 8.987.370 | 5.465.500 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 1.432 | 0 | 1.197 |
| Bilanzsumme Passiva | 14.018.766 | 12.080.980 | 8.715.114 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 1.288.522 | 1.181.660 | 1.724.054 |
| Materialaufwand | 319.146 | 504.760 | 77.490 |
| Personalaufwand | 485.235 | 486.181 | 318.345 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 208.940 | 203.567 | 234.321 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 408.325 | 330.441 | 248.266 |
| Ergebnis nach Steuern | -226.831 | -413.745 | 150.509 |
| Erträge aus Gesellschafterzuschüssen | 396.769 | 400.448 | 300.000 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 169.801 | -13.602 | 149.014 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiter (ohne Auszubildende) | 6,0 | 5,35 | 6 |

| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|------|------|------|
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 20 | 28 | 37 |
| Eigenkapitalquote | 17 | 20 | 29 |
| Eigenkapitalrentabilität | 7 | - | 6 |
| Verschuldungsgrad | - | 410 | 246 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Für die Finanzierung der WFG hat die StädteRegion im Haushaltsjahr 2018 einen anteiligen Betrag in Höhe von 161.125,00 € gezahlt. Die regionsangehörigen Städte und Gemeinden als kommunale Gesellschafter leisten zusammen einen gleich hohen Beitrag. Die WFG GmbH erbringt Geschäftsbesorgungsleistungen für die KuK GmbH sowie die SPRUNGBrett gGmbH. Für KuK werden einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrgenommen mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist. Zur Unterstützung des Rechnungswesens bei der SPRUNGBrett gGmbH wird eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen laut Satzung darin, die „wirtschaftliche Entwicklung der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten.“ Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbebetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben. Auch alle hiermit zusammenhängenden Beratungsunterstützungen werden geleistet. Die Gesellschaft darf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2018 war das 8. Geschäftsjahr, nachdem der Beschluss gefasst wurde, kein Neugeschäft mehr zu akquirieren und das bestehende Leasingvolumen ressourcenschonend abzuwickeln. In diesem Sinne haben die Gremien der WFG zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die

damals im Bestand gehaltenen Engagements bis zu ihrem Auslaufende weiterzuführen und keine neuen Leasingverträge mehr einzugehen. Im Jahr 2018 ist erneut und konsequent Geschäftsvolumen und damit auch Risikovolumen abgebaut worden. Alle Leasingnehmer kamen ihren vertraglich vereinbarten Pflichten nach. Der Leasingzins-Überschuss, der im Berichtsjahr erzielt werden konnte, lag exakt auf dem Niveau der Planung. Zum 01.01.2018 verfügte die WFG noch über ein Leasingvolumen von ca. 5,8 Mio. €. Zum Jahresende lag das Leasingvolumen bei ca. 3,3 Mio. €. Der Rückgang des Leasingvolumens ist sowohl darauf zurückzuführen, dass planmäßige Tilgungen erbracht wurden, als auch Auslaufzeitpunkte von Zinsbindungen zum Anlass genommen wurden, Engagements in gegenseitigem Einvernehmen zu beenden.

Baumanagement

Die WFG erbrachte bis zum 31. Juli 2018 in reduziertem Umfang Baumanagement-Dienstleistungen außerhalb bzw. unabhängig vom Public-Leasing-Bereich. Hierbei ist die WFG für ihre Schwestergesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH im Rahmen der kaufmännisch-administrativen Projektsteuerungsaufgaben bei deren Neubaumaßnahmen tätig gewesen.

Vermietung

Die beiden im Portfolio der WFG verbliebenen Vermietungsobjekte der Gesellschaft, die mit wirtschaftlichen Chancen und Risiken verbunden sind, waren zum Jahresende jeweils mit Mietverträgen unterlegt. Bei einer Immobilie wurde ein Mietvertrag abgeschlossen bis zum 31.07.2021. Zu diesem Zeitpunkt läuft die Finanzierung des Objektes aus. Das Objekt wird dann schuldenfrei sein und planmäßig zu diesem Zeitpunkt an einen Dritten übertragen.

Weitere Dienstleistungen

Die WFG war bis ca. zur Jahresmitte 2018 engagiert in der Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf GmbH (kurz: BPA), der Technologie Park Herzogenrath GmbH (kurz TPH) sowie der Camp Astrid Gruppe in Stolberg. Das Mandat Camp Astrid wird bis Mitte fortgeführt, die übrigen Mandate sind abgestimmt und planmäßig per 31.07.2018 beendet worden.

Regionalmarketing

Die WFG betrieb das Geschäftsfeld Regionalmarketing/Unternehmensansiedlung nur im ersten Halbjahr des Jahres 2018. In dieser Zeit konnten interessante Ansiedlungen und Unternehmenserweiterungen aktiv begleitet werden. Im Einzelnen waren dies 11 realisierte Projekte mit einem umgesetzten Arbeitsplatzvolumen von nahezu 190 Mitarbeitern. In Alsdorf konnte die Erweiterung eines Eventunternehmens aus dem Bereich Motorsport durch einen Flächenzukauf ermöglicht werden. Das Unternehmen plant, eine weitere Immobilie ab dem Jahr 2019 zu errichten. Am Standort Herzogenrath konnte ein spanisches Medizintechnikunternehmen angesiedelt werden, das von dort aus den deutschen Markt bearbeitet. Seit Mitte 2018 agieren dort 8 Mitarbeiter. Der Europastandort eines koreanischen Automobilzulieferunternehmens konnte ebenfalls in Herzogenrath angesiedelt werden. Seit Mai 2018 wird dort Forschung und Entwicklung gemeinsam mit RWTH-Instituten vollzogen, um sich stärker im europäischen Markt zu positionieren. Im Rahmen der regionalen Korea-Aktivitäten

könnt der Standort Technologie Park Herzogenrath überzeugen. Ein vormalig Aachener Ingenieurbüro aus der Baubranche konnte im 1. Quartal 2018 vom Standort Herzogenrath überzeugt werden. Im Technologiepark Herzogenrath konnten einem stark expandierenden Lasertechnikunternehmen weitere Flächen zugeführt werden. Ein weltweit agierendes Medizintechnikunternehmen wurde beim Erwerb eines Gewerbegrundstücks in Herzogenrath begleitet. Das mehrfach ausgezeichnete Unternehmen wird dem Standort somit langfristig erhalten bleiben. Ein weiteres Spinn-off der FH Aachen aus dem Bereich Lasertechnik konnte im Technologie Park Herzogenrath angesiedelt werden. Das innovative Unternehmen bietet neue Wege beim Laserschweißen im Vakuum und bereichert die Lasertechnikkompetenz vor Ort. Darüber hinaus wurde die Erweiterung eines System- und Anlagentechnikunternehmens für die Mikrolaserbearbeitung ebenso wie die Erweiterung eines Softwareherstellers erfolgreich begleitet.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopffzahlen) bei der WFG betrug zum Jahresanfang 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Jahresende 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte betrug per Jahresultimo absolut 4 bzw. prozentual rund 67 %. Die verbliebenen nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über Telearbeitsplatz-Funktionalitäten und nutzen wesentlich die Möglichkeiten des Home-Office. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG NRW) bei der Personalentwicklung stets beachtet.

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu beziffern auf rund 3.265 T€ und somit rund 157 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt im Wesentlichen in der planmäßigen Abschreibungen (150 T€) begründet. Bei den Forderungen, die insgesamt 3.771 T€ betragen (Vorjahr 6.335 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund (von 5.820 T€ auf 3.316 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing im Vergleich zum Vorjahresausweis ist sowohl darauf zurückzuführen, dass planmäßige Tilgungsleistungen erbracht wurden, als auch Auslaufzeitpunkte von Zinsbindungen zum Anlass genommen wurden, Engagements in gegenseitigem Einvernehmen zu beenden. Der Kassenbestand hat sich von rund 1.317 T€ auf 1.567 T€ erhöht. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen. Das Eigenkapital hat sich gewinnbringend erhöht. Die Verbindlichkeiten sind von 8.987 T€ auf 5.466 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar. Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 12.081 T€ auf 8.715 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|-----------------------|---------------|---------|
| | T€ | T€ |
| Anlagevermögen | 3.265 | 3.423 |
| Gesamtvermögen | 9.715 | 12.081 |
| Anlageintensität in % | 37 | 28 |

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100/ Gesamtvermögen

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|-------------------------|---------------|---------|
| | T€ | T€ |
| Eigenkapital | 2.517 | 2.368 |
| Gesamtkapital | 8.715 | 12.081 |
| Eigenkapitalanteil in % | 29 | 20 |

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100/ Eigenkapital

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|------------------------|---------------|---------|
| | T€ | T€ |
| Fremdkapital | 6.197 | 9.713 |
| Eigenkapital | 2.517 | 2.368 |
| Verschuldungsgrad in % | 246 | 410 |

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 542 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von rund 46 %. Im Geschäftsjahr wurden Grundstücke in der Größenordnung von rund 11.000 qm veräußert. Hieraus resultieren Erlöse in Höhe von 904 T€. Demgegenüber stehen Bestandsveränderungen in selbiger Höhe. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus Zinsüberschüssen.

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100/ Gesamtleistung

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|-------------------------|---------------|---------|
| | T€ | T€ |
| Jahresergebnis | 149 | -14 |
| Gesamtleistung | 819 | 1.182 |
| Umsatzrentabilität in % | 18 | - |

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100/ Eigenkapital

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|-------------------------------|---------------|---------|
| | T€ | T€ |
| Jahresergebnis | 149 | -14 |
| Eigenkapital | 2.517 | 2.368 |
| Eigenkapitalrentabilität in % | 6 | - |

Prognosebericht

Die WFG verfügt 2019 über insgesamt 3 Ertrags- bzw. Einnahmequellen:

- a) Leasingzinsüberschuss
- b) Sockelförderung
- c) Vermietungsergebnisse.

Der Leasingzinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt bzw. in der Nachfolge von Vertragsaufhebungen bzw. Vertragsauslauf. Insgesamt weist die Zinsüberschusskurve einen treppenförmig abfallenden Verlauf auf. Auf Grund des erreichten Volumens an Tilgung (relativiert am seinerzeitigen Gesamtinvestitionsbetrag) sind die Risiken der WFG limitiert, beim etwaigen Ausfall eines Leasingnehmers in wirtschaftliche Turbulenzen zu geraten. Die Sockelförderung als Einnahmequelle wird 2019 im Zusammenhang mit dem reduzierten Betätigungsumfang und der geänderten Kostenstruktur (keine hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr) abgesenkt, wovon die Haushalte der Gesellschafter spürbar profitieren. Im Gewerbeimmobilienbereich erwartet die Geschäftsführung unter der Annahme eines vertragskonformen Verhaltens der Mietparteien weder spartenbezogene Überschüsse Fehlbeträge, sondern in etwa ausgeglichene Ergebnisse. Die Büroräumlichkeiten am Standort Alsdorf wurden zum 31.07.2018 aufgegeben. Zu diesem Zeitpunkt endete das Geschäftsbesorgungengagement für die Business Park Alsdorf GmbH. Auch für die Technologiepark Herzogenrath GmbH war die WFG ab diesem Zeitpunkt nicht mehr aktiv. Diese beiden Mandate waren in den vorangegangenen Geschäftsjahren die umsatzstärksten der WFG. Im Bereich des Kunst- und Kulturzentrums Monschau (kurz KuK) wurde der auslaufende Mietvertrag bis 31.07.2019 verlängert. Im 4. Quartal 2018 begann die letztmalige Prüfung von Seiten der NRW.Bank in Bezug auf die Fördermittelkonformität.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Geschäftsvolumen abzubauen und hierbei insbesondere Restrisiken zu minimieren, sei es im Leasingbereich oder sei es im Gewerbeimmobilienvermietungsbereich. Im Vermietungsbereich ist die WFG ebenfalls bemüht, mittelfristig die Anzahl der Engagements noch weiter zu reduzieren. Für das größere der beiden Engagements ist eine Übergangslösung zur Jahresmitte 2021 generiert worden. Bis dahin ist es wichtig, die Auslastung auf einem bestmöglichen Niveau zu konservieren und das Mietverhältnis komplikationsfrei und mietvertragstreu zu gestalten. Hierin liegt eine Herausforderung.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind für die Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen aus vier Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu entsenden und das von ihm entsandte Mitglied wieder abzurufen. Die Entsendung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Gesellschafterversammlung:

Jede 2.100 Euro eines Kapitalanteils gewährt eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch
Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|--------------------------|----------------------|---------------------------|
| | Kunibert Matheis | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreterin: | Ingrid von Morandell | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|------------------|---------------|
| StädteRegion Aachen | 2.008.400 | 33,333 |
| Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG | 2.008.400 | 33,333 |
| Sparkassen Immobilien GmbH | <u>2.008.400</u> | <u>33,333</u> |
| | 25.200 | 100,000 |

Komplementärin: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH -ohne Kapitalanteil-

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 - in € - | 2017 - in € - | 2018 - in € - |
|---|------------------|------------------|------------------|
| Anlagevermögen | 1.657.060 | 1.640.065 | 1.623.070 |
| Umlaufvermögen | 2.536.452 | 3.722.210 | 4.489.166 |
| I. Vorräte | 2.352.339 | 3.567.278 | 3.788.752 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 36.245 | 54.748 | 21.002 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 147.867 | 100.184 | 679.412 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 4.384 | 2.658 | 1.830 |
| Bilanzsumme Aktiva | 4.197.895 | 5.364.934 | 6.114.066 |
| Eigenkapital | 72.626 | 81.176 | 6.054.729 |
| I. Kapitalant. Kommanditisten | 25.200 | 25.200 | 6.025.200 |
| II. Rücklagen | 65.085 | 47.426 | 36.869 |
| III. Jahresfehlbetrag | -17.659 | -10.557 | -7.790 |
| Rückstellungen | 8.550 | 8.550 | 8.850 |
| Verbindlichkeiten | 4.116.134 | 5.294.017 | 49.684 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 586 | 298 | 1.254 |
| Bilanzsumme Passiva | 4.197.895 | 5.364.934 | 6.114.066 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 - in € - | 2017 - in € - | 2018 - in € - |
| Umsatzerlöse | 236.714 | 234.317 | 238.743 |
| Erhöhung d. Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen | 72.780 | 1.214.939 | 221.474 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 0 | 175 | 3.563 |
| Materialaufwand | 163.756 | 1.305.776 | 313.847 |

| | | | |
|------------------------------------|---------------|---------------|--------------|
| Abschreibungen | 16.996 | 16.995 | 16.995 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 112.224 | 102.986 | 127.089 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 34.196 | 34.231 | 13.639 |
| Jahresfehlbetrag | 17.659 | 10.557 | 7.790 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------|------|------|------|
| Geringfügig Beschäftigte | 1 | 1 | 1 |

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind weitere Kennzahlen nicht von wesentlicher Aussagekraft.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die Städteregion Aachen ist mit 8.400 Euro, entsprechend zu 1/3 am Gesellschaftskapital als Kommanditistin beteiligt. Am Gewinn-/Verlust der Gesellschaft nimmt die Städteregion Aachen in Höhe ihres Kapitalanteils teil. Im Jahr 2018 hat die StädteRegion Aachen keine Zahlungen zur Verlustabdeckung geleistet. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM Verwaltungs GmbH– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Gemäß Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück

in Würselen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierenden Verpflichtungen zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt. Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft gelungen, alle weiteren Flächen des neuen Gewerbegebietes zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügen wird. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH wird mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen und mit Zahlung der dann fälligen Kaufpreise in Höhe von insgesamt 1.451.020,00 € erfolgen. Die Fälligkeitsvoraussetzungen lagen im Berichtsjahr noch nicht vor. Im Berichtsjahr lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen, in der Erstellung des Entwässerungskonzeptes und in der Bereitstellung von Flächen für den ökologischen Ausgleich und für den Artenschutz, die in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Bereich „Duffesheider Weg“ nachgewiesen werden können. Entsprechende Kaufverträge sind noch zu schließen. Auch wurden im Jahresverlauf weitere Finanzierungsgespräche mit den Gesellschaftern geführt mit dem Ziel, einerseits das Eigenkapital der Gesellschaft zu erhöhen und darüber hinaus andererseits anfallende Finanzbedarfe über Darlehen zu sichern. So wurde zur Entwicklung des neuen Gewerbegebietes in 2018 das Eigenkapital um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Erschließungskosten abgeschlossen. Des Weiteren wurden in 2018 die zur Durchführung des Bebauungsplanverfahrens notwendigen Untersuchungen auf Kampfmittel abgeschlossen und mit den archäologischen Sondierungsmaßnahmen auf Bodendenkmäler begonnen. Die archäologische Untersuchung des Plangebietes konnte in 2018 noch nicht abgeschlossen werden und wird derzeit fortgeführt, da erhebliche Funde angetroffen wurden. Die Entwässerung des neuen Gewerbegebietes konnte zwischenzeitlich in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde und dem Wasserverband gesichert werden, ohne die ein rechtskräftiger Bebauungsplan nicht zustande kommen kann. Nach wie vor steht die Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 aus, die jedoch für 2019 erwartet wird.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.623.069,92 € (26,54%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 3.740.382,71 € (61,17%), geleistete Anzahlungen und kurzfristige Forderungen in Höhe von 69.371,44 € (1,13%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 679.412,15 € (11,11%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 28.682,40 €, das als Treuhandkonto die Kauttionen der Mieter umfasst. Der gleiche Betrag wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge für das Jahr 2019, die bereits im Jahr 2018 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht. Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (98,54%) strukturiert. Verbindlich-

keiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 17.999,00 €. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Erschließungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück (Nord) korrespondiert mit der Weiterentwicklung des unmittelbar angrenzenden Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück mit der geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn durch die Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH. Aus der zeitlichen Realisierung der Verschwenkung der Start- und Landebahn ergeben sich für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Chancen und Risiken. Die Schaffung des erforderlichen Planungsrechts als Grundlage für die Erschließung des Gewerbegebietes hat sich mehrfach verzögert und wird auch nach derzeitigem Verfahrensstand erst in 2019 erfolgen, so dass der Wirtschaftsplan der Gesellschaft abermals fortgeschrieben werden muss, da sich die Vermarktungsmöglichkeit der entstehenden Netto-Gewerbeflächen weiter verzögern wird. Dadurch werden voraussichtlich Vermarktungserträge erst im Jahr 2020 etatisiert werden können, so dass für 2019 von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen werden kann. Insgesamt tritt allerdings hierdurch nur eine zeitliche Verschiebung ein, die das Gesamtergebnis der Gesellschaft nicht negativ beeinflussen dürfte.



Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flughafens Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-------------------|----------------------|---------------------------|
| | Kunibert Matheis | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreterin: | Ingrid von Morandell | StädteRegionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|--------------|---------------|
| StädteRegion Aachen | 8.400 | 33,333 |
| Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG | 8.400 | 33,333 |
| Sparkassen Immobilien GmbH | <u>8.400</u> | <u>33,333</u> |
| | 25.200 | 100,000 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Bilanz: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Anlagevermögen | 0 | 0 | 0 |
| Umlaufvermögen | 20.911 | 21.112 | 21.742 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 17.999 | 17.999 | 17.999 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 2.912 | 3112 | 3.743 |
| Bilanzsumme Aktiva | 20.911 | 21.112 | 21.742 |
| Eigenkapital | 18.709 | 19.076 | 19.540 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.200 | 25.200 | 25.200 |
| II. Jahresüberschuss/fehlbetrag | 322 | 367 | 464 |
| III. Vortrag auf neue Rechnung | -6.814 | -6.491 | - 6.124 |
| Rückstellungen | 2.065 | 1.955 | 1.981 |
| Verbindlichkeiten | 137 | 81 | 191 |
| Bilanzsumme Passiva | 20.911 | 21.112 | 21.742 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Sonst. betriebliche Erträge | 72.000 | 72.157 | 72.000 |
| Sonst. betriebliche Aufwendungen | 74.318 | 74.430 | 74.147 |
| Erträge aus Beteiligungen | 2.640 | 2.640 | 2640 |
| außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss | 322 | 367 | 494 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------|-------|-------|-------|
| Mitarbeiter | keine | keine | keine |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist am Ergebnis der Gesellschaft entsprechend ihrem quotalen Anteil beteiligt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM GmbH & Co. KG– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Entsprechend der Formulierung im Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie in den Vorjahren der örtlichen Rechnungsprüfung der StädteRegion Aachen übertragen. Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & CoKG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & CoKG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & CoKG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & CoKG monatlich in Rechnung gestellt. Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & CoKG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des

eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können. Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten. Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Camp Astrid GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementärin, der Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist beschließendes Organ in allen Angelegenheiten, die hierfür im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sind. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Camp Astrid Verwaltungs GmbH
Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|-------------------|---------------------------|
| | Kunibert Matheis | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Klaus-Dieter Wolf | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 50.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|----------------------------|----------------------------------|--------------|
| StädteRegion Aachen | 12.500 | 25,00 |
| Stadt Stolberg | 25.000 | 50,00 |
| Sparkassen Immobilien GmbH | <u>12.500</u> | <u>25,00</u> |
| | 50.000 | 100,000 |
| Komplementärin: | Camp Astrid Verwaltungs GmbH | |
| | -kein Kapitalanteil- | |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 4.598 | 1.150 | 1 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 4.598 | 1.150 | 1 |
| B. Umlaufvermögen | 10.617.984 | 10.036.634 | 8.064.856 |
| I. Vorräte | 8.375.700 | 7.374.396 | 6.059.793 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 1.573.659 | 1.527.635 | 1.538.160 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 668.625 | 1.134.603 | 466.902 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 3.466 | 3.620 | 3.313 |
| Bilanzsumme Aktiva | 10.626.048 | 10.041.404 | 8.068.170 |

| | | | |
|----------------------------------|-------------------|-------------------|------------------|
| A. Eigenkapital | 122.964 | 122.964 | 122.964 |
| I. Kapitalanteile Kommanditisten | | | |
| 1. Festkapital | 50.000 | 50.000 | 50.000 |
| 2. Bewegliches Kapital | 72.964 | 72.964 | 72.964 |
| B. Rückstellungen | 17.300 | 10.200 | 28.600 |
| C. Verbindlichkeiten | 10.485.784 | 9.908.240 | 7.916.606 |
| Bilanzsumme Passiva | 10.626.048 | 10.041.404 | 8.068.170 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|----------|-----------|-----------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 190.711 | 532.845 | 685.083 |
| Verminderung des Bestands an Unfertigen Erzeugnissen | 243.465 | 1.001.304 | 1.314.602 |
| Materialaufwand | 38.261 | 0 | 3.199 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 99.630 | 584.759 | 692.614 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 78.829 | 9 | 28.135 |

| | | | |
|-------------------------------------|----------|----------|----------|
| Abschreibungen | 3.449 | 3.448 | 1.149 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 70.874 | 67.425 | 73.651 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 0 | 0 | 0 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|-------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter | keine | keine | keine |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an den Gewinnen/Verlusten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Kupferstadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet durchgeführt. Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen. Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Neben den eingezahlten Kapitalanteilen der Kommanditisten verfügt die Gesellschaft im Berichtsjahr über Grundbesitz in der Größenordnung von ca. 9,5 ha vermarktbarer Gewerbegebietsfläche. Die

dazugehörenden Waldflächen und Verkehrsflächen wurden im Jahr 2017 und im Sommer 2018 an die Kupferstadt Stolberg übertragen.

Zur Finanzierung der Maßnahme hatte die Gesellschaft mit Datum vom 20.05.2005 ein zinsvariables Kommunaldarlehen auf EURIBOR-Basis in Höhe von 5 Mio. Euro und ein festverzinsliches Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgenommen. Die Sicherung der Darlehen erfolgt über eine Ausfallbürgschaft der Stadt Stolberg in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro. Die Darlehns(rest)schuld wurde seitens der Kupferstadt Stolberg im Mai 2015 beglichen. Die tagesaktuelle Liquidität der Gesellschaft wird über ein Tagesgeldkonto sichergestellt.

Voraussetzung, im treuhänderisch für die Stadt Stolberg zu arbeiten zu können, war am 30.09.2002 von der Bezirksregierung Köln ausgesprochene Anerkennung der Gesellschaft als Entwicklungstreuhänder für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid gem. § 167 i. V. m. § 158 BauGB. Hierbei handelt es sich um eine maßnahmenbezogene Anerkennung, die nur für das Projekt Camp Astrid gilt.

Zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten der Maßnahme hat die Stadt Stolberg einen Förderantrag auf Zuweisung von Städtebaufördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Die Maßnahme ist seit 2001 im Städtebauförderprogramm des Landes NRW enthalten und erhielt seit 2005 Fördermittel aus dem Bundesprogramm Stadtumbau West.

Da mit dem Abruf der Fördermittel der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum für die Maßnahme endete, wurde an die Bezirksregierung Köln ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraums gestellt. Dem Antrag wurden entsprochen und der Durchführungszeitraum bis zum 31.12.2014 verlängert. Mit Datum vom 29.04.2015 wurde absprachegemäß an die Bezirksregierung Köln ein weiterer Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraums bis zum 31.12.2016 gestellt. Im dritten Quartal 2015 wurden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln in Bezug auf den Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid geführt. Es wurde seitens der Bezirksregierung vorgegeben, dass der Schlussverwendungsnachweis bis Ende 2015 eingereicht werden soll, was mit Versand am 03.12.2015 geschehen ist. Mit Einreichung des Schlussverwendungsnachweises geht die Aufhebung der Entwicklungssatzung einher. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 ff. BauGB) für den Bereich des Gewerbegebietes „Camp Astrid“ ist abgeschlossen. Die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurden erreicht, die Notwendigkeit einer Fortsetzung besteht nicht. Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 BauGB i. V. m. § 162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist daher die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches aufzuheben.

Seit Jahren begleitet den Standort die Artenschutzthematik rund um die Schlingnatter. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind die StädteRegion Aachen und die Kupferstadt Stolberg in Bezug auf die weitere Vorgehensweise abgestimmt und Ausgleichsmaßnahmen sind für den Standort eingeleitet worden. Diese Ausgleichsmaßnahmen für den Artenschutz sind notwendig, damit weitere gewerbliche Nutzungen generiert werden können.

Vermarktungssituation

Die aktuelle Vermarktungssituation ist sehr positiv. Im Jahr 2018 wurden mit 44 Unternehmensvertretern Vertriebsgespräche in dem Sinne geführt, dass ihnen der Standort Camp Astrid präsentiert wurde. Davon konnte bei ca. 45 % der Anfragenden leider kein weiterführendes Interesse am Standort Camp Astrid identifiziert werden. Bei ca. 30 % der potentiellen Kunden konnte ein Anfangsinteresse

geweckt werden, wobei diese Kunden bis dato unschlüssig und unentschieden sind. Ganz konkretes Kaufinteresse konnte bei ca. 25 % der Unternehmen hervorgerufen werden, was dazu geführt hat, dass diese Unternehmungen das jeweilige Grundstück konkret beplanen und die entsprechenden Flächen gesellschaftsseitig reserviert werden. Bei drei der konkret planenden Unternehmen ist eine Reservierung leider nicht in einem Flächenverkauf gemündet. Aktuell sind ca. 2,1 ha Fläche Gegenstand von Reservierungen bzw. Verkaufsverhandlungen. Im Berichtszeitraum konnten 6 Grundstücksflächen in einem Volumen von ca. 18.600 qm vollzogen werden, vier dieser Kaufverträge wurden in 2018 beurkundet, zwei stammen aus 2016 bzw. 2017. Dieser Wert liegt noch höher als der des Vorjahres, was das Jahr 2018 zum bisher erfolgreichsten Vermarktungsjahr der Standortgeschichte macht. Besonders erfreulich ist, dass mit den Verkäufen ein starker Mitarbeiterereffekt verbunden ist.

Im Einzelnen wurden folgende Grundstücke generiert:

- Ein IT-Unternehmen aus Aachen hat ein ca. 3 Tsd. m² großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid erworben. Das Neubauvorhaben startete bereits im Sommer 2018 und soll im Mai 2019 abgeschlossen sein. Das innovative Unternehmen, das vornehmlich IT-Dienstleistungen für Schulsoftware anbietet, wird mit mehr als 30 Mitarbeitern vom neuen Standort aus agieren.
- Ein Abbruchunternehmen hat in Camp Astrid ca. 7,7 Tsd. m² Erweiterungsfläche erworben. Im Rahmen der positiven Unternehmensentwicklung werden darauf in den nächsten Jahren sowohl weitere Gebäude errichte, als auch die Mitarbeiterzahl um ein Vierfaches erhöht.
- Ein Schildanlagenhersteller aus Belgien und Frankreich hat im Frühjahr 2018 ein ca. 2,5 Tsd. m² großes Grundstück im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid erworben. Der Neubau des Deutschland-Standortes ist für das Jahr 2019 geplant.
- Ein Transportunternehmen hat im Berichtszeitraum einen Grundstückskauf in der Größenordnung von ca. 5,4 Tsd. m² beurkundet. Die Errichtung der neuen Firmenzentrale ist für die zweite Jahreshälfte 2019 angedacht. Das Unternehmen bringt mehr als 20 Mitarbeiter an den Standort Camp Astrid.
- Des Weiteren wurde des Flächenverkauf an ein Metallbauunternehmen in der Größenordnung von ca. 3,2 Tsd. m² Grundstücksfläche, ein Flächenverkauf in der Größenordnung von ca. 0,8 Tsd. m² an ein CNC-Unternehmen und ein Grundstücksflächenverkauf an ein Unternehmen aus dem Automobilbereich im Berichtszeitraum wirtschaftlich relevant.

Darüber hinaus wurden die vorhandenen Verkehrsflächen und noch verbleibende Waldflächen an die Kupferstadt Stolberg übertragen.

Branchenseitig stammen die derzeit noch interessierten Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Produktion und Dienstleistung.

Die Anfragenstruktur zeigt, dass ca. 50 % der aktuell interessierten Unternehmen noch keinen Unternehmenssitz am Standort Stolberg vorhalten. Teilweise sind die anfragenden Unternehmen aufgrund der Unternehmensentwicklung nicht mehr am derzeitigen Standort in der Kupferstadt expansionsfähig und benötigen eine Alternative für weiteres Wachstum. Aktuell sind ca. 13,3 ha der Camp Astrid Gewerbefläche vermarktet. Das seinerzeit formulierte Ziel, einen Gewerbestandort in der Kupferstadt Stolberg zu schaffen, an dem sich Wirtschaft entwickeln und entfalten kann, wurde im Jahr 2018 weiter verfolgt und erfolgreich umgesetzt.

Finanzlage

Alle Konten werden im Berichtsjahr auf Guthabenbasis geführt. Den Verpflichtungen finanzieller Art konnte zu jedem Zeitpunkt nachgekommen werden.

Prognosebericht

Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Wald- und Verkehrsflächen sind auf die Kupferstadt übertragen worden. Die aktuelle und zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen wird weiterhin seitens der Gesellschaft aktiv betrieben.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der insbesondere seit dem Geschäftsjahr 2014 eingesetzte Vermarktungsschwung konnte auch im Berichtsjahr fortgeführt bzw. sogar gesteigert werden. Für das Jahr 2019 ist man ebenfalls optimistisch, Flächenvolumina in ähnlicher Größenordnung zu vermarkten. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 13 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen mit einem Flächenvolumen von 2,1 ha vor. Im Jahr 2016 ist wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung über das Vermögen eines Vertragspartners das Insolvenzverfahren eröffnet worden. In diesem Grundstücksgeschäft, dessen Ursprünge in das Jahr 2012 zurückreichen, ist im Rahmen komplexer Vertragsbedingungen die Kaufpreiszahlung in Teilen in die Zukunft datiert worden. Mit anderen Worten wird der Kaufpreis des Grundstückes in monatlichen Raten gezahlt. Danach, d.h. auch nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, hat der Insolvenzverwalter sämtliche KaufpreISRaten nach Maßgabe des Kaufvertrags erfüllt. Im Frühjahr 2018 konnte der Kaufvertrag mit der CA KG mit einem neuen Investor weitergeführt werden. Der Weiterverkauf der Grundstücke ist in Fortsetzung zur Vorgehensweise beim Weiterverkauf einer Teilfläche im Jahr 2015 durchgeführt worden. Der neue Vertragspartner ist in den zwischen der CA KG und dem bisherigen Kunden geschlossenen Kauvertrag eingetreten., d.h. er hat nahezu alle relevanten Pflichten aus dem damaligen Kauvertrag übernommen. Durch den Weiterverkauf der Grundstücke sind der CA KG finanziell und im Hinblick auf die weitere Nutzung und Entwicklung des Grundstücks keine Nachteile entstanden. Somit konnte in diesem Projekt eine nachhaltige Lösung gefunden werden, die Risiko und finanziellen Schaden von der Gesellschaft fernhält.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der beziehungsweise für die Camp Astrid GmbH und Co KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung und die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern.

Gesellschafterversammlung:

Pro 6.250,- Euro Einlage hat jeder Gesellschafter eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|-------------------|--------------------------|
| | Kunibert Matheis | Städtereionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Klaus-Dieter Wolf | Städtereionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|----------------------------|--------------|--------------|
| Stadt Stolberg | 12.500 | 50,00 |
| StädteRegion Aachen | 6.250 | 25,00 |
| Sparkassen Immobilien GmbH | <u>6.250</u> | <u>25,00</u> |
| | 25.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 0 | 0 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 40.321 | 41.790 | 41.239 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 14.061 | 15.840 | 15.656 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 26.261 | 25.950 | 25.583 |
| Bilanzsumme Aktiva | 40.321 | 41.790 | 41.239 |
| A. Eigenkapital | 35.353 | 36.227 | 37.284 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| II. Gewinnvortrag | 9.580 | 10.353 | 11.227 |
| III. Jahresüberschuss | 773 | 875 | 1.057 |
| B. Rückstellungen | 2.414 | 2.464 | 2.398 |
| C. Verbindlichkeiten | 2.555 | 3.099 | 1.557 |
| Bilanzsumme Passiva | 40.321 | 41.790 | 41.239 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Betriebliche Erträge | 29.130 | 29.892 | 23.287 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 27.970 | 28.856 | 22.033 |
| Ergebnis nach Steuern | 1.017 | 875 | 1.057 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | 773 | 875 | 1.057 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------|-------|-------|-------|
| Mitarbeiter | keine | keine | keine |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der Gesellschaft mit einer Einlage von 6.250,- € beteiligt. Es besteht darüber hinaus keine Verbindung zum Haushalt der StädteRegion.

Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid GmbH & Co. KG.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Gesellschaftszweck ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat. Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt. Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen. Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Gelder, die der Gesellschaft aus eingezahlten Stammeinlagen zur Verfügung gestellt werden, wurden im Berichtszeitraum auf einem Festgeldkonto bei der Sparkasse Aachen als Termineinlage erwartet.

Über den mit der Stadt Stolberg abgeschlossenen Treuhändervertrag kann die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert angesehen werden. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen.

Im Berichtszeitraum konnten vier Grundstücksgeschäfte beurkundet werden.

In der 29. Gesellschaftersitzung der Camp Astrid Verwaltungs GmbH am 29.06.2015 wurde Herr Michale Eßers zum Geschäftsführer der Gesellschaft ab 01.07.2015 bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Am 26.08.2015 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden. Die Geschäftsführung durch Herrn Eßers ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen (WFG) definiert. Die WFG wird seit dem 01.08.2018 ohne hauptamtlich Beschäftigte geführt. Daraus folgend wird der Geschäftsbesorgungsvertrag zum 30.06.2019 auslaufen und Herr Eßers nicht mehr als Geschäftsführer zur Verfügung stehen. Die entsprechende Nachfolge wird seitens des Rats der Kupferstadt Stolberg frühzeitig beschlossen und anschließend im Gremienkreis der Gesellschaft umgesetzt.

Prognosebericht

Die Kernaufgabe der Gesellschaft in 2019 ist die Vermarktung und Verwaltung der Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Durch den Vermarktungsschwung seit dem Geschäftsjahr 2014 hat das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung genommen und sich qualitativ und quantitativ weiter entwickelt. Die aktuellen Gesprächsstände lassen Optimismus dahingehend zu, dass die positive Vermarktungssituation mindestens auch in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2019 aufrecht erhalten bzw. fortgeführt werden kann. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung liegen 13 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor. Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte zwar kein operationelles Risiko für die Gesellschaft. Die Dynamik am Standort würde jedoch an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Vogelsang IP gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms und von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten stehen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat wurde mit Neufassung des Gesellschaftsvertrages per 1. Januar 2018 aufgelöst.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Sie haben die Interessen ihrer Gebietskörperschaft zu verfolgen, sind an die Beschlüsse ihrer Vertretung gebunden und haben ihr Amt auf deren Beschluss jederzeit niederzulegen. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entsendung eines Nachfolgers im Amt. Die Benennung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig. Satz 2 gilt nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Albert Moritz

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|-----------------------|---|
| Stimmführer: | Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| Stellvertreter: | Markus Terodde | Dezernent |
| | Elisabeth Paul | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Hans-Josef Hilsenbeck | Städteregionstagsmitglied (verst.) |
| | Andreas Hermanns | Städteregionstagsmitglied (ab 26.01.2018) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 100.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--|--------------|--------------|
| LVR Landschaftsverband Rheinland | 70.000,00 | 70,00 |
| Kreis Euskirchen | 17.142 | 17,142 |
| StädteRegion Aachen | 4.286 | 4,286 |
| Kreis Düren | 2.857 | 2,857 |
| Kreis Heinsberg | 1.429 | 1,429 |
| Stadt Schleiden | 2.857 | 2,857 |
| Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens | <u>1.429</u> | <u>1,429</u> |
| | 100.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Anlagevermögen | 45.551.779 | 45.777.931 | 44.641.951 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 18.694 | 14.299 | 11.318 |
| II. Sachanlagen | 45.533.085 | 45.763.632 | 44.630.633 |
| Umlaufvermögen | 2.594.346 | 1.849.016 | 2.407.885 |
| I. Vorräte | 283.905 | 238.465 | 159.655 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 1.291.621 | 916.902 | 979.646 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 1.018.819 | 693.649 | 1.268.584 |
| RAP | 44.801 | 56.848 | 57.191 |
| Bilanzsumme Aktiva | 48.190.927 | 47.683.794 | 47.107.027 |
| Eigenkapital | 11.103 | 11.025 | 397.183 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 27.300 | 27.300 | 100.000 |
| II. Kapitalrücklage | | 0,00 | 313.381 |
| III. Verlustvortrag | -16.198 | -16.198 | 0,00 |
| IV. Jahresüberschuss | 0 | 0 | 0,00 |
| SoPo f. Investitionszuschüsse | 34.776.332 | 33.289.229 | 31.807.365 |
| Rückstellungen | 158.328 | 235.878 | 351.276 |
| Verbindlichkeiten | 13.245.164 | 14.147.585 | 14.551.203 |
| Bilanzsumme Passiva | 48.190.927 | 47.683.794 | 47.107.027 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|-----------|-----------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 918.319 | 2.161.985 | 2.154.068 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 683.545 | 1.183.475 | 1.474.759 |
| dav. Zuschüsse der Gesellschafter | 500.000 | 847.760 | k.A. |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 813.385 | 461.795 | 244.501 |
| Erträge aus der Auflösung von Son- derposten | 609.764 | 1.487.103 | 1.481.864 |
| Materialaufwand | 229.353 | 307.632 | 343.972 |
| Personalaufwand | 1.481.202 | 1.525.834 | 1.650.830 |
| Abschreibungen | 777.591 | 1.995.094 | 2.025.255 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 738.682 | 1.201.538 | 1.147.551 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 7.687 | 753 | 61.419 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 55.404 | 200.970 | 251.526 |
| Jahresfehlbetrag | 0 | 0 | 86.619 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen | 41 | 38 | 42 |
| Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
| Anlagendeckungsgrad I | 76 | 73 | 72 |
| Eigenkapitalquote | 63 | 63 | 62 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2018 einen Betriebskostenzuschuss für die vogelsang ip gGmbH in Höhe von 44.128,53 € gezahlt. Als Gesellschaft, zu der seitens der vogelsang ip gGmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die SEV GmbH zu nennen.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind. Der öffentlich Zweck wurde im Jahr 2018, wie in den Vorjahren, vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die weiter zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im National-

park Eifel, das neue Forum als Informationszentrum am Standort Vogelsang IP sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen. In 2019 ist die Beantragung der Anerkennung als Bildungswerk nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW geplant.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Änderung des Gesellschaftsvertrags zum 01.01.2018

Zum 01.01.2018 wurde eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen, die am 06.03.2018 ins Handelsregister eingetragen wurde. Wesentliche Punkte sind:

- Erhöhung des Stammkapitals auf 100.000 €, dabei neue Beteiligung des LVR i.H.v. 70% und quotale Reduzierung bei den anderen Gesellschaftern,
- Einzahlung in die Kapitalrücklage von 400.000 € nach den neuen Beteiligungsquoten,
- Entfall des in den früheren Betriebsjahren bestehende Organs Aufsichtsrat,
- Mehrheitserfordernis bei einzelnen wichtigen Beschlüssen von 85% (vgl. § 8 Abs. 4 des neuen Gesellschaftsvertrages)
sowie
- Erhöhung des Rahmens für den Verlustausgleich der Gesellschafter auf maximal 1,4 Mio. € p.a.

Wirtschaftsbericht inkl. Geschäftsverlauf und VFE-Lage

Geschäftsverlauf

a) Laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von Vogelsang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie (Verpachtung), etc. mit täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation) – seit Neueröffnung des Forums am 11.09.2016,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wieder Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitprogrammen von Tagungen und Konferenzen
und
- das Angebot von Wechsausstellungen.

Darüber hinaus vermietet die GmbH einen Teil der Forumsflächen langfristig an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW zum Betrieb des Nationalpark-Zentrums Eifel und der dortigen Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“. Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW. Die Betriebsführung des beide Ausstellungen erschließenden Besucherzentrums erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH. Nach der Neueröffnung des Forums am 11.09.2016 war das Jahr 2018 das zweite durchgängige Normaljahr. Im Ergebnis waren folgende Nachfragewerte festzustellen:

- 270.500 Besucherinnen und Besucher insgesamt im Forum (d.h. geringfügig gestiegen gegenüber dem Vorjahr)
- 2.039 Bildungsformate (zzgl. ca. 100 Sonderformate) mit 35.652 Teilnehmenden (zzgl. ca. 2.500 in Sonderformaten), davon 8.313 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in überwiegend vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen (das sind bei den Schülerinnen/Schülern bzw. Jugendlichen plus 16%, insgesamt minus 13% Bildungsformate im Vergleich zum Vorjahr)

Hinzu kamen

- 34.524 Individual-Besucherinnen und -Besucher der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch ...“ (minus 3% gegenüber dem Vorjahr)

Die Nachfragewerte bewegen sich unverändert auf hohem Niveau, jedoch ist die mit 5% geplante Steigerung der Nachfragewerte in 2018 gegenüber dem Vorjahr nur bei einem Teil der Erlösbereiche eingetreten. Besonders im 2. Halbjahr 2018 sind in einzelnen Bereichen Rückgänge eingetreten. Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2018 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortgeführt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte – u.a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB).

b) Investitionsprojekte

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschafter geförderten Maßnahmen „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“, „NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten“ standen im Jahr 2018 eine Vielzahl von Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen an. Zur Finanzierung der über die Förderung hinausgehenden Mehrkosten dienen zwei bankenfinanzierte, langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € sowie ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des LVR.

c) Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis 2018 liegt bei einem Minus vor Gesellschafterverlustausgleich in Höhe von 1,09 Mio. € und damit um 87 T€ über dem Planwert von 1,005 Mio. €; die Überschreitung ist im Wesentlichen bedingt durch im zweiten Halbjahr 2018 deutlich zurückgegangene Umsatzerlöse, den Anstieg bei den Personalkosten sowie mehrere kleinteilige Entwicklungen. Die Differenz zum Planwert soll lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.11.2018 durch die Inanspruchnahme der Kapitalrücklage aufgefangen werden; sie reduziert sich hierdurch von 400 T€ auf 313 T€. Von

der Geschäftsführung wurde vor diesem Hintergrund Ende 2018 ein Konsolidierungsprozess eingeleitet. Die Maßnahmen werden ab 2019 sukzessive durchgeführt und haben insbesondere folgende Ziele:

- Steigerung der Umsatzerlöse durch Vertriebs- bzw. Kommunikationsoffensiven, Produkt- bzw. Angebotsentwicklungen, einzelne Preiserhöhungen sowie eine Erhöhung der Besuchs- bzw. Kaufanreize auf dem Gelände,
- Einwerbung von Spendengeldern / Sponsoring sowie
- eine Reihe von kleinteiligen Maßnahmen.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 44.631 T€ (Vorjahr 45.764 T€; -2,5%), darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 160 T€ (Vorjahr 238 T€; -33,0%), durch sonstige Vermögensgegenstände (hier vor allem Umsatzsteuerforderungen) von 394 T€ (Vorjahr 616 T€; -36,1%) und durch liquide Mittel in Höhe von 1.269 T€ (Vorjahr 694 T€; + 82,9%) geprägt.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 31.807 T€ (Vorjahr 33.289 T€; -4,5%),
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 9.328 T€ (Vorjahr 9.664 T€; -3,5%)
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (hier: Gesellschafterdarlehen LVR) in Höhe von 3.733 T€ (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 3.200 T€; + 16,7%)
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 437 T€ (Vorjahr 1.155 T€; -62,2%)
- Rückstellungen in Höhe von 351 T€ (Vorjahr 236 T€; + 48,9%)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 100 T€ ist in voller Höhe eingezahlt.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsbezogenen, kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens für ein Gesellschafterdarlehen des Landschaftsverbands Rheinland LVR von bis zu 4,5 Mio. €,

sowie

- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet. Der zusätzliche Kontokorrentrahmen des LVR in Höhe von maximal 1,0 Mio. € im Rahmen des Cash-Poolings wurde in 2018 nicht in Anspruch genommen. Zum Ende des Jahres 2018 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 406 T€, im Wesentlichen zum Stichtag vergebene Aufträge für Umbauarbeiten. Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.269 T€ (Vorjahr 694 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb verlief im Jahr 2018 im Ergebnis schlechter als in 04/2018 durch die Wirtschaftsplanung definiert und von der Gesellschafterversammlung freigegeben – primär auf Grund des weiter oben beschriebenen Umsatzverlaufs. Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2018 einen Verlust vor Gesellschafterverlustrausgleich in Höhe von 1.091 T€ (Vorjahr 848 T€) aus. Dieser Verlust liegt um 87 T€ über dem durch Beschluss der Gesellschafterversammlung im Rahmen der Wirtschaftsplanung gesetzten Rahmen für 2018 von maximal 1.005 T€, jedoch unter dem satzungsgemäßen Wert von 1,4 Mio. € als maximale Einzahlungsverpflichtung der Gesellschafter (vgl. § 16 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages). Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2018 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 2.154 T€ (Vorjahr 2.162 T€), d.h. -0,4%
2. Verminderung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse | 66 T€ (Vorjahr 51 T€), d.h. 31,1%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 245 T€ (Vorjahr 462 T€), d.h. -47,1%
4. Sonstige betriebliche Erträge (inkl. Gesellschafter-Verlustrausgleich) | 1.474,8 T€ (Vorjahr 1.183,5 T€), d.h.+24,6%
5. Materialaufwand | 344 T€ (Vorjahr 308 T€), d.h. +11,8%
6. Personalaufwand | 1.651 T€ (Vorjahr 1.533 T€), d.h. +7,7%
7. Abschreibungen | 2.025 T€ (Vorjahr 1.995 T€), d.h. +1,5%
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen 1.148 T€ (Vorjahr 1.202 T€), d.h. -4,5%
9. Zinserträge | 61 T€ (Vorjahr 1 T€)
10. Zinsaufwand | 252 T€ (Vorjahr 201 T€), d.h. +25,2%
11. Steuern | 18 T€ (Vorjahr 6 T€)

Prognosebericht

Wesentliche operative Schwerpunkte 2019 werden sein:

- die Umsetzung der unter Punkt 2.1.3 beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen,
 - die Durchführung eines Findungsverfahrens für eine neue Geschäftsführung,
 - die Fortführung der Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum,
 - die Stabilisierung und der Ausbau des Akademiebetriebs, insbesondere durch Einführung neuer Angebote,
 - die Durchführung mehrerer Vertriebs-/Kommunikationsoffensiven in Bezug auf verschiedene Zielgruppen und Regionen
- und
- die Antragstellung zum staatlich anerkannten Bildungswerk.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein durch Gesellschafterverlustrausgleich abgedecktes Ergebnis minus 1,11 Mio. € geplant. Hierbei liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere in Bezug auf

- den Erfolg der neuen Akademie-Angebote,
- die tatsächlich eintretende Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen)

sowie

- die weitere Entwicklung des Aufwands für das Facility-Management.

Chancen-/Risikobericht

Die Wirtschaftsplanung 2019 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte nicht exakt prognostizierbar ist. Hier spielen z.B. auch nicht beeinflussbare Faktoren wie Trends, Aktivitäten anderer Standortpartner und Wetterverhältnisse eine gewichtige Rolle. Bei den geförderten Investitionsprojekten ist bis zum Ende der Zweckbindungsdauer grundsätzlich das Risiko von Rückforderungen von Zuwendungsgebern als Ergebnis von Prüfungen gegeben. Die bisherigen Prüfungen durch die Bezirksregierung Köln und den Landesrechnungshof NRW in 2017 haben zu keinen Rückforderungen geführt. Weiterhin waren, wie vorhin beschrieben, Ende 2018 einzelne Baugewerke noch nicht abgeschlossen bzw. es laufen noch Auseinandersetzungen mit Firmen und Insolvenzverwaltern. Dadurch können bei den geförderten Investitionsprojekten ggf. weitere, über das in der Investitionsplanung prognostizierte Volumen von rd. 14 Mio. € hinausgehende Projektausgaben eintreten, z.B. durch weitere, als nicht werthaltig beurteilte Forderungen von Firmen im Rahmen laufender Maßnahmen. Bei Bilanzierung und der Prognose der Investitionen wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten auf der Grundlage vorliegender juristischer Stellungnahmen berücksichtigt. Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird unverändert eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und die Gesellschafterversammlung regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung inkl. Personal- und Investitionsplanung durchführen zu können. Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen, insbesondere in Bezug auf die Umsatzerlöse und die Liquidität, monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild **Vogelsang IP** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel und der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur,
- Projektentwicklung Kernnutzungen;
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden Flächen von ca. 90 ha,
- Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur;
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie.

Die SEV GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut. Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren jeweils 1 Mandat zu. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. Je 240 EUR eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas Fischer-Reinbach

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

| | | |
|--------------------------|-----------------------|---|
| | Hans-Josef Hilsenbeck | Städteregionstagsmitglied (verst.) |
| | Andreas Hermanns | Städteregionstagsmitglied – ab 12.04.2018 |
| Stellvertreterin: | Elisabeth Paul | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 36.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--|--------------------|--------------------|
| Bundesanstalt für Immobilienaufgaben | 12.000,00 | 33,33 |
| Land Nordrhein-Westfalen (vertr. durch das Ministerium f. Wirtschaft, Mittelstand und Energie) | 12.000,00 | 33,33 |
| Kreis Euskirchen | 6.480,00 | 18,00 |
| StädteRegion Aachen | 2.160,00 | 6,00 |
| Kreis Düren | 2.160,00 | 6,00 |
| Stadt Schleiden | <u>1.200,00</u> | <u>3,33</u> |
| | 36.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Bilanz: | | | |
| Anlagevermögen | 34.358 | 31.008 | 0 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 1 | 1 | 0 |
| II. Sachanlagen. | 34.357 | 31.007 | 0 |
| Umlaufvermögen | 271.538 | 227.469 | 273.497 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 29.824 | 20.576 | 49.076 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 241.714 | 206.893 | 224.420 |
| RAP | 3.465 | 1.471 | 479 |
| Bilanzsumme Aktiva | 309.361 | 259.948 | 273.976 |
| | | | |
| Eigenkapital | 233.230 | 204.374 | 160.433 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 36.000 | 36.000 | 36.000 |
| II. Gewinnvortrag | 217.682 | 197.230 | 168.374 |
| III. Jahresfehlbetrag | -20.452 | -28.856 | -43.942 |
| Rückstellungen | 18.351 | 18.724 | 27.424 |
| Verbindlichkeiten | 57.779 | 36.850 | 86.119 |
| Bilanzsumme Passiva | 309.361 | 259.948 | 273.976 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | | | |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 149.436 | 172.934 | 157.489 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 454.170 | 455.764 | 462.309 |
| Personalaufwand | 107.197 | 124.080 | 125.082 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 506.724 | 527.296 | 534.201 |
| Jahresfehlbetrag n. Steuern | 20.452 | 28.856 | 43.942 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------|------|------|------|
| Personalbestand: | | | |
| Mitarbeiter/innen | 5 | 6 | 7 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2018 einen Finanzierungsbeitrag zur SEV GmbH in Höhe von 27.000 € geleistet. Als Gesellschaft, zu der seitens der SEV GmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die Vogelsang IP gGmbH zu nennen.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Auszug Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2018

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018“ von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen. Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2018 waren die Vermarktung der Bestandsimmobilien und die Verhandlungen zur Übertragung der Flächen für die Kernnutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt. Nach wie vor ist es erklärter Wille des Landes NRW, die beiden öffentlichen Nutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt als Teil der 1. Entwicklungsstufe zeitnah auf dem Grundstück der Redoute zu realisieren. Die Verhandlungen zur Übertragung der hierfür erforderlichen Grundstücksflächen von insgesamt ca. 53 ha, Bauflächen an der Redoute und Umweltbildungsflächen, konnten allerdings nicht wie geplant im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll im Jahr 2019 erfolgen. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines Investorenverfahrens für das Nationalparkforstamt und den Naturerlebnistreff sind angelaufen. Der Landesbetrieb Wald und Holz hat damit NRW.URBAN beauftragt, erste planerische Überlegungen sind erfolgt. Erfolgreich war die Ausschreibung für das Grundstück am „Depot 31“. Eine Investorengemeinschaft will auf der Fläche eine Ferienwohnanlage mit bis zu 130 Betten realisieren. Die denkmalgeschützte Tankstelle und die Kasematten sollen revitalisiert werden. Der Kaufvertrag wurde Ende 2018 unterzeichnet. Nach der Schaffung von Baurecht soll mit der Umsetzung eines ersten Bauabschnittes im 2. Halbjahr 2019 begonnen werden. Für das ehemalige Kameradschaftshaus 8 konnte durch Anzeigenschaltungen ein Interessent gefunden werden, welcher die Einrichtung hochwertiger Ferienwohnungen in dem Gebäude geplant hat. Kurz vor Abschluss des Kaufvertrages zog der Interessent sein Angebot zurück, da die Finanzierung der Umbaukosten nicht gelang. Der provisorische Betrieb des Naturschutzhauses Eifel-Ardennen durch den NABU wurde fortgesetzt. Allerdings ist es dem Verein auch im Jahr 2018 nicht gelungen, die Gesamtfinanzierung zum Ankauf und Umbau des ehemaligen Kameradschaftshauses 9 zu sichern. Positiv entwickelt haben sich die Bemühungen der SEV zur Ansiedlung eines Hotels. Ein Unternehmen hat ein Konzept für einen Hotelbetrieb im 4 Sterne-Segment in allen vier sog. Hundertschaftshäusern einschließlich des Gebäudes 48 vorgelegt. Mit der Umsetzung der geplanten 164 Zimmer würden am Standort die dringend benötigten Übernachtungskapazitäten geschaffen werden. Die Sicherstellung der Finanzierung soll im Frühjahr 2019 erfolgen. Für die Immobilien Eingangsgebäude Malakoff und Fahrzeughof konnten ebenfalls Interessenten gewonnen werden. Die Verfeinerung der Nutzungskonzepte muss im 1. Halbjahr 2019 erfolgen. Für das ehemalige Kasernengebäude „Van Dooren“ incl. des 4 ha großen Grundstücks wurde im Rahmen eines Planungsworkshops im Februar 2019 eine Nutzungsperspektive entwickelt, auf dessen Grundlage im

weiteren ein Planungskonzept erstellt werden soll. Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde der dritte Bauabschnitt der Versorgungsleitungen im Hang realisiert. Die Baumaßnahmen zum Rückbau des ehemaligen Luftschuttraums vor Hundertschaftshaus 4a sowie die Sanierungsarbeiten in Gebäude 4a wurden im Sommer 2018 abgeschlossen. Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2018 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit eigenem Personal fortgeführt. Im Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogelsang als Baudenkmal wurden die Klagen des Kreises Euskirchen und der BlmA vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Über den Antrag der BlmA auf Zulassung der Berufung wurde noch nicht entschieden.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Nach der Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP“ im September 2016 war das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2016 noch ca. 218.000 betrug, im ersten vollen Betriebsjahr 2017 auf ca. 270.000 gestiegen. Dieser Wert wurde auch im Jahr 2018 erreicht, sodass zusammen mit den Besuchern der übrigen Nutzungen in den Jahren 2017 und 2018 das avisierte Gesamtaufkommen von 300.000 Besucher pro Jahr erzielt wurde. Diese Zahlen spiegeln die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Laut Auskunft der Standortpartner waren Ende 2017 insgesamt 249 Personen in Vogelsang beschäftigt, davon 161 mit festen Arbeitsplätzen. Damit wurde das Ziel, die mit dem Weggang des belgischen Militärs weggefallenen 170 zivilen Arbeitsplätze neu zu schaffen, erreicht. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der ersten Jahre wie im Jahr 2017 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, ist vorhanden. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus, der Fläche für den Wohnmobilpark und der Fläche für die Ferienwohnanlage am Depot 31 wurden drei weitere Immobilien veräußert. Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2019 werden für die Kameradschaftshäuser 8 und 9, die vier Hundertschaftshäuser und das Gebäude 48 sowie für das Eingangsgebäude Malakoff und den Fahrzeughof gesehen. Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb erfolgreich aufgenommen hat. Für die beiden Kernnutzungen Naturerlebnistreff und Nationalparkforstamt sollte nunmehr im Jahr 2019 nach 13 Jahren Konversion endlich eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2018 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft im Wesentlichen aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

(150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen. Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurde das Anlagevermögen (Büroausstattung) des Geschäftsbereichs Projektentwicklung an den Kreis Euskirchen veräußert, der die Projektentwicklung gemeinsam mit der BlmA, dem Land NRW (nur 2019) und der Stadt Schleiden in den Jahren 2019 und 2020 fortführt. Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste. Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurde die Organisation des Geländemanagements an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen und das Anlagevermögen dieses Geschäftsbereichs für einen Kaufpreis von 23.000,00 € an diese GmbH veräußert. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 28.856,25 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verändert. Aufgrund der bevorstehenden Liquidation hat sich die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten geändert. Bei einer Bilanzsumme von 273.975,57 € (Vorjahr: 259.948,38 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 0,00 € (Vorjahr: 31.008,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 273.975,57 € (Vorjahr: 228.940,38 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 113.543,08 € (Vorjahr: 55.574,30 €) gegenüber. Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 224.420,43 € (Vorjahr: 206.893,32 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €) den wesentlichsten Posten.

Ertragslage

Im Jahr 2018 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € im Jahr 2017. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 619.798,68 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement), stehen Aufwendungen in Höhe von 663.740,27 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die größten Aufwandsposten betreffen mit 292.729,71 € (Vorjahr: 302.260,00 €) die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG und mit 135.989,07 € (Vorjahr: 66.675,04 €) Aufwendungen für bezogene Ingenieurs- und Marketingleistungen. Im Geschäftsbe-

reich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 125.081,79 € (Vorjahr 124.080,08 €) im Jahr 2018 für die Personalkosten.

Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 273.975,57 € (Vorjahr: 259.948,38 €) beträgt das Eigenkapital 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 59 % (Vorjahr: 79 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 224.420,43 € (Vorjahr: 206.893,32 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet. Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich vollständig um kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten: die Quote beträgt 41 % (Vorjahr: 21 %) der Bilanzsumme. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Chancen und Risiken

Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum das Leitprojekt des Standorts im September 2016 eröffnet wurde, erreichten die Besucherzahlen auch im zweiten vollen Betriebsjahr 2018 die 300.000er Marke. Gleichzeitig wurde bereits im Jahr 2017 mit 161 festen Arbeitsplätzen das Ziel erreicht, mit der Konversion die 2005 mit dem Abzug der belgischen Militärverwaltung weggefallenen 170 Stellen neu zu schaffen. Vierzehn Nutzungen konnten bisher realisiert werden. Dafür wurden ca. 64 Millionen Euro investiert. Die reale Konversion, die vor dreizehn Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit zu einem guten Teil gelungen. Mit der Errichtung von Ferienhäusern auf dem Grundstück Depot 31 erhält die Standortentwicklung ab dem Jahr 2019 einen weiteren positiven Impuls. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes ist die zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Naturerlebnistreff und Nationalparkforstamt und damit auch die Bepflanzung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren bestehen für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 9. Die Realisierung eines hochwertigen Hotels in den Hundertschaftshäusern und im Gebäude 48 ist in greifbare Nähe gerückt. Auch für die Vermarktung des Eingangsgebäudes Malakoff und des Fahrzeughofs werden nach dreizehn Jahren erstmals realistische Chancen gesehen. Mit der Realisierung der o. g. Projekte würden bis auf das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren alle Immobilien am Standort eine leitbildkonforme Nutzung erhalten. Ziel ist es, im Jahr 2019 auch für diese Immobilie und die umgebende Freifläche eine Nutzungsperspektive zu entwickeln. Nach der Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft „Schelde“ im Januar 2017 haben sich trotz vorheriger Befürchtungen bisher weder auf die Gesamtentwicklung noch auf den Besucherbetrieb negative Effekte gezeigt. Auch die Auswirkungen der Beleuchtung der Landeseinrichtung auf die Astronomie-Werkstatt sind nicht so gravierend, dass der Betrieb gefährdet wäre. Durch den stabilen Betrieb des Forum Vogelsang IP in den ersten beiden Betriebsjahren nach Eröffnung und die damit einhergehenden vermehrten Bildungs- und Kulturangebote sowie hohen Besucherzahlen wurde und wird das Vertrauen des Marktes in den Standort

weiter gestärkt und auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren gefestigt. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst wurden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienten. Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestanden aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer wurden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, wurden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Prognose

Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Eine nochmalige Verlängerung der Gesellschaft wurde ausgeschlossen, sodass die Gesellschaft planmäßig liquidiert wird. Zum Liquidator wurde Herr Fischer-Reinbach durch die Gesellschafter bestellt. Erste Schritte der Liquidation wurden eingeleitet. Ziel ist es, die SEV GmbH nach dem Sperrjahr im Frühjahr 2020 zu löschen. Da die Konversion durch die SEV bis Ende 2018 nicht abgeschlossen werden konnte, haben sich vier der bisherigen Gesellschafter, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG), der Kreis Euskirchen und die Stadt Schleiden in einem Letter of Intent darauf verständigt, die Standortentwicklung in den Jahren 2019 und 2020 in neuen Trägerstrukturen weiter zu führen. Die bisherigen Aufgabengebiete der SEV werden in dieser Übergangsphase durch Herrn Fischer-Reinbach und Herrn Leonhardt verantwortet. Dazu werden sie weiterhin vor Ort, d. h. in den ehemaligen Büroräumen der SEV tätig sein. Der Geschäftsbereich Geländemanagement wurde an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen, die auch die bisher bei der SEV beschäftigten sog. Geländehausmeister übernommen hat. Der Liquidator geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass das vorhandene Vermögen ausreichen wird, um die Gesellschaft planmäßig zu liquidieren. Gemäß der Planungsrechnung der Gesellschaft verbleibt ein positiver Saldo, zur Verteilung an die Gesellschafter.

Ergänzender Hinweis zur Lageberichterstattung

Der Städteregionstag hat in seiner Sitzung am 27.10.2016 die weitere Beteiligung der StädteRegion Aachen als Gesellschafterin an der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV)“ bis zum 31.12.2018 beschlossen sowie die weitere Bereitstellung des Finanzierungsanteils der StädteRegion Aachen in der bisherigen Höhe von jeweils 27.000 € /a.



Energeticon gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die ENERGETICON gGmbH wurde 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Durch die Vermittlung von Wissen wird indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen gefördert. Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feierveranstaltungen betrieben. Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft. Die Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist erteilt.

Aufsichtsrat (entfällt ab 06.09.2018):

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern. 5 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder von der Stadt Alsdorf und 1 Mitglied von der StädteRegion Aachen entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. § 11 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags enthält die Aufgaben, die dem



ENERGETICON

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--------------------------------------|-------------|-------------|
| LVR Landschaftsverband Rheinland | 13.780 | 53 |
| Stadt Alsdorf | 4420 | 17 |
| StädteRegion Aachen | 6.500 | 25 |
| Verein Bergbaumuseum Grube Anna e.V. | 650 | 2,5 |
| Pro Energeticon e.V | <u>650</u> | <u>2,5</u> |
| | 26.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 8.109.223 | 7.828.551 | 8.170.873 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 1.100.175 | 1.034.902 | 970.975 |
| II. Sachanlagen | 7.009.048 | 6.793.649 | 7.199.898 |
| B. Umlaufvermögen | 152.396 | 555.491 | 388.521 |
| I. Vorräte | 7.020 | 4.355 | 3.500 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 17.791 | 11.032 | 43.342 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 127.586 | 540.104 | 341.679 |
| RAP | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Aktiva | 8.261.619 | 8.384.043 | 8.559.394 |
| Eigenkapital | 523.747 | 522.987 | 719.657 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 26.000 | 26.000 | 26.000 |
| II. Kapitalrücklage | 496.987 | 496.987 | 496.987 |
| III. Gewinnvortrag | | 760 | 328.374 |
| IV. Bilanzgewinn/Jahresfehlbetrag | 760 | 327.614 | -131.704 |
| Sonderposten | 7.420.207 | 7.184.793 | 7.309.877 |
| Rückstellungen | 23.313 | 20.765 | 18.255 |
| Verbindlichkeiten | 281.352 | 327.124 | 351.604 |
| RAP | 13.000 | 0 | 160.000 |
| Bilanzsumme Passiva | 8.261.619 | 8.384.043 | 8.559.394 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Umsatzerlöse | 292.526 | 317.788 | 355.826 |
| sonst. betriebl. Erträge | 562.660 | 979.972 | 566.941 |
| dav. Finanzierungsanteile d. | 160.000 | 160.000 | 193.333 |
| Hauptgesellschafter | | | |
| Materialaufwand | 61.146 | 66.406 | 113.509 |
| Personalaufwand | 292.758 | 301.138 | 308.738 |
| sonst. betriebl. Aufwendungen | 232.121 | 229.768 | 247.546 |



| | | | |
|------------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| Entnahmen aus Kapitalrücklage | 105.617 | 0 | 0 |
| Jahresfehlbetrag n. Steuern | 105.617 | 327.614 | 131.704 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

Im Geschäftsjahr 2018 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 22 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Anlagendeckungsgrad I | 71,0 | 75,0 | 98 |
| Eigenkapitalquote | 69,0 | 70,0 | 94 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2018 einen Betriebskostenzuschuss für die Energeticon gGmbH in Höhe von 23.333,00 € geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Ihr Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/Freizeit und Vermietung.

Das ENERGETICON ist primär ein Ort für Bildung. Es geht um die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und -technische Entwicklungen insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen.

Das ENERGETICON ist zugleich Ort von Kultur und Freizeitgestaltung, durch unter anderem kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus.

Das ENERGETICON betreibt ein Vermietungsgeschäft für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/Freizeitangebote sowie für private Feiernveranstaltungen. Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

Geschäftsverlauf (einschließlich Geschäftsergebnis) und Rahmenbedingungen

Für 2018 hat sich die Stellung des ENERGETICON im euregionalen Markt der Info-/Edutainment Einrichtungen und als Kultur- bzw. Eventlocationanbieter grundsätzlich nicht verändert, dennoch gibt es aufgrund des sehr heißen Sommers einen Besucherrückgang von 38.610 in 2017 auf 27.752 in 2018 im Bereich der Freizeit- und Schulbesucher. Laut der Besuchererfassung (Statistische Auswertung) sind gerade in den Sommermonaten Juli, August und September Rückgänge um 50% zum Vorjahr zu verzeichnen. Auch durch kurzfristige Maßnahmen in 2018 wie z.B. Vertriebsaktionen über Social Deal etc. konnte keine Trendumkehr mehr erreicht werden. Das Wirtschaftsjahr 2018 war das vierte Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Das Geschäftsfeld Museumspädagogik als Kernaufgabe des ENERGETICON stand 2018 im Mittelpunkt der betrieblichen Tätigkeiten: Ausformulierung und Anwendung pädagogischer Angebotsmodule (Führungsformate, Besucherrallys, neue pädagogische Workshops, Projektwochen, Exkursionen in die Umgebung Energielandschaft Anna, Haldenexkursion etc.) sind hier zu nennen. Das ENERGETICON intensivierte parallel dazu die Vermarktung für fachbezogenen und kulturellen Betrieb im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Unterhaltungsformate (Meyer Konzerte) und Tagungen (Hochschulen). Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden eine weiterhin gute Nachfrage. Im Bereich Marketing intensivierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Hierbei wurden alle medialen Wege genutzt (Print, Facebook, Homepage etc.). Markenbildung und Markteinführung des ENERGETICON waren auch in 2018 weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich. Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastropartner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Vermehrt kommen Tagungspauschalen bei Vermietungen zur Anwendung. Dies bedeutet, dass ein Angebot aus einer Hand mit festgelegten Pauschalpreisen pro Person angeboten wird, bei dem die Kosten für Location, Technik und Catering eingepreist sind. Nach dem vierten Vollbetriebsjahr 2018 konnte die Phase des Anlaufbetriebs als abgeschlossen bezeichnet werden. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON dadurch eine sehr hohe Besucherzufriedenheit. Dies belegen immer wieder persönliche Rückmeldungen von Besuchern an Kassen- und Führungspersonal sowie schriftliche Äußerungen auf entsprechenden Fragebogen am Counter. Der Rückgang der Besucheranzahl im Berichtsjahr kann auf eine allgemeine Sättigung zurückgeführt werden, die bei ähnlichen Einrichtungen auch schon ab dem 3. Bestehensjahr eintreten können. Des Weiteren war sicherlich der durchaus heiße und trockene Sommer nicht gerade förderlich für ein Museum, wenn es genügend Angebote für Outdoor-Freizeitaktivitäten gibt.

Lage des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf im 4. Vollbetriebsjahr macht deutlich, dass trotz gleicher und teilweise verstärkter Anstrengungen zur Gewinnung von Besuchern zum Teil durch unbeeinflussbare Rahmenbedingungen (heißer Sommer) und Sättigung des Marktes ein Umsatzrückgang zu verzeichnen ist. Dieser konnte nur durch die gestiegene Nachfrage im Vermietungsgeschäft kompensiert werden. Beeinflussbare Kosten wie Löhne und Gehälter konnten stabil gehalten werden. Die Preissteigerungen im Energiebereich (Auslaufen des Stromvertrags in 2018) sind schwer zu beeinflussen und müssen durch Projekte wie GrEEen (Reduzierung des Gasverbrauchs) kompensiert



werden. Durch die neue Gesellschafterstruktur und die Erhöhung der Gesellschafterzuschüsse ab September 2018 ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert. Auch wird sich dies auf die Liquidität des Unternehmens positiv auswirken.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (übergreifend)

Insgesamt entwickelte sich das Jahresergebnis, sowie die Vermögens- und Finanzlage planmäßig. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 132 TEUR fällt mit ca. 4 TEUR besser aus als im Wirtschaftsplan prognostiziert und bewegt sich damit insgesamt auf Vorjahresniveau, bereinigt um den einmaligen Sondereffekt auf Grund der Auflösung der Stiftung „Bergbaumuseum Anna II“ im Jahr 2017 (sonstige betriebliche Erträge i.H.v. rd. 456 TEUR). Die im Berichtsjahr beschlossenen bzw. ergriffen Maßnahmen, insbesondere in Verbindung mit der Veränderung der Gesellschafterstruktur und damit einhergehend die Veränderung im Bereich der gewährten Betriebskostenzuschüsse wird die Ertragslage der Gesellschaft in den kommenden Jahre erheblich verbessern.

Vermögenslage

Das Vermögen hat sich aufgrund des Projektes GrEEen und den getätigten Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 175 TEUR auf insgesamt 8.559 TEUR erhöht. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg des Vermögens aus der Zunahme des Sachanlagevermögens um 406 TEUR auf 7.200 TEUR, welcher durch den Rückgang der liquiden Mittel in Höhe von 198 TEUR teilweise kompensiert wird. Demgegenüber steht ein Anstieg des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen um 126 TEUR, sowie die Zunahme des passiven Rechnungsabgrenzungspostens i.H.v. 160 TEUR (Gesellschafterzuschüsse).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität:

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|-----------------------|---------------|---------|
| | TEUR | TEUR |
| Anlagevermögen | 8.171 | 7.829 |
| Gesamtvermögen | 8.559 | 8.384 |
| Anlageintensität in % | 95,5 | 93,4 |

Eigenkapitalanteil:

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital (inkl. Sonderposten für Zuschüsse)}$

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|------------------------|---------------|---------|
| | TEUR | TEUR |
| Eigenkapital | 8.030 | 8.036 |
| Gesamtkapital | 8.559 | 8.384 |
| Eigenkapitalquote in % | 94 | 96 |



Verschuldungsgrad:

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital (ohne Sonderposten)

| | Geschäftsjahr | Vorjahr |
|------------------------|---------------|---------|
| | TEUR | TEUR |
| Fremdkapital | 530 | 348 |
| Eigenkapital | 8.030 | 8.036 |
| Verschuldungsgrad in % | 6,6 | 4,3 |

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gezeichnetes Kapital

+ Kapitalrücklage

+ Bilanzgewinn

+ Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Finanzlage

Die Sparkasse Aachen bewilligte bereits 2015 zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GrEEN einen Euriborkredit. Dieser wurde 2018 für investive Maßnahmen (GrEEN) teilweise in Anspruch genommen. Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

| | 31.12.2018 |
|---|-------------|
| | T€ |
| Jahresfehlbetrag | -132 |
| Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens | 390 |
| Abnahme der Rückstellungen | -3 |
| Zunahme Sonderposten | 126 |
| Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | -32 |
| Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 50 |
| Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern | 186 |
| Laufende Geschäftstätigkeit | 585 |
| | |
| Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen | -733 |
| Investitionstätigkeit | -733 |
| | |
| Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten | 500 |
| Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten | -550 |
| Finanzierungstätigkeit | -50 |
| | |
| Liquide Mittel am Anfang der Periode | 540 |
| Zahlungswirksame Veränderungen | -198 |
| Liquide Mittel am Ende der Periode | 342 |

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2018 konnten die Erlöse aus dem Bereich Vermietung/Veranstaltungen um 70 TEUR von 111 TEUR auf 181 TEUR gesteigert werden. Demgegenüber sind die Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop mit 117 TEUR gegenüber 153 TEUR im Vorjahr



rückläufig. Im Geschäftsjahr konnten Spenden i.H.v 13 TEUR vereinnahmt werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 4 TEUR entspricht. Rechnet man die einmalige Zuführung der Stiftungsmittel Bergbaumuseum Anna II in 2017 jedoch hinzu, ergibt sich ein Rückgang in dieser Position i.H.v. 453 T€. Die Löhne und Gehälter 2018 betragen 249 TEUR gegenüber 243 TEUR im Vergleichszeitraum 2017. Die absolute Veränderung beträgt damit 6 TEUR. Dies ergibt eine Steigerung von rd. 2,5 % (aufgrund Lohnerhöhung/Stundenausweitung). An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen 60 TEUR im Berichtsjahr 2018 an. In 2017 belief sich der entsprechende Wert auf 58 TEUR. Der Betrag der absoluten Veränderung beläuft sich auf 2 TEUR. Dies entspricht einer Steigerung von rd. 3,5 %.

Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung (Prognosebericht) mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen (Chancen und Risikobericht)

Neue Angebote und mediale Stories sollen für 2019 wieder für einen Anstieg der Besucherzahlen sorgen. Aktionen wie sleeperoo (Eventübernachtung) haben dann auch für ein gutes regionales mediales Echo gesorgt und mit einem Video auf Facebook für sehr hohe Seitenaufrufe gesorgt. Als strategische Gegenmaßnahmen setzt die Gesellschaft verstärkt auf die Akquise von Schulen, bei der auch eine Konzentration auf verkehrsgünstige Anbindungen (Euregiobahnhaltestellen) zum ENERGETICON geachtet wird. Des Weiteren werden die Gespräche mit Übernachtungseinrichtungen für Jugendliche geführt, um stärker in Ausflugsprogramme für Schulklassen aufgenommen zu werden. In Kooperation mit der Initiative „Bock auf Aisdorf“ wird unter anderem auf gemeinsame Werbeaktionen an Bushaltestellen sowie Bildschirmwerbung in Buslinien gesetzt. Für Ende 2019 ist eine Teilnahme an der regionalen Initiative des Zweckverbandes der Region Aachen „Auf ins Museum“ abgesprochen worden, um ebenfalls mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und den Bekanntheitsgrad des ENERGETICON zu steigern. Ziel ist es die Besucherzahlen wieder auf das Vorjahresniveau zu erhöhen und Mehrfachbesuche zu generieren bzw. neue Zielgruppen zu erschließen. Dazu werden im Laufe des Geschäftsjahres immer wieder neue Zusatzangebote (innovative pädagogische Bespielung der Infrastruktur, fachbezogene aber auch künstlerische Wechselausstellungen neben den Dauerangeboten, Nachverdichtung der Ausstellung, Ausweitung der technischen Orientierung der ENERGETICON auf biologische Aspekte der Energiewende wie Insektensterben, Biologie der Halden, Fauna und Flora der Ruderalfläche, Historie der bergbauinduzierten Stadt-/Regionalentwicklung etc.) entwickelt. Permanente Medienpräsenz durch verschiedenste Aktionen (Vortragsreihe zu Energiewende, Weihnachts- und Osteraktionen, Verknüpfung mit touristischen Angeboten wie Eventübernachtung sowie Sonderausstellungen etc.) ist weiterhin essentiell.

Prognosebericht

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote in den umgebenden öffentlichen Raum, bedarf als Marketingaufwand am Standort im Laufe des kommenden Jahres weiterer Investitionen. Gleiches gilt für die Verbesserung der Eingangssituation vor dem Schmiedegebäude durch Optimierung der Infrastruktur für die Zielgruppe Fahrradtouristen (zeitgerechte Fahrradständer, Befestigung der Fläche, bessere Ladestation für E-



Bikes, Sitzgelegenheiten). Für diese Maßnahmen sind Fördermittel aus dem Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur („RWP Nord Projekt „Aachener Revier“) bewilligt worden und werden in 2019 bzw. 2020 konzipiert und umgesetzt. Die Investitionen werden, neben Umsetzung über Eigenleistungen, durch Einnahmen von Sponsorenmitteln, Spenden und Projektbeiträgen des Pro ENERGETICON Fördervereins zu finanzieren sein. 2019 werden die in 2017 begonnenen konkreten Maßnahmen zur Installation regenerativer Großexponate (insbesondere Solarthermie, CSP-Technik, Windkraft) in den Außenanlagen fortgeführt, die inhaltliche Ausschilderung neuer Exponate ergänzt und die Besucherlenkung in der Außenausstellung optimiert. Im Frühjahr 2019 wird die durch die Städtereion Aachen geförderte Maßnahme der barrierefreien Zuwegung zwischen den einzelnen Gebäudeteilen auf dem Gelände des ENERGETICON umgesetzt. Das Grubenwassergeothermieprojekt GrEEN wurde baulich / investiv 2018 fertiggestellt. Der Ende 2018 einsetzende Probetrieb wird erbringen, welche Raumwärmemengen durch diese Geothermieanlage für das ENERGETICON gewonnen werden können. Im Rahmen des Förderprojektes wird eine Einbeziehung dieses Modellprojekts in den regenerativen Ausstellungsbereich auf dem Außengelände verwirklicht. Über erlebnisorientierte Exponate wird so die Geschichte der Energiewende im ENERGETICON anschaulich weitererzählt. Auch sollen im Rahmen des Modellprojekts GrEEn weitere Förderprojekte akquiriert werden. In 2019 sollen Planungen zur weiteren eigenen Energieerzeugung durch PV und auch Brennstoffzellen erfolgen, um einerseits die Energiewende zu leben und nicht nur zu erzählen, aber auch einen Deckungsbeitrag zum hohen Energieverbrauch im ENERGETICON selbst zu erwirtschaften. Es ist perspektivisch mit einer Einsparung zu rechnen, wenn alleine die PV-Anlage um rd. 80 kWp erweitert wird und die vorhandenen PV Anlagen sukzessive in den Besitz des ENERGETICON übergehen. Es ist im Zuge der zunehmend komplexeren öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende (Hambacher Forst, Fridays for Future etc.) von einem wachsenden Interesse der Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Themenkomplex auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung können entsprechende Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON erschlossen werden. Die Ausgangsbasis für den musealen Bereich, ausgehend von der Authentizität des Zechengeländes Anna II die Geschichte der Energiewende von den fossilen Energieträgern zu den Regenerativen zu erzählen, findet aufgrund der Schließung der letzten Steinkohlenzeche in Deutschland im Dezember 2018 ein großes mediales Echo, welches sich durch eine Steigerung der sog. Steigerführungen ablesen lässt und weiter ausgebaut werden soll.

a) Ausstellung

Eine noch intensivere Partnerschaft mit Schulen als dauerhaften staatlichen Einrichtungen in den Regelbetrieb der ENERGETICON-Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist auch 2019 ff. ein Hauptziel. Ebenfalls Zielgruppen orientierte Werbung Richtung Freizeitbesucher/Tagestouristen (insbesondere Senioren/Familien sowie Radfahrer) in Kooperation mit der Tourismusstabsstelle der StädteRegion Aachen und dem Verein Grünmetropole e.V. sollen zukünftig zu wieder steigenden Besucherzahlen führen, da die Werbemaßnahmen der StädteRegion Aachen und der Grünmetropole e.V. im Bereich Fahrradtourismus über eine Erarbeitung von thematischen Radrouten zum Thema Energie Gäste zum ENERGETICON führen sollen. Die Prognosezahlen der Eintrittserlöse 2019 weisen



wieder rd. 150 TEUR aus, 2018 lagen aufgrund des Einbruchs bei den Besucherzahlen bei 117 TEUR. Durch regionales und überregionales Vermarkten auf Sozial-Plattformen wie Oecher Deal oder Groupon, Verknüpfung mit touristischen Angeboten und durch eine Steigerung von Schulbesuchen sollen wachsende Besucherzahlen erreicht werden, um wieder die Zielmarke von 150 T€ zu erreichen. Die Bespielung der Ausstellung mit immer wieder aktualisierten pädagogischen Angeboten erhöht deren Attraktivität für Besucher. Eine Aufwertung des Außengeländes um weitere Exponate – gerade aus dem Bereich der regenerativen Energien – wurde in Angriff genommen. So soll die Visualisierung des GrEEen Projektes zu einer neuen Attraktion im Außenbereich des ENERGETICON werden. Für die neuen Exkursionsangebote (Annapark/Fördergerüst Hauptschacht und Haldenlandschaftspark Anna sowie Haldenexkursion Halde Noppenberg), außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes, sind biologische und stadtgeschichtliche Zusatzworkshops in Entwicklung. Sie erweitern die Angebotsbreite auf biologische und historische Aspekte und werden in den Folgejahren noch intensiver zu vermarkten sein. Die Infrastruktur für Museumspädagogik wird in 2019 weiter verbessert. Insbesondere die Verdoppelung der Fläche hierfür im so genannten Dreiecksraum, die neue Möblierung des Pädagogikbereichs und die verbesserte Ausstattung mit Lehrmitteln soll zu einer deutlichen Qualitätssteigerung der Workshopangebote für Schulen oder Kindergeburtstage führen. Kombiangebote von Führungen und museumspädagogischen Begleitprogrammen erhöhen die Attraktivität für Buchungen durch Klassen, Geburtstagsgruppen etc.

b) Tagungen

Durch noch initiativeres Marketing, insbesondere in Komplettpaketen von Vermietung, Gastro- und Führungsangeboten, soll das ENERGETICON als Tagungsstätte mit besonderen Rahmenprogrammoptionen für Nachfrager von Hochschulen, Betrieben oder Privatpersonen noch attraktiver gemacht werden. Eine stärkere Kooperation mit der StädteRegion Aachen soll ebenfalls zu einer höheren Auslastung des Vermietungsgeschäfts führen. Gezielte Ansprache des Gesellschafters mit dem Hinweis die eigene Gesellschaft stärker für thematischen Veranstaltungen im Bereich Umwelt und Tourismus zu nutzen, ist aufgrund der guten Netzwerkverbindungen zur Städteregion realisierbar. Das ENERGETICON soll stärker als Präsentationsort genutzt werden, da auch eine Präsenz der StädteRegion Aachen im Nordraum erforderlich sein wird.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere der Energietechnologie, ist weiter auszubauen. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen mit Bezug zur Energiewende statt. Seit 2018 wurde auch eine Teilfläche im Raum „1 X 1 der Energie“ als Sonderausstellungsfläche für Wechselausstellungen eingerichtet, die zu Wechselausstellungen mit thematischem Bezug genutzt werden. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird auch 2019 im Geschäftsfeld „Tagen und Feiern“ unter dem Slogan „Raum für Ideen“ noch stärker beworben. Unter anderem wurde dieses Geschäftsfeld im Rahmen eines Präsentationsstandes im Aachener Rathaus im Dezember 2018 anlässlich des Unternehmertages der



Initiative Industriedialog Aachen" präsentiert. Über derartige Maßnahmen soll die Ertragslage im Vermietungsgeschäft stabilisiert und ausgebaut werden.

d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings bietet das ENERGETICON beste infrastrukturelle Voraussetzungen. In der Zukunft sind auch Open Air-Veranstaltungen auf dem großen Parkplatz des Fördermaschinenhauses geplant. Die technische Infrastruktur hierfür ist vorhanden. Durch die Installation eines Hängungssystems im Industrielook im so genannten Wellenraum des Kauengebäudes, gibt es künftig die Möglichkeit für größere Kunstausstellungen. Die Ausstellung K.O. Götz im ENERGETICON 2017/2018 sowie „Die Kohle ist bunt“ von Regina Schumachers 2018/2019 hat die Eignung des Wellenraums hierfür erwiesen. Weitere Ausstellungen im Rahmen dieses Konzepts sind für 2019 geplant. Über derartige Ausstellungen können zusätzliche Besucherzielgruppen erschlossen werden. Darüber hinaus bieten Wechsellausstellungen die Möglichkeit eine stärkere mediale Präsenz zu erreichen.

e) Privatvermietungen

Das Fördermaschinenhaus und die Panoramaräume werden durch ein noch aktiveres Marketing für Tagungen und Privatveranstaltungen / Feierlichkeiten im Geschäftsbereich „Tagen und Feiern“ sowie „Raum für Ideen“ in den kommenden Jahren höhere Einnahmen generieren.

Risikobericht

Das ENERGETICON verfügt über sehr gute infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, der Energieagentur NRW und der Verbraucherzentrale NRW oder der Hochschulen war dies auch 2018 der Fall. Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung bis Ende 2019 ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON mit temporären Sonderausstellungen bzw. Veranstaltungen zu Sonderthemen löst dieses Problem: Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift. Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte dort erforderlich. Die zu erwartende Zunahme geführter Gruppenbuchungen wird auch für die Gesamtführung, die Young Energy-Führung und die Exkursionen sukzessive neues Honorarpersonal erforderlich machen. Darüber hinaus muss das Know-How der Steiger sichergestellt werden. Über eine Konzeption eines Audio Guide soll das Wissen der Steiger bewahrt werden. Weiterhin besteht das Risiko, dass durch sehr warme Sommermonate der Museumsbereich im ENERGETICON in dieser Zeit weniger genutzt wird, weil die Menschen lieber Freizeitaktivitäten „Outdoor“ erleben möchten. Hier muss die Gesellschaft auch den Außenbereich des ENERGETICON



attraktiver machen mit Angeboten wie Energiespielplatz und weiteren Exponaten aus dem Regenerativen Bereich, die auch zum Verweilen auf dem Gelände einladen. Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind – soweit im Einzelfall erforderlich – zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert: Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung. Das Niveau der Umsätze muss weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Kostenkontrolle der Energiekosten erreicht werden. Den positiven Entwicklungen der Einnahmeseite des ENERGETICON stehen erhöhte Aufwendungen bzw. Rückgänge bei Eintrittserlösen gegenüber. Um das Bilanzdefizit 2018 ff. zu reduzieren geht es darum, die vorgenannten Maßnahmen, insbesondere im Bereich eines initiativeren Marketings und gemeinsamer Projektkooperationen mit den Gesellschaftern und externer Fördergeber umzusetzen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die derzeitige Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehr und der Liquidität, unter Berücksichtigung der erhöhten Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt Alsdorf und StädteRegion Aachen, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Umsetzung der dar gestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten dauerhaft bewältigt werden kann.

Chancenbericht

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Stromwende, Mobilitätswende, Ernährung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2018 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen (insbesondere Speicherung und Netze, sozialverträglicher Braunkohleausstieg), noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion auch durch neue gesellschaftliche Initiativen wie „Fridays for Future“ bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen. Außerschulische Lernorte werden immer mehr an Bedeutung im staatlichen Schulbetrieb bekommen. Darüber hinaus bietet das Ergebnis der Kohlekommission Ende 2018 Chancen für das ENERGETICON über Förderprogramme das Thema Energiewende zu bespielen. Bund und Länder haben sich auf ein Sofortprogramm für die Braunkohlereviere mit einem Volumen von insgesamt 260 Millionen Euro geeinigt. 240 Millionen Euro an Projektmitteln stellt der Bund zur Verfügung. Auf das Rheinische Revier entfallen davon mit 90 Millionen Euro rund 37% der Bundesmittel. Nordrhein-Westfalen will darüber hinaus das Sofortprogramm ergänzen und die Kofinanzierung übernehmen. In einem Katalog für wegweisende Projekte, die nachhaltig zu einem gelungenen Strukturwandel beitragen können sind auch Projekte im ENERGETICON aufgelistet. Darüber hinaus wurde mit dem Verein Grünmetropole e.V. ein Ausbildungsverbund im Bereich Kaufmann für Tourismus und Freizeit



begründet, so dass der bei der Grünmetro- pole eingestellte Azubi auch Ausbildungsinhalte beim ENERGETICON absolviert. Des Weiteren zog die Geschäftsstelle des touristischen Vereins Grünmetropole e.V. in die Räumlichkeiten des ENERGETICON ein. Im Rahmen der Kooperation mit der StädteRegion Aachen im Bereich Tourismusförderung, der ebenfalls am Standort Alsdorf untergebracht ist, wird verstärkt die Zielgruppe der Freizeitbesucher bearbeitet. Als ein temporäres Projekt für die Wintersaison wurde mit dem Start-up „Sleeperoo“ die Möglichkeit einer Eventübernachtung im Museumsbereich eingerichtet und entsprechende Werbemaßnahmen eingeleitet. Die Vernetzung des ENERGETICON wurde fortgeführt: Der Aufbau eines Netzwerks der Kooperationsschulen wurde 2018 fortgesetzt und um weitere sechs Kooperationen auf insgesamt 38 erhöht. Hierzu liegen schriftliche Kooperationsvereinbarungen vor. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen wurde konsequent fortgeführt (Energiespar-Detektive, Bildungszugabe, Kultur macht stark) und die Möglichkeit der Nutzung der Bildungszugabe (für Eintrittskosten, Workshops etc.) intensiviert. Ein weiteres Beispiel für Projekte mit Netzwerkpartnern war die Veranstaltung im Rahmen von Green-City, die mit dem Impulsredner Dr. Franz Alt und einem begleitend durchgeführten Energiemarkt eine gute Resonanz erzeugt hat. Das Thema nachhaltige Mobilitätsentwicklung wurde im Rahmen dieses Format mit dem Verein VERA e.V. und der Ausstellung von Elektrofahrzeugen bespielt. Insbesondere durch die Auflösung der Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna im Jahr 2017 i.H.v. 456 T€ sowie die Neustrukturierung der Gesellschafter mit erhöhten jährlichen Betriebskostenzuschüssen, ist die wirtschaftliche Situation und die Liquidität der Gesellschaft gemäß mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 sichergestellt. Die Gesellschaft erwartet Einsparungen bei den Raumkosten (Gas-Heizung) durch das Geothermieprojekt GrEEen. Demgegenüber steht eine Zunahme des Stromverbrauchs. In welchem Umfang genau dies gelingt, bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten. Nach Ablauf des Probetriebs im Frühjahr 2019 können erste Einschätzungen abgegeben werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die derzeitige Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehrs und der Liquidität, unter Berücksichtigung der erhöhten Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt Alsdorf und StädteRegion Aachen, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse sowie durch Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten dauerhaft bewältigt werden kann. Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote. Der Kapitalzufluss aus der ehemaligen Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II Ende 2017 sowie die Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse werden mittel-/langfristig einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb sicherstellen können.

IRR-Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind die Förderung und die Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Die Gesellschaft entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Sie unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch und betreibt die Akquise der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Durch eine Änderung des Gesellschaftsvertrags im Jahr 2019 wurde der Name der Gesellschaft von „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ geändert.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 19 Mitgliedern besteht. Die Sitzverteilung richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Stimmrecht mit schriftlicher Vollmacht auf ein anderes Aufsichtsratsmitglied übertragen. Jedoch kann kein Aufsichtsratsmitglied mehr als fünf zusätzliche Stimmen auf sich vereinen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Sachverständige hinzuzuziehen.

Gesellschaftervertreter:

Die Vertreter der StädteRegion Aachen werden vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ralph Sterck

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg Städteregionsrat (bis 31.12.2018)

Dr. Tim Grüttemeier Städteregionsrat (ab 01.01.2019)

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|---------------------------------|-----------------------------------|
| | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Stellvertreter: | Markus Terodde | Dez. V StädteRegion |
| | Alexander Lenders (Stimmführer) | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Lars Lübben (stv. Stimmführer) | Städteregionstagsmitglied |
| | Manfred Bausch | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Jürgen Neesen | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52428 Jülich

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 €

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|--------------------|--------------------|
| Rhein-Kreis Erft | 2.500 | 10,00 |
| Rhein-Kreis Neuss | 2.500 | 10,00 |
| Kreis Heinsberg | 2.000 | 8,00 |
| Kreis Düren | 2.000 | 8,00 |
| Kreis Euskirchen | 2.000 | 8,00 |
| StädteRegion Aachen | 2.000 | 8,00 |
| Zweckverband Region Aachen | 2.000 | 8,00 |
| IHK Köln | 1.750 | 7,00 |
| Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH | 1.000 | 4,00 |
| IHK Mittlerer Niederrhein | 1.000 | 4,00 |
| HWK Aachen | 1.500 | 6,00 |
| HWK Düsseldorf | 1.500 | 6,00 |
| HWK Köln | 1.500 | 6,00 |
| IHK Aachen | <u>1.750</u> | <u>7,00</u> |
| | 25.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|------------------|------------------|----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Bilanz: | | | |
| A. Anlagevermögen | 2.577 | 2.497 | 1.486 |
| I. Sachanlagen | 2.577 | 2.497 | 1.486 |
| B. Umlaufvermögen | 1.633.780 | 1.094.292 | 600.682 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 1.457.745 | 950.111 | 435.925 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 176.034 | 144.181 | 164.758 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | | 1.256 | 570 |
| Bilanzsumme Aktiva | 1.637.596 | 1.098.045 | 602.739 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Eigenkapital | 71.757 | 64.974 | 68.667 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| II. Gewinnvortrag | 36.885 | 46.757 | 39.974 |
| III. Jahresüberschuss | 9.872 | -6.783 | 3.693 |
| B. Rückstellungen | 47.768 | 37.429 | 27.837 |
| C. Verbindlichkeiten | 1.509.321 | 995.642 | 506.235 |
| D. Rechnungsabgrenzung | 8.750 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 1.637.596 | 1.098.045 | 602.739 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | | | |
| Umsatzerlöse | 70.000 | 73.844 | 70.000 |
| Sonstige betriebl. Erträge | 538.095 | 695.222 | 933.908 |
| dav. Landes- u. Gesellschafterzuwen- | | | |
| dungen | 537.836 | 572.870 | 841.658 |
| Materialaufwand | 121.992 | 252.422 | 341.842 |
| Personalaufwand | 351.413 | 380.792 | 479.396 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 99.149 | 141.290 | 176.269 |
| Ergebnis nach Steuern | 9.872 | -6.783 | 3.693 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 9.872 | -6.783 | 3.693 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--------------------------------|------|------|------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Durchschnittliche Arbeitnehmer | 8 | 9 | 8 |

| | | | |
|--|--------|-------|-------|
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Eigenkapitalquote | 4,38 | 5,92 | 11,4 |
| Fremdkapitalquote | 95,62 | 94,08 | 88,6 |
| Liquidität 2. Grades | 106,04 | 108,6 | 146,2 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2018 einen Zuschuss in Höhe von 12.986 € an die IRR GmbH geleistet.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2018 25.000,00 €. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier, die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Fi-

nanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2018 25.000,00 €. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert. Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2018 wurde das Projekt „Präventive Transformation“ durchgeführt. Das Projekt wurde kostenneutral bis Dezember 2018 verlängert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten wurden – soweit sie förderfähig waren – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% wurden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten. Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation“ organisierte die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018/Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion – Kreislaufwirtschaft Bauen“. 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20% tragen 7 der 14 Gesellschafter. Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert. Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt. Im Geschäftsjahr 2018 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2018 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 933.908,32 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.692,94 € der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn. Nach Abschluss des Geschäftsjahres wird die Gesellschaft in Anlehnung an den GRW-Koordinierungsrahmen über LHO mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Rheinisches Revier“ gefördert. Fördervolumen: 500.000 € p.A. (250.000 Land / 250.000 Gesellschafter). Laufzeit: 1.1.2019–31.12.2021.

Prognosebericht

Mit dem Empfehlungsbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission WSB von Januar 2019 und den daran angeschlossenen Gesetzgebungsprozess zur Absicherung der künftigen Förderkulisse ist für die Gesellschaft eine neue Situation entstanden. Die Gesellschaft wird unter neuer Firmierung (Zukunftsagentur Rheinisches Revier) zur zentralen koordinierenden Instanz und soll als solche, ab 2020 institutionell und auskömmlich durch das Land finanziert werden.

Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass der laufende Gesetzgebungsprozess rund um das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ nicht abgeschlossen wird. Für den Fall muss mit dem Land NRW ein Alternativszenario entwickelt werden.



Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
- Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.
- Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
- Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführer werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Aufsichtsrat:*

Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. Ihm gehören an:

- a) der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen,
- b) der vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen für wohnungsbaurelevante Angelegenheiten benannte Dezernent,
- c) aufgrund eines Beschlusses des Städteregionstages der StädteRegion Aachen fünf Städteregionstagsmitglieder,

- d) vier von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder aus dem Kreis der Wahlbeamten der Gesellschaftergemeinden sowie ein von der Gesellschafterversammlung zu wählendes Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen.

* ab 27.11.2019 aufgrund einer Änderung im Gesellschaftsvertrag abgeschafft

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von der StädteRegion, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und den Gemeinden Roetgen und Simmerath sowie der Sparkasse Aachen entsandt. Vorsitzender ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Mitgliedern der Gesellschafterversammlung der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Mitglieder.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|-------------------|---------------------|--|
| Vorsitzender | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Stv. Vorsitzender | Heiner Berlipp | Städteregionstagsmitglied |
| | Ronald Borning | Städteregionstagsmitglied |
| | Stefan Jücker | Bau und Umweltschutz der StädteRegion Aachen (ab 01.10.2018) |
| | Franz Körlings | Städteregionstagsmitglied |
| | Janine Köster | Städteregionstagsmitglied (ab 12.04.2018) |
| | Thomas Pilgrim | kommissarischer Bau- und Umweltdezernent Dezernent – StädteRegion (bis 30.09.2018) |
| | Christoph Simon | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|-----------------|-----------------|---------------------------|
| | Franz Körlings | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: | Christoph Simon | Sachkundiger Bürger |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 1.000.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--------------------------------------|---------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 781.750 | 78,17 |
| Regionsangehörige Städte / Gemeinden | 148.150 | 14,83 |
| Sonstige | <u>70.100</u> | <u>7,00</u> |
| | 1.000.000 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 30.932.434 | 31.589.128 | 31.316.168 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 2.334 | 0 | 7.387 |
| II. Sachanlagen | 29.490.619 | 30.167.708 | 29.906.781 |
| III. Finanzanlagen | 1.439.481 | 1.421.421 | 1.402.000 |
| B. Umlaufvermögen | 4.234.752 | 5.770.390 | 6.104.922 |
| I. Zum Verkauf best. Grundst. | 1.092.992 | 2.401.579 | 27.305 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 111.212 | 103.213 | 42.200 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 3.045.041 | 3.265.599 | 6.035.417 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 5.993 | 5.481 | 4.896 |
| Bilanzsumme Aktiva | 35.187.672 | 37.365.000 | 37.425.986 |
| A. Eigenkapital | 11.107.833 | 12.277.104 | 12.809.506 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 |
| II. Gewinnrücklagen | 10.707.000 | 11.277.000 | 11.809.000 |
| III. Bilanzgewinn | 833 | 104 | 506 |
| B. Rückstellungen | 112.000 | 209.800 | 197.800 |
| C. Verbindlichkeiten | 23.367.824 | 24.878.096 | 24.418.669 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 15 | 0 | 10 |
| Bilanzsumme Passiva | 35.187.672 | 37.365.000 | 37.425.986 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|----------------|----------------|----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 4.689.707* | 4.780.002 | 6.137.023 |
| Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen | 1.516.958 | 1.478.457 | 1.553.074 |
| Instandhaltungskosten | 548.567 | 408.068 | k. A. |
| Personalaufwand | 792.749 | 848.798 | 860.647 |
| Abschreibungen Imm. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 1.032.431 | 1.074.834 | 1.071.813 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 721.850 | 709.346 | 609.463 |
| Ergebnis nach Steuern | 534.630 | 720.003 | 675.817 |
| Jahresüberschuss | 380.935 | 569.271 | 532.402 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------|------|------|------|
| Vollbeschäftigte | 8 | 8 | 9 |
| Teilzeitbeschäftigte | 21 | 21 | 22 |

| Finanzielle Leistungsindikatoren: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-----------------------------------|------|-------|-------|
| Eigenkapitalquote | 33,3 | 32,9 | 34,2 |
| Langfristige Fremdkapitalquote | 61,0 | 58,59 | 55,59 |
| Eigenkapitalrentabilität | 3,3 | 4,6 | 4,2 |
| Fluktuationsrate | 10,4 | 10,2 | 9,0 |
| Leerstandsquote | 0,1 | 0,3 | 0,3 |
| Erlösschmälerungen Sollmieten | 2,5 | 2,0 | 1,7 |

| Bestandsentwicklung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|------------------------|------------------------|------------------------|
| | Anzahl/ m ² | Anzahl/ m ² | Anzahl/ m ² |
| Wohnungen | 770 | 778 | 784 |
| Gewerbeeinheiten | 24 | 24 | 0 |
| Garagen / Stellplätze | 450 | 458 | 390 |
| Wohn- u. Nutzfläche - in m ² | 52.332 | 53.740 | 50.128 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der Gewinnausschüttung bzw. an einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem quotalen Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2018 erfolgte weder eine Gewinnausschüttung noch eine Defizitabdeckung. Die GWG führt im Rahmen einer Geschäftsbesorgung die Gehaltsbuchhaltung für den AVV Zweckverband durch. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu weiteren Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Gesellschaftsvertrag weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen (GWG) einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der Städteregion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Wohnungsbestände unter dem Blickwinkel steigender Kundenanforderungen in Bezug auf Qualität und Umwelt auf ein marktgerechtes Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Konjunkturlage 2018

Insgesamt ergibt sich zum Jahresende 2018 das Bild einer guten Konjunkturlage. Die deutschen Exportunternehmen haben 2018 trotz handelspolitischer Stürme das fünfte Rekordjahr in Folge erwirtschaftet. Das Wachstumstempo verlangsamte sich allerdings deutlich. Das Wirtschaftswachstum betrug 2018 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,5%, somit kann man von einem moderaten Aufschwung sprechen. In den Jahren 2017 und 2016 hingegen nahm das Bruttoinlandsprodukt noch um jeweils 2,2% zu. Positive Wachstumsimpulse kamen im Jahr 2018 vor allen Dingen aus dem Inland. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben stiegen. Die Zuwächse sind jedoch niedriger ausgefallen als in den vorangegangenen Jahren. Vor allem in den öffentlichen Tiefbau wurde deutlich mehr Geld investiert als 2017. Ein wesentlicher Grund für die positive Entwicklung ist die gute Konjunktur mit Rekordbeschäftigung und steigenden Löhnen. Die konjunkturelle Stimmung hat sich beginnend mit dem 2. Halbjahr mindestens vorübergehend etwas eingetrübt.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktentwicklung war 2018 erneut erfreulich. Die Beschäftigung nahm kräftig zu und die Beschäftigten verzeichneten spürbare Reallohnzuwächse. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank in ähnlichem Umfang wie in 2017. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven der Arbeitnehmer

werden von der Bundesbank im Monatsbericht Dezember 2018 als „weiterhin ausgezeichnet“ eingestuft. Die Beschäftigung wuchs im Gesamtjahr 2018 solide. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg gegenüber früheren Zeiträumen. Verantwortlich dafür war zu allererst die starke Zunahme sozialversicherungspflichtiger Stellen, die in der Zwölfmonatsbetrachtung deutlich stärker anstieg als die Gesamtbeschäftigung. Die Indikatoren der Arbeitsnachfrage haben zuletzt uneinheitliche Tendenzen aufgewiesen, gleichwohl sind alle expansiv ausgerichtet. Beschränkungen ergeben sich durch die erhöhte Arbeitsmarktanspannung, was daraus abzuleiten ist, dass die durchschnittliche Vakanzzeit von offenen Stellen steigend ist.

Perspektiven der deutschen Wirtschaft – gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung schreibt in seinem IMK Report 144 im Dezember 2018, dass die Binnenkonjunktur weiterhin den Aufschwung trägt und dieser trotz der nicht zu verkennenden Risiken robust ist. Das IMK beschreibt die Eigendynamik der Konjunktur als intakt und betonte auch die positive Unterstützung durch die Niedrigzinspolitik der EZB. Der kraftvolle Binnenmotor ist aus Sicht des IMK die entscheidende Stärke der aktuellen Konjunktur. Diese Binnen-Dynamik ist umso wichtiger, als die Risiken, die aus dem Welthandel resultieren, hoch sind. Nach einer aktuellen Befragung zum Jahreswechsel 2018/19 kommt auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu dem Ergebnis, dass sich im Vergleich zu den sehr optimistischen Ausblicken von vor einem Jahr die Zuversicht zurückgebildet hat. Noch ist die Zahl der Optimisten in der Mehrheit, wird aber weniger. Immerhin rechnen 28 der 48 befragten Verbände mit einer höheren Geschäftstätigkeit in 2019. Mit der Bauindustrie und dem Handwerk sind zwei Branchen zu nennen, die von wesentlich höherer Geschäftstätigkeit ausgehen. 10 Verbände sehen Anzeichen für einen Rückzug. Hierzu zählt vor allem die Finanzwirtschaft. Während die insbesondere von Protektionismus und Handelsstreitigkeiten bedrängte Weltwirtschaft die Stimmung in der exportorientierten Industrie dämpft, profitieren sowohl die Bauwirtschaft als auch konsumnahe Branchen von der robusten Binnenkonjunktur. Die deutsche Wirtschaft –so schreibt es die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht Dezember 2018– wird in den nächsten Jahren voraussichtlich in einer Konjunkturphase bleiben. Der bereits hohe gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad dürfte sich in den kommenden Jahren nur noch leicht steigern lassen. Insgesamt spielt demographische Entwicklung für die Zukunft eine wichtige Rolle. Auf der Angebotsseite begrenzt sie den weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit und trägt so zu zunehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt bei. Auf der Nachfrageseite dämpft sie den Bedarf an Wohnraum und die Investitionsneigung der Unternehmen. Dass die Binnennachfrage lebhaft ausfällt, ist dem privaten Konsum zu verdanken. Er wird nicht nur von steigenden Löhnen unterstützt, sondern auch von der expansiven Finanzpolitik. Wenn die chinesische Wirtschaft in 2019 allerdings so langsam wachsen sollte wie seit Jahrzehnten nicht mehr, wird dies für exportorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche spürbar werden. 2019 ist die deutsche Wirtschaft – so beschreibt es der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, der im Januar 2019 vorgestellt wurde – weiterhin auf Wachstumskurs. Damit hält der Aufschwung seit nunmehr zehn Jahren ununterbrochen an. Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von weniger als 1,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich auf 4,9 Prozent sinken, die Zahl der Beschäftigten weiter auf 45,2 Millionen steigen. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aufwärtsgerichtet, sie ist aber in unruhigeres Fahrwasser

geraten. Die Risiken, vornehmlich aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, haben sich erhöht. Dies ist ein Grund dafür, dass sich das Wachstumstempo 2019 im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturmfrage unter rund 27.000 Unternehmen im Februar 2019 vorgestellt und dabei die Wachstumsprognose für 2019 von zuletzt 1,7 Prozent auf nunmehr 0,9 Prozent zurückgenommen.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Trotz der Vielzahl an Unruhefaktoren im internationalen Bereich ist die Investitions- und Beschäftigungsbereitschaft der Unternehmen in der Region hoch und erreicht laut der Konjunkturmfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen den dritthöchsten Wert der letzten zehn Jahre. Die Stimmung speziell im Baugewerbe ist positiv, da sich die Hochphase dort fortzusetzen scheint. Auch die Situation der Industriebetriebe konsolidiert auf hohem Niveau. Durchweg rechnen die Unternehmen für 2019 mit weniger Wachstum. Der Erwartungsindex liegt noch über dem langjährigen Durchschnittswert – so die IHK. Wachstumsdämpfend wirkt sich oftmals der Fachkräftemangel aus. Fast zwei Drittel aller Betriebe berichten von Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit hat im Berichtszeitraum abgenommen. Diese Aussage gilt für die Bundesrepublik, das Land Nordrhein Westfalen und die hiesige Region. Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist geringer als in NRW. Die Arbeitslosenquote der Städtereion Aachen liegt in etwa über alles gesehen auf Landesdurchschnittsniveau.

| | 12/ 2018 | 12/2017 |
|-------------|----------|---------|
| Aachen | 7,2 % | 7,9 % |
| Stolberg | 7,4 % | 8,5 % |
| Eschweiler | 6,5 % | 8,1 % |
| Alsdorf | 6,2 % | 6,8 % |
| Monschau | 2,9 % | 3,0 % |
| NRW | 6,4 % | 7,0 % |
| Deutschland | 4,9 % | 5,3 % |

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert auf hohem Niveau. Die Baupreise steigen oberhalb der Inflationsrate. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird vorgebeugt. Die GWG legt Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2018 und in den Folgejahren vornimmt, mit ca. 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen, zum Teil jenseits der 10-Jahresgrenze ausgerichtet. Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich weiterhin in einer bislang ununterbrochenen dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongold auch von der „Euphorie“ um das RWTH-Campus-Projekt unterstützt wird. Die GWG orientierte auch im Jahr 2018 ihr Handeln am

Maßstab der Finanzsolidität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges. Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten Neuvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern und verjüngen wir unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig bzw. verstärkt Projekte entwickeln.

Bestandsentwicklung:

| Wir verfügen über: | 31.12.2018 | 31.12.2017 |
|--------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Häuser | 124 | 124 |
| Wohnungen | 784 | 778 |
| Davon frei finanziert/ preisgebunden | 585/199 | 579/199 |
| Garagen/ Stellplätze | 253/137 | 248/210 |
| Wohnflächen | 46.994 m ² | 46.491 m ² |
| Gewerbeeinheiten | 0 | 14 |
| Flächen sonst. Einheiten | 3.134 m ² | 3.134 m ² |

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses. Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2018 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 564 (Vorjahr: T€ 408) ausgegeben.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2018 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.357 gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen Mietsteigerungen als auch mit der Fertigstellung unseres Neubaus in Herzogenrath, Kirchrather Straße 69–71 zusammen. Der Anstieg ist hauptsächlich auf den Erlös aus dem Verkauf des Objektes Mauerfeldchen 72 in Würselen (T€ 1.300) zurückzuführen. Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 163) durchgeführt, womit insgesamt T€ 727 an primären Kosten (ohne innerbetriebliche Leistungsverrechnungen) zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr betragen mithin: 15,44 €. Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 17,57 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung. Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2018 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 12 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4 %. Das Jahresergebnis 2018 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 532.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 70 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür verantwortlich ist das Zusammenwirken mehrerer Faktoren, die sich alle positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben: So liegen die Umsatzerlöse/sonstige betriebliche Erträge ca. T€ 34 über dem Planwert. Aufwandseitig fielen die Betriebskosten ca. T€ 21, die Zinsaufwendungen ca. T€ 15 niedriger aus als geplant.

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist. Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden. Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 durch eine geringe Steigerung der Bilanzsumme gekennzeichnet. Dies resultiert in erster Linie aus einem Liquiditätszufluss in Höhe von 2 Mio. € durch die StädteRegion Aachen, der in Genussrechtskapital umgewandelt werden soll. Dem gegenüber steht der Verkauf des Bürogebäudes Mauerfeldchen 72, Würselen mit einem Restbuchwert von 1.273 T€.

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2018 ein Jahresergebnis von T€ 532 erwirtschaftet (gegenüber T€ 569 in 2017). Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken. Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Selbst nach Abzug des Verkaufserlöses der Gewerbeimmobilie Mauerfeldchen 72 in Würselen (1.300 T€) zeigt sich wie in den Vorjahren ein erneuter Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr. Trotz Investitionen und damit zusammenhängendem Bilanzwachstum ist die Eigenkapitalquote stabil oberhalb von 30%.

Risikobericht:

Branchenspezifische Risiken

Sollte sich die Konjunktur noch weiter abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit die wirtschaftliche Situation (Einkommen) unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation im negativen Sinn unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen herausstellen.

Ertragsorientierte Risiken

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allerorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und insgesamt unter dem Landesdurchschnitt.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist. Die Liquiditätslage ist vollkommen zufriedenstellend; es sind bei moderater Investitionstätigkeit keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft im Rahmen des Möglichen gegen Zinssteigerungsrisiken gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken. Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung und individualisierter Gegensteuerungsmaßnahmen bedarf. Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist konsequent. Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir zwar Steigerungen, aber noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Engpässe.

Chancenbericht

Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen –da Nachverdichtungen mengenmäßig limitiert sind– Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage

Bedeutende Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der untersuchten Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt voll zufriedenstellend (mit durchaus vorhandenen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von ca. 70% würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es, frühzeitig zu analysieren.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, verweisen wir auf unsere Ausführungen im Anhang.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant um ca. 10 % schwankt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau.

Voraussetzung für die unter a) bis d) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen

wird. Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind eine Bestätigung. Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG insgesamt positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Die Jahresergebnisse 2019 und 2020 erwarten wir operativ im Korridor der Werte, die in den letzten Jahren erzielt wurden. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Unser Ziel ist es, in einem mittelfristigen Zeitraum von ca. 5 Jahren 100 neue Wohnungen zu projektieren bzw. zu realisieren.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter der GWG beträgt insgesamt: 31

Anzahl der weiblichen Mitarbeiter: 12

Anzahl der männlichen Mitarbeiter: 19

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.



Gesundheitswesen

Rhein-Maas-Klinikum GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen.
- Zweck der Gesellschaft ist eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages.
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die ist am 01.01.2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet worden. Gesellschafter sind zu je 50 % die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV-KBS) und die StädteRegion Aachen. Seit 01.07.2017 firmiert die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH nunmehr als **Rhein-Maas Klinikum GmbH (RMK)**.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer wohnortnahen Patientenversorgung mit innovativen und qualitativ hochwertigen Behandlungsmethoden. In der StädteRegion Aachen zählt das RMK zu den bedeutendsten Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und leistet einen erheblichen Beitrag zur Patientenversorgung in der StädteRegion und über die Grenzen hinaus. Zudem ist das MZ ein wichtiger Arbeitgeber mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen für verschiedene Berufsgruppen. Zusätzlich leistet die Gesellschaft mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Die GmbH stellt die patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Sinne des § 1 Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW) sicher und ist in den Krankenhausplan des Landes NRW aufgenommen. Die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen jeweils 6 Mitglieder von der StädteRegion Aachen und von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See entsandt und abberufen werden. Der Betriebsrat der GmbH entsendet 2 Mitglieder aus dem Kreis der Mitarbeiter des Krankenhauses in den Aufsichtsrat. Die StädteRegion Aachen und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind berechtigt, zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils einen Berater zu entsenden, der an der Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt.

Gesellschafterversammlung:

In den Gesellschafterversammlungen werden die Gesellschafter durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Wird ein Gesellschafter durch mehrere Bevollmächtigte vertreten, kann die Stimmabgabe nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar (bis 24.01.2019)
Andreas Schlüter (ab 25.01.2019)

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|--------------|---------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Doris Harst | Städteregionstagsmitglied |
| | Carl Meulenbergh | sachkundiger Bürger |
| | Stefan Mix | Städteregionstagsmitglied |
| | Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |
| | Wolfgang Wetzstein | sachkundiger Bürger |

Beratendes Mitglied: Axel Hartmann Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 3.600.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|--------------------|--------------------|
| StädteRegion Aachen | 1.800.000 | 50 |
| Deutsche Rentenversicherung Knappschaft –Bahn–See (früher Bundesknappschaft) | <u>1.800.000</u> | <u>50</u> |
| | 3.600.000 | 100 |
| Beteiligungen > 25 %: | Anteil in € | Anteil in % |
| RMK–Service GmbH | 25.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 63.352.822 | 61.219.072 | 53.764.299 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 642.504 | 686.472 | 521.160 |
| II. Sachanlagen | 62.479.694 | 60.280.921 | 52.980.632 |
| III. Finanzanlagen | 230.624 | 251.679 | 262.507 |
| B. Umlaufvermögen | 23.196.436 | 29.046.020 | 23.254.534 |
| I. Vorräte | 3.508.243 | 3.332.725 | 3.515.815 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 11.712.949 | 15.517.568 | 14.578.841 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 7.975.244 | 10.195.727 | 5.159.878 |
| C. Ausgleichsposten nach KHG | 4.477.830 | 4.521.978 | 4.654.420 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 23.263 | 14.231 |
| Bilanzsumme Aktiva | 91.027.088 | 94.810.333 | 81.687.484 |
| A. Eigenkapital | 15.611.161 | 16.807.330 | 13.001.555 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 3.600.000 | 3.600.000 | 3.600.000 |
| II. Kapitalrücklagen | 9.882.830 | 9.882.830 | 9.882.830 |
| III. Gewinnrücklagen | 675.397 | 2.128.330 | 3.324.499 |
| IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 1.452.933 | 1.196.169 | -3.805.774 |
| B. Sonderposten | 26.626.936 | 25.854.427 | 19.756.701 |
| C. Rückstellungen | 11.809.170 | 15.340.555 | 17.068.956 |
| D. Verbindlichkeiten | 36.963.173 | 36.760.006 | 31.848.052 |
| E. Ausgleichsposten aus Darl.förd. | 12.220 | 12.220 | 12.220 |

| | | | |
|--|-------------------|-------------------|--------------------|
| F. Rechnungsabgrenzungsposten | 4.429 | 5.796 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 91.027.088 | 94.810.333 | 81.687.484 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 109.717.611 | 115.621.308 | 113.848.029 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 491.681 | 1.317.135 | 2.445.379 |
| Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen | 2.905.156 | 4.3147.358 | 3.005.683 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten u.ä. | 4.201.877 | 4.746.734 | 4.355.986 |
| Personalaufwand | 71.630.684 | 75.618.756 | 80.745.491 |
| Materialaufwand | 25.990.004 | 26.504.068 | 25.416.808 |
| Abschreibungen | 4.850.453 | 4.968.647 | 4.572.403 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 10.135.789 | 11.954.930 | 12.634.669 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.016.868 | 1.061.825 | 976.121 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 44.782 | 100 | 39.881 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 1.452.933 | 1.196.169 | - 3.805.774 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--|-------|-------|--------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Jahresdurchschnitt ohne Azubi | 1.393 | 1.276 | 1.320 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Eigenkapitalquote | 43,6 | 42,2 | 36,5 |
| Eigenkapitalrentabilität | 9,3 | 7,15 | -29,27 |
| Umsatzrentabilität | 1,4 | 1,1 | -3,3 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Gesellschafterin zu 50 % am Jahresergebnis der Gesellschaft beteiligt. Gewinnausschüttungen oder Defizitabdeckungen sind bisher nicht erfolgt.

Die RMK GmbH übernimmt Geschäftsbesorgungsleistungen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH, deren Gesellschafterin die StädteRegion Aachen ist. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege

der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom RMK in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Zu der 100 %-igen Tochtergesellschaft der RMK GmbH, der RMK-Service GmbH, bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendiensteleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf einschließlich Ergebnisdarstellung

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH weist im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.806 TEUR aus. Gegenüber dem Vorjahr, das einen Jahresüberschuss von +1.196 TEUR auswies, verschlechtert sich das Jahresergebnis damit um rd. 5.002 TEUR. Das im Wirtschaftsplan 2018 geplante Jahresergebnis von 22 TEUR wurde verfehlt. Ursache hierfür war, dass die Leistungsplanung im Wirtschaftsplan 2018 gegenüber den Ist Daten 2017 deutlich angehoben wurde aber letztendlich die ambitionierte Leistungsplanung nicht realisiert werden konnte. Die Planvorgabe wurde deutlich verfehlt (- 2.848 CMP). Über dem Vorjahr entwickelten sich die internistische Notaufnahme (+ 59 CMP), die Gefäß- und Thoraxchirurgie (+ 78 CMP) und die Allgemein- und Viszeralchirurgie (+ 121 CMP). Im Bereich des Akutkrankenhauses wurden die Leistungsvorgaben nicht erreicht und auch gegenüber dem Vorjahr waren Leistungsrückgänge zu verzeichnen. Im Bereich der erlösrelevanten Casemixpunkte ergaben sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum - 978 Punkte. Der Casemixindex im Gesamthaus lag mit 1,240 über dem Wert des Vorjahres von 1,198 und auch über dem Wirtschaftsplanansatz 2018 in Höhe von 1,209. Die Fälle sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1.607. Somit wurden im Jahre 2018 22.237 (inklusive E 3 Entgelte) Fälle im Akutkrankenhaus behandelt und ein Casemix von 27.581 Punkten (inklusive E 3 Entgelte) erwirtschaftet. In der Inneren Medizin mit den Teilgebieten Allgemeine Innere Medizin und Gastroenterologie, Kardiologie und Nephrologie, Pulmologie und Internistischen Rheumatologie ergab sich insgesamt ein Rückgang um 198 Case-Mix-Punkte. Über dem Vorjahr entwickelte sich die Pneumologie (+95 CMP). Zwar lagen in der Kardiologie die Leistungspunkte unter dem Vorjahr (-108 CMP), konnten jedoch mit dem Eintritt des neuen Chefarztes Prof. Dr. Becker gesteigert werden (0 Jan. - Juni 2018 = 213 CMP; 0 Juli - Dez. 2018 = 262 CMP). In der Akutgeriatrie verschlechterte sich der CM um 21 Punkte gegenüber dem Vorjahr. Die Case-Mix-Punkte in der Neurologie konnten um 77 Punkte gesteigert werden. In den chirurgischen Abteilungen zeigte sich ein Anstieg der Case-Mix-Punkte um 198 Punkte (Allgemein- und Viszeralchirurgie sowie Gefäß- und Thoraxchirurgie). Auch in den Bereichen der Notaufnahme (+ 59 Punkte) sowie der Schmerztherapie (+ 31 Punkte) konnten die Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die rückläufigen Case-Mix-Punkte im Zentrum für Orthopädie und Unfallchirurgie (- 753 CMP) konnten durch das Alterstraumatologische Zentrum (+ 294) teilweise kompensiert werden. Rückläufige Case-Mix-Punkte waren auch in der Gynäkologie und Geburtshilfe (- 341 Punkte) sowie in der Urologie (- 243 Punkte) zu verzeichnen. Die rückläufigen Leistungszahlen in der Gynäkologie und Geburtshilfe sind insbesondere auf den seit Mitte März 2018 abgemeldeten Kreissaal zurückzuführen. Im Berichtsjahr 2018 wurden im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation

482 Fälle behandelt (Vorjahr: 447). Insgesamt wurden 22.914 Patienten stationär, in der Palliativmedizin und geriatrisch Rehabilitate behandelt (Vorjahr 24.440). Bezogen auf die 645 Planbetten (inklusive Geriatrische Rehabilitation) ergab sich ein Auslastungsgrad von 68,6 Prozent. Die Investitionen lagen im Jahr 2018 bei 5.230 TEUR (Vorjahr: 2.977 TEUR).

Lage der Gesellschaft

Ertragsbereich

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen und stationärer Rehabilitation inklusive des Ausbildungsbudgets sanken gegenüber dem Vorjahr von 102.357 TEUR auf 101.135 TEUR. Der Erlösrückgang resultierte dabei insbesondere aus geminderten Krankenhausleistungen. Ein Erlösbudget für das Jahr 2018 konnte bislang mit den Kostenträgern nicht vereinbart werden. Am 14.03.2019 hat eine Budgetverhandlung mit den Kostenträgern stattgefunden, bei der jedoch keine abschließende Vereinbarung erzielt werden konnte. Die Erlöse aus Wahlleistungen sind mit 4.386 TEUR (Vorjahr: 4.447 TEUR) ebenso wie die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses mit 2.113 TEUR (Vorjahr: 2.307 TEUR) gesunken. Die Nutzungsentgelte der Ärzte verringerten sich von 3.033 TEUR im Vorjahr auf 2.517 TEUR. Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich von 3.477 TEUR auf 3.697 TEUR. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand verringerten sich von 337 TEUR im Vorjahr auf 160 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten auf 2.445 TEUR (Vorjahr: 1.317 TEUR). Die Aufwendungen für den Personal- und Materialeinsatz stiegen im Geschäftsjahr 2018 um 4.039 TEUR auf 106.162 TEUR. Dabei verringert sich der Materialaufwand von 26.504 TEUR im Vorjahr auf 25.417 TEUR. Davon entfielen 15.588 TEUR auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (- 968 TEUR) sowie 9.829 TEUR auf bezogene Leistungen (-119 TEUR). Die Personalaufwendungen betragen insgesamt 80.745 (Vorjahr: 75.619 TEUR). Auf die gesetzlichen Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge entfielen 14.922 TEUR und entsprachen damit ca. 18,48 Prozent des Personalaufwands. Die Neueinstellung von qualifiziertem Personal, ein erhöhter Personaleinsatz aufgrund des Ausbaus und Aufbaus von weiteren Leistungsbereichen sowie die Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD und des Tarifvertrages für Ärzte mit dem Marburger Bund trugen zu einer Steigerung des durchschnittlichen Personalaufwandes bei. Im Jahr 2018 beschäftigte das Rhein-Maas Klinikum im Jahresdurchschnitt 1.530 Mitarbeiterinnen als Voll- und Teilzeitkräfte (Vorjahr:1.417). Eine Umrechnung in Vollkräfte ergibt für das Berichtsjahr 1.034 Beschäftigte (Vorjahr 964,7). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vergleich zu den Vollkräften im Jahr 2017, die VK-Bewertung im Bereich der Auszubildenden und Studenten im praktischen Jahr geändert wurde.

Finanzlage

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres 2018 lag bei 5.230 TEUR (Vorjahr: 2.977 TEUR). Die Finanzierung erfolgte dabei aus Pauschalfördermitteln (1.420 TEUR), Mitteln der Baupauschale (946 TEUR), sonstigen Zuschüssen der öffentlichen Hand und Zuwendungen Dritter (8 TEUR) sowie Eigenmitteln (2.856 TEUR). Insgesamt verteilten sich die Investitionen auf Immaterielle Vermögensgegenstände (87 TEUR), Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten (1.035 TEUR), Technische Anlagen (0 TEUR), Einrichtungen und Ausstattungen (1.694 TEUR), Anlagen im Bau (2.403 TEUR) und Finanzanlagen (11 TEUR). Den Investitionen standen Abschreibungen auf das

Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 4.572 TEUR (Vorjahr: 4.970 TEUR) gegenüber. Die ergebniswirksamen Abschreibungen aus Eigenmitteln belaufen sich auf 1.919 TEUR (Vorjahr: 1.898 TEUR).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage dient nachstehende Cashflow-Darstellung.

| <u>Kapitalflussrechnung</u> | 2018 | | 2017 | |
|---|------|--------|------|--------|
| | | TEUR | | TEUR |
| 1. Jahresergebnis | - | 3.806 | + | 1.196 |
| 2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens | + | 4.572 | + | 4.969 |
| 3. Veränderung der Rückstellungen | + | 1.729 | + | 3.531 |
| 4. Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen | - | 9.021 | - | 4.791 |
| 5. Zuführung zu Sonderposten | + | 2.924 | + | 1.886 |
| 6. Veränderung Wertberichtigung und Abschreibungen auf Forderungen | + | 1.276 | + | 941 |
| 7. Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva | - | 366 | - | 4.598 |
| 8. Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Passiva | - | 3.514 | - | 724 |
| 9. zzgl. Aufwand aus Leasingzahlungen | + | 1.715 | + | 1.569 |
| 10. zzgl. Zinsaufwendungen | + | 976 | + | 1.062 |
| 11. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit | - | 3.515 | + | 5.041 |
| 12. Investitionen in das Anlagevermögen | - | 5.230 | - | 2.978 |
| 13. Aufwand aus Anlageabgang | + | 8.113 | + | 145 |
| 14. Cashflow aus der Investitionstätigkeit | + | 2.883 | - | 2.833 |
| 15. Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen/Finanzierungsmitteln | 0 | | 0 | |
| 16. Gezahlte Zinsen | - | 976 | - | 1.062 |
| 17. Auszahlungen aus Leasing und Mietkauf | - | 2.168 | - | 2.026 |
| 18. Einzahlungen aus Fördermitteln und Investitionszuschüssen | + | 2.998 | + | 4.309 |
| 19. Auszahlungen aus der Tilgung von Darlehen | - | 4.233 | - | 1.207 |
| 20. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit | - | 4.379 | + | 14 |
| 21. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds | - | 5.011 | + | 2.222 |
| 22. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | + | 10.161 | + | 7.939 |
| 23. Finanzmittelfonds am Ende der Periode | + | 5.150 | + | 10.161 |

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt – 3.515 TEUR und aus Finanzierungstätigkeit – 4.379 TEUR. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt 2.883 TEUR. Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2018 jederzeit gewährleistet. Die bestehende Kontokorrentkreditvereinbarung musste nicht in Anspruch genommen werden.

Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2018 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2017 gegenübergestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Die Passivposten werden dem langfristig bzw. kurzfristig verfügbaren Kapital zugeordnet. Die Bilanzposition „Ausgleichsposten nach dem KHG“ sowie die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem langfristigen Kapital verrechnet.

| | 31.12.2018 | | 31.12.2017 | | Veränderung | |
|------------------------------|----------------------|---------------|----------------------|---------------|-----------------------|--------------|
| | <u>TEUR</u> | % | <u>TEUR</u> | % | <u>TEUR</u> | % |
| Vermögensstruktur | 53.764 | 69,8 | 61.219 | 67,8 | -7455 | -12,2 |
| Kurzfristiges Vermögen | <u>23.269</u> | 30,2 | <u>29.069</u> | 32,2 | <u>-5.800</u> | -20,0 |
| Gesamtvermögen | <u>77.033</u> | 100,0 | <u>90.288</u> | 100,00 | <u>-13.255</u> | -14,7 |
| Kapitalstruktur | | | | | | |
| Langfristig verfügb. Kapital | 54.479 | 70,7 | 65.4790 | 72,5 | -11.000 | -16,8 |
| Kurzfr. Verfügbares Kapital | <u>22.554</u> | 29,3 | <u>24.809</u> | 27,5 | <u>-2.255</u> | -9,1 |
| Gesamtvermögen | <u>77.033</u> | 100,00 | <u>90.288</u> | 100,00 | <u>-13.255</u> | -14,7 |

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen verminderte sich aufgrund der Abschreibungen, Abgänge und unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeiten um 7.455 TEUR auf 53.764 TEUR und beträgt nunmehr 69,8 Prozent. Das kurzfristig gebundene Vermögen verminderte sich um 5.800 TEUR auf 23.269 TEUR. Dabei erhöhten sich die Vorräte um 183 TEUR und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 418 TEUR. Die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz verringerten sich um 1.146 TEUR und der Geldmittelbestand um 5.036 TEUR. Die Forderungen an Gesellschafter verminderten sich um 174 TEUR und auch die sonstigen Vermögensgegenstände verminderten sich um 183 TEUR. Das langfristige Kapital verringert sich um 11.000 TEUR auf 54.479 TEUR (= 70,7 Prozent des Gesamtkapitals) und das kurzfristige Kapital um 2.255 TEUR auf 22.554 TEUR. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages, der Sonderposten und nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 28.104 TEUR (Vorjahr 38.140 TEUR). Die Eigenkapitalquote am Gesamtvermögen beträgt damit 36,5 Prozent.

Finanzielle Indikatoren

Nachfolgend werden einige wichtige Kennzahlen im Mehrjahresvergleich dargestellt. Diese spiegeln die Entwicklung im Geschäftsjahr 2018 wider.

| Wirtschaftliche Kennzahlen | 2018 | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|-------------|------------|------------|------------|
| Jahresergebnis | -3.806 TEUR | 1.196 TEUR | 1.453 TEUR | -211 TEUR |
| Umsatzrendite | - 3,3 % | 1,0 % | 1,4 % | 0,0 % |
| Eigenkapitalrendite | - 29,27 % | 7,15 % | 9,31 % | 0,0 % |
| BITDA | - 1.131 | 3.853 | 3.908 | 2.206 |
| BITDA-Marge | - 1,0 % | 3,4 % | 3,6 % | 2,2 % |
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | -3.514 TEUR | 5.041 TEUR | 5.236 TEUR | 4.321 TEUR |
| Deckungsfaktor | 2,1 Wochen | 1,3 Wochen | 1,7 Wochen | 2,5 Wochen |
| Eigenkapitalquote | 36,5 % | 42,2 % | 43,6 % | 44,0 % |
| Fremdkapitalquote | 63,5 % | 57,8 % | 56,4 % | 56,0 % |

Nichtfinanzielle Indikatoren

Das Rhein-Maas Klinikum leistet mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region. Durch die Bereitstellung von 100 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpfleger und 20 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpflegeassistenten wird dem viel zitierten Mangel an Pflegekräften durch Nachwuchsförderung entgegenwirkt. Die hauseigene Ausbildungsstätte und die dort vermittelten theoretischen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten bildet für das Rhein-Maas Klinikum ein ständiges Reservoir zur Rekrutierung von hochqualifizierten Pflegekräften. Für die Beschäftigten des Rhein-Maas Klinikums werden für alle Berufsgruppen vielfältige interne und externe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Neben der Freistellung für den Besuch solcher Veranstaltungen investierte das RMK im Bereich der Fort- und Weiterbildung im Berichtsjahr 2018 rd. 225 TEUR.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Der Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan für das Jahr 2019 einen Überschuss in Höhe von 9 TEUR aus. Gegenüber dem abgelaufenen Jahr 2018 bedeutet dies eine Verbesserung des Jahresergebnisses um 3.815 TEUR. Grund dieses Ansatzes sind u. a. die noch nicht abgeschlossen und ausstehenden Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern für die Jahre 2017, 2018 und 2019, womit gewisse Risiken im Ertragsbereich einhergehen. Des Weiteren sind im Erfolgsplan des Jahres 2019 Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rd. 2.450 TEUR vorgesehen (2018: 2.453 TEUR). Weiterhin wurde die Konsolidierung an einem Standort berücksichtigt. Dem Erlösbudget 2019 liegen 27.805 Case-Mix-Punkte inklusive Überlieger zugrunde. Gegenüber der für das Jahr 2018 erreichten Leistungsmenge bedeutet dies ein nahezu gleichbleibendes Leistungsvolumen. Die Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2019 verläuft im Bereich des Akutkrankenhauses im Wesentlichen auf Planniveau, so dass nach derzeitiger Prognose an den Umsatzerwartungen festgehalten werden kann. Der Bereich der Geriatrischen Rehabilitation liegt in den ersten Monaten im Plan. Im Personal- und Sachmittelbereich zeigt sich in den ersten Monaten des Jahres 2019 eine weitestgehend planmäßige Kostenentwicklung. Insgesamt wird erwartet, dass für das Jahr 2019 der Wirtschaftsplanansatz erreicht werden kann. Die Investitionstätigkeit war in den letzten Jahren geprägt durch die Fertigstellung der Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen am Standort Marienhöhe. Zentraler Punkt der Masterplanung war die Zentralisierung der Kliniken am Standort Marienhöhe und die damit verbundene Schließung des

Standortes Bardenberg. Die Zentralisierung konnte bereits im Jahr 2018 erfolgen und die Immobilie Bardenberg zum 31. Dezember 2018 veräußert werden. Mit der Zusammenführung der Kliniken am Standort Marienhöhe kann der Masterplan 2021 als abgeschlossen betrachtet werden. Diese neue Ausgangslage macht eine Weiterentwicklung des Masterplans unabdingbar, daher wurde ein Strukturplan 2025 als Basis für die künftige Orientierung des Rhein-Maas Klinikums am Standort Marienhöhe, auch unter Berücksichtigung der umliegenden Versorgungsstrukturen, erarbeitet. Der Strukturplan 2025 soll neben der Investitions- und Strukturplanung auch die wirtschaftliche Entwicklung und Finanzierung der geplanten Maßnahmen berücksichtigt. Zur Untermauerung der Leistungsentwicklung sind im Zeitraum bis 2025 Investitionen in Höhe von ca. 55 Mio. EUR vorgesehen. Für die Umsetzung des Strukturplans 2025 werden weitere bauliche Maßnahmen umgesetzt. In den kommenden Jahren ist neben einer Sanierung der Altbaustationen ebenfalls die Sanierung und Erweiterung des OP-Traktes auf acht Säle, inkl. Hybrid-OP, geplant. Weitere Investitionen sind bis zum Jahr 2025 im Bereich der IT sowie die Medizintechnik geplant. Darüber hinaus werden weitere Instandhaltungsmaßnahmen getätigt werden. Im Jahr 2019 sollen Maßnahmen mit der Errichtung eines zweiten Herzkatheter-Messplatzes für die Erweiterung der Kardiologie umgesetzt werden. Zudem sollen Investitionen in die Neugestaltung und die Reorganisation der Küche fließen. Insgesamt wurden für die beschriebenen Maßnahmen für das Jahr 2019 Investitionen von 1,0 Mio. EUR eingeplant. Darüber hinaus beträgt das geplante Investitionsvolumen für Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Einrichtung und Ausstattung rd. 1,0 Mio. EUR. Neben dem Einsatz von Fördermitteln in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR ist eine Finanzierung von 0,4 Mio. EUR über Eigenmittel vorgesehen. Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage im Jahr 2019 aufgrund der Rahmenbedingungen als weiterhin schwierig. Mit der Verlagerung aller Fachabteilungen an den Standort Marienhöhe fallen sowohl die Kosten für Doppelvorhaltungen als auch die mit der Verlagerung verbundenen Kosten weg. Darüber hinaus soll mit der Etablierung eines zweiten Herzkathetermessplatzes der weitere Ausbau der Kardiologie erfolgen. Weiterhin sollen infolge strategischer Maßnahmen weitere Leistungsbereiche aus- und aufgebaut werden. Der von der Geschäftsführung erarbeitete Strukturplan 2025 löst den Masterplan 2021 ab. Der Strukturplan 2025 umfasst neben der medizinischen Strukturplanung mit der Bildung von medizinischen Schwerpunkten ebenfalls die künftige organisatorische Struktur. Weiterhin wurden Investitions- und Baumaßnahmen in den kommenden Jahren geplant. Zudem wird die wirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2025 geplant und prognostiziert. Die weitere Planung sieht u. a. wie folgt aus:

- Ausbau und Aufbau von medizinischen Leistungsbereichen und die damit verbundene Bildung von Zentren
- bauliche Investitionen in die Sanierung der Altbaustationen sowie die Sanierung und Erweiterung des Zentral-OPs sowie allgemeine Instandhaltungsmaßnahmen
- Investitionen in den IT-Bereich und der damit verbundenen weiteren Digitalisierung der Prozesse
- weitere Investitionen im Bereich der Medizintechnik
- die dargestellten Investitionsmaßnahmen haben bis zum Jahr 2025 ein Gesamtvolumen von 55 Mio. EUR

Diese richtungsweisende Entscheidung mit dem Strukturplan 2025 wird die mittel- und langfristige Weiterentwicklung des Unternehmens nachhaltig positiv beeinflussen.

Risiken

Der Masterplan sieht für die Jahre 2019 bis 2025 eine konservative Leistungssteigerung vor. Im Jahr 2019 sollen einzelne Leistungsbereiche aus- und aufgebaut werden. Hierzu gehört die Erweiterung der Kardiologie mit der Etablierung eines zweiten Herzkatheter-Messplatzes. Im Rahmen der Umsetzung des Masterplans wurde das medizinische Portfolio des Rhein-Maas Klinikums bereits um wichtige Schwerpunkte erweitert. Um weiterhin als überregionaler Schwerpunktversorger mit Maximalversorgungsstrukturen agieren zu können, ist eine transparente und schlüssige medizinische Versorgungsstruktur zu entwickeln. Basis für eine solche Struktur ist die klare Abgrenzung zwischen den einzelnen Fachdisziplinen. In diesem Zuge soll das bestehende Leistungsspektrum weiter ausgebaut und neue Felder erschlossen werden. Mögliche Risiken können sich dadurch ergeben, dass die geplanten Leistungszahlen und Erlöse nicht erreicht werden können, weil z. B. benachbarte Krankenhäuser ein ähnliches Leistungsportfolio anbieten und damit ein verstärkter Wettbewerb auftritt. Risiken ergeben sich auch aus Gesetzes- und Rechtsänderungen, deren Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar sind. Darüber hinaus hält die in den letzten Jahren stark zugenommene Prüftätigkeit des Medizinischen Dienstes, Strukturprüfungen sowie medienwirksame Kampagnen seitens der Kostenträger zur Eindämmung der Ausgaben für den Krankenhaussektor weiter an. In der am 06. Oktober 2018 vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) erlassenen „Verordnung zur Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegeintensiven Bereichen in Krankenhäusern (Pflegepersonaluntergrenzenverordnung – PpUGV) wurden sechs pflegeintensive Bereiche im Krankenhaus benannt: Geriatrie, Herzchirurgie, Intensivmedizin, Kardiologie, Neurologie und Unfallchirurgie. Eine Nichteinhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen wird mit Sanktionen behaftet. Derzeit befasst sich das InEK mit der Weiterentwicklung der Pflegepersonaluntergrenzen. Es ist davon auszugehen, dass die pflegeintensiven Bereiche weiter ausgeweitet werden. Mit der Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegeintensiven Bereichen in Krankenhäusern wird das Rhein-Maas Klinikum für die Bereiche Intensivmedizin, Unfallchirurgie und Geriatrie diese Untergrenzen sicherstellen müssen. Die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen wird die Lage auf dem Personalmarkt weiter verschärfen, da alle Krankenhäuser die Suche nach examinierten Pflegekräften weiter intensivieren werden. Die zukünftige Herausforderung wird die Bindung des bestehenden Pflegepersonals sowie die Akquise von neuen Pflegekräften sein. Ebenfalls im Ärztlichen Dienst ist die Suche und Gewinnung neuer Fachkräfte weiter zu intensivieren. Mögliche Risiken ergeben sich außerdem daraus, dass die Budgetverhandlungen für die Jahre 2017, 2018 und 2019 mit den Krankenkassen noch nicht abgeschlossen sind. Ein Verhandlungstermin fand zwar im 1. Quartal 2019 statt, eine Vereinbarung konnte bislang noch nicht geschlossen werden. Im Bereich der Personalaufwendungen wurden Kostensteigerungen für den TV-Ärzte in den Erfolgsplan mit 3,0 Prozent ab Januar 2019 eingeplant, da von einem Tarifabschluss erst im 1. Halbjahr 2019 auszugehen ist. Für den nicht ärztlichen Bereich TVöD liegt der Tarifabschluss vor. Der Tarifabschluss sieht eine Steigerung von 3,09 Prozent ab dem 1. April 2019 und entspricht den im Erfolgsplan eingeplanten Kostensteigerungen. Aufgrund des hohen Personalkostenanteils bedeutet die geforderte Tarifsteigerung ein erhebliches Risiko gegenüber den im Wirtschaftsplan einkalkulierten Mehraufwendungen. Im Bereich der Sachaufwendungen kann es insbesondere im Bereich von EDV- Dienstleistungen aufgrund des zum 1. Januar 2019 erfolgten Umstiegs auf das Krankenhausinformationssystem iMedOne sowie auf SAP zu mit der Um-

stellung verbundenen Prozessproblemen kommen. Zur Verbesserung und Digitalisierung von Prozessabläufen, einer erhöhten Datenperformance und vor dem Hintergrund der Datensicherheit und – Verfügbarkeit ist diese Umstellung der Informationstechnologie mit dem Ziel einer weitreichenden Digitalisierung der Prozesse ein weiterer wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Krankenhauses. Risiken ergeben sich auch durch die bauliche und technische Altersstruktur des Krankenhauses. Unvorhersehbare Ausfälle und Störungen erfordern oftmals hohe Ersatzinvestitionen und Instandsetzungsmaßnahmen. Zur Umsetzung des Strukturplans 2025 bedarf es der Durchführung von weiteren umfangreichen Baumaßnahmen. Insbesondere ist die Sanierung des Zentral-OPs mit der damit verbundenen Errichtung von neuen OP-Sälen in den nächsten Jahren dringend erforderlich. Weiterhin ist die Sanierung der Altbaustationen verbunden mit einer Verbesserung der Unterbringungsqualität und der Schaffung einheitlicher Unterbringungsstandards ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Zukunft. Aufgrund der bereits erwähnten unzureichenden Investitionsförderung durch das Land NRW können sich hieraus Finanzierungsrisiken ergeben. Mögliche Risiken können sich zudem aus überplanmäßigen Kostenentwicklungen für die geplanten Bau- und Investitionsmaßnahmen ergeben. Zur Finanzierung dieser Baumaßnahmen und Investitionen sind neben der Aufnahme von Darlehen auch die Verwendung von Eigenmitteln und Mitteln aus der Baupauschale und den Pauschalen Fördermitteln in die Finanzierung eingeplant worden. Mit der Erwartung, dass die im Wirtschaftsplan 2019 angesetzten Zielgrößen erreicht werden, identifizieren wir für das Jahr 2019 keine Risiken, die insbesondere die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft und deren Bestand in 2019 gefährden werden. Dies setzt voraus, dass die in der Strukturplanung 2025 enthaltenen Annahmen und Prämissen eintreten bzw. bei Feststellung von negativen Abweichungen im Rahmen des Risiko- und Projektcontrollings für den Strukturplan 2025 die diesbezüglichen ggf. notwendigen Gegenmaßnahmen auf erkannte Risiken adäquat umgesetzt werden. Aufgrund der Vielzahl an erforderlichen Maßnahmen und des umfangreichen Investitionsvolumens wird ein engmaschiges Controlling über die wirtschaftliche Entwicklung durchgeführt, welches durch die Knappschaft Kliniken GmbH intensiv begleitet wird.

Chancen

Gute Chancen für eine positive Entwicklung werden durch die Erweiterung der Kardiologie gesehen. Hier wird im Juli 2019 der zweite Herzkathetermessplatz etabliert und die Leistungsbereiche der Klinik für Kardiologie weiter ausgebaut. Zum 1. Juli 2019 bzw. 1. August 2019 werden die Chefarztpositionen in den Kliniken für Pneumologie, Geriatrie, Thoraxchirurgie und Gefäßchirurgie neu besetzt. Zielsetzung ist der weitere Ausbau und die weitere Spezialisierung der einzelnen Leistungsbereiche des Rhein-Maas Klinikums. Die Neubesetzung der Chefarztpositionen kann eine sehr gute Chance darstellen, das medizinische Profil der einzelnen Leistungsbereiche zu schärfen und die jeweiligen Kliniken weiter auszubauen. Insbesondere die Klinik für Geriatrie hat unter Berücksichtigung des Fachabteilungsspektrums sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten. Mit dem allgemeinen Aus- und Aufbau von medizinischen Leistungsbereichen kann sich das Rhein-Maas Klinikum als Schwerpunktkrankenhaus mit Maximalversorgerstrukturen in einigen Bereichen im Krankenhausmarkt weiter von den Mitbewerbern abgrenzen. Im Strukturplan 2025 wird das künftige medizinische Leistungsportfolio dargelegt. Eine transparente und schlüssige medizinische Versorgungsstruktur verbunden mit einer klaren Abgrenzung zwischen den einzelnen Kliniken sind wichtige Bausteine des Strukturplans 2025. Die einzelnen Kliniken können ihr eigenes Klinikprofil auf diese

Weise nach außen besser und klarer darstellen. Eine weitere große Chance für das Rhein-Maas Klinikum stellen die bis zum Jahr 2025 geplanten Investitionsmaßnahmen dar. Mit der Sanierung der Altbaustationen können einheitliche Unterbringungsstandards etabliert werden und sich das Krankenhaus auf dem Markt wettbewerbsfähig aufstellen. Die Sanierung des Zentral-OPs und die Erweiterung auf acht OP-Säle stellen einen wichtigen Schritt in die Zukunft dar, da durch den Umbau moderne OP-Strukturen und entsprechend optimale Prozessstrukturen geschaffen werden können. Die Etablierung von iMedOne sowie SAP und die damit verbundene Digitalisierung der Prozesse und Arbeitsabläufe wird das Rhein-Maas Klinikum zukunftsorientiert aufstellen. Einheitliche Standards können so geschaffen werden und auch die Einführung der Mobilen Dokumentation wird das Krankenhaus im Bereich der IT auf den modernsten Stand bringen. Die Zusammenführung aller Kliniken an einem Standort hat eine Verringerung des Vorhaltungsaufwandes durch Schließung des Standorts Bardenberg mit dem Wegfall der Doppelvorhaltungen von Betten, Personal, Funktionsbereichen, Transport- und Logistikkosten bewirkt. Weitere Synergieeffekte können im Jahr 2019 vollumfänglich gehoben werden. Einsparungen im Sachbedarf stellen in diesem Zusammenhang einen wichtigen Erfolgsfaktor dar. Zielsetzung ist es, einen Großteil der Potentiale zu heben oder die Realisierung der Einsparpotentiale in die Umsetzung zu bringen. Aufgrund des konservativen Ansatzes in der Wirtschaftsplanung kann in diesem Punkt eine weitere Chance bestehen. Im Verbund der Knappschaft Kliniken kann das Rhein-Maas Klinikum an den gemeinsamen Projekten weiter partizipieren. Durch die zuvor aufgeführten Maßnahmen sieht die Geschäftsführung sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht gute Chancen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft.

RMK-Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Service-Leistungen aller Art für die Rhein-Maas Klinikum GmbH und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 AktG. Darüber hinaus darf sie die gastronomischen Verpflegungseinrichtungen aller Art in der Rhein-Maas Klinikum GmbH bewirtschaften und betreiben. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zweck dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so muss dieser gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas Klinikum GmbH sein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, muss einer der Geschäftsführer gleichzeitig Geschäftsführer der Rhein-Maas-Klinikum GmbH sein, dieser ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt oder abberufen werden. Die Amtszeit des Aufsichtsrates ist identisch mit der Wahl des Städteregionstages der StädteRegion Aachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates bleiben bis zur Entsendung des Nachfolgers im Amt.

Gesellschafterversammlung:

Die Rhein-Maas Klinikum GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung kraft Gesetzes durch ihre Geschäftsführung vertreten, die für ihr Abstimmungsverhalten zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der Rhein-Maas Klinikum GmbH einholen muss. Dem Städteregionstag wird das Recht eingeräumt, als Vertreter in die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der Rhein-Maas Klinikum GmbH zu bestellen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar (bis Januar 2019)
Olivier Weitz (ab 25.01.2019)

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|--------------|-------------------|---------------------------------------|
| Vorsitzender | Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| | Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |
| | Doris Harst | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|--------------------------|---------------|-------------|
| Rhein-Maas-Klinikum GmbH | <u>25.000</u> | <u>100</u> |
| | 25.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 15.148 | 59.328 | 46.815 |
| I. Sachanlagen | 15.148 | 59.328 | 46.815 |
| B. Umlaufvermögen | 574.297 | 582.564 | 919.358 |
| I. Vorräte | 26.211 | 29.836 | 56.143 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 110.882 | 217.087 | 112.034 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 437.204 | 335.641 | 751.181 |
| Bilanzsumme Aktiva | 589.445 | 641.891 | 919.173 |
| A. Eigenkapital | 1.606 | 28.418 | 54.613 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| II. Gewinnvortrag | -88.419 | -23.395 | 3.418 |
| III. Jahresüberschuss | 65.024 | 26.812 | 26.195 |

| | | | |
|----------------------------|----------------|----------------|----------------|
| B. Rückstellungen | 407.821 | 447.979 | 526.025 |
| C. Verbindlichkeiten | 180.018 | 165.495 | 385.535 |
| Bilanzsumme Passiva | 589.445 | 641.891 | 966.173 |

| Gewinn- und Verlustrechnung | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 6.121.711 | 6.264.602 | 5.664.588 |
| Materialaufwand | 1.434.040 | 1.661.017 | 1.514.867 |
| Personalaufwand | 3.706.711 | 3.748.568 | 3.342.211 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 911.051 | 818.908 | 759.622 |
| Jahresüberschuss | 65.024 | 26.812 | 26.195 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Vollkräfte im Jahresdurchschnitt | 103 | 154 | 128 |
| Indikatoren zur Vermögens- Fi- nanz- und Ertragslage | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
| Anlagenintensität | 2,6 | 9,2 | 4,8 |
| Eigenkapitalquote | 0,3 | 4,4 | 5,7 |
| Liquidität 1. Grades | 74,0 | 54,7 | 82,4 |
| Umsatzrentabilität | 1,06 | 0,43 | 0,46 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Zwischen der RMK-Service GmbH und ihrer Mutter Rhein-Maas Klinikum GmbH bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist als Service GmbH der Alleingesellschafterin Rhein-Maas Klinikum GmbH, abhängig von deren Entwicklung. Sie ist somit mittelbar abhängig von der Entwicklung des Krankenhausmarktes im Allgemeinen und im Speziellen in der Region Aachen.

Lage der Gesellschaft

Die RMK-Service GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 26 TEUR. Das im Vorjahr prognostizierte Ergebnis von + 23 TEUR wurde insoweit leicht übertroffen. Im Bereich des operativen Geschäftes der RMK-Service GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr von 6.265 TEUR auf 5.661 TEUR gesunken. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 94 TEUR gesunken. Dies hängt mit den gesunkenen Beköstigungstagen und der Auflösung des Vertrages mit dem Schwertbad Aachen zusammen. Die Personalaufwendungen verzeichneten im Vergleich zum Geschäftsergebnis des Vorjahres einen Rückgang um 406 TEUR. Die Instandhaltungen konnten gegenüber dem Vorjahresergebnis um 14 TEUR gemindert werden.

Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31.12.2018 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31.12.2017 gegenüber gestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

| | 31.12.2018 TEUR | % | 31.12.2017 TEUR | % | Veränderung TEUR | % |
|---------------------------------|--------------------|--------------|--------------------|--------------|---------------------|-------------|
| Vermögensstruktur | | | | | | |
| Langfristig gebundenes Vermögen | 47 | 4,9 | 59 | 9,2 | -12 | -20,3 |
| Kurzfristig gebundenes Vermögen | 919 | 95,1 | 583 | 90,8 | 336 | 57,6 |
| Gesamtvermögen | 966 | 100,0 | 642 | 100,0 | 324 | 50,5 |
| Summe Aktiva | 966 | | 642 | | 324 | 50,5 |
| Kapitalstruktur | | | | | | |
| Langfristig verfügbares Kapital | 55 | 5,7 | 29 | 4,5 | 26 | 89,7 |
| Kurzfristig verfügbares Kapital | 911 | 94,3 | 613 | 95,5 | 298 | 48,6 |
| Gesamtkapital | 966 | 100,0 | 642 | 100,0 | 324 | 50,5 |
| Summe Passiva | 966 | | 642 | | 324 | 50,5 |

Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2018 von 6.265 TEUR auf 5.661 TEUR gefallen. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen:

| | | |
|---------------------------|------|-------|
| Verpflegung | TEUR | 2.950 |
| Reinigung | TEUR | 1.396 |
| Hol- und Bringdienste | TEUR | 262 |
| Sonstige Dienstleistungen | TEUR | 852 |
| Sonstige Umsatzerlöse | TEUR | 201 |
| Gesamt | TEUR | 5.661 |

Die Verringerung des Umsatzes von insgesamt – 604 TEUR (= – 9,62 %) resultiert überwiegend aus dem Wegfall der Erträge aus Pflegedienstleistungen, da die Mitarbeiter in die Muttergesellschaft übergeleitet wurden. Die Personalkosten verringern sich gegenüber dem Vorjahr um – 407 TEUR. Ursächlich ist hierfür die Reduzierung der Kosten um – 317 TEUR im Pflegedienst und die Reduzierung der Kosten im Pfortendienst um – 6 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2018 wurde das Ergebnis um 3 TEUR auf 26 TEUR erhöht. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus technischen Dienstleistungen um 72 TEUR, bei den Reinigungsdienstleistungen um 196 TEUR und bei den Pfortendienstleistungen um 109 TEUR unterschritten. Bei den Erträgen aus Hol- und Bringdienstleistungen wurde der Ansatz um 23 TEUR überschritten. Es ergeben sich im Lebensmittelbereich Minderaufwendungen in Höhe von 227 TEUR. Die Personalaufwendungen unterschritten den Planansatz um rd. – 403 TEUR. Dies betrifft in erster Linie den Reinigungsdienst, Pfortendienst und Technischen Dienst. Die Aufwendungen für den Verwaltungsbedarf lagen um 16 TEUR über der Planzahl. Die Aufwendungen im Wirtschaftsbedarf wurden um – 108 TEUR unterschritten, dies ist in erster Linie durch den Wegfall des Betriebsteils Bardenberg seit Oktober 2018 zu begründen.

Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

| | WJ 2018 TEUR |
|---|-----------------|
| Periodenergebnis | 26 |
| + Abschreibungen | +13 |
| +/- Zu- / Abnahme der Rückstellungen | +78 |
| Zu- / Abnahme der Vorräte | -26 |
| -/+ Zu- / Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit) | +44 |
| Zu- / Abnahme der Forderungen gegen Gesellschafter/Sonstigen | +65 |
| -/+ Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit) | +56 |
| +/- Zu- / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und sonstigen Verbindlichkeiten (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit) | +160 |
| = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (I.) | +416 |
| - Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen | -1 |
| = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (II.) | -1 |
| - Einzahlungen aus Mittelzufluss der Gesellschafter (rollierender Vorschuss) | 0 |
| = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (III.) | 0 |
| Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Saldo aus I. bis III.) | +415 |
| + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | 336 |
| = Finanzmittelfonds am Ende der Periode | 751 |

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung einiger wesentlicher Kennzahlen im Verlauf der letzten 5 Geschäftsjahre:

| | 31.12.2014 | 31.12.2015 | 31.12.2016 | 31.12.2017 | 31.12.2018 |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|
| Anlagenintensität (in %) | | | | | |
| = $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}}$ | 3,1 | 3,4 | 2,6 | 9,2 | 4,8 |
| Eigenkapitalquote (in %) | | | | | |
| = $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$ | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 4,4 | 5,7 |
| Liquidität (in %) | | | | | |
| 1. Grades | | | | | |
| = $\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$ | 46,0 | 43,0 | 74,0 | 54,7 | 82,4 |
| 3. Grades | | | | | |
| = $\frac{\text{Liqu. Mittel} + \text{Ford.} + \text{RAP}}{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten}}$ | 69,4 | 86,0 | 97,7 | 95,0 | 94,7 |
| Working Capital (in TEUR) | | | | | |
| = Umlaufvermögen-kurzfr. FK | -143 | -83 | -14 | -31 | +8 |
| Umsatzrentabilität (in %) | | | | | |
| = $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}}$ | 1,10 | 1,13 | 1,06 | 0,43 | 0,46 |

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung der Gesellschaft ausgegangen werden. Hierfür spricht auch der im Wirtschaftsplan 2019 prognostizierte Jahresüberschuss von 16 TEUR, der durch die Hochrechnung der ersten Monate des Jahres 2019 bestätigt wird. Derzeit sind keine konkreten Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die RMK-Service GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft im kommenden Jahr weiterhin positiv entwickeln wird.

Parkplatz Marienhöhe GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Medizinischen Zentrums StädteRegion Aachen am Standort Marienhöhe in Würselen unter Berücksichtigung des vorhandenen Bedarfes an Stellflächen erforderlich sind. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung dieser Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sie erwerben, sie errichten oder sich an ihnen beteiligen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird von mindestens zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus den jeweiligen Mitgliedern, die der Städteregionstag in den Aufsichtsrat der Rhein-Maas Klinikum GmbH entsandt hat. Eine persönliche Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion Aachen als Alleingesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Die Stimmabgabe kann nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Franz Klein (bis 31.01.2018)
René A. Bostelaar (ab 01.02.2018)

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|--------------|---------------------|-----------------------------------|
| Vorsitzender | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| | Carl Meulenbergh | sachkundiger Bürger |
| | Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |
| | Wolfgang Wetzstein | sachkundiger Bürger |
| | Doris Harst | Städteregionstagsmitglied |
| | Stefan Mix | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | |
|-------------------|---------------------------------------|
| Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| Peter Timmermanns | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.564,59 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|-------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 25.564,59 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|----------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 556.768 | 703.830 | 824.753 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 0 | 0 | 0 |
| II. Sachanlagen | 556.768 | 703.830 | 824.753 |
| B. Umlaufvermögen | 364.194 | 317.789 | 267.333 |
| I. Forderungen / sonst. VG | 0 | 19.737 | 4.201 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 364.194 | 298.052 | 263.132 |
| Bilanzsumme Aktiva | 920.961 | 1.021.619 | 1.092.087 |
| A. Eigenkapital | 826.502 | 938.899 | 1.029.263 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.565 | 25.565 | 25.565 |
| II. Kapitalrücklage | 124.489 | 124.489 | 124.489 |
| III. Gewinnrücklage | 558.338 | 660.448 | 768.845 |
| IV. Jahresüberschuss | 118.110 | 128.397 | 110.364 |
| B. Rückstellungen | 45.438 | 46.605 | 10.698 |
| C. Verbindlichkeiten | 42.133 | 28.402 | 42.882 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | | 7.713 | 9.244 |
| Bilanzsumme Passiva | 920.961 | 1.021.619 | 1.092.087 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 315.423 | 316.539 | 305.311 |
| Personalaufwand | 19.651 | 19.965 | 16.769 |

| | | | |
|------------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| Materialaufwand | 42.425 | 43.203 | 48.301 |
| Abschreibungen | 42.557 | 42.976 | 42.949 |
| sonst. betriebl. Aufwendungen | 34.019 | 29.199 | 31.165 |
| Steuern vom Einkommen und Ertrag | 58.682 | 63.624 | 54.870 |
| Ergebnis nach Steuern | 118.172 | 128.459 | 111.260 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | 118.110 | 128.397 | 110.364 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen | 1 | 1 | 1 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 60,46 | 68,89 | 75,52 |
| Eigenkapitalquote | 89,74 | 91,90 | 94,25 |
| Anlagendeckungsgrad I | 1,48 | 1,33 | 1,25 |
| Liquidität 1. Grades | 742,93 | 825,29 | 504,8 |
| Eigenkapitalrentabilität | 21,40 | 20,46 | 16,14 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Alleingeschafterin der Gesellschaft hinsichtlich der Ergebnisverwendung verantwortlich. Für das Geschäftsjahr 2018 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2019 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 20.000,00 € (brutto) der Parkplatz GmbH erhalten. Die Parkplatz Marienhöhe GmbH nimmt Geschäftsbesorgungsleistungen der MZ GmbH in Anspruch. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH von der Rhein-Maas Klinikum GmbH in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

In der Vorhaltung der Parkflächen für den Krankenhausbetrieb liegt der öffentliche Zweck der Gesellschaft. Es handelt sich beim Gesundheitswesen an sich um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die ergänzend zu bewirtschaftenden Parkflächen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Lage der Gesellschaft im Berichtsjahr 2018

Die Akzeptanz der angebotenen Parkplätze ist bei den diversen Nutzergruppen (ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses) kontinuierlich hoch. Ferner ist seit der Zentralisierung und Fokussierung des Krankenhauses ausschließlich auf dem Standort Marienhöhe festzustellen, dass die vorgehaltenen Parkflächen weder für Mitarbeiter noch für Besucher ausreichend sind. Im vorausschauenden Zusammenhang mit der während des Berichtsjahres vollzogenen Verlagerung von Fachabteilungen, weg vom Betriebsteil Bardenberg hin zum Standort Marienhöhe des Rhein-Maas Klinikums, wurden im Jahr 2015 weitere 142 Stellplätze ebenerdig auf einer zu diesem Zweck neu erworbenen Fläche speziell für die Beschäftigten des Krankenhauses auf einer zweiten Parkfläche errichtet. In Summe stehen für alle Nutzergruppen als Angebot der Gesellschaft etwas mehr als 350 Stellplätze zur Verfügung, was jedoch unterhalb des Nachfragevolumens ist. Die Entwicklung der Gesellschaft konnte bei guten Auslastungszahlen im Geschäftsjahr 2018 erfolgreich fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Lage ist im Wesentlichen durch die Erzielung eines Überschusses von rd. 110 TEUR repräsentiert. Dabei blieben die Umsatzerlöse aus Parkplatzgebühren mit rd. 305 TEUR (VJ 317 TEUR) nahezu unverändert. Sonstige Erträge sind nicht erzielt worden. Im Vorjahr konnte aufgrund eines Grundstücksverkaufs ein Einmalertrag in Höhe von ca. 11 TEUR erzielt werden, was im Berichtsjahr keine Wiederholung finden konnte. Die Kostensumme aus Personal- und Materialaufwendungen sowie aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrug im Jahr 2018 rd. 96 TEUR und lag damit um 4 TEUR über dem Vorjahr (92 TEUR). Insgesamt nur unwesentliche Veränderungen bei weiteren Kostenpositionen betrafen den Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+ 2 TEUR), den Aufwand für bezogene Leistungen (+ 4 TEUR), die Instandhaltungsaufwendungen (- 2 TEUR) sowie die Pachtaufwendungen (- 4 TEUR). Die Verringerung der Pachtaufwendungen resultiert aus dem Kauf des ursprünglich angemieteten Grundstücks auf dem sich der Parkplatz P5 befindet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen beliefen sich planmäßig analog zum Vorjahr auf 43 TEUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde im Geschäftsjahr 2018 mit 166 TEUR (Vorjahr 192 TEUR) festgestellt. Hierauf fallen Gewerbe- und Körperschaftsteuern in Höhe von 55 TEUR an. Nach Abzug der Ertragsteuern verbleibt für das Geschäftsjahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 110.364,27 EUR (Vorjahr 128.397,11 EUR). Der Wirtschaftsplanansatz des Jahres 2018 von 100 TEUR konnte damit um rund 10 TEUR übertroffen werden. Die in 2018 vorgenommenen Investitionen der Gesellschaft betrafen mit rd. 164 TEUR die Planungskosten des neuen Parkhauses. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen erhöhte sich das Anlagevermögen um rd. 121 TEUR auf 825 TEUR. Der erzielte Jahresüberschuss wirkte sich positiv sowohl auf die Eigenkapitalausstattung wie auch auf die Liquiditätslage des Unternehmens aus. Dadurch war es möglich, die vorgenannten Investitionen aus eigenen Mitteln zu leisten. Die Stichtagsliquidität zum Jahresultimo betrug 263 TEUR (nach zuvor 298 TEUR).

Prognosebericht

Für das Jahr 2019 wird wiederum ein positiver Geschäftsverlauf erwartet, was konkret bedeutet, dass mit einem positiven Jahresergebnis auf der Basis der heute vorliegenden Erkenntnisse gerechnet wird. Dabei wird solange mit relativ konstant bleibenden Umsätzen gerechnet, wie die Parkplatzsitu-

ation gegenüber der des Berichtsjahres unverändert bleibt. Eine Steigerung der Umsätze im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahrszeiträumen ist kaum noch möglich, da an vielen Tagen die Kapazitäten bereits zu 100% ausgelastet sind. Angesichts dessen ist konkret geplant, im Sommer mit dem Bau eines Parkhauses im Umfang von 579 Plätzen zuzüglich 74 Außenplätze zu beginnen. Der Standort wird sich dort befinden, wo derzeit das Parken zentral am Krankenhaushaupteingang stattfindet. Folglich werden dort zunächst ca. 200 Parkplätze entfallen, damit nach Fertigstellung des Parkhauses über 600 Parkmöglichkeiten entstehen. Per Saldo erhöht sich die das Gesamtangebot der Gesellschaft von derzeit 350 Stellplätzen dann auf insgesamt über 800 Stellplätze. Aktuell rechnet die Gesellschaft mit der zeitnahen Erteilung der Baugenehmigung, was sie in die Lage versetzen würde, die notwendigen und vorbereiteten wirtschaftlichen und rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, die für die Errichtung des Parkhausbaus notwendig sind.

Chancen- und Risikobericht

Unter der Annahme, dass die Baumaßnahme im Sommer 2019 beginnt, reduzieren sich durch den Entfall der Stellplätze die Umsätze in der zweiten Jahreshälfte im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bzw. zu den ersten Monaten des Geschäftsjahres. Mit einer Fertigstellung ist im Jahr 2019 nicht zu rechnen. Es ist überwiegend wahrscheinlich, dass das Projekt im Q2/2020 beendet und seiner Bestimmung übergeben werden kann. Der Zuschlag wurde an einen Generalunternehmer bereits im November 2018 erteilt. Wie stets bei baulichen Großprojekten (insbesondere in organisch gewachsenen Quartieren) kann das Risiko nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund von mangelnder Akzeptanz der Nachbarschaft zu Behinderungen kommt, die auch eine juristische Dimension haben könnten. Dies kann zu zeitlichen Verzögerungen, Unterbrechungen und damit einhergehenden Kostenfolgen führen. In Bezug auf die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus dem Neubau ergeben, ist auf das Risiko hinzuweisen, dass es zu negativen Planabweichungen im Hinblick auf die Parkhausnutzung und die damit einhergehenden Umsätze kommt. Die Frage nach Parkraum an einem Krankenhaus ist stets eine abgeleitete Nachfrage. Maßgeblich bestimmender Faktor ist die Zahl der ambulanten und stationären Patientinnen und Patienten. Aus dieser Frequenz ergibt sich auch der Umfang der Beschäftigten bzw. der Besucher. Insofern ist das wirtschaftliche Ergebnis der Zukunft nicht ausschließlich davon abhängig, ob und wie budgetkonform die Errichtung des Objektes erfolgt. Derzeit ist davon auszugehen, dass das Projektvolumen oberhalb von ca. sechs Millionen € liegen wird. Ein modernes und nachhaltiges Parkhaus verbessert die Akzeptanz des Krankenhauses und wertet es insgesamt auf. Unter den getroffenen Annahmen und auf der Basis der fachlichen Prognosen sowie der städtebaulichen Entwicklungen in der Mikrolage ist davon auszugehen, dass der Parkhausneubau für Steigerungen der Umsätze und der Zukunftsergebnisse sorgen wird und somit zu einer Weiterentwicklung der Gesellschaft beiträgt.

Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das Senioren- und Betreuungszentrum in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Dieses innovative Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 35 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und betreutem Wohnen vor.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Das SBZ besitzt als Einrichtung der StädteRegion Aachen auf dem Gebiet des Sozialwesens keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es stellt ein so genanntes „nichtwirtschaftliches Unternehmen“ i.S.v. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW dar.

Organe des Sondervermögens

Verwaltungsleitung:

Zur Leitung der Einrichtung wird ein Verwaltungsdirektor bestellt. Der Eigenbetrieb wird von dem Verwaltungsdirektor selbständig geleitet, soweit nicht durch die Kreisordnung, die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Dem Verwaltungsdirektor obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Der Verwaltungsdirektor ist dafür verantwortlich, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt wird und ihre soziale Aufgabe erfüllt.



Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Werden in den Verwaltungsausschuss sachkundige Bürgerinnen/Bürger gewählt, so haben sie die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit der Einrichtung steht oder für Einrichtungen tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sein. § 7 Abs. 1 der Betriebssatzung enthält einen Katalog der Angelegenheiten, in denen der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Verwaltungsausschuss berät außerdem die Angelegenheiten vor, die vom Städteregionstag zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Städteregionstags unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses entscheiden. § 50 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 der Kreisordnung gelten entsprechend. Ist in einer unaufschiebbaren Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fällt, die Entscheidung des Verwaltungsausschusses nicht rechtzeitig möglich, so kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsausschusses entscheiden. Diese Entscheidung ist dem Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

Städteregionstag:

Der Städteregionstag entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Kreisordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

Städteregionsrat:

Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Städteregionsrat dem Verwaltungsdirektor Weisungen erteilen. Der Verwaltungsdirektor hat den Städteregionsrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Städteregionsrat und der Verwaltungsdirektor haben den Verwaltungsausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten. Glaubt der Verwaltungsdirektor nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Städteregionsrates nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Verwaltungsdirektors nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat er sich an den Verwaltungsausschuss zu wenden.

Kämmerer der StädteRegion:

Der Verwaltungsdirektor hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten oder vierteljährlichen Zwischenabschlüsse, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen rechtzeitig zuzuleiten; er hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen. Vor der Entscheidung über eine Angelegenheit der Einrichtung, die den Haushalt des Kreises berührt, ist der

Kämmerer zu hören. Werden solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss beraten, so ist er einzuladen.

Besetzung der Organe

Verwaltungsdirektor: Dipl.-Kfm. Bernhard Müller

Mitglieder des Verwaltungsausschusses:

| | | |
|------------------------------|------------------|---------------------------|
| Vorsitzender: | Franz Körlings | Städteregionstagsmitglied |
| Stellv. Vorsitzender: | Christoph Simon | Städteregionstagsmitglied |
| | Willi Bündgens | Städteregionstagsmitglied |
| | Christiane Karl | Städteregionstagsmitglied |
| | Josefine Lohmann | Städteregionstagsmitglied |
| | René Maaßen | Städteregionstagsmitglied |
| | Syrus Mahnaz | Städteregionstagsmitglied |
| | Kunibert Matheis | Städteregionstagsmitglied |
| | Harro Mies | Städteregionstagsmitglied |
| | Edith Nolden | Städteregionstagsmitglied |
| | Margret Roitzsch | Städteregionstagsmitglied |
| | Albert Borchardt | sachkundige/r Bürger/in |
| | Horst Felber | sachkundige/r Bürger/in |
| | Andreas Gebhardt | sachkundige/r Bürger/in |
| | Herbert Geller | sachkundige/r Bürger/in |
| | Dagmar Göbbels | sachkundige/r Bürger/in |
| | Hermann Hartong | sachkundige/r Bürger/in |
| | Marita Stahl | sachkundige/r Bürger/in |
| | Heinz Theuer | sachkundiger Bürger |
| | Monique Weckmann | sachkundige/r Bürger/in |

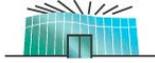
Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Sondervermögen der StädteRegion Aachen

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 4.091.000 Euro

| Vermögensträger: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|-------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 4.091.000 | 100 |



Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|
| Bilanz: | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 14.212.729 | 12.866.225 | 12.652.905 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 20.788 | 17.699 | 9.446 |
| II. Sachanlagen | 14.191.941 | 12.484.526 | 11.643.459 |
| B. Umlaufvermögen | 4.693.612 | 5.881.428 | 6.354.878 |
| I. Vorräte | 61.773 | 74.742 | 81.453 |
| II. Forderungen/sonst. VG | 213.098 | 230.406 | 232.428 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 4.413.781 | 5.576.280 | 6.040.997 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 4.959 | 4.570 | 4.721 |
| Bilanzsumme Aktiva | 18.906.341 | 18.752.223 | 19.012.505 |
| A. Eigenkapital | 12.743.186 | 12.745.061 | 13.213.332 |
| I. Stammkapital | 4.091.000 | 4.091.000 | 4.091.000 |
| II. Kapitalrücklagen | 617.426 | 617.426 | 617.426 |
| III. Gewinnrücklagen | | | |
| a) zweckgeb. Rücklagen | 28.469 | 28.469 | 28.469 |
| b) freie Rücklagen | 7.305.655 | 8.006.291 | 8.036.635 |
| IV. Jahresüberschuss | 700.636 | 1.875 | 439.802 |
| B. Rückstellungen | 305.548 | 334.233 | 311.525 |
| C. Verbindlichkeiten | 5.568.621 | 5.672.928 | 5.516.117 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 288.785 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 18.906.341 | 18.752.223 | 19.012.505 |
| | 2016 | 2017 | 2018 |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| * Erträge aus dem Betrieb SBZ | 10.679.175 | 10.835.044 | 10.687.742 |
| Umsatzerlöse | 797.376 | 767.207 | 782.115 |
| Zuw. und Zuschüsse Betriebskosten | 851.108 | 1.146.857 | 1.135.891 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 45.108 | 31.056 | 102.524 |
| Materialaufwand | 1.739.621 | 1.749.204 | 1.809.097 |
| Personalaufwand | 8.219.088 | 8.979.083 | 8.908.634 |
| Aufwendungen zentrale Dienstleist. | 320.462 | 124.133 | 105.340 |
| Aufwendungen f. Instandhaltung u. Instandsetzung | 257.022 | 196.456 | 412.237 |
| Jahresüberschuss | 700.636 | 1.875 | 439.802 |

* Enthalten sind: Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG, Erträge aus Unterkunft und Verpflegung, Erträge aus Transportleistungen nach PflegeVG, Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen und Erlöse vollstationäre Pflege Stufe 0.

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--|--------|--------|-------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten * | 154,62 | 166,27 | 160,8 |

* (berechnet nach Vollkräften/ Personalkosten)

| | | | |
|--|--------------|--------------|--------------|
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 75,2 | 68,6 | 66,6 |
| Investitionsquote | 0,3 | 0,3 | 1,6 |
| Eigenkapitalquote | 67,4 | 68,0 | 69,3 |
| Anlagendeckungsgrad I | 89,7 | 99,1 | 104,2 |
| Liquidität 1. Grades | 928,0 | 666,9 | 642 |
| Eigenkapitalrentabilität | 5,8 | 0,0 | 3,5 |

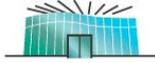
Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Das Senioren- und Betreuungszentrum als Sondervermögen der StädteRegion Aachen verfügt über keine eigene Rechtsfähigkeit, ist aber sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich selbständig. Sondervermögen werden haushaltsmäßig in Form einer Sonderrechnung behandelt, die als getrennte Rechnung neben dem Haushaltsplan des Vermögensträgers geführt wird. Auch im Haushaltsjahr 2018 hat keine Verbindung zum Städteregionshaushalt dergestalt bestanden, dass vom bzw. zum SBZ Mittel zu- oder abgeflossen sind. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie feierte kürzlich ihr 125 jähriges Jubiläum. Die genutzten Gebäudeteile wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile über 40 Jahre alt. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 erstellten



zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes betrieben, um die Einrichtung strukturell an die sich derzeit schnell ändernden Rahmenbedingungen anzupassen und baulich grundlegend zu modernisieren. Zwischen 2009 und 2011 wurde so ein mehrstufiges Angebot in den Bereichen vollstationärer Pflege, ambulanter Pflege, Tagespflege, Essen auf Rädern und Betreutem Wohnen, geschaffen. Gleichzeitig wurden umfangreiche Baumaßnahmen sukzessive durchgeführt. In 2000 wurde die Eingangshalle neu gestaltet. Von 2004 bis 2006 erfolgte die Renovierung des Pflgetraktes A und von 2009 bis 2011 fand der Umbau und die Aufstockung des Pflgetraktes B statt. Die in 2018 gesetzlich geforderte 1-Bettzimmer-Quote wird seitdem im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler gewährleistet. Flankiert wurden diese großen Projekte von der Neugestaltung der Cafeteria und des Gemeinschaftssaales sowie diversen Maßnahmen in den Außenanlagen. Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten, seit einigen Jahren im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z. B. dem Demenzlabel der StädteRegion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards, der Implementierung von Palliativ Care und Hospizgedanken in der Pflegeeinrichtung und vielem mehr. Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Altenpflege ausgebildet. Für 2019 werden mindestens 50 Ausbildungsplätze avisiert. So konnte das SBZ sich in den letzten Jahren eine Vormachtstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten. Zudem wirkte die Summe dieser Maßnahmen sich in den letzten Jahren positiv auf den Gesamtverlauf aus und bestätigt damit die eingeschlagene Qualitätsstrategie. So konnte auch im Geschäftsjahr 2018 wiederum ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Insgesamt wurde ein Gewinn in Höhe von 439.802 € ausgewiesen. Dieser Gewinn entspricht ungefähr dem Durchschnitt der erzielten Gewinne der letzten 10 Jahre. Allerdings ist die Gesamtleistung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler in 2018 erstmalig im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. So sanken die Erträge von 12.780 T€ in 2017 auf 12.708 T€ in 2018. Dies ist ein Rückgang von 72 T€ und entspricht - 0,6%. Dieser Rückgang der Gesamtleistung ist ausnahmslos durch die Einstellung bzw. Reduzierung des ambulanten Pflegedienstes der Einrichtung bedingt. Die Kostenrechnung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler wies für die ambulante Pflege seit Jahren ein erhebliches Defizit aus. Für den ambulanten Pflegedienst hatte man bei der Neugründung mit den zuständigen Pflegekassen Vergütungssätze ausgehandelt, die sich unabhängig von der Kostenstruktur der Einrichtung den Preisen der privaten Konkurrenz vor Ort orientierten. Mit der Zeit wurden diese zwar sukzessive erhöht, so dass das örtliche Preisniveau wieder erreicht wurde. Trotzdem konnte das Defizit in den Jahren nicht abgebaut werden. Die Defizite waren dem Streben nach Wachstum geschuldet. So wurden alle Patienten auch wenn sie nur geringe Leistungen nachfragten und weit entfernt wohnten, angenommen. Auch wurden Vollzeitkräfte eingestellt, die in den Stoßzeiten zwar beschäftigt, aber über die gesamte Arbeitszeit nicht ausgelastet waren. Das konnte noch vor dem Hintergrund der positiven Gesamtergebnisse als Anlaufverlust toleriert werden, da die Einrichtung das Gesamtleistungspaket des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in

Eschweiler abrundete. Da die Investitionskosten in 2017 nun um 366 T€ zurückgegangen sind und es überhaupt nicht mehr möglich ist, im investiven Bereich Gewinne zu erwirtschaften, wurde es schwierig, das kontinuierlich auflaufende Defizit der ambulanten Pflege zu kompensieren. Aus diesem Grund hatte man Ende 2017 den Entschluss gefasst, die ambulante Pflege des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler zum März 2018 weitestgehend einzustellen. Ab April 2018 wollte man sich ausnahmslos auf die Patienten des eigenen betreuten Wohnens konzentrieren und auf die Behandlung der Patienten in der Fläche verzichten. Dementsprechend sind die Erlöse aus ambulanten Pflegeleistungen von 445 T€ in 2017 um 320 T€ auf 125 T€ zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang 71,8%. Die übrigen Erträge entwickelten sich demgegenüber durchweg positiv, konnten aber den Erlösrückgang bei der ambulanten Pflege nicht vollständig kompensieren. Die Pflegesätze des Jahres 2017 wurden sowohl im stationären Bereich als auch in der Tagespflege pauschal fortgeschrieben und zum 01.01.2018 um 2,5% erhöht. Im stationären Bereich wurde diese pauschale Erhöhung um 2,5% allerdings teilweise durch einen sich nachteilig verändernden Pflegemix abgesenkt. So stiegen die Erträge aus Pflegeleistungen im stationären Bereich lediglich von 6.323 T€ auf 6.422 T€, dies entspricht einer Steigerung von 99 T€, dies sind 1,6 %. Trotz fast gleicher Belegung wie im Vorjahr fand bei den Neuaufnahmen ein geringer Wechsel von den hohen Pflegegraden zu den niedrigen Pflegegraden hin, statt. Dieses Phänomen blieb bei der Tagespflege aus. Die Tagespflege konnte sowohl die Belegungstage als auch den Pflegemix zugunsten steigender Erlöse verbessern. So entwickelten sich die Erträge aus Pflegeleistungen in der Tagespflege von 201 T€ auf 210 T€. Die Verbesserung von 9 T€ entsprach einer Erhöhung von 4,3 %. Die gleiche Entwicklung war bei den Erträgen aus Unterkunft und Verpflegung im stationären Bereich und in der Tagespflege festzustellen. Die pauschale Fortschreibung inklusive der Entwicklung bei der Belegung führte auch hier zu steigenden Erlösen. Im stationären Bereich konnten die Erlöse von 2.656 T€ auf 2.732 T€ um 76 T€, dies entspricht 2,9%, erhöht werden. Bei der Tagespflege stiegen die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung um 4,7%, das sind 2,5 T€, von 54 T€ in 2017 auf 56 T€ in 2018. Wegen der nahezu gleichen Belegung im stationären Bereich haben sich die Investitionskosten von 2017 auf 2018 auch nicht verändert, da die Vergütungssätze, welche vom Landschaftsverband Rheinland festgesetzt werden, in diesem Bereich gleich geblieben sind. Die sonstigen Umsatzerlöse des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler entwickelten sich ebenfalls positiv. Hier war eine Steigerung von 16 T€ von 2017 auf 2018 von 767 T€ auf 783 T€ zu verzeichnen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,1%. Diese Steigerung ist ausnahmslos auf die positive Entwicklung bei dem Geschäftsfeld Essen auf Rädern zurückzuführen. Hier sind die Erträge von 200 T€ in 2017 auf 215 T€ in 2018 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 7,7%. Das letzte neue Geschäftsfeld des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler, das betreute Wohnen, verzeichnet nahezu die gleichen Ergebnisse wie im Vorjahr. Bei frei werdenden Wohnungen konnten die Wechsel diesmal sogar noch zeitnaher terminiert werden, so dass insgesamt die Mieteinnahmen im betreuten Wohnen von 297 T€ in 2017 auf 304 T€ in 2018, folglich um 7 T€, dies entspricht 2,3%, gestiegen sind. Die Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten sind nahezu gleich geblieben. Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hat in den letzten Jahren verstärkt auf die Ausbildung von Altenpflegeschülern gesetzt. Die Kosten dieser Altenpflegeschüler werden von den Landschaftsverbänden erstattet. Die Landschaftsverbände



legen diese Kosten dann auf alle Altenpflegeheime um, diese bezahlen den entsprechenden Anteil, welchen sie aber wieder über festgesetzte Vergütungssätze für die Ausbildung von den Bewohnern rückerstatten können. Somit sind die im Bereich Ausbildung getätigten Buchungen alle budgetneutral. Dem Rückgang der Erstattungen des Landschaftsverbandes für die Ausbildungsvergütung in Höhe von 56 T€ stehen somit geringere Personalkosten im Bereich der Ausbildung gegenüber. Man hat einfach nicht mehr genügend qualifiziertes Personal in den letzten beiden Jahren finden können, so dass die Anzahl Auszubildender geringfügig gesunken ist. Das Budget der Ausbildung veränderte sich von 987 T€ in 2017 auf 831 T€ in 2018. Dies entspricht einem Rückgang von 5,6%. Dagegen sind allerdings die Erstattungen des Gehalts durch die Krankenkassen für Mitarbeiterinnen, die aufgrund einer Schwangerschaft ein Berufsverbot erhalten haben, gestiegen. Ebenso sind Eingliederungszuschüsse und Ausbildungszuschüsse, die vom Arbeitsamt dem Senioren- und Betreuungszentrum zugeleitet wurden, angestiegen. Auch diese Erstattungen und Zuschüsse sind budgetneutral, da ihnen Personalkosten in den Bereichen entsprechend gegenüberstehen. Folglich hat die Differenz zwischen diesen erhöhten Zuschüssen und dem Rückgang in der Ausbildung keine budgetrelevante Auswirkung. Der Differenzbetrag von 2017 auf 2018 beträgt bei den Zuweisungen und Zuschüssen zu den Betriebskosten insgesamt -11 T€, dies ist ein Rückgang von 1%. Absolut sind die Werte von 1.147 T€ auf 1.136 T€ in 2018 zurückgegangen. Bei der letzten Ertragsposition, den sonstigen betrieblichen Erträgen, ist eine Steigerung von 227% auszumachen. In 2017 wurden hier absolut noch 31 T€ verbucht. In 2018 wurden hier 102 T€ gelistet, das entspricht einer Zunahme von 71 T€. Diese 71 T€ sind zum einen dadurch bedingt, dass bei einigen säumigen Zahlern aus den Vorjahren, mittlerweile nach der Anstrengung von Rechtstreitigkeiten, Außenstände eingetrieben werden konnten. So wurden 31 T€ bei den periodenfremden Erträgen verbucht. Leider waren aber auch einige Forderungen nicht eintreibbar. So mussten 41 T€ als Forderungsverluste bei den Abschreibungen verbucht werden. Als Gegenposition wurden bei den sonstigen betrieblichen Erträgen die Erträge aus der Auflösung einer Einzelwertberichtigung, die in den Vorjahren durchgeführt worden ist, aufgelöst. Beide Positionen gleichen sich aus und waren insofern budgetneutral und ohne Auswirkung auf das Jahresergebnis. Dass, wie bei den oben beschriebenen Gesamterträgen immer noch ein positives Jahresergebnis im Durchschnitt der Vorjahre erzielt werden konnte, liegt maßgeblich daran, dass der Kostenblock erheblich reduziert werden konnte. Die größten Einschränkungen konnten dabei beim Personalaufwand und bei den Abschreibungen notiert werden. In 2017 betrug der gesamte Personalaufwand noch 8.979 T€. In 2018 wurden noch 8.909 T€ verbucht, dies sind folglich 70 T€ weniger als im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von -0,8%. Eigentlich hätten die Personalkosten von 2017 auf 2018 steigen müssen, weil eine Tariferhöhung anstand. So sind die Entgelte für die Pflegekräfte ab dem 01.03.2018 um 2,9% erhöht worden. Einige Stufen, wie die Entgeltgruppen B5 und B6 haben noch größere Entgelterhöhungen bekommen. Gleichzeitig wurden Einmalzahlungen von 250 € für die Entgeltstufen P5 und P6 zum 01.03.2018 gewährt. Bei den übrigen Entgeltstufen stiegen die Vergütungen ab dem 01.03.2018 um 2,85%. Auch hier wurden Einmalzahlungen zum 01.03.2018 in Höhe von 250 € für die Entgeltgruppen E1 bis E6 gewährt. Würde man diese Tariferhöhungen pauschal mit 3% für 3 Quartale ansetzen, so müssten die Personalkosten von 2017 auf 2018 mindestens um 202 T€ steigen. Die Soll-Kosten für 2018 wären insofern 9.981 T€ gewesen. An Ist-Kosten sind für 2018 allerdings nur 8.909 T€ wie zuvor

beschrieben angefallen, so dass ein größerer Rückgang bei den Personalkosten in Höhe von 272 T€ insgesamt auszumachen wäre. Hinzu kommt noch, dass der Umfang der Ausbildung etwas zurückgegangen ist und auch hier 56 T€ weniger an Personalkosten angefallen sind als im Vorjahr 2017. Nimmt man diese beiden Differenzbeträge zusammen, so sind die Personalkosten bereinigt um 328 T€ von 2017 auf 2018 gesunken. Grund dafür ist die Einstellung des ambulanten Pflegedienstes und die Abwanderung des Personals aus diesem Bereich. Wie oben dargestellt, sind auch die Erlöse in diesem Bereich bei den Erträgen aus ambulanten Pflegeleistungen in Höhe von 320 T€ zurückgegangen. Folglich korrespondieren diese beiden Beträge miteinander. Es zeigt auch, dass der Konsolidierungsprozess in der ambulanten Pflege beim Personal wesentlich schneller stattgefunden hat, als im Vorjahr noch befürchtet worden ist. Der größte Rückgang bei den Sachkosten ist allerdings bei den Aufwendungen für Abschreibungen zu verzeichnen. Diese sind von 2017 auf 2018 in Höhe von 1.434 T€ auf 740 T€ um 694 T€, dies entspricht 48,4%, zurückgegangen. In 2017 hat es eine Sonderabschreibung in dieser Größenordnung gegeben, die nicht wiederholt wurde. Die Sonderabschreibung war im Namen der Neuregelung der Investitionskosten notwendig geworden. Bei der Berechnung der Investitionskosten wurden vom Landschaftsverband genehmigte Neubau- und Umbaumaßnahmen und deren Abschreibungsbeträge berücksichtigt. Im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler wurden aber in der Vergangenheit auch kleinere Umbaumaßnahmen und Renovierungen durchgeführt, die zwar aktiviert wurden und zu Abschreibungsbeträgen führten, aber nicht vom Landschaftsverband anerkannt worden sind. Damit diese, nicht anerkannten Abschreibungsbeträge nicht jedes Jahr das Jahresergebnis belasten, wurde eine Sonderabschreibung in Höhe der Restwertbeträge dieser Maßnahmen in 2017 durchgeführt. In 2018 wurden jetzt wieder nur die üblichen Abschreibungsbeträge angesetzt. Der Rückgang der Personalkosten und der Rückgang bei den Abschreibungen hätte eigentlich einen höheren Rückgang der Aufwendungen insgesamt bedingen müssen. Allerdings sind der Materialaufwand und die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung im Gegenzug angestiegen. Wegen der ausstehenden Investitionskostenbescheide und der damit in diesem Sektor noch unklaren Finanzlage war man in den vergangenen Jahren bei der Instandhaltung sehr zurückhaltend und hat nur die notwendigsten Maßnahmen durchgeführt. Deshalb waren die Instandhaltungskosten in den vergangenen Jahren relativ niedrig. Im I. Quartal des Jahres 2018 ist aber nun die mittlerweile 40 Jahre alte Heizungsanlage im Haus irreparabel ausgefallen. Deshalb musste ein Notaggregat gemietet werden, das ca. 20 T€ pro Monat an Miete kostete. Parallel dazu wurden die Planungen und Ausschreibungen für die Neuanschaffung und Installation einer zeitgemäßen Heizungsanlage vorangetrieben. Nach erfolgter Planung, Ausschreibung über die zentrale Vergabestelle der Städteregion Aachen und Installation der Heizungsanlage, wurde diese zum Ende des Jahres 2018 in Betrieb genommen. Ein neues Blockheizkraftwerk wurde ebenfalls installiert. Dieses Blockheizkraftwerk wurde erst zum I. Quartal 2019 in Betrieb gestellt. Die Planungsleistungen und die Neuanschaffung und Installation der neuen Heizungsanlage und des Blockheizkraftwerkes werden aktiviert und über einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschrieben. Für das Jahr 2018 fallen allerdings kaum Abschreibungskosten an. Die Mietkosten für das Notaggregat führten allerdings letztendlich zu der Steigerung bei den Instandhaltungen in Höhe von 208 T€. Da zudem die Wartungen etwas teurer geworden sind, haben sich die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung von 2017 in Höhe von 196 T€ auf



2018 in Höhe von 412 T€ um 216 T€, dies entspricht 109,8 %, erhöht. Der Materialaufwand ist zwar auch gestiegen, allerdings nicht in der Höhe, wie die Instandhaltungen. Hier änderten sich die Kosten in Höhe von 1.749 T€ in 2017 auf 1.809 T€ in 2018. Dies ist eine Veränderung von 3,4 % absolut 60 T€. Verursacht wurde die Steigerung des Materialaufwandes durch Erhöhung der Lebensmittelkosten, der Kosten für Wasser, Energie und Brennstoffe und der Verwaltungskosten. Die Lebensmittelkosten stiegen von 2017 in Höhe von 579 T€ auf 2018 in Höhe von 618 T€ um 39 T€, das ist eine Veränderung + 6,7%. Dabei zieht sich diese Kostensteigerung durch alle Lebensmittelarten. Unabhängig davon, ob es sich um Milcherzeugnisse, Obst, Gemüse oder Fleisch handelt. Die Kostenveränderung bei Wasser, Energie und Brennstoffen ist ebenfalls wie bei der Instandhaltung durch den Ausfall der alten Heizung und der dadurch notwendigen Mietheizung bedingt. Die alte Heizung des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in Eschweiler wurde mit Gas betrieben. Ab dem II. Quartal 2018 wurde diese natürlich damit nicht mehr beschickt. Das Mietmodul wurde mit Heizöl betrieben. Während also beim Gas 54 T€ eingespart wurden, wurden beim Heizöl 65 T€ mehr ausgegeben. Dies macht den Differenzbetrag zwischen 2017 und 2018 in Höhe von 11 T€ aus. Insgesamt sind die Energiekosten von 396 T€ auf 407 T€ gestiegen. Die Steigerungsrate beträgt hier 2,9%. Die Aufwendungen beim Wirtschaftsbedarf haben sich von 2017 auf 2018 nicht grundlegend verändert. Hier wird nur eine Steigerung von 1,6% verbucht. Betrachtet man die Einzelpositionen, so fallen dort allerdings Verschiebungen auf. So wurden 23,7% mehr bei den Haushaltsverbrauchsmitteln ausgegeben als noch in 2017. Die Kosten stiegen hier von 44 T€ in 2017 auf 55 T€ in 2018. Diese 11 T€ Mehrkosten bei den Haushaltsverbrauchsmitteln wurden allerdings kompensiert durch eine Einsparung bei der Fahrzeughaltung. Hier sanken die Kosten von 37 T€ in 2017 auf 26 T€ in 2018, dies ist ein Rückgang von 30,3% und ebenfalls eine Auswirkung der Schließung des ambulanten Pflegedienstes. Weil seit dem II. Quartal 2018 Patienten in der breiten Fläche nicht mehr besucht und angefahren werden müssen, sind auch keine weiteren Aufwendungen bei den Fahrzeugen des ambulanten Pflegedienstes angefallen. Die Fahrzeuge werden zwar weiterhin noch vorgehalten, um ggf. den ambulanten Pflegedienst in neuer Form wieder aufleben lassen zu können, jedoch fallen durch die Nichtnutzung keine Betriebsmittel oder Reparaturen an. Die Verwaltungskosten sind von 212 T€ in 2017 auf 229 T€ in 2018 gestiegen. Diese Steigerung von 17 T€ in Höhe von 7,8% ist ausnahmslos bedingt durch eine Nachzahlung, die an den Landschaftsverband Rheinland für die Ausbildung zu tätigen war. Der Landschaftsverband erstattet die Kosten der auszubildenden Einrichtungen. Zu Beginn eines jeden Jahres wird dabei eine Spitzabrechnung über die Ausbildungskosten des Vorjahres vom Landschaftsverband vorgenommen. Die Einrichtungen melden dem Landschaftsverband im laufenden Jahr zu vier Terminen jeweils die voraussichtlichen Ausbildungskosten des Jahres. Dafür gibt es Abschlagszahlungen vom Landschaftsverband. Sollten dann Veränderungen im Laufe des Jahres stattfinden, die dazu führen, dass eigentlich geringere Zahlungen vom Landschaftsverband zu zahlen wären, so werden diese erst durch die Spitzabrechnung berücksichtigt. Da in 2017 Auszubildende zum Teil schon gemeldet waren, aber die Ausbildung nachher nicht angetreten haben oder die Ausbildung abgebrochen haben, sind vom Landschaftsverband mehr Zahlungen an das Senioren- und Betreuungszentrum geflossen, als Kosten angefallen sind. Dafür wurde in 2018 diese Ausgleichszahlung verbucht und das Geld entsprechend zurückgezahlt. Verbucht wurden diese 17 T€ bei den periodenfremden Aufwendungen als Unterkonto der Verwaltungskosten. Im

Kostenblock sind auch die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen zurückgegangen. Hier reduzierten sich die Kosten von 124 T€ in 2017 auf 105 T€ in 2018. Dieser Rückgang von 19 T€ in Höhe von 15,1% ist dadurch bedingt, dass in 2018 keine externen Pflegekräfte mehr eingestellt werden mussten. In 2017 hatte man allerdings noch auf diese Fremdleistungen zurückgreifen müssen, weil man wegen Krankheit einige Pflegehilfskräfte ausgleichen musste. Dies Erfordernis zeigte sich in 2018 nicht. Die Einsparungen bei den Aufwendungen in Höhe von 546 T€ kompensieren um ein Vielfaches den Rückgang der Erträge von 72 T€ und das negative Finanzergebnis in Höhe von 36 T€, so dass insgesamt noch der Gewinn von 440 T€ realisiert werden konnte.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

| | <u>31.12.2017</u> | <u>31.12.2018</u> |
|--|-------------------|-------------------|
| Anlageintensität (in %) | | |
| = <u>Anlagevermögen</u> Gesamtkapital | 68,6 | 66,6 |
| Investitionsquote (in %) | | |
| = <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u> Anfangsbestand der urspr. AK bzw. HK | 0,3 | 1,6 |
| Eigenkapitalquote (in %) | | |
| = <u>Eigenkapital</u> Gesamtkapital | 68,0 | 69,3 |
| Anlagedeckungsgrad I | | |
| = <u>Eigenkapital</u> Anlagevermögen | 99,1 | 104,2 |
| Anlagedeckungsgrad II | | |
| = <u>EK+ langfr. FK</u> Anlagevermögen | 136,7 | 140,4 |
| Liquidität (in %) | | |
| 1. Grades | | |
| = <u>liquide Mittel</u> Kurzfristige Verbindl. | 666,9 | 642,0 |
| 2. Grades | | |
| = <u>liquide Mittel + Ford.L+L</u> Kurzfristige Verbindl. | 691,9 | 665,0 |
| 3. Grades | | |
| = <u>liquid. Mittel + Ford. + Vorräte</u> Kurzfristige Verbindl. | 703,4 | 675,6 |
| Working Capital (in T€) | | |
| = Umlaufverm. – kurzfr. FK | 5.049,8 | 5.419,3 |



Umsatzrentabilität (in %)

= Ergebnis vor Ertragssteuer 0,0 3,5
Umsatzerlöse

Eigenkapitalrentabilität (in %)

Ergebnis vor Ertragssteuern 0,0 3,5

Eigenkapital zum 01.01.

Personelle Besetzung 166,3 160,8

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen des Ist-Ergebnisses des Geschäftsjahres 2018 mit dem Erfolgsplan 2017 gern. § 14 EigVOI zeigt folgendes Bild:

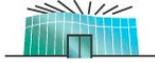
| | 2018 (IST) | 2018 (PLAN) | Veränderung |
|--|----------------------|----------------------|--------------------|
| | TE | TE | TE |
| ERGEBNISSTRUKTUR | | | |
| Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB | 12.606 | 11.671 | 935 |
| Sonstige betriebliche Erträge | <u>103</u> | <u>959</u> | <u>-856</u> |
| Gesamtleistung | <u>12.709</u> | <u>12.603</u> | <u>79</u> |
| Personalaufwand | 8.909 | 9.391 | -482 |
| Materialaufwand, übriger Aufwand | 1.929 | 1.906 | 23 |
| Steuern, Abgaben, Versicherungen | 131 | 133 | -2 |
| Eigenmittel-Abschreibungen (inkl. Forderungen) | 741 | 780 | -39 |
| Instandhaltungen | <u>412</u> | <u>263</u> | <u>149</u> |
| Gesamtaufwand | <u>12.122</u> | <u>12.473</u> | <u>-351</u> |
| Betriebsergebnis | <u>587</u> | <u>157</u> | <u>430</u> |
| Finanzergebnis | <u>-147</u> | <u>-147</u> | <u>0</u> |
| Jahresüberschuss | <u>440</u> | <u>10</u> | <u>430</u> |

Die Gegenüberstellung des Vermögensplans gern. § 15 EigVO mit dem Jahresabschluss 2017 zeigt folgendes Bild:

| | 2018 (Ist) | 2018 (Plan) | Veränderung |
|-------------------------------|------------|-------------|-------------|
| | T€ | T€ | T€ |
| Abschreibungen Anlagevermögen | 470 | 830 | -360 |
| Jahresüberschuss | 440 | 35 | 450 |
| Darlehenstilgung | 256 | 250 | 6 |
| Ersatz. Und Neuinvestition | 470 | 100 | 370 |

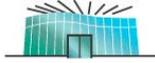
Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Wie bereits bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs dieses Lageberichtes dargelegt, hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen wie finanziellen Wandel durch die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert. Im Gesamtkonzept wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges, aber dynamisches Konzept, welches immer wieder wohl bedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann und soll. Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl in der Vermietung von betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt. Im SBZ wurden in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Zum Ende 2012 wurde die Vollausslastung dieses Bereichs erreicht, Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2018 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2019 genauso erwartet wird. Der Neubau der stationären Pflegeeinrichtung wurde im Jahr 1977 überwiegend mit Fremdkapital finanziert. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeabteilung A und B in 2006 bzw. 2011 wurden mit Eigenmitteln finanziert. In der Vergangenheit wurden die Kreditkosten großzügig über Pauschalen und die Eigenmittel einem Zinssatz von 4% über die Investitionskosten refinanziert. Mit dem neuen Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung, fällt diese großzügige Vergütung nun weg und wird gern, einem „doppelten Tatsächlichkeitsgrundsatz“ nur noch in Höhe der Ist-Kosten refinanziert. Gleiches verhält sich bei der Refinanzierung der Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung der langfristigen Anlagegüter. Auch hier werden nur Ist-Kosten erstattet und die erstatteten Investitionskosten müssen in einem vorgegebenen Zeitraum auch nachweislich für Instandhaltung



und Instandsetzung ausgegeben werden. Die Anwendung dieses Gesetzes hat mit der entsprechenden Durchführungsverordnung seit 2017 dazu geführt, dass dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler jährlich 366 T€ an Investitionskosten weniger zufließen, als es in den Vorjahren der Fall war. Dies wird auch in den kommenden Jahren so sein. Während in den vergangenen Jahren der investive Bereich noch den größten Anteil am Gewinn ausmachte, wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, im investiven Sektor Gewinne zu erzielen. Das wird automatisch zu erheblich schlechteren Jahresergebnissen als in der Vergangenheit führen. Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltungen der Wohnheime 1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, das Wohnheim 1 dergestalt aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnheims 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den Pfeletrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar. Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnheims 2 hin zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften, kann man den durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz von 2012 weiter forcierten Trend zur „Ambulantisierung“ der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen. In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von den Alexianerbrüdern aus Münster zurück gekauft werden. Somit besteht hier eine Entwicklungsreserve. Diese wird man nutzen, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des Betreuten Wohnens mit den kleinen Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Durch die gute Reputation ist die Nachfrage nach diesen Wohnungen in letzter Zeit stark gestiegen und eine Warteliste hat sich gebildet. Die Interessenten sind aber überwiegend an größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert. Man möchte diese Nachfrage mit einem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Diese Baumaßnahme wurde in 2015 durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses auf den Weg gebracht und soll mit Eigenmitteln finanziert werden. Die Architekten und Ingenieure haben die Planungen weitestgehend abgeschlossen. Die rechtskonformen Ausschreibungen der Baugewerke und die Genehmigung des Bauantrags werden sicher aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb ist mit einer Fertigstellung des Baus vor Ende 2021 nicht zu rechnen. Die Einnahmen könnten nach Abzug der Abschreibungen dann zu einem großen Teil als Eigenkapitalrentabilität verbucht werden und somit die wegen des GEPA NRW mit seinen Durchführungsverordnungen im investiven Bereich der stationären Pflege rückgängigen Einnahmen zumindest teilweise kompensieren. Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachkosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für alle Mitarbeiter, Aufstockungen für die Auszubildenden, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeiter, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen. Im Sachkostenbereich

machten sich ganz besonders die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den letzten Jahren bemerkbar. Deshalb fordert das SBZ regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln, um obige Kostensteigerungen aufzufangen. Durch diese Steigerungen wurde mittlerweile die Mitte des Preisniveaus der StädteRegion Aachen erreicht. Günstiger als das SBZ sind die privaten Anbieter, teurer die kirchlich geführten Einrichtungen. In Eschweiler sind aber außer dem SBZ nur private Anbieter vorhanden. Bezüglich der Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Pflege hat das SBZ somit einen Wettbewerbsnachteil. Da der Investitionskostensatz des SBZs aber unter dem der anderen Häuser liegt, wird dies zumindest für Selbstzahler teilweise kompensiert. Das Pflegestärkungsgesetz II, welches Ende 2015 erlassen wurde, birgt auch ein derzeit noch nicht finanziell zu bezifferndes Risiko. Dieses Gesetz zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass mehr als zwei Milliarden Euro mehr für den Pflegebereich bereitgestellt werden sollen. Dies kommt aber nicht bei den stationären Einrichtungen an, da anstehende Änderungen hier nur budgetneutral umgesetzt werden sollen. Die ambulante Pflege und Tagespflege ist hier wieder bevorzugt und bewirkt weiter ein steigendes Belegungsproblem bei den Altenpflegeheimen. Hinter jedem Pflegegrad steht ein festgelegter Zuzahlungsbetrag der Pflegekassen pro Monat. Indem man für einen Monat für alle Pflegebedürftigen diese neuen Zuzahlungsbeträge der Pflegekassen addiert und diese Summe von der Summe der monatlich bislang berechneten Pflegesätze aller Bewohner abzieht und den Restbetrag durch die Anzahl aller Bewohner dividiert, erhält man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, den jeder Bewohner eines Altenpflegeheims pro Monat zu tragen hat. Dieser ist nun für alle Bewohner gleich und variiert nicht mit den Pflegegraden. Dadurch sind aber die Altenpflegeheime auch für einen nicht so guten Rechner preislich leichter zu vergleichen, was den Preiskampf zwischen den Einrichtungen forcieren und zum Nachteil des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gereichen könnte. Seit Anfang 2018 wurden pauschal um ca. 2,5% erhöhte Abrechnungssätze für Pflege, Unterkunft und Verpflegung berechnet. Es fanden aber in 2018 auch wieder Tarifierhöhungen statt, die diese Preissteigerung übersteigen. Mit den Einschränkungen im Investbereich führt dies dazu, dass zukünftig dauerhaft solange nur ausgeglichene Jahresergebnisse erzielt werden, bis die Einnahmen aus dem geplanten neuen betreuten Wohnen diese Lücke ausfüllen. Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler sich über den Preis nicht mehr gegenüber der Konkurrenz absetzen kann, wird seit einigen Jahren eine kompromisslose Qualitätsstrategie umgesetzt. Ziel der Qualitätsstrategie ist, das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hinsichtlich der Vielfalt und Qualität der Hilfestellungen für Senioren so zu positionieren, dass es eine Vorbildfunktion in der Region übernimmt. Dass man mit dieser Strategie auf einem sehr guten Weg ist, zeigt z. B. die in 2018 wieder sehr gut bestandene Rezertifizierung nach DIN ISO 9001. Das zuletzt ausgehändigte Qualitätssiegel gilt bis Januar 2020. In den vergangenen Jahren hat das SBZ intensiv an der Entwicklung und Etablierung eines Demenz-Labels in der StädteRegion Aachen mitgewirkt. Dieses belegt die besondere Ausrichtung auf die den größten Anteil der pflegegebedürftigen Bewohner bildenden dementen Menschen und die hohe Qualität der ganzheitlichen Versorgung dieser Zielgruppe. Als Zeichen dafür wurde dem Haus für zwei Jahre dieses Demenzlabel verliehen. Darüber hinaus ist die Einrichtung schon seit Jahren mit dem Ombudsman-Label dekoriert. Auch die mit den Noten „sehr gut“ im stationären Bereich bestandenen Qualitätsprüfungen des medizinischen Dienstes der Pflegekassen (MDK), bestätigen die



hervorragende Qualität der Einrichtung. Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung weiterhin gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des SBZs ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in der Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, das betreute Wohnen und das Essen auf Rädern, wurden angenommen und entwickeln sich positiv. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu gesetzlichen und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten.

Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Die Errichtung der Anstalt erfolgte auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 11.12.2007 (IUAG NRW) durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes; Errichtungsverordnung) vom 04.11.2010. In § 22 Abs. 1 der Errichtungsverordnung wird ausgeführt, dass im Regierungsbezirk Köln aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet wird.

Nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW führt jede Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeit als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Die Untersuchungsanstalt wirkt außerdem gem. Abs. 4 mit bei der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme, Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind, der Kontrolle von Betrieben und der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Vorstand:

Gemäß § 11 IUAG NRW leitet der Vorstand die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat der CVUA Rheinland AöR besteht gem. § 24 Abs. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 04.11.2010 sowie der Geschäftsordnung vom 05.01.2011 aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder eines Vertreters jeder Kommune. Nach Absatz 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Verwaltungsrat besteht somit aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwölf weiteren Mitgliedern.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dagmar Pauly-Mundegar
Rainer Lankes

Vertreter der StädteRegion im Verwaltungsrat:

| | | |
|------------------------|-----------------|--|
| | Dr. Peter Heyde | Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen |
| Stellvertreter: | Stefan Jücker | Dezernent StädteRegion Aachen (ab 19.11.2018) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz: 52068 Aachen

Stammkapital: 300.000 Euro

| Vermögensträger: | Anteil in € | Anteil in % |
|--------------------------|-------------|-------------|
| Land Nordrhein Westfalen | 90.000 | 30 |
| Stadt Aachen | 17.500 | 5,83 |
| Stadt Bonn | 17.500 | 5,83 |
| Stadt Köln | 17.500 | 5,83 |
| Stadt Leverkusen | 17.500 | 5,83 |
| StädteRegion Aachen | 17.500 | 5,83 |
| Kreis Düren | 17.500 | 5,83 |
| Kreis Euskirchen | 17.500 | 5,83 |
| Kreis Heinsberg | 17.500 | 5,83 |
| Oberbergischer Kreis | 17.500 | 5,83 |

| | | |
|----------------------------|---------|------|
| Rheinisch-Bergischer Kreis | 17.500 | 5,83 |
| Rhein-Erft-Kreis | 17.500 | 5,83 |
| Rhein-Sieg-Kreis | 17.500 | 5,83 |
| | 300.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 22.126.714 | 21.819.884 | 20.780.865 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 38.110 | 27.664 | 49.692 |
| II. Sachanlagen | 22.088.604 | 21.376.166 | 20.315.119 |
| III. Finanzanlagen | 0 | 416.054 | 416.054 |
| B. Umlaufvermögen | 9.070.271 | 10.013.424 | 11.528.087 |
| I. Vorräte | 41.788 | 45.022 | 41.398 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 7.266.295 | 7.940.113 | 8.653.966 |
| III. Guthaben Kreditinstitute | 1.762.189 | 2.028.289 | 2.832.723 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 57.283 | 58.229 | 84.666 |
| Bilanzsumme Aktiva | 31.254.258 | 31.891.535 | 32.393.618 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 5.242.988 | 4.611.061 | 3.951.380 |
| I. Stammkapital | 300.000 | 300.000 | 300.000 |
| II. Gewinnrücklagen | 4.662.770 | 4.942.988 | 4.942.988 |
| a) zweckgeb. Rücklage | 221.713 | 221.713 | 221.713 |
| b) allg. Rücklage | 4.662.770 | 4.721.276 | 4.721.276 |
| III. Ergebnisvortrag | | | -631.928 |
| IV. Bilanzgewinn | 280.218 | -631.928 | -659.681 |
| B. Rückstellungen | 12.592.681 | 14.533.561 | 16.248.462 |
| 1. Pensionsrückstellungen u.ä. | 11.995.540 | 14.025.663 | 15.764.318 |
| 2. Sonstige Rückstellungen | 597.141 | 507.898 | 484.144 |
| C. Verbindlichkeiten | 13.418.589 | 12.495.534 | 11.941.764 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0 | 251.380 | 252.013 |
| Bilanzsumme Passiva | 31.254.258 | 31.891.535 | 32.393.618 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 9.315.749 | 9.417.896 | 9.534.550 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 130.282 | 191.594 | 223.745 |

| | | | |
|-------------------------------------|----------------|-----------------|-----------------|
| Materialaufwand | 1.454.914 | 1.545.300 | 1.524.227 |
| Personalaufwand | 5.207.199 | 6.256.301 | 5.772.783 |
| Abschreibungen | 1.027.154 | 1.298.500 | 1.310.322 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 1.259.532 | 877.348 | 955.473 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 242.791 | -631.928 | -659.681 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|--|------|-------|-------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Zahl der Beschäftigten | 89 | 87 | 84 |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 70,8 | 67,0 | k. A. |
| Eigenkapitalquote | 16,8 | 14,5 | 12,2 |
| Cash Flow lfd. Geschäftstätigkeit | -294 | 1.695 | 1928 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen/Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen leistet jährlich Zahlungen für Untersuchungskosten an das CVUA. Diese beliefen sich im Jahr 2018 auf 1.034.490,68 €. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet. Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €. Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

a) Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden insgesamt 6 Mitarbeitende aus. 2 Sachverständige schieden durch Pensionierung aus, eine Sachverständige durch Eigenkündigung. Alle Stellen wurden nachbesetzt. Im Bereich Verwaltung schied ein Mitarbeiter durch Eigenkündigung aus, auch diese Stelle wurde nachbesetzt. Im Bereich Labor schieden 2 technische Mitarbeiter durch Eigenkündigung bzw. Ende der Befristung aus. Eine Nachbesetzung erfolgte nicht.

b) Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2018 wurden insgesamt 13.536 (Vorjahr: 13.678) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. 1.578 (Vorjahr: 1.180) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet. Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2018, der vom Verwaltungsrat am 7. Dezember 2017 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.640 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 420 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 212 T€. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 660 T€ abgeschlossen. Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß der vom Verwaltungsrat am 07. Dezember 2017 beschlossenen Entgeltordnung 9.516 T€ (Vj.: 9.407 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 209 T€ (Vj.: 141 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 32 T€ (Vj.: 51 T€) vereinnahmt. Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.773 T€ (Vj.: 6.256 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 60 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.190 T€ berücksichtigt. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 483 T€ gesunken. Dies ist auf den Wegfall der Einmaleffekte bei den Pensions- und Beihilferückstellungen (Einstellung eines Beamten) zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben damit unter dem Planansatz für 2018. Die Aufwendungen zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen für die beamteten Beschäftigten und Versorgungsempfänger führen jedoch zu einer erheblichen Belastung des Ergebnisses. Bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase wird dies auch in den kommenden Jahren zu einer Belastung für den Wirtschaftsplan. Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 325 T€ (Vj.: 345 T€) und die Energiekosten mit 357 T€ (Vj.: 233 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 129 T€ (Vj.: 132 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 39 T€ (Vj.: 33 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 191 T€ (Vj.: 199 T€), für Versicherungen in Höhe von 26 T€ (Vj.: 26 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 15 T€ (Vj.: 17 T€). Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.310 T€ (Vj.: 1.298 T€). Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2018 fällt der

ausgewiesene Verlust um 448 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen hinter dem Wirtschaftsplanansatz zurückbleiben, führen nahezu ausschließlich die hohen Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau zur Ausweisung des Jahresfehlbetrages.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

| | 31.12.2017 | 31.12.2018 |
|--------------------------------|-------------------|-------------------|
| Bilanzsumme | 31.891.534,82 € | 32.393.618,45 € |
| Anlagevermögen | 21.819.882,89 € | 20.780.865,05 € |
| Vorratsvermögen | 45.021,88 € | 41.397,89 € |
| Stammkapital | 300.000,00 € | 300.000,00 € |
| Eigenkapital | 4.611.060,72 € | 3.951.379,75 € |
| Eigenkapitalquote | 14,5 % | 12,2 % |
| Rückstellungen | 14.531.560,71 € | 16.248.462,01 € |
| Liquide Mittel | 2.028.288,65 € | 2.832.723,45 € |
| Verbindlichkeiten | 12.495.533,89 € | 11.941.764,10 € |
| davon mittel- bis langfristige | 12.304.166,62 € | 11.620.833,26 € |
| Bankschulden | | |
| Dynamischer Verschuldungsgrad | 14,7 % | 13,3 % |

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

a) Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUÄ vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden. Als Kompetenzzentrum für Wein, Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und -ester, Glycidol und -ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern. Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich. Auch die Probenplanung durch das LANUV

(RioppLM) und die Organisation des Probenverkehrs durch die CVUÄ haben sich mittlerweile zu einer routinemäßigen Abwicklung entwickelt. Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, sieht der Zeitplan den Beitritt der Städte Düsseldorf und Mönchengladbach sowie der Kreise Kleve, Mettmann, Rheinkreis Neuss, Viersen und Wesel zum 01.01.2020 vor. Ca. 4.000 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warengruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUÄ NRW erforderlich wird, um mit der neuen Aufgabenverteilung zum 01.01.2022 beginnen zu können. Das stellt die CVUÄ vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

b) Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen. Vom 19.02. – 22.02.2018 fand die Re-Akkreditierung durch die DAkKS statt. Nach fristgerechter Beseitigung nicht kritischer Abweichungen wurde die unbefristete Akkreditierung im November 2018 mit Ausstellung der Akkreditierungsurkunde erteilt. Im August 2019 ist im Rahmen des Überwachungsaudits durch die DAkKS neben einer Änderung des Geltungsbereiches der Akkreditierung auch die Umstellung des bestehenden QM-Systems auf die Anforderungen der aktualisierten Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018 geplant.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2019, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 13. Dezember 2018 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 353 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.895 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind. Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

BZPG – Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Grundlage des BZPG Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH (nachfolgend: BZPG) bildet die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege. Das BZPG geht aus dem ehemaligen Amt für Altenarbeit hervor, welches als Betriebsübergang zum 01.01.2029 in die gGmbH überführt wird. Zum Stand 31.12.2018 befinden sich rund 250 Schülerinnen und Schüler in einer Ausbildung am BZPG. Derzeit wird in der Altenpflege und in der Altenpflegehilfe ausgebildet. Neben der Ausbildung in der Altenpflege bildet die Fort- und Weiterbildung für Pflegekräfte die zweite Säule des Bildungsauftrages. Es werden die Weiterbildungen im mittleren Management, Gerontopsychiatrie und Praxisanleitung angeboten. Dazu kommen zahlreiche Fortbildungen, oft als Inhouse-Veranstaltungen. Forschung und Entwicklung betreibt die Gesellschaft demnach nicht.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin oder mehrere Geschäftsführer/innen. Jedes Mitglied der Geschäftsführung hat die Befugnis, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern, die von der StädteRegion Aachen entsandt werden. Für den Verhinderungsfall wird jeweils eine/n Stellvertreter/in bestimmt. Der Aufsichtsrat hat eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n. Die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates und der/die stellvertretende Vorsitzende werden von den Mitgliedern des Aufsichtsrates aus ihrer Mitte gewählt. Die Sitzungen des Aufsichtsrates werden durch die/den Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall durch seinen/ihre Vertreter/in mindestens zweimal im Jahr einberufen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterin StädteRegion Aachen entsendet vier stimmberechtigte Vertreter/innen und bestimmt jeweils eine/n Stellvertreter/in für den Verhinderungsfall in die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung wird vom/von der Aufsichtsratsvorsitzenden geleitet. Er/Sie dient in dieser Funktion als Vorsitzende/r der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Edeltraud Vomberg (bis 05.10.2018)
Thomas Kutschke (ab 05.10.2018)

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

| | | |
|-------------|-----------------------------|----------------------------------|
| Vorsitzende | Josefine Lohmann | Städteregionstagsmitglied |
| | Lars Lübben | Städteregionstagsmitglied |
| | Astrid Siemens | Städteregionstagsmitglied |
| | Prof. Dr. Edeltraud Vomberg | Dez. für Soziales und Gesundheit |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | |
|-----------------------------|----------------------------------|
| Birgitt Lahaye-Reiß | Städteregionstagsmitglied |
| Astrid Siemens | Städteregionstagsmitglied |
| Lars Lübben | Städteregionstagsmitglied |
| Prof. Dr. Edeltraud Vomberg | Dez. für Soziales und Gesundheit |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

Gezeichnetes Kapital: 25.000 €

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|-------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 25.000 | 100 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 - in € - | 2017 - in € - | 2018 - in € - |
|--|------------------|------------------|------------------|
| A. Umlaufvermögen | - | - | 157.762 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | - | - | 11.354 |
| II. Kassenbestand, Bankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | - | - | 146.408 |
| B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | - | - | 31.350 |
| Bilanzsumme Aktiva | - | - | 189.112 |
| A. Eigenkapital | - | - | 0 |
| I. Gezeichnetes Kapital | - | - | 25.000 |
| II. Jahresfehlbetrag | - | - | -56.350 |
| III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | - | - | 31.350 |
| B. Rückstellungen | - | - | 6.846 |
| C. Verbindlichkeiten | - | - | 102.256 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | - | - | 80.010 |
| Bilanzsumme Passiva | - | - | 189.112 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 - in € - | 2017 - in € - | 2018 - in € - |
| Personalaufwand | - | - | 44.951 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | - | - | 11.380 |
| Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen | - | - | 20 |
| Ergebnis nach Steuern | - | - | -56.350 |
| Jahresfehlbetrag | - | - | -56.350 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten | - | - | 1 |
| | | | |
| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage: | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
| Eigenkapitalquote | - | - | 59,6 |
| Eigenkapitalrentabilität | - | - | 50 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Gemäß Eilbeschluss des Städteregionsausschusses vom 22.02.2018 wurde in 2018 die BZPG für Pflege und Gesundheit GmbH gegründet. Ihr wurden die Bildungsbereiche des bisherigen Amtes für Altenarbeit übertragen. Der operative Start erfolgt zum 01.01.2019. Geplant ist, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Bildungsbereiche der Rhein-Maas-Klinikum GmbH an die BZPG GmbH übertragen werden. Im Jahr 2018 erfolgte seitens der StädteRegion Aachen kein Betriebskostenzuschuss an die BZPG.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wurde im Juni 2018 gegründet und die weiteren Monate wurden genutzt, um die Geschäftsführung zu besetzen und die Vorbereitungen zum Betriebsübergang des vorherigen Amtes für Altenarbeit zum 01.01.2019 zu treffen. Mit Betriebsübergang besteht das BZPG aus 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In 2018 ergab sich ein Jahresüberschuss von € 3.649,51, welcher sich aus Gesellschafterzuschüssen in Höhe von € 60.000,00 abzüglich Anlaufkosten in Höhe von € 56.350,49 zusammensetzt. Eingeplant laut Wirtschaftsplan waren dem gegenüber Kosten in Höhe von rund € 58.000,00. Somit ist der Wirtschaftsplan eingehalten worden. Umsatzerlöse wird es erst mit dem Betriebsübergang ab dem 01.01.2019 geben.

Lage

a) Ertragslage

In 2018 waren, so wie geplant, mit Ausnahme der Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 60.000,00 € keine Erträge zu verzeichnen. Erst ab 2019 mit Betriebsübergang werden die durchgeführten Bildungsmaßnahmen (Aus-, Fort- und Weiterbildung) über das BZPG verrechnet. Die Personalkosten lagen bei 39.888,71€ zuzüglich sozialer Abgaben in Höhe von 5.062,78 €. Sachkosten sind in Höhe von 11.379,50 € und Zinsen in Höhe von 19,50 € zu verzeichnen. Damit verbleibt ein Jahresüberschuss von 3.649,51 €.

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen lagen zum Bilanzstichtag in Höhe von 37.129,53 € vor. Die sonstigen Verbindlichkeiten wiesen einen Betrag in Höhe von 5.126,56 € auf. Zum 31.12.2018 lag der Saldo der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bei 2.770,00 € und der Saldo der sonstigen Vermögensgegenstände bei 8.584,00 €. Die Liquiditätslage ist durch Vorauszahlungen sowie den Gesellschafterzuschuss der Gesellschafterin geprägt.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen ist geprägt durch das Bankguthaben in Höhe von 146.407,60 € (prozentualer Anteil: 92,8 %). Geplante Investitionen in 2019 sind die Anschaffung eines neuen Klassenzimmers in Höhe von ca. 31.000,00 € und die zusätzliche Anschaffung weiterer EDV in Höhe von ca. 13.750,00 €.

Prognosebericht

Ab 2020 wird die Altenpflegeausbildung mit den anderen Pflegeausbildungen zusammengeführt und soll auskömmlich finanziert werden. Dazu kommen aber dann auch verbindliche staatliche Vorgaben zur Ausstattung der Schulen, die insbesondere den Lehrer-Schüler-Schlüssel von 1:50 auf 1:20 anheben. Daher müssen in 2019 Vorbereitungen getroffen werden, um weitere Lehrkräfte einzustellen, damit ab 2020 eine gesetzeskonforme Ausbildung möglich bleibt. Mit dem Inkrafttreten des Pflegeberufgesetzes wird sich die öffentliche Förderung ändern. Derzeit beteiligt sich das Land an den entstehenden Schulkosten. Für die Ausbildungsgänge, die ab 2020 neu starten, wird es eine Vollfinanzierung geben. Derzeit laufen die Budgetverhandlungen im Gesundheitsministerium für ganz NRW, daher kann noch keine Aussage zur Höhe der Finanzierung getätigt werden. Vor diesem Hintergrund soll zum 01.01.2020 die Krankenpflegeschule des Rhein-Maas-Klinikums in das Bildungszentrum integriert werden. So kann dann dem kommenden Gesetz Genüge getan werden. Die Ausbildungsplatzzahl steigt dann auf rund 400 in der Pflege. Neben der Ausbildung muss dann auch der Weiterbildungsbedarf für die Klinik ins Portfolio aufgenommen werden. Ergänzend zu den Bestrebungen um Aus-, Fort- und Weiterbildung sollen auch Bildungsprogramme für ausländische Pflegefachkräfte entwickelt werden. Daher muss dann auch ein neues Gebäude für das dann deutlich gewachsene Bildungszentrum gefunden werden.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Größtes Risiko bei der Zukunftsplanung ist der demografische Wandel. Die Schulabgängerzahlen sind seit einigen Jahren rückläufig, von 2016 bis 2024 um 20%. Gleichzeitig sollen mehr Ausbildungsplätze besetzt werden. Dies dürfte nicht ohne Weiteres gelingen. Das Bildungszentrum wird sich in Konkurrenz zu anderen Bildungseinrichtungen im Gesundheitswesen als attraktive Einrichtung beweisen müssen. Dazu werden das Gebäude und die Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes von zentraler Bedeutung sein. Moderne Unterrichtskonzepte, multimediale Ausstattung und Möglichkeiten wie SkillsLab oder Simulationszentrum bis hin zu einer Schulbibliothek werden benötigt. Auf der anderen Seite ist das Lehrerkollegium überaltert und es ist auch hier sehr schwer, neue Lehrkräfte zu gewinnen. Hier gibt es den gleichen Konkurrenzkampf wie auf der Auszubildendenebene.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel. Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.



**Beschäftigung
Qualifizierung
Dienstleistung**

SPRUNGbrett gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist es, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach dem SGB II und dem SGB III und sonstiger Förderprogramme, die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen verbessern. Im Rahmen dieser Prämisse verwirklicht die Gesellschaft zudem auch Ziele des SGB VIII.

Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Betrieben, den Kammern, den Trägern der beruflichen Weiterbildung, den Gewerkschaften, den Arbeitsgemeinschaften für die Grundsicherung Arbeitsuchender in der Region, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsuchender der StädteRegion Aachen (ARGE in der StädteRegion Aachen) und der Agentur für Arbeit vorgesehen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern in der StädteRegion Aachen auftritt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die GmbH wird vertreten durch eine/einen Geschäftsführer/-in, die/der einzelvertretungsberechtigt ist.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern und 2 Mitgliedern mit beratender Stimme. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) 8 vom Gesellschafter StädteRegion Aachen entsandte Mitglieder, darunter der jeweilige Sozialdezernent und der jeweilige Personal-/Organisationsdezernent der StädteRegion Aachen.
- b) ein auf Vorschlag der regionsangehörigen Städte und Gemeinden von der StädteRegion Aachen entsandtes Mitglied.

- c) Mitglieder mit beratender Stimme sind:
 der/die jeweilige Leiter/in des Amtes für soziale Angelegenheiten der StädteRegion Aachen
 der/die jeweilige Betriebsratsvorsitzende.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter im Aufsichtsrat:

| | |
|-------------------------------------|---|
| Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| Prof. Dr. Edeltraud Vomberg | Dezernentin f. Soziales d. StädteRegion |
| Rudi Bertram | Bürgermeister Stadt Eschweiler |
| Wolfgang Königs | Städteregionstagsmitglied |
| Lars Lübben | Städteregionstagsmitglied |
| Doris Harst | Städteregionstagsmitglied |
| Thomas Hartmann | Städteregionstagsmitglied |
| Marie-Theres Sobczyk | Städteregionstagsmitglied |
| Michael Sahn | Sachkundiger Bürger |
| Beratendes Mitglied: Angelika Hirtz | Leiterin des Amtes für Soziales |
| Gabi Kämpfe | Betriebsratsvorsitzende |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | |
|---------------------------------------|---------------------------|
| Wolfgang Königs | Städteregionstagsmitglied |
| Stellvertreter: Alexander Tietz-Latza | sachkundiger Bürger |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|------------------|---------------|
| StädteRegion Aachen | <u>26.000,00</u> | <u>100,00</u> |
| | 26.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 3.162 | 1.706 | 832 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 1.417 | 418 | 1 |
| II. Sachanlagen | 1.745 | 1.289 | 831 |
| B. Umlaufvermögen | 493.633 | 546.646 | 599.578 |
| I. Forderungen/sonst. VG | 81.042 | 24.209 | 3.566 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 412.592 | 522.437 | 595.000 |
| C. Rechnungsabgrenzung | 0 | 180 | 180 |
| Bilanzsumme Aktiva | 496.795 | 548.532 | 599.578 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 451.119 | 464.261 | 494.393 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 26.000 | 26.000 | 26.000 |
| II. Gewinnrücklagen | 237.910 | 274.493 | 287.635 |
| III. Gewinnvortrag | 150.626 | 150.626 | 150.626 |
| IV. Jahresüberschuss | 36.583 | 13.142 | 30.132 |
| B. Rückstellungen | 21.254 | 38.052 | 30.334 |
| C. Verbindlichkeiten | 24.423 | 46.219 | 74.851 |
| Bilanzsumme Passiva | 496.795 | 548.532 | 599.578 |
| | | | |
| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 847.454 | 887.101 | 1.009.856 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 30.735 | 16.311 | 27.555 |
| Zinserträge | 42 | 4 | 4 |
| Erträge a. Gesellschafterzuschüssen | 0 | 0 | 0 |
| Personalaufwand | 781.268 | 835.294 | 954.701 |
| Abschreibungen | 2.076 | 1.726 | 875 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 58.305 | 53.253 | 60.707 |
| Jahresüberschuss | 36.583 | 53.253 | 30.132 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi) | 25 | 28 | 27 |

| Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage | 2016 in % | 2017 in % | 2018 in % |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Anlagenintensität / Anlagenquote | 0,64 | 0,31 | 0,14 |
| Eigenkapitalquote | 90,81 | 84,64 | 82,64 |
| Anlagendeckungsgrad I | 147.267 | 27.201 | 59.456 |
| Liquidität 1. Grades | 1.689 | 1.130 | 795 |
| Eigenkapitalrentabilität | 8,11 | 2,83 | 6,09 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Haushaltsjahr 2018 wurde seitens der StädteRegion Aachen erneut kein Betriebskostenzuschuss an SPRUNGbrett gezahlt.

Infolge des seit 2009 erfolgten Personalabbaus bei SPRUNGbrett konzentrierte sich das Rechnungswesen der Gesellschaft auf eine Buchhalterin. Die Geschäftsführung hat in Reaktion auf diese veränderte personelle Situation ab 2010 eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Ziel des Unternehmens war und ist es, benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen (früher Kreis Aachen) haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Damit folgt der Gesellschaftszweck dem Sozialstaatsgebot i.S.v. Art. 20 Grundgesetz. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die in Sozialgesetzbücher bzw. in Förderprogrammen genannt sind. Die anfängliche Hauptaufgabe bestand in der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daher trägt die Gesellschaft die Zusatzbezeichnung Beschäftigungsinitiative. Seit mehreren Jahren stellt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schulformen den Schwerpunkt unserer Tätigkeit dar.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftstätigkeit und Grundzüge der Gesellschaft

Aufgabenwahrnehmung im mildtätigen Bereich der Gesellschaft:

Die Vermittlungstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich seit 2010 auf das Landesprogramm „Jugend in Arbeit plus“. Dieses Projekt ist zum 31.12.2018 ausgelaufen. Die Integration Benachteiligter in den ersten Arbeitsmarkt ist in unserem Arbeitsbereich „Kreisinitiative Jugend und Beruf“ Teil unseres Zielsystems.

Aufgabenwahrnehmung im gemeinnützigen Bereich der Gesellschaft:

Sprungbrett ist eine gemeinnützige GmbH im Sinne des Steuerrechts. Auch im Berichtsjahr bestätigt sich, dass die Problemlagen der von Sprungbrett im Rahmen der Schulsozialarbeit betreuten Schülerinnen/ Schüler/ Jugendlichen komplex bleiben und die Betroffenen eine intensive Begleitung bei der Bewältigung ihrer Probleme benötigen.

Tätigkeitsschwerpunkte 2018

Die Arbeit der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH fand im Berichtsjahr in Anlehnung an § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe statt: „Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.“ Im Berichtsjahr 2017/2018 haben 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fünf Aufgabenbereichen (Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Berufskollegs, einer Realschule und einer Gesamtschule) mit insgesamt 2.843 Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Seit Ende 2016 werden über die Landesregierung NRW wichtige Stellen für die Mitarbeit in Multiprofessionellen Teams zur Integration durch Bildung (MPT) für neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler an den Berufskollegs gefördert. Bei der Sprungbrett gemeinnützigen GmbH sind im Jahr 2018 vier der insgesamt 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die sozialpädagogische Arbeit in den internationalen Klassen eingesetzt. Insgesamt wurden in allen Sprungbrett Beratungsstellen im Schuljahr 2017/2018 13.898 Einzelgespräche geführt, von denen 2.843 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene profitieren konnten. Es nehmen deutlich mehr männliche Ratsuchende (1.767) den Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern auf als weibliche Ratsuchende (1.076). Diese Tendenz ist an allen Schulformen von der Grundschule bis zum Berufskolleg identisch und lässt sich langjährig feststellen. Bei 1.251 (1.049 im Vorjahr) dieser jungen Menschen kann man von einem Migrationshintergrund sprechen, dazu gehören sowohl die Kinder und Jugendlichen, die schon seit langer Zeit zu unseren Mitbürgern gehören, als auch die neu Zugewanderten und die Flüchtlinge. Durch unser neues Aufgabengebiet, die Arbeit in Multiprofessionellen Teams für die Integration der internationalen Schüler und Schülerinnen, haben sich die Fallzahlen erhöht. Neben 13.898 Einzelgesprächen gab es insgesamt 2.100 Veranstaltungen zur sozialpädagogischen Gruppenarbeit mit dem Schwerpunkt der Förderung sozialer Kompetenzen, die in den unterschiedlichen Schulformen sehr unterschiedlich gestaltet werden. Sozialtraining, Förderung der Kommunikation und der Kooperationsfähigkeit sind Themen, die wichtig sind. Das Thema Schul- und Berufsorientierung hat Bedeutung bei der Arbeit an den Berufskollegs und in den letzten beiden Schuljahren an den Hauptschulen. Aber auch an den Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung ist der Übergang in den Beruf oder in die Werkstätten von Bedeutung. Die überragende Mehrheit der 2.843 beratenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen. Nur 2% leben in benachbarten Städten und Kreisen oder im benachbarten Ausland. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der Gesellschaft erneut gelungen ist, im Sinne von § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe auch im Schuljahr 2017/2018 in die Tat umzusetzen. Mit dem gleichen Engagement werden die Beschäftigten unseres Hauses im Schuljahr 2018/2019 unsere Arbeit fortsetzen.

Schulsozialarbeit an sechs Berufskollegs der StädteRegion Aachen

An sechs Berufskollegs in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler und Herzogenrath bietet SPRUNGBrett/ Kreisinitiative Jugend und Beruf sozialpädagogische Begleitung und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene an. Sieben sozialpädagogische Fachkräfte sind an den Berufskollegs für die Begleitung und die Beratung zuständig, schwerpunktmäßig für Klassen in der Ausbildungsvorbereitung in den Berufsfachschulklassen und Handelsschulklassen, seit Neustem auch für die ersten internationalen Förderklassen. Für die Schülerinnen und Schüler im dualen System dieser Berufskollegs gilt ein offenes Beratungsangebot, das von allen genutzt werden kann. Im Berichtsjahr 2017/2018 haben die sieben Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt 983 Jugendliche und junge Erwachsene beraten. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen zusammen 4.985 persönliche Gespräche geführt. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die in der Einzelberatung betreut wurden, konnten Gruppenangebote organisiert werden. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil als schuljahrbegleitendes Angebot durchgeführt. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfinden, lässt sich mit 222 im Laufe eines Schuljahres beziffern. An allen sechs Berufskollegs haben mit unserer Unterstützung 859 junge Menschen eine Abschlussperspektive gefunden. Auch in diesem Jahr sind wir wieder stolz auf eine Erfolgsquote von 88 %. 193 junge Menschen haben mit unserer Unterstützung eine passende Ausbildung gefunden, 7 Jugendliche machen im Anschluss ein 10-monatiges Einstiegsqualifizierungspraktikum, das durch die Arbeitsagentur gefördert wird und als Einstieg in die Berufsausbildung genutzt werden kann, 22 Jugendliche starteten in Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, 559 Jugendliche verblieben weiter im System Schule. Sie streben einen höheren Schulabschluss an, besuchen eine Berufsfachschulklasse oder ein Ausbildungsorientierungsjahr oder versuchen, an anderen Schulformen ihren Schulabschluss zu verbessern.

Multiprofessionelle Teams – die Arbeit mit Internationalen Förderklassen an 3 Berufskollegs der StädteRegion Aachen

Im Dezember 2016 hat bei SprunGBrett die erste Kollegin angefangen, deren Einsatzgebiet an einem Berufskolleg auf die Beratung und Begleitung von neu zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen spezialisiert ist. Im Jahr 2017 konnte diese Arbeit weiter ausgebaut werden. Finanziert durch das Land NRW und die StädteRegion Aachen arbeiten nun 4 Kolleginnen in den „Multiprofessionellen Teams“ an den Berufskollegs

- Mies-van-der-Rohe-Schule in Aachen
- Berufskolleg Alsdorf
- Berufskolleg Herzogenrath.

Im Berichtsjahr 2017/2018 haben diese vier Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt 255 Jugendliche und junge Erwachsene beraten. Dabei wurden in allen Beratungsstellen zusammen 1.871 persönliche Gespräche geführt. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil als schuljahrbegleitendes Angebot durchgeführt. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfanden, lässt sich mit 66 im Laufe eines Schuljahres beziffern. Insgesamt haben in diesem Berichtsjahr 286 Schülerinnen an diesen Gruppenangeboten teilgenommen. Es wurden 255 Jugendliche beraten, 196 junge Männer und 59 junge Frauen. An allen 3 Berufskollegs haben 216 junge Menschen eine Anschlussperspektive gefunden. In diesem Bereich sind wir stolz auf eine Erfolgsquote von 85 %. 82 junge Menschen haben mit unserer Unterstützung eine passende Ausbildung gefunden, 1 Jugendli-

cher startet in die Erwerbstätigkeit, 6 Jugendliche machen im Anschluss ein 10-monatiges Einstiegsqualifizierungspraktikum. 107 Jugendliche verbleiben weiter im System Schule. Sie streben einen höheren Schulabschluss an, besuchen eine Berufsfachschulklasse oder ein Ausbildungsorientierungsjahr oder versuchen an anderen Schulformen als bisher, ihren Schulabschluss zu verbessern. 8 Jugendliche wurden in eine berufsvorbereitende Maßnahme der Agentur für Arbeit vermittelt. 3 wechseln in eine Jugendwerkstatt, 2 machen ein freiwilliges soziales Jahr oder ähnliches. 7 Jugendliche sind durch ihre fehlende Gesundheit und/ oder die psychischen Belastungen so eingeschränkt, dass sie eine Therapie oder einen längeren Genesungsprozess einplanen müssen. Bei 39 Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Verbleib im Anschluss an die Beratung unbekannt, wenn es in den Gesprächen um andere Inhalte als Berufsplanung geht, wird der Verbleib oftmals nicht erfasst. Durch den Fachkräftemangel und niedrige Bewerberzahlen ist die Situation für zugewanderte junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt sehr aussichtsreich. Das gilt sicherlich nicht für alle Berufe, gerade im Handwerk stehen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz nicht schlecht. Am 15. August 2018 war in den Aachener Nachrichten Folgendes zu lesen: „Deutliches Plus am Ausbildungsmarkt: Vor allem bei Flüchtlingen“, eine Erfahrung, die auch von den Schulsozialarbeiterinnen geteilt wird.

Schulsozialarbeit in Form von Beratung zur Vermeidung von Schulabsentismus an 3 Schulen der Sekundarstufe I in Eschweiler und Würselen

An der Gemeinschaftshauptschule in Eschweiler und in der Hauptschule und Realschule in Würselen arbeiten zwei pädagogische Fachkräfte der Sprungbrett gemeinnützige GmbH an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule. So ermöglicht die tägliche Kontaktaufnahme eine besondere Form der pädagogischen Arbeit: Schulsozialarbeit. Insgesamt wurden 143 Schülerinnen (65) und Schüler (78) beraten, intensiv begleitet und betreut. Die Anzahl der stattgefundenen Einzelgespräche lässt sich mit 1.021 beziffern. Wichtig ist die Konstanz sozialpädagogischer Begleitung an den Schulen. Je länger sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen arbeiten, umso mehr werden sie von den Kindern und Jugendlichen angenommen. Deutlich wird ebenfalls, dass durch veränderte Familienstrukturen den Schulsozialarbeiterinnen eine wichtige Aufgabe als Bezugsperson zukommt, diese bedeutende Arbeit kann von Lehrerinnen und Lehrern nur in begrenztem Umfang geleistet werden kann.

Schulsozialarbeit an sechs Förderschulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen

Im Schuljahr 2017/2018 wurden an sechs Förderschulen insgesamt 583 (527 im Vorjahr) Jungen und Mädchen begleitet, beraten und unterstützt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützen die Kinder und deren Familien auch bei Antragsstellungen. Gerade an den Förderschulen und den Grundschulen stehen dabei die Kosten für das Mittagessen im Rahmen der OGS oftmals im Vordergrund. 360 Kinder, die von den Sozialpädagogen/ innen unterstützt wurden, leben in Familien, die Leistungen nach dem SGB II –Gesetz, Transferleistungen nach dem Asylbewerbergesetz oder Wohngeld erhalten und sind somit Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft. 309 der in der Einzelberatung erreichten 583 Schüler und Schülerinnen haben einen Migrationshintergrund (mehr als die Hälfte). Insgesamt wurde die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen im Berichtsjahr für 1.959 Einzelgespräche in Anspruch genommen. Gerade an den Förderschulen steht die sozialpädagogische Gruppenarbeit deutlich im Vordergrund. Die Anzahl der Angebote für Gruppenveranstaltungen 712 (841 im Vorjahr) an den Förderschulen ist sehr hoch und wurde auch im Schuljahr 2017/2018 von vielen Kin-

dern in Anspruch genommen: 462. Die Mehrzahl der Kinder kommt aus der Stadt Aachen (220), 178 kamen aus den Gemeinden des Nordkreises des ehemaligen Kreisgebietes und 184 aus den Südkreisgemeinden, 1 Schülerin aus dem Kreis Düren.

Schulsozialarbeit an sieben Grundschulen in Herzogenrath

Insgesamt wurden 879 (Vorjahr 790) Kinder beraten, intensiv begleitet und betreut. Es wurden 4.062 Einzelgespräche geführt. Insgesamt wurden an sieben Grundschulen in Herzogenrath 939 sozialpädagogische Gruppenangebote durchgeführt. Diese richteten sich an 1.037 Kinder. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Gruppenangebote der Schulsozialarbeit aus dem Schulalltag an den Grundschulen in Herzogenrath nicht mehr wegzudenken sind. Die Stadt Herzogenrath hat den Vertrag mit unserem Haus betreffend die Schulsozialarbeit form- und fristgerecht zum 31.12.2018 gekündigt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Mandat beschäftigt waren, wurden von der Stadt Herzogenrath übernommen. Für das Jahr 2019 fehlen Sprungbrett somit die Deckungsbeiträge aus diesem Mandat. Dies wird die Gesellschaft, treffen aber nicht in existenzielle Bedrohnis bringen. Das Programm Jugend in Arbeit plus wurde entwickelt, um jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Integration in Arbeit zu helfen. Das Programm wurde mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und wurde in den Jahren von 1998 bis 2014 variiert. Ziel des Programms ist, Jugendliche mit Unterstützungsbedarf individuell auf den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu begleiten und zu integrieren. Hier lag der Schwerpunkt nicht nur im kurzfristigen Vermittlungserfolg (etwa über Zeitarbeit), sondern in nachhaltiger Beschäftigungsoption. Die Umsetzung erfolgte in Einzelgesprächen durch die Beraterin. Diese erarbeitete mögliche Perspektiven für den Einzelnen und unterstützte den individuellen Bedarf. Im Vermittlungsfall kooperierte die Beraterin mit den Kammerfachkräften der IHK und HWK zu Aachen. Die Jugendlichen wurden Sprungbrett über die Jobcentren und Arbeitsagenturen zugewiesen. Die Erfolge der Beratungstätigkeit sind bei Sprungbrett überdurchschnittlich. Ab dem III. Quartal 2015 wurde nach einem Interessensbekundungsverfahren für das Programm Jugend in Arbeit Plus nicht mehr erfolgsorientiert vergütet, sondern nach Beschäftigungsumfang der Beraterin. Des Weiteren erfolgt die Zuweisung nicht mehr aus dem gesamten Städteregionsgebiet, sondern lediglich aus den Kommunen Herzogenrath, Würselen und Eschweiler in gedeckelter Form. Eine Weiterbewilligung des Projektes nach dem 31.12.2018 ist durch die Bezirksregierung nicht erfolgt. Somit ist das Projekt nach deutlich mehr als einem Jahrzehnt (inkl. Vorläuferprojekte) am 31.12.2018 ausgelaufen. Die Mitarbeiterin schied infolge betriebsbedingter Kündigung im Jahr 2019 aus. Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2018 mit einem sehr zufriedenstellenden Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden, was in dieser Branche ein Alleinstellungsmerkmal ist.

Belegschaft

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen an der jahresdurchschnittlichen Gesamtbelegschaft (ohne Geschäftsführung) von 27 Personen betrug zum 31.12.2018: 26 = 96,30 %.

Künftige Entwicklung

Das Programm Jugend in Arbeit ist zum Jahresende 2018 eingestellt worden– Hiervon betroffen ist eine Mitarbeiterin. Es ist nicht gelungen, für die betroffene Mitarbeiterin eine Folgelösung beim Jobcenter bzw. bei der StädteRegion herbeizuführen. Die nachlaufenden Kosten im Sinne der Nachdokumentation des Projektendes konnten nicht vermieden werden. Die Stadt Herzogenrath führt die Schulsozialarbeit ab 01.01.2019 selber durch. Sieben Mitarbeiterinnen sind im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs zur Stadt Herzogenrath gewechselt. Dies führt zu einem Wegfall von Deckungsbeiträgen (wenn insgesamt 7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger beschäftigt sind). Die Gesellschaft hat einen Projektantrag bei der StädteRegion Aachen für das Projekt „Case Management für Langzeitarbeitslose (LZA) mit psychischen Beeinträchtigungen“ eingereicht. Bei Bewilligung wird das Projekt Ende III. Quartals 2019 starten. Finanziell und ergebnistechnisch ist SPRUNGbrett während des gesamten Berichtszeitraums 2018 stabil gewesen. Finanzielle Stabilität und Beschäftigung in der Zukunft werden davon abhängen, inwieweit die verbleibenden öffentlichen Auftraggeber die gute Arbeit von Sprungbrett kostendeckend entgelten. Nach dem Bilanzstichtag sind bis zum Berichtszeitpunkt keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sprungbrett ausgeht.

regio it gesellschaft für Informationstechnologie mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die regio it Gesellschaft für Informationstechnologie mbh (regio it) in Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio it in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio it entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio it über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat die mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, bestehend aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags besteht die Gesellschafterversammlung aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dieter Rehfeld Vorsitzender der Geschäftsführung
Dieter Ludwigs kaufmännischer Geschäftsführer

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender Axel Hartmann Allg. Vertreter des Städteregionsrates
Ulla Thönnissen Städteregionstagsmitglied
Karl-Heinz Hermanns Bürgermeister Simmerath

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vertreter: Franz Körlings Städteregionstagsmitglied
Ingrid von Morandell Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52070 Aachen

gezeichnetes Kapital: 307.228,00 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---|--------------------|--------------------|
| Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen mbH | 185.166,32 | 48,50 |
| Zweckverband INFOKOM Gütersloh AöR | 46.084,20 | 15,00 |
| StädteRegion Aachen | 36.099,29 | 11,75 |
| Stadt Aachen | 3.010,83 | 11,75 |
| Stadt Alsdorf | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Baesweiler | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Eschweiler | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Herzogenrath | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Monschau | 3.072,28 | 1,00 |
| Gemeinde Roetgen | 3.072,28 | 1,00 |
| Gemeinde Simmerath | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Würselen | 3.072,28 | 1,00 |
| Stadt Düren | 3.072,28 | 1,00 |

| | | |
|--|--------------------|--------------------|
| Kupferstadt Stolberg | 3.072,28 | 1,00 |
| Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH | 3.072,28 | 1,00 |
| Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens | 3.072,28 | 1,00 |
| Civitec Zweckverband Kommunale Informations- Verarbeitung, Siegburg | <u>3.072,28</u> | <u>1,00</u> |
| | 307.228,00 | 100,00 |
| Beteiligungen | Anteil in € | Anteil in % |
| cogniport GmbH | 25.000,00 | 100,00 |
| vote iT GmbH, Aachen | 24.000,00 | 86 ,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 13.342.746 | 14.347.507 | 14.380.812 |
| I. Imm. Vermögensgegenst. | 4.555.543 | 5.255.851 | 4.549.612 |
| II. Sachanlagen | 5.814.246 | 6.223.010 | 7.571.328 |
| III. Finanzanlagen | 2.972.957 | 2.868.647 | 2.259.872 |
| B. Umlaufvermögen | 5.208.560 | 6.186.768 | 8.114.486 |
| I. Forderungen u. sonst. VG | 5.153.135 | 6.176.680 | 7.783.595 |
| II. Kassenbestand, Guthaben | 55.424 | 10.088 | 330.891 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 2.050.773 | 1.877.184 | 2.512.871 |
| Bilanzsumme Aktiva | 20.602.079 | 22.411.460 | 25.008.169 |
| A. Eigenkapital | 3.700.347 | 4.520.919 | 4.727.805 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 307.228 | 307.228 | 307.228 |
| II. Kapitalrücklage | 388.066 | 388.066 | 388.066 |
| III. Gewinnvortrag | 0 | 0 | 0 |
| IV. Andere Gewinnrücklagen | 650.001 | 1.150.001 | 1.470.001 |
| V. Jahresüberschuss | 2.355.052 | 2.675.624 | 2.562.510 |
| B. Rückstellungen | 6.241.326 | 5.796.997 | 5.430.387 |
| C. Verbindlichkeiten | 10.623.653 | 12.093.544 | 14.806.068 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 36.753 | 0 | 43.910 |
| E. Pass. latente Steuern | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 20.602.079 | 22.411.460 | 25.008.169 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|------------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 58.236.772 | 62.860.995 | 67.310.934 |
| Sonst. betriebl. Erträge | 828.131 | 874.829 | 1.271.739 |
| Materialaufwand | 20.777.782 | 23.487.018 | 26.136.418 |
| Personalaufwand | 23.247.274 | 24.958.541 | 26.933.952 |
| Abschreibungen | 4.282.022 | 3.764.295 | 4.129.702 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 6.935.411 | 7.119.809 | 7.971.066 |
| Erträge aus Gewinnabführverträgen | 401.398 | 0 | 0 |
| Jahresüberschuss n. Steuern | 2.355.052 | 2.675.625 | 2.562.510 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--------------------------------------|------|------|------|
| Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) | 311 | 329 | 350 |

| Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|-------|-------|------|
| | in % | in % | in % |
| Eigenkapitalquote | 18,0 | 20,2 | 18,9 |
| Investitionsdeckung | 141,1 | 152,3 | k.A. |
| Eigenkapitalrentabilität | 63,6 | 59,2 | 54,2 |
| Gesamtkapitalrentabilität | 12,4 | 13,1 | 11 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Seitens der StädteRegion Aachen bestehen Verbindungen zur regio iT GmbH dergestalt, dass die StädteRegion Leistungen der regio iT in Anspruch nimmt, die entsprechend des Produkt- und Preiskatalogs in Rechnung gestellt werden. Seit dem Jahr 2014 hat die regio iT einen Großteil der von der StädteRegion bisher selbst durchgeführten IT-Dienstleistungen übernommen. Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2019 an Gewinnausschüttung der regio iT für das Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 232.973,20 € partizipiert. Weiterhin bestehen Leistungsbeziehungen der regio iT zu ihrer Holdinggesellschaft E.V.A.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht führt hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung aus, dass die Gesellschaft den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2018 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt jedoch auch, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,2% liegt. Auch die Digitalbranche in Deutschland war auf Wachstumskurs. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2018 um 3,1 Prozent auf 89,9 Milliarden Euro. Zudem hat die ITK-Branche 36.000 neue Stellen geschaffen. Wachstumstreiber waren vor allem Digitalisierungsthemen in den Teilmärkten Software (+6,3 %) und IT-Dienstleistungen (+2,3 %). Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Ende 2018 waren insgesamt 82.000 Stellen für IT-Experten unbesetzt. Grundlage der Markteinschätzung für 2017/2018 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2018 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio iT gut entwickelt. Das Umsatzwachstum der regio iT lag sowohl über dem der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, als auch über dem Wachstum der IT-Branche bzw. der IT-Teilmärkte. Gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio iT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen und vor allem auch von der positiven Entwicklung der kommunalen Haushalte partizipieren. Vor diesem Hintergrund, aber auch vor dem Hintergrund von Wettbewerbsdruck bzw. steigender gesetzlicher Anforderungen, haben unsere Kunden gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Erneut konnte das Beratungsgeschäft in allen Unternehmensbereichen gesteigert werden. Dies bestätigt die Strategie der regio iT, im Bereich Consulting und im Projektmanagement gezielt Personalressourcen aufzubauen. Nachdem im Vorjahr in diesem Umsatzsegment mit 7,0 Mio. € bereits ein hervorragender Umsatz erzielt werden konnte, schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einer neuerlichen Steigerung von 0,6 Mio. € oder 8,5 % und einem Umsatzwert von 7,6 Mio. € ab. Auch die Umsätze aus Produkt- und Applikationsbetrieb entwickelten sich positiv, hier konnte eine Steigerung um 1,9 Mio. € oder

4,1 % auf 47,9 Mio. € erzielt werden. Ebenfalls deutlich gesteigert wurden auch die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft. Hier konnte der Umsatz um 1,0 Mio. € oder 16,8 % auf 6,8 Mio. € gesteigert werden. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Dementsprechend liegt auch der Gesamtumsatz mit 67,3 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (62,9 Mio. €). Dies entspricht einer Steigerung von 4,4 Mio. € oder 7,1 %. Gegenläufige Effekte ergeben sich jedoch aus der Entwicklung der Personalkosten. Einem Vorjahreswert von 25,0 Mio. € steht ein Wert im Berichtsjahr von 26,9 Mio. € entgegen. Auch wenn erwartungsgemäß das Niveau des Rekordergebnisses des Vorjahres vor Steuern (4,2 Mio. €) nicht erreicht wurde, verbleibt mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,7 Mio. € auch für das Geschäftsjahr 2018 ein ausgesprochen positives Jahresergebnis. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 2,7 Mio. €). Auch die vote iT GmbH, an der die regio iT die Mehrheitsbeteiligung hält, hat sich 2018 wirtschaftlich ebenfalls sehr positiv entwickelt. Im Berichtsjahr konnten zudem weitere wichtige strategische Meilensteine zur nachhaltigen Sicherung des profitablen Wachstums des Unternehmens erreicht werden: mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern AöR, München (AKDB) konnte ein großer kommunaler IT-Dienstleister als weiterer Gesellschafter für das Unternehmen gewonnen werden. Im Vorjahr wurde mit der AKDB bereits ein weitreichender Vertriebs- und Partnervertrag abgeschlossen. Die für das dortige Wahlrecht ausgeprägte votemanager-Version wird die AKDB unter dem Namen „OK.VOTE“ exklusiv in Bayern vertreiben. Um die in der zunehmenden Digitalisierung liegenden Chancen für die weitere Entwicklung der regio iT noch besser nutzen zu können, haben wir im Geschäftsjahr 2018 eine weitere Organisationseinheit gebildet, den Smart Hub „Energy + Mobility Solutions“. Der regio iT-Hub bündelt Zukunftsthemen in diesem Kunden-/Marktsegment, z. B. Mobility, Internet of Things sowie Gateway Administration von intelligenten Messsystemen, um sie gezielter zu entwickeln. Die Hub-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, die bisher in unterschiedlichen Teams und Centern der regio iT beschäftigt waren, arbeiten nun in einem zentralen und interdisziplinären Team in Räumen in Aachen-Uersfeld. In Aufbau und Struktur folgt der Hub den Best Practice-Beispielen von Startups. Durch die Anwendung von neuen und agilen Arbeitsmethoden und der konzentrierten Bearbeitung der Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette werden wir diese schneller im Markt platzieren können. Die Nachfrage unserer kommunalen Kunden nach der von der regio iT entwickelten Lösung für Serviceportale hält unvermindert an. Mit mehreren Kommunen haben wir im Geschäftsjahr 2018 Einführungsprojekte begonnen. Neu beauftragt haben uns u.a. die Städte, Wuppertal, Stolberg, Alsdorf, Herzogenrath, Baesweiler sowie das Landratsamt Ravensburg. Seit dem Juli 2018 ist das neue Serviceportal der Landeshauptstadt Düsseldorf online und produktiv. In dieser Portallösung werden alle online verfügbaren Dienstleistungen der Verwaltung gebündelt und angeboten. Zudem wurde für Prozesse, die ein persönliches Konto erfordern, die exklusive Registrierung über das Servicekonto.NRW angebunden. Dabei erfolgt die Anmeldung wahlweise mit dem Personalausweis (mit Onlinefunktion) oder mit Benutzerkennung und Passwort. Damit ist Landeshauptstadt Düsseldorf eine der ersten Großstädte in NRW, die das Servicekonto.NRW vollumfänglich in ihr Portal integriert hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

a) Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 42,5 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 40,3 Mio. €). Allerdings wurde das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (42,9 Mio. €) nicht ganz erreicht (- 0,4 Mio. €). Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 48,0 Mio. € auf Planniveau (48,1 Mio. €). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (4,3 Mio. €) konnten deutlich um 2,5 Mio. € übertroffen werden. Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 6,9 Mio. € (10,9% der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 7,6 Mio. € gegenüber (11,3 % der Gesamtumsätze). Demzufolge lag das Ergebnis vor Steuern mit 3,7 Mio. € um 0,2 Mio. € leicht unter dem Planwert (3,9 Mio. €). Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr in der Folge bei 5,5 %. (Planwert 6,1 %).

b) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen. Das Managementsystem der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits fanden im Berichtsjahr vom 25. – 28.06.2018 in Gütersloh und Aachen statt. Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für das Gesamtunternehmen und damit für beide Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine Abweichungen zu den zugrunde liegenden Normforderungen festgestellt. Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der

Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2017 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2020 zu führen.

Ertragslage

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2018 den Gesamtumsatz erneut deutlich steigern. Mit einem Gesamtumsatz von 67,3 Mio. € konnte der Vorjahreswert von 62,9 Mio. € um 4,5 Mio. € oder 7,1 % übertroffen werden. Es konnten sowohl neue Kunden gewonnen werden, als auch auf Basis des breiten Produktportfolios der regio iT Umsatzzuwächse durch ergänzende Produkte und Dienstleistungen bei Bestandskunden generiert werden. Der schon hervorragende Wert des Vorjahres bei den Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratung (7,0 Mio. €) konnte nochmals gesteigert werden. Im Berichtsjahr konnte in diesem Segment ein Umsatz in Höhe von 7,6 Mio. € erzielt werden. Dieser Wert liegt somit um 0,6 Mio. € oder 8,5 % über dem Vorjahreswert. Dieser Umsatzanstieg verteilt sich nahezu über alle Kundengruppen, sowohl bei den Kommunen als auch bei den kommunalen Unternehmen wurden entsprechende Projekte beauftragt. Hervorzuheben sind hier die Bereiche Serviceportale, SAP-Projekte im Ver- und Entsorgungsbereich, Dokumentenmanagement und Desktop Virtualisierung (VDI). Die Umsätze in diesem Segment werden überwiegend von eigenen Mitarbeiterinnen erwirtschaftet. Sehr positiv haben sich auch die Umsatzerlöse aus Produkt-/ Applikationsbetrieb entwickelt. Mit 47,9 Mio. € konnte der Vorjahresumsatz (46,0 Mio. €) um 1,9 Mio. € (+4,1 %) gesteigert werden. Vor dem Hintergrund von überwiegend langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation. Nach zuletzt rückläufiger Tendenz konnten im Berichtsjahr auch die Umsätze aus Handels-/Leasing-Geschäft gesteigert werden. Der Vorjahreswert (5,8 Mio. €) wurde um 1,0 Mio. € gesteigert. Diese Umsatzsteigerung ist insbesondere auf Investitionen unserer Kunden in Mobile Devices (z. B. iPads) für den Bildungsbereich zurückzuführen. Gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 4,0 Mio. €, im Geschäftsjahr 2018 bei 5,0 Mio. €. Hierbei handelt es sich jedoch um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den im Materialaufwand enthaltenen Kosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 1,3 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau (0,9 Mio. €). Die Steigerung ist vor allem auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen, z.B. für nicht in Anspruch genommene ATZ. Ansonsten handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT-Personalaufwandes innerhalb von durch den Bund geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Die regio iT war im Berichtsjahr an folgenden drei durch den Bund geförderten Projekten beteiligt: 3connect (Elektromobilität), SIDATE (IT-Sicherheit für Energieversorgung) und SmartOrchestra (Internet der Dinge). Korrespondierend mit der Umsatzentwicklung liegt der Materialaufwand mit 26,1 Mio. € über dem Vorjahresniveau (23,5 Mio. €). Dennoch konnte das Rohergebnis deutlich von 40,3 Mio. € um 2,2 Mio. € auf 42,5 Mio. € gesteigert werden. Diese Steigerung korreliert mit den deutlichen Umsatzzuwächsen aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie aus Projektleistungen und Beratung. Mit 26,9 Mio. € liegen die Personalkosten im Geschäftsjahr 2018 um 1,9 Mio. € über dem Vorjahreswert (25 Mio. €). Zum 31. Dezember 2018 waren bei der regio iT 401 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Vorjahr: 368), davon 24 Auszubildende (Vorjahr: 19) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 25 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 29) zugewiesen. Die Personalkostenintensität (Personalkosten zuzüglich Fremdleistungen Beamte in % vom Umsatz) liegt bei 43,7 % (Plan 46,9 %, Vorjahr 43,8 %). Die Abschreibungen liegen aufgrund des gestiegenen Investitionsvolumens mit 4,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,8 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 8,0 Mio. € über dem Vorjahresniveau (7,1 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2018 betrug die Bilanzsumme 25,0 Mio. € (Vorjahr: 22,4 Mio. €). Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 4,8 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus ProdukWApplikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert. Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad I sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2018 betrug der Anlagendeckungsgrad I 32,9 %, die Eigenkapitalquote 18,9 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 20,2 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 5,9 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €). Für die Betriebsmittelfinanzierung stellt die E.V.A. der regio iT zudem ein variables Gesellschafterdarlehen bis zu einer maximalen Höhe von 4,0 Mio. € zur Verfügung. Der entsprechende Darlehensvertrag sieht eine Laufzeit von zunächst 5 Jahren ab dem 01.01.2018 zu marktüblichen Konditionen vor.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2018 kann aufgrund der erneuten Steigerungen beim Umsatz als sehr zufriedenstellend bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch weiterhin geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes von 33,9% deutscher mittelständischer Unternehmen in vergleichbarer Größe. Der Finanzierungsbedarf im Berichtsjahr war hingegen über ein variables Gesellschafterdarlehen sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chance und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Auch Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit Partnern in kommunaler Trägerschaft steht die regio iT

weiterhin offen gegenüber. Auch für den Markt der Informationstechnik wird von einem weiteren Wachstum ausgegangen: mit einem voraussichtlichen Umsatz von 92,2 Milliarden Euro und einem Wachstum von 2,5 Prozent im Jahr 2019 ist dieser nach wie vor Wachstumstreiber der ITK- Branche. Mit einem Volumen von 26,0 Milliarden Euro legt das Software-Segment voraussichtlich auch in 2019 kräftig zu und wird mit Abstand am meisten nachgefragt (+6,3 %). Auch die IT-Services verzeichnen mit einem voraussichtlichen Plus von 2,3 % ein ordentliches Wachstum auf ein Marktvolumen von 40,8 Milliarden Euro. Nur im Segment IT-Hardware wird ein Rückgang auf 25,4 Milliarden Euro (-0,7 %) erwartet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Traditionell in Eigenregie betriebene IT-Infrastrukturen können weder den Anforderungen an die Haltung und Nutzung stetig steigender Datenmengen begegnen, noch die Herausforderungen hinsichtlich Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Kosteneffizienz bewältigen. Auch der Gesetzgeber ist ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die Umstellung auf möglichst digitale Stadtverwaltungen wollen alle Bundesländer weiter vorantreiben. So sollen in NRW u. a. in Aachen Behördengänge und interne Abläufe in den Rathäusern digitalisiert werden, unterstützt mit Mitteln der Landesregierung. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen und -Technologien, ist die regio iT auf diese Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Darüber hinaus ist die regio iT auch in 2019 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. So beschäftigt sich die regio iT bereits seit rund zwei Jahren mit den Entwicklungen rund um die Blockchain-Technologie (Distributed Ledger Technology), um Erfahrungen hinsichtlich möglicher Einsatzszenarien für Kommunen und kommunale Unternehmen zu sammeln.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2019 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

| | 2018 Ist | 2019 Plan | Abw. IP abs. | Abw. IP % |
|---|----------|-----------|-----------------|--------------|
| Gesamtumsatz | 67,3 | 68,4 | 1,1 | 1,6% |
| <i>davon</i> | | | | |
| Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb | 47,9 | 50,2 | 2,3 | 4,8% |
| Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 7,6 | 8,5 | 0,9 | 11,8% |
| Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft | 6,8 | 6,0 | -0,8 | -11,8% |
| Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung | 11,3% | 12,5% | - | - |
| Rohergebnis/-ertrag ¹ | 42,5 | 45,0 | 2,5 | 5,9% |
| Ergebnis vor Steuern | 3,7 | 2,9 | -0,8 | -21,6% |
| Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) | 5,5% | 4,2% | - | - |

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) / Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2019 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 50,2 Mio. € eine Steigerung von 2,3 Mio. €. Neue Produkte, bei denen Wachstumschancen gesehen werden, sind das Produkt Virtual Desktop Infrastructure (VDI), Produkte im Bereich Intelligentes Messwesen für die Energieversorgungswirtschaft, Full-Service-Dienstleistungen im Schulbereich, (Bürger-) Portallösungen/ Digitalisierung im kommunalen Umfeld (Modellregionen). Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 8,5 Mio. € von erneut gestiegenen Erlösen aus. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, mindestens ca. 10% des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen (2018) sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg, sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Treiber sind insbesondere ProjekWBeratungsanfragen im Kontext der Digitalisierung von Kommunen (Modellregionen) und Schulen sowie auch im Bereich Smart Energie & Mobilität. Erkennbar ist, dass die Kunden entsprechende Budgets für den Weg der Digitalisierung eingeplant haben bzw. derzeit auch vielfältige Fördermittel bereitstehen. Zusammen mit unseren Consultants wurden auch schon entsprechende Förderanträge mit konkreten Projektskizzen für Landes-/Bundesmittel gestellt. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Budgetrisiken entgegen, insbesondere bei der Fragestellung der Bewilligung der Fördermittel für unsere Kunden und damit auch mittelbar für die regio iT. Im Bereich der Umsätze aus Flandels-/Leasinggeschäft werden entsprechend den Marktprognosen mit 6,0 Mio. € eher rückläufige Umsätze erwartet. IT-Flardware wird mehrjährig genutzt. Daher gehen wir nach einem von hohen Einzelaufträgen geprägten Geschäftsjahr 2018 in etwa von Umsatzerlösen auf Basis kontinuierlicher Ersatzbeschaffungen auf Niveau der Vorjahre aus. Wesentlichste gegenläufige Kostenposition sind die Personalkosten. Flier erwarten wir eine Steigerung von 26,9 Mio. € auf 29,3 Mio. €. Diese Steigerung um 2,4 Mio. € basiert zum einen auf erwarteten tariflichen Steigerungen, zum anderen auch auf Neueinstellungen 2018/2019. Diese sind erforderlich, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Aufgrund der weiterhin umfangreichen eigenen Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2019 eine Steigerung des Rohergebnisses von 42,5 Mio. € auf 45,0 Mio. €. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2,9 Mio. € aus, welches um 0,8 Mio. € unter dem sehr guten Niveau des Berichtsjahres (3,7 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2019 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Nach wie vor wird die regio iT einen Jahresüberschuss erwirtschaften, welcher auch weiterhin eine angemessene Rendite für die Gesellschafter gewährleistet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen auf Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn

Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten. Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des entsprechenden Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt. Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit. Die Anzahl der Cyberangriffe und des Datendiebstahls durch kriminellen Handlungen, Sabotage und Spionage nimmt weltweit nachweisbar zu. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist daher ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz bieten. Durch ein Versagen der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen könnte es zu Ausfällen der operativen IT-Systeme sowie der durch diese gestützten Geschäftsprozesse kommen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der operativen Systeme aufgrund technischer Probleme oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Durch Ausfälle operativer Systeme können Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität, eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen. Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit. Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen. Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den

Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden einght. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen A/erfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen. Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeiter nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Bei der regio iT bestehen Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate. Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial- Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2019 erreicht werden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach dem Gesetz und dieser Satzung obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere die Aufgaben gemäß § 4 lit. a) bis f) der Verbandssatzung.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher: Dr. Markus Kremer Beigeordneter Stadt Aachen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

| | |
|---------------|---|
| Axel Hartmann | Allgemeiner Vertreter des Städteregionsrates (bis 31.01.2019) |
| Ellen Wirtz | Leiterin Zentrale Dienste StädteRegion Aachen (seit 01.02.2019) |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52134 Herzogenrath

| Mitglieder: | Anteil in % |
|---------------------|--------------|
| StädteRegion Aachen | 25,00 |
| Stadt Aachen | 25,00 |
| Kreis Heinsberg | 25,00 |
| Kreis Düren | <u>25,00</u> |
| | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Anlagevermögen | 2.809 | 544.856 | 538.950 |
| Umlaufvermögen | 2.200.408 | 1.680.740 | 1.865.356 |
| Aktive Rechnungsabgrenzung | 8.011 | 5.745 | 7.308 |
| Bilanzsumme Aktiva | 2.211.228 | 2.231.341 | 2.411.613 |

| | | | |
|-----------------------------|------------------|------------------|------------------|
| Eigenkapital | 195.959 | 196.329 | 326.272 |
| 1. Allgemeine Rücklage | 145.124 | 145.124 | 144.633 |
| 2. Sonderrücklagen | 0 | 0 | 0 |
| 3. Ausgleichsrücklage | 46.804 | 50.835 | 51.205 |
| 4. Jahresüberschuss | 4.030 | 370 | 130.434 |
| Sonderposten | 0 | 0 | 0 |
| Rückstellungen | 1.991.924 | 2.003.084 | 2.061.468 |
| Verbindlichkeiten | 23.345 | 31.928 | 23.873 |
| Passive Rechnungsabgrenzung | 0 | 0 | 0 |
| Bilanzsumme Passiva | 2.211.228 | 2.231.341 | 2.411.613 |

| Gesamtergebnisrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|---------------------------------------|----------|----------|----------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Ordentliche Erträge | 749.893 | 811.941 | 983.084 |
| Ordentliche Aufwendungen | 745.906 | 811.591 | 852.660 |
| Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit | 27.718 | 370 | 130.424 |
| Jahresergebnis | 4.030 | 370 | 130.434 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|------|------|------|
| Mitarbeiter/innen einschließlich Abordnung (teilweise Teilzeit) | 4 | 4 | 4 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Umlage des Verbandsmitgliedes StädteRegion Aachen sich nach dem Wert bemisst, der sich nach Abzug der amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen aus der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Gesamtbevölkerungszahl für die StädteRegion Aachen ergibt. Die Umlage, die auf das Verbandsmitglied Stadt Aachen entfällt, bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen. Die Verbandsmitglieder stellen dem Studieninstitut die erforderlichen Räume einschließlich Beleuchtung und Heizung sowie Einrichtungsgegenstände unentgeltlich zur Verfügung.

Die auf die StädteRegion Aachen entfallende Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2018 betrug 9.242,01 €. Im Jahr 2017 wurden außerdem Lehrgangsgelder sowie Entgelte für dienstbegleitende Unterweisungen in Höhe von 83.419,00 € gezahlt, hinzu kamen Entgelte für Personalausleseverfahren in Höhe von 17.202,35 €. Sofern Mitarbeiterinnen einzelner Ämter an Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts teilgenommen haben, wurden die Teilnahmegebühren dezentral aus den Budgets der Ämter gezahlt. Die Kämmerei der StädteRegion Aachen nimmt die Geschäftsbuchhaltung und Aufstellung des Jahresabschlusses für den Zweckverband gegen Entgelt wahr, die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion prüft den Jahresabschluss des Studieninstituts und die Berechnung der Beihilfen erfolgt entgeltlich durch die Städteregionsverwaltung.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1., 2. Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeinen Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig. Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Gemeindeordnung alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers. Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte. Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten – unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage – zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen. Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die Abteilungen Aachen-Stadt und Kreisverwaltung Heinsberg haben auch 2018 Ausschreibungen von nebenamtlichen Dozentenstellen durchgeführt. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat deutlich zugenommen. Gleichwohl ist ein noch darüber hinausgehender Bedarf insbesondere an zusätzlichen Verwaltungslehrgängen I und II festzustellen, der trotz Aufstockung der nebenamtlichen Dozentenstellen kompensiert werden musste. Bis Ende 2017 mussten angemeldete Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter von den Kommunen überproportional lange auf den Start von Lehrgängen für ihre Qualifikationsstufe warten. Da hier Handlungsbedarf bestand und nachgesteuert werden musste, wurde beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 von den Abteilungsvorstehern beschlossen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Durch den Umzug von Kohlscheid nach Aachen konnte dem auch entsprechend Rechnung getragen werden. Beispielsweise findet der zusätzliche VL I der Stadt Aachen in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle statt. Die Stadt Aachen selber hatte keine zusätzlichen räumlichen Kapazitäten zur Durchführung des Lehrgangs. Mit steigender Zahl der Lehrgänge (Ausbildereignung, Verwaltungskunde etc.) wurde es auch immer schwieriger, externe Räumlichkeiten zu bekommen. Durch die zusätzlichen Seminarräume der neuen Geschäftsstelle in Aachen können diese Lehrgänge auch vor Ort durchgeführt werden. Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kundengerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich, bei entsprechender Preisgestaltung durchgeführt. Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu laufen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter zu gestalten. Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung auch auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt. Erfreulicherweise haben in 2018 insgesamt 1789 Personen an den Fortbildungen des Studieninstitutes teilgenommen.

Personalsituation

Die Geschäftsstelle war neben dem hauptamtlichen Dozenten und dem Studienleiter bis zum 30.11.2018 nur mit 1,5 Verwaltungskräften ausgestattet. Eine Mitarbeiterin der Stadt Aachen ist befristet bis 07/2021 zum Studieninstitut abgeordnet. Für die Elternzeit dieser Mitarbeiterin, längstens jedoch bis 31.07.2019, wurde eine Beamtin (A8) der StädteRegion Aachen abgeordnet. Durch die enorme Steigerung der durchgeführten Seminare und auch der zu betreuenden Lehrgangsteilnehmer hat sich auch der Arbeitsanfall erheblich verdichtet. Daher hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 beschlossen, die EG 6 Stelle um 7 Stunden auf 0,7 Stelle (27 Stunden) anzuheben und gleichzeitig ab Sommer 2019 eine zusätzliche EG 9a Stelle mit derzeit 18 Stunden einzurichten.

Mit der StädteRegion und der Stadt Aachen konnte die Vereinbarung getroffen werden, dass zumindest abwechselnd jeweils eine Auszubildende bzw. ein Auszubildender für einen Ausbildungsabschnitt dem Studieninstitut zur Ausbildung zugewiesen wird. Hiervon profitieren alle Seiten. Die Nachwuchskräfte erhalten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit eines kommunalen „Unternehmens“ in der Rechtsform eines Zweckverbandes mit seinen Facetten in den Bereichen Personalverwaltungs- und Finanzwesen sowie der Verwaltungsorganisation.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2018 (Doppelhaushalt 2018/2019) konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 01.12.2017 beschlossen werden. Der Beschluss beinhaltet die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2015 auf 1.069.277 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe von 32.078,31 € ermittelt und beschlossen. Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch eine Verfügung der Bezirksregierung vom 13.03.2018. Die zugrundeliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 12/2018 vom 26.03.2018 veröffentlicht. Aufgrund der hervorragenden Auslastung der Lehrgänge sowie der enormen Steigerung der Fortbildungsveranstaltungen zeichnete sich bereits im Herbst 2018 ab, dass das Haushaltsjahr mit einem erheblichen Überschuss abschließen wird. Daher hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 beschlossen, auf die Erhebung der Verbandsumlage (für die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen) zu verzichten.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes (ohne Berufsförderungswerk) für das Wirtschaftsjahr 2018 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgeblich. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe von 491.164 € ermittelt. Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden 97.213 Teilnehmerstunden erfasst. Im Rahmen des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde entschieden, für beide Jahre ein konstantes Lehrgangsgeld in Höhe von 4,95 €/Std./Teilnehmer zu erheben. Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zu einem großen Teil aus den Aufwendungen des Sachkontos 501900 herleiten lassen. Darin sind hauptsächlich die erteilten Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im jeweiligen Jahr voraussichtlich geplanten Zwischen- und Abschlussprüfungen inkl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind. Der Wert der Teilnehmerstun-

den stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Insgesamt wurde 2018 ein Betrag von 569.587,53 € an Entgelt für Lehrgänge (ohne BfW) in Rechnung gestellt. Dies sind rd. 83.000 € mehr als ursprünglich geplant war. Ursächlich hierfür waren mehre zusätzliche Lehrgänge sowie auch wesentlich höhere Teilnehmerzahlen in den jeweiligen Lehrgängen. Das Lehrgangsgeld für das Berufsförderungswerk Düren wird getrennt über einen eigenen Kostenträger (429502) abgerechnet. Hier erfolgt keine Abrechnung nach Lehrgangsstunden und Teilnehmer, sondern vielmehr nach tatsächlich angefallenen Kosten beim Studieninstitut zuzüglich eines Aufschlags für Overheadkosten. Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises meistens bestehend aus maximal 10 Personen. Diesen Umschulungslehrgängen werden seit 2016 Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. In der Regel werden jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten (beispielsweise Einstellungsjahrgänge 2016–2018) beim Berufsförderungswerk durchgeführt. In 2018 wurden rd. 13.650 € weniger Erträge vom Berufsförderungswerk verzeichnet, als ursprünglich geplant war. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass der hauptamtliche Dozent in 2018 nicht beim Berufsförderungswerk im Einsatz war. Korrespondierend zu den Mindereinnahmen beim Lehrgangsgeld waren Minderausgaben bei den Personalkosten in diesem Kostenträger zu verzeichnen.

Fortbildung

Seit Herbst 2016 und insbesondere in 2018 erfolgte verstärkt eine Konzentration auf aktuelle Themen. Insgesamt wurden 130 Seminare in 2018 durchgeführt. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist hier eine wesentliche Steigerung der durchgeführten Seminare festzustellen. Seit dem IV. Quartal 2016 wurden die Bewerbungsstrategien für Seminare geändert bzw. intensiviert, was sich sehr positiv auf die Anmeldezahlen ausgewirkt hat. Erfreulicherweise sind auch die Teilnehmerzahlen gestiegen. Insgesamt 1789 Teilnehmer waren 2018 bei Seminaren des Institutes zu Gast (2017: 1317//2016: 1.149/// 2015: 471 //2014: 610). Es konnten daher beim Kostenträger „Fortbildung“ insgesamt rd. 100.000 € Mehrerträge gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2018 aus Entgelten für Fortbildungsveranstaltungen realisiert werden. Gleichzeitig waren Mehraufwendungen für Referentenhonorare, Druck- sowie Bewirtungskosten zu verzeichnen. Insgesamt hat der Kostenträger erfreulicherweise mit einem wesentlichen besseren Ergebnis gegenüber dem ursprünglichen Plan abgeschlossen. Darüber hinaus trägt die eigene Durchführung der „modularen Qualifizierung“ zu diesem positiven Ergebnis bei.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa 10 Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jeden Jahres. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, eine Ausschreibung für ein Online-Bewerber-

Auswahlverfahren durchzuführen und das Studieninstitut mit der Organisation und Durchführung der notwendigen Maßnahmen beauftragt. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. 24 von 38 Verbandskommunen haben im Jahr 2018 insgesamt 3.313 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben. Das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2019 konnte äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende September 2018 an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden 1046 (2017: 1008) Bewerber/innen getestet und daraus resultierend 2.886 (2017: 2605) Auskünfte für das Einstellungsjahr 2019 erteilt. Die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen bei den Kommunen und das allgemeine Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst sprechen für sich. Aufgrund des demographischen Wandels sind steigende Einstellungszahlen und damit verbunden mehr Testverfahren festzustellen. Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2019 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 24 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Insgesamt waren für 2018 Erträge in Höhe von 70.384,72 € aus dem Entgelt für Personalauslese zu verzeichnen. Darin enthalten sind auch die Erträge aus den durchgeführten Grundfähigkeitentests im Zusammenhang mit den Zulassungen zum VL I +VLII.

Plan und tatsächliche Entwicklung der Haushaltsdaten

Geplante Entwicklung 2018

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurde für 2018 ursprünglich ein **Überschuss** von **0 €** eingeplant. Im Rahmen des Haushaltsjahres hat sich dieser Wert durch den fortgeschriebenen Ansatz auf 5.000 € erhöht.

Dieses Ergebnis resultierte aus folgenden Annahmen:

| | | |
|-------------------------------|----------------------------|----------|
| Kostenträger Verwaltung: | Ergebnis (ohne Planzahlen) | 0 € |
| Kostenträger Lehrgänge: | Unterdeckung | 4.654 € |
| Kostenträger BFW: | Überschuss | 330 € |
| Kostenträger Seminare: | Unterdeckung | 22.885 € |
| Kostenträger Personalauslese: | Überschuss | 109 € |
| Kostenträger Allgemeine Fw. | Überschuss | 32.100 € |

Im Gesamtfinanzplan ist in der Zeile 38, „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein negativer Betrag in Höhe von 44.040 € ausgewiesen, der sich aus folgenden Planzahlen zusammensetzte:

| | | |
|--------------------------|----------------------------|----------|
| Kostenträger Verwaltung: | Ergebnis (ohne Planzahlen) | 0 € |
| Kostenträger Lehrgänge: | Unterdeckung | 54.154 € |
| Kostenträger BFW: | Überschuss | 330 € |
| Kostenträger Seminare: | Unterdeckung | 22.685 € |

| | | |
|-------------------------------|------------|----------|
| Kostenträger Personalauslese: | Überschuss | 109 € |
| Kostenträger Allgemeine Fw. | Überschuss | 32.100 € |

Hinzu kommen 260 € aus Rückflüsse Darlehen, welche nur im Gesamtfinanzplan ausgewiesen werden.

Tatsächliche Entwicklung 2018

Der Jahresabschluss 2018 hat mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe 130.434,27 € abgeschlossen. Dieser Betrag ist auch entsprechend im Gesamtergebnisplan ausgewiesen. Im Einzelnen haben die Kostenträger mit folgenden Zahlen abgeschlossen:

| | | |
|-------------------------------|-------------------------------|-------------|
| Kostenträger Verwaltung: | Ergebnis (nicht mehr bebucht) | 0 € |
| Kostenträger Lehrgänge: | Überschuss | 85.817,29 € |
| Kostenträger BFW: | Überschuss | 3.847,72 € |
| Kostenträger Seminare: | Überschuss | 25.747,42 € |
| Kostenträger Personalauslese: | Überschuss | 15.011,72 € |
| Kostenträger Allgemeine Fw. | Überschuss | 10,12 € |

In der Gesamtfinanzrechnung ist in der Zeile 36 „Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln“ ein positiver Betrag in Höhe von 83.941,69 € ausgewiesen, der sich aus folgenden Ergebnissen zusammensetzt:

| | | |
|-------------------------------|--------------|-------------|
| Kostenträger Verwaltung: | Unterdeckung | 60,35 € |
| Kostenträger Lehrgänge: | Überschuss | 63.298,42 € |
| Kostenträger BFW: | Unterdeckung | 13.595,40 € |
| Kostenträger Seminare: | Überschuss | 18.702,75 € |
| Kostenträger Personalauslese: | Überschuss | 15.309,50 € |
| Kostenträger Allgemeine FW. | Überschuss | 10,12 € |

Hinzu kommen 276,65 € „Rückflüsse aus Darlehen“, welche nur in der Gesamtfinanzrechnung ausgewiesen werden.

Wo liegen die größten Abweichungen zwischen Plan und Ist 2018 ?

Die größten Abweichungen werden auf Zeilenebene der Ergebnisrechnung (ER) und der Finanzrechnung (FR) dargestellt.

Zeile 2 ER/Zeile 2 FR:

Die Zeile beinhaltet die Erträge aus der Verbandsumlage. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe von 32.078,31 € ermittelt und beschlossen. Aufgrund der hervorragenden Auslastung der Lehrgänge sowie der enormen Steigerung der Fortbildungsveranstaltungen zeichnete sich bereits im Herbst 2018 ab, dass das Haushaltsjahr mit einem erheblichen Überschuss abschließen wird. Daher hat die Verbandsversammlung am 30.11.2018 beschlossen, auf die Erhe-

bung der Verbandsumlage (für die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen) zu verzichten, so dass sich dadurch die negative Abweichung von 32.000 € ergibt.

Zeile 5 ER/Zeile 5 FR

Die erfreulichen Mehrerträge von rd. 177.700 € bzw. Mehreinzahlungen von rd. 146.500 € sind insbesondere auf Mehreinnahmen beim Lehrgangsgeld einschließlich Berufsförderungswerk von 70.000 € bzw. 40.000 € und Mehreinnahmen bei dem Entgelt für Fortbildungen in Höhe von 100.000 € zurückzuführen. Ferner wurden rd. 7.800 € Mehrerträge und Mehreinzahlungen an Entgelten für die Personalauslese eingenommen.

Zeile 11 ER/10 FR

Bei den Personalaufwendungen bzw. -auszahlungen wurden insgesamt rd. 22.800 € bzw. 25.600 € mehr verausgabt. Die Zahl resultiert im Wesentlichen daraus, dass für die Referenten bei den Seminaren durch die wesentlich höhere Anzahl der durchgeführten Fortbildungen, mehr Geld verausgabt wurde, als ursprünglich geplant war (siehe auch hierzu die Erläuterungen beim Kostenträger „Fortbildung“). Teilweise wurden diese Personalmehrausgaben im Bereich Fortbildung durch Minderpersonalaufwendungen – und Minderpersonalauszahlungen im Kostenträger BFW Düren kompensiert.

Zeile 12 ER/11 FR

Die Einsparungen bei den Versorgungsaufwendungen und -auszahlungen sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass an die Versorgungskasse ein wesentlich geringerer Beitrag in 2018 zu leisten war, als ursprünglich angenommen wurde. Bei der Haushaltsplanung wurde noch davon ausgegangen, dass der Beitrag wesentlich ansteigen wird, da seit 10/2016 insgesamt 2 Personen Pensionsbezüge von der Versorgungskasse beziehen.

Zeile 13 ER/12 FR

Die Mehrausgaben hängen im Wesentlichen damit zusammen, dass in 2018 die Erneuerung der Website des Studieninstitutes für 7.000 € beauftragt wurde. Die Beauftragung und die entsprechenden Mehrausgaben bei der Position „Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen“ wurden durch die Verbandsversammlung am 30.11.2018 beschlossen. Ferner waren bei der vg. Position noch rd. 2.500 € Nachzahlungen an die regioIT zu leisten, welche diese irrtümlich nicht in den Vorjahren in Rechnung gestellt hatten.

Zeile 16 ER/Zeile 15 FR

Die Mehraufwendungen von rd. 5.200 € bzw. Mehrauszahlungen von 6.900 € resultieren im Wesentlichen daraus, dass insgesamt rd. 15.600 € bzw. 21.000 € höhere Druck- und Bewirtungskosten für die zusätzlich angebotenen Seminare angefallen sind. In der Finanzrechnung ist die Abweichung deshalb höher, da in 2018 noch die Druckkosten vom letzten Quartal 2017 abgerechnet wurden. Diese Mehrausgaben im Kostenträger „Fortbildung“ konnten durch Einsparungen in Höhe von rd. 14.600 € bei der Erstattung der Personalkosten an die Stadt Aachen bzw. die StädteRegion Aachen kompensiert werden. Wesentlicher Grund hierfür war, dass die durch Abordnung besetzte Vollzeitstelle teilweise nicht im vollen Umfang besetzt war und somit auch die Personalerstattung geringer

ausgefallen ist. In der Ergebnisrechnung ist bei den „Ordentlichen Aufwendungen“ noch ein Mehraufwand von 5.000 € zu verzeichnen, welcher mit einer Zuführung zur Rückstellung für eine evtl. Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt zusammenhängt.

Zeile 30 ER

In 2018 ist ein Wirtschaftsgut abgegangen. Der Restwert in Höhe von 491,36 € wurde gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO gegen die Allgemeine Rücklage ausgebucht. Nach § 38 Abs.3 GemHVO sind Erträge und Aufwendungen, die unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden, nachrichtlich nach dem Jahresergebnis auszuweisen. Daher wurde entsprechend dieser Vorschrift die Ergebnisrechnung um die Zeile 30 (Verrechnete Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage) erweitert.

Überplanmäßige Ausgaben 2017

Die Verbandsversammlung hat am 30.03.2017 dem Mietvertrag für die neue Geschäftsstelle des Studieninstitutes ab 01.08.2017 zugestimmt und gleichzeitig nachfolgende überplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen bewilligt: Bei dem Kostenträger „Verwaltung 429500“, Positionen „Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude“ Sachkonten 523700/73700 wurden bis zu einer Gesamthöhe von 6.500 € (inbegriffen Anstreicherarbeiten) und „Mieten“, Sachkonten 42100/742100 bis zu einer Gesamthöhe von 16.000 € genehmigt. Ferner genehmigte die Verbandsversammlung in gleicher Sitzung überplanmäßige Mittel für die Umzugskosten von Kohlscheid nach Aachen bei dem Kostenträger „Verwaltung 429500“, Position „Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen“, Sachkonten 526900/726900 in Höhe von bis zu 2.500 €. Die Deckungen für die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sollten durch Einsparungen im Kostenträger „Personalauslese 429504“ bei der Position „Aufwendungen für Personalauslese“ Sachkonten 542800/742800 gewährleistet werden.

Ermächtigungsübertragungen

Die Verbandsversammlung hat am 30.11.2018 die Anschaffung der Fachsoftware „Antrago“ einschließlich der Integration einer Schnittstelle zur Finanzsoftware beschlossen. Insgesamt wurden hierfür einschl. der überplanmäßigen Mittel 52.000 € in 2018 bereitgestellt. In 2018 wurde die Fa. Antrago noch beauftragt und eine Anzahlung in Höhe von 11.900 € geleistet. Bereits in der letzten Verbandsversammlung wurde beschlossen, die nicht in 2018 verausgabten Mittel im Rahmen einer Ermächtigungsübertragung nach 2019 zu übertragen. Die Übertragung der Ermächtigung führt zu einer zusätzlichen Belastung der Finanzrechnung von 40.100 € im Folgejahr, weil deren Inanspruchnahme dem Haushaltsjahr zuzurechnen ist, in dem diese erfolgt. Die übertragene Ermächtigung erhöht die entsprechende Position im fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Folgejahres, so dass sich der Ansatz von ursprünglich 1.500 € auf 41.600 € in 2019 erhöht hat.

Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes 4 Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429501 Lehrgangsbetrieb
- 429502 Berufsförderungswerk Düren (BFW),

- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren
- 160101 Allgemeine Finanzwirtschaft und Umlagen

Im Kostenträger „429500 Verwaltung“ wurden bis 31.12.2017 insbesondere allgemeine Kosten wie Mieten und Bewirtschaftungskosten erfasst. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wurde dieser Kostenträger nicht mehr beplant. Die dort ausgewiesenen Aufwendungen bzw. Auszahlungen werden entsprechend dem tatsächlichen Ressourcenverbrauch produktscharf bei den anderen Kostenträgern abgebildet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Die Verbandsumlage wurde erstmalig in 2018 im Kostenträger „160101 Allgemeine Finanzwirtschaft“, der für solche Finanzbewegungen vorgesehen ist, abgebildet. Das Wirtschaftsjahr 2018 hat insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 130.434,27 € abgeschlossen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Es gab bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2018 keinen Sachverhalt von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Das Studieninstitut ist gut aufgestellt und blickt trotz gestiegener Anforderungen insbesondere im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung optimistisch in die Zukunft. Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (VL I und VL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen allgemeinen Aufgabenzuwachs und als notwendige Reaktion auf den demografischen Wandel zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen. In den letzten Jahren ist eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Nach den aktuellen Anmeldezahlen werden zum 01.08.2019 in den Abteilungen StädteRegion (25) Heinsberg (24) und Düren (25) drei Unterstufen mit insgesamt 74 Auszubildenden an den Start gehen. Für die Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegssamt liegen bisher 22 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei der Abteilung Aachen Stadt vor. Die enormen Anmeldezahlen für die Verwaltungslehrgänge I und II erforderten die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Anfang 2017 standen noch mehr als 200 Personen für die Verwaltungslehrgänge auf der Warteliste. Die vier Abteilungen haben seit Ende 2017 jeweils einen zusätzlichen VL I – bzw. VL II Lehrgang gestartet, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Ein zusätzlicher VL I der Stadt Aachen ist Anfang 2018 in den Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des Studieninstitutes gestartet. Durch den Wegfall der bisherigen gesetzlich vierjährigen Wartezeit für die Verwaltungsfachangestellten haben sich die Anmeldungen für den VL II proportional erhöht. Im Herbst 2018 hatte der KAV aufgrund der Nachwuchs- bzw. Einstellungsprobleme großer Kommunen dafür geworben, die Ausbildungs- und Prüfungspflichten für den VL I und VL II zunächst bis 2020 auszusetzen. Dies wurde jedoch von den zuständigen Gremien nicht befürwor-

tet. Vielmehr hat man die Studieninstitute NRW aufgefordert, bis März dieses Jahres ein Konzept vorzulegen, in dem die bisherigen Lehrgangsformen des VL I und VL II modifiziert und gestrafft werden. Ferner sollten insbesondere für den VL II Anerkennungsmöglichkeiten von vorherigen Studiengängen etc. geschaffen werden. Die Studieninstitute NRW haben unter Beteiligung des Städtetages und Landkreistages NRW und unter Einbindung aller Kommunen von NRW ein Strategiepapier mit neuen Lehrgangsformen entwickelt, welches am 25.03.2019 im Gruppenausschuss des KAV als Alternative zu den bisherigen Lehrgangsformen vorgestellt wird. Sollte sich dieses Konzept durchsetzen, wovon nach jetzigem Stand auszugehen ist, werden die künftigen Lehrgänge „modular“ durchzuführen sein und der bisherige VL I wird sich in einen sogenannten „Basislehrgang mit 150 Unterrichtsstunden“ und einem „Aufbaulehrgang mit 400 Unterrichtsstunden“ aufteilen. Ferner werden beim VL II Anerkennungen von Vorbildungen bei einzelnen Lehrgangsteilnehmern mehr eine Rolle spielen als bisher. Es bleibt abzuwarten, inwieweit hierdurch zusätzliche Personalkapazitäten in der Geschäftsstelle des Studieninstitutes gebunden werden. Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2020 fortlaufend mindestens 2 Ausbilderlehrgänge je Jahr geplant. In 2018 wurde neben den zwei Lehrgängen bei der Geschäftsstelle in Aachen zusätzlich ein Lehrgang in Heinsberg und Düren durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass die Kommunen mehr „Quereinsteiger“ einstellen, wird der Lehrgang „Grundlagen Verwaltungskunde“ immer mehr nachgefragt. In 2018 wurden in der Geschäftsstelle sowohl ein Grundkurs als auch ein Aufbaukurs „Verwaltungskunde“ angeboten. Darüber hinaus wurde ein solcher Grundlagenkurs jeweils beim Kreis Heinsberg als auch bei der Stadt Aachen vom Studieninstitut durchgeführt.

Bereich Fortbildung, Seminare

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass es insbesondere wichtig ist, aktuelle Themen aufzugreifen und auch Seminare intensiv zu bewerben. Darüber hinaus hat sich im letzten Jahr ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen sowie konkrete Seminarwünsche entgegenzunehmen. Die Anzahl der durchgeführten Inhouse-Seminare wächst stetig. Nicht zuletzt durch die bessere Raumausstattung in Aachen konnten in 2018 vielmehr Seminare angeboten und durchgeführt werden. Erfreulicherweise ist im Jahr 2018 eine Kooperation mit dem Jobcenter Aachen und der job-com Düren zustande gekommen, so dass jährlich rd. 14 Grundlagenschulungen im Bereich der „Passiven Leistungen SGB“ vom Studieninstitut mit Referenten der beiden Kooperationspartner angeboten und durchgeführt werden konnten. Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. In 2018 wurden vier ausgebuchte Schulungen diesbezüglich durchgeführt.

Modulare Qualifizierung

Als besondere zusätzliche Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur „modularen Qualifizierung“ für den Aufstieg in die „Laufbahngruppe 2, 2 Einstiegsamt“ (vorher höherer allgemeiner Verwaltungsdienst) aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW wahrgenommen. Grundsätzlich besteht für die Durchführung dieser modularen Qualifizierung eine Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN. Der erste Block (2015–2016) der 4 Module wurde

ausgeschrieben und an beiden Standorten, jedoch schwerpunktmäßig am Niederrhein, durchgeführt. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen (17 Personen) aus dem Verbandsgebiet wurde die am 02.03.2017 begonnene modulare Qualifizierung mit 40 Seminartagen (verteilt über eine Laufzeit von rd. 18 Monaten) und die Abnahme der Leistungsnachweise in allen vier Modulen vom hiesigen Studieninstitut alleine durchgeführt. Dieser Durchgang wurde im Mai 2018 abgeschlossen. Bereits im Juni 2018 hat der nächste Block der modularen Qualifizierung mit 14 Personen aus dem Verbandsgebiet begonnen und endet am 30.10.2019. Es liegen bereits jetzt 27 Anmeldungen für die nächste modulare Qualifizierung vor, welche am 12.11.2019 beim hiesigen Institut starten soll.

Fortbildung 4.0

Ein Großteil der Führungskräfte unserer Kommunen sind in der mittleren Ebene angesiedelt und haben nicht die Möglichkeit einer modularen Qualifizierung. Sie müssen sich aber andererseits auch wichtigen Führungsaufgaben bzw. – anforderungen stellen. Daher hat sich das Studieninstitut entschlossen, auch für diese Führungskräfte und Führungsnachwuchskräfte der mittleren Führungsebene ein interessantes Seminarangebot in Zusammenarbeit mit Pro VERBUM anzubieten. Im Verlauf von einem Jahr (April 2018 – März 2019) wurden insgesamt 13 Führungskräfte aus dem Verbandsgebiet in den Bereichen

- Rollenwechsel und Rollenfindung;
- Führungsstil und das kooperative Führungssystem;
- Umgang mit Konflikten;
- Teambesprechungen zielorientiert führen sowie
- Teamaufbau und Teamentwicklung

an insgesamt 10 Seminartagen geschult. Damit wurden zunächst alle relevanten Führungsbereiche abgedeckt, die es den Führungskräften ermöglichen sollen, ein modernes, innovatives und kooperatives Führungshandeln anzuwenden. Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer soll dieses Schulungsangebot ab 02.09.2019 wiederholt werden. Durch dieses zusätzliche Angebot des Studieninstitutes wurde bzw. wird insbesondere den Führungskräften der kleineren Kommunen die Möglichkeit auf „Führungskräftebildungen“ eröffnet.

Bereich Personalauslese

Der Bereich Personalauslese stand nach Jahren einer guten kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem IfP Köln vor grundlegenden Herausforderungen. Nachdem die Stadt Köln als Träger des Instituts für Personalentwicklung und Eignungsprüfung und das Rheinische Studieninstitut als stärkstes Mitglied aus dem Verbund ausgestiegen sind, mussten die übrigen Mitglieder des nichtrechtsfähigen Vereins die offene Situation einer neuen Lösung zuführen. Neuer Träger wurde 2015 das Studieninstitut Hagen, das jedoch lediglich die Betreuung der Mitglieder als „Geschäftsstelle“ ohne eigene Testleistung weiterführt. Aufgrund dessen haben sich neben dem hiesigen Institut viele andere Studieninstitute entschlossen, sich für das Einstellungsjahr 2017 eines neuen erfolgreichen Online-Bewerber-Auswahlverfahrens zu bedienen. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. Das Personalausleseverfahren für die Einstellungsjahrgänge 2018 und 2019 konnte nach den ersten Erfahrungen aus 2017

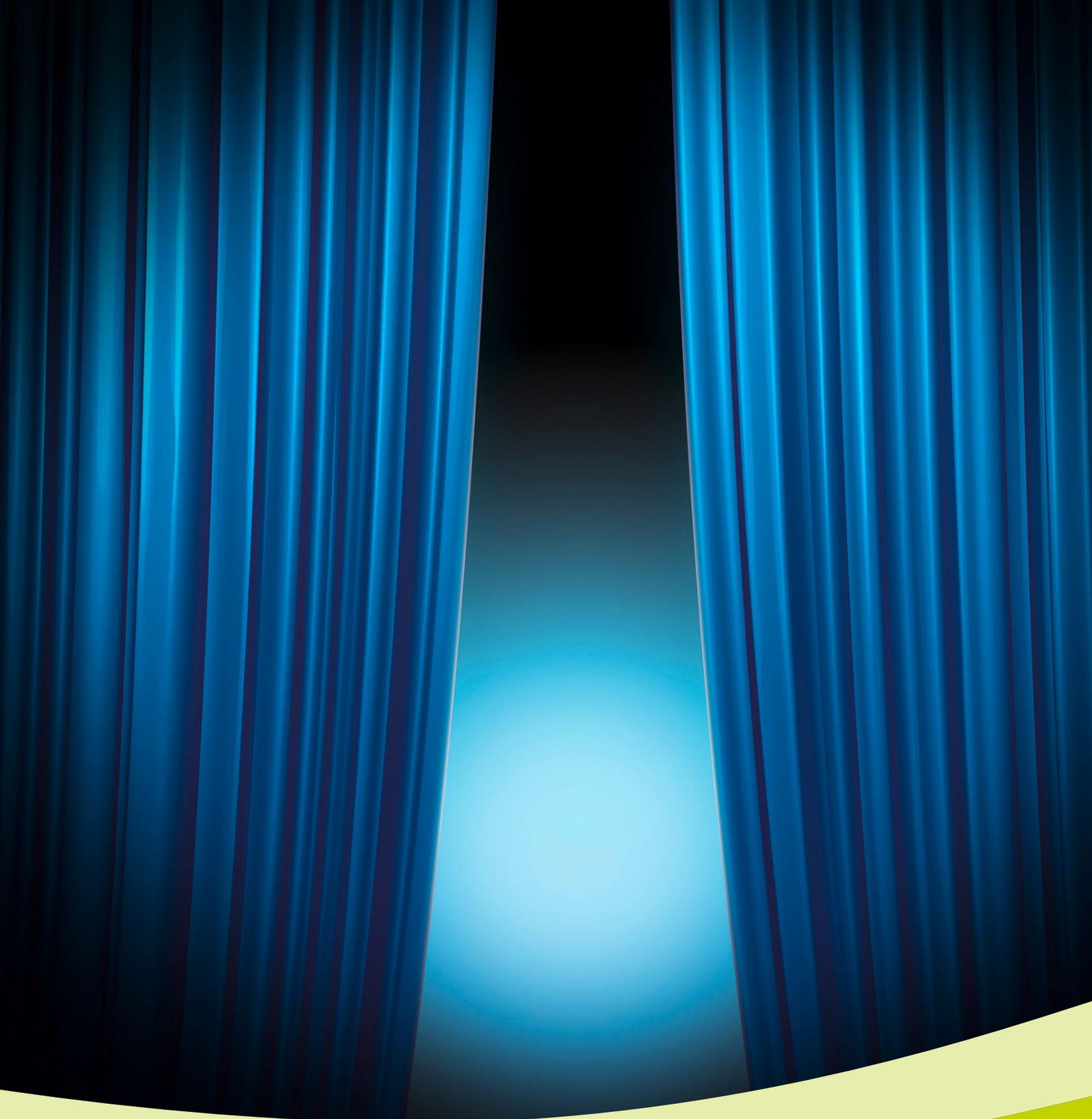
äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden und soll auch weiterhin für die Kommunen im Verbandsgebiet angeboten werden.

Veränderung des Standorts der Geschäftsstelle des Studieninstitutes

Bis 31.07.2017 war die Geschäftsstelle des Studieninstitutes in Herzogenrath-Kohlscheid verortet. Insbesondere der Seminarraum entsprach nicht den heutigen Ansprüchen an eine moderne Weiterbildungseinrichtung. Ferner kam hinzu, dass weder eine behindertengerechte Toilette noch ein barrierefreier Zugang vorhanden waren. Durch die neuen räumlichen Möglichkeiten konnten in 2018 sowohl mehr Lehrgänge als auch mehr Fortbildungen als vorher in Kohlscheid (nur ein Seminarraum) angeboten werden, was auch am positiven Jahresergebnis 2018 abzulesen ist. Der Umzug nach Aachen war ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte, zukunftsorientierte Ausrichtung des Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Aachen.

Einführung einer neuen Fachsoftware beim Studieninstitut

Die Verbandsversammlung hat am 30.11.2018 die Anschaffung der Fachsoftware „Antrago“ einschließlich der Implementierung einer Schnittstelle zur Finanzsoftware beschlossen. Mit dieser Software soll zukünftig sowohl der „Lehrgangsbetrieb“ als auch die „Seminarverwaltung“ abgewickelt werden. Ziel ist es, dass zum 01.01.2020 der Echtbetrieb startet. Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere für den Lehrgangsbetrieb, für den bisher keinerlei Fachanwendung im Einsatz war, Arbeitserleichterungen und Synergieeffekte entstehen.



Kultur

Grenzlandtheater der StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hoch stehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft bestellt zwei gleichberechtigte Geschäftsführer, und zwar einen für die kaufmännischen Aufgaben und einen für die künstlerischen Aufgaben. Im Bedarfsfalle bestellt die Gesellschaft je einen Stellvertreter.

Beirat:

Der Beirat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens 8 Personen. Er wird gebildet aus dem Städteregionsrat, 5 vom Städteregionstag zu wählenden Mitgliedern und 2 Vertretern der Verwaltung, und zwar dem allgemeinen Vertreter und dem Kämmerer. Vorsitzender ist der Städteregionsrat, stellvertretender Vorsitzender der allgemeine Vertreter.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die jeweiligen Mitglieder des Städteregionsausschusses vertreten. Der Vorsitzende ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

| | | |
|--------------------------|--------------------------|---------------------------------------|
| Geschäftsführung: | Intendant Uwe Brandt | Künstlerischer Leiter |
| | Dipl. Kfm. Hermann Fuchs | Kaufmännischer Leiter |
| Beirat: | | |
| Vorsitzender | Helmut Etschenberg | Städteregionsrat (bis 31.12.2018) |
| | Dr. Tim Grüttemeier | Städteregionsrat (ab 01.01.2019) |
| Stv. Vorsitzender | Axel Hartmann | Allg. Vertreter d. Städteregionsrates |
| | Thomas Claßen | komm. Kammereileiter |
| | Christiane Karl | 2. Stellv. StädteRegionsrätin |
| | Christa Heners | sachkundige Bürgerin |

| | |
|---------------------|---------------------------|
| Manfred Bausch | Städteregionstagsmitglied |
| Claudia Cormann | Städteregionstagsmitglied |
| Birgitt Lahaye-Reiß | Städteregionstagsmitglied |
| Martin Peters | Städteregionstagsmitglied |

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder des Städteregionsausschusses unter Vorsitz des Städteregionsrates.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52062 Aachen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|---------------------|------------------|---------------|
| StädteRegion Aachen | <u>26.000,00</u> | <u>100,00</u> |
| | 26.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-----------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| A. Anlagevermögen | 96.464 | 478.305 | 447.745 |
| I. Sachanlagen | 96.464 | 478.305 | 447.745 |
| B. Umlaufvermögen | 1.055.537 | 1.108.730 | 937.162 |
| I. Vorräte | 0 | 0 | 0 |
| II. Forderungen / sonst. VG | 16.599 | 27.413 | 28.582 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 1.038.938 | 1.081.317 | 908.580 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 4.721 | 13.831 | 9.178 |
| D. Nicht durch EK ged. Fehlbetrag | 0 | 4.242 | 59.940 |
| Bilanzsumme Aktiva | 1.156.723 | 1.605.107 | 1.454.026 |
| | | | |
| A. Eigenkapital | 18.282 | 0 | 0 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 26.000 | 26.000 | 26.000 |
| II. Jahresfehlbetrag | -7.718 | -30.242 | -85.940 |
| III. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag | 0 | 4.242 | 59.940 |
| B. Sonderposten m. Rücklageanteil | 96.464 | 161.020 | 148.339 |

| | | | |
|-------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| C. Rückstellungen | 82.607 | 78.206 | 55.451 |
| D. Verbindlichkeiten | 191.705 | 563.694 | 459.708 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 767.664 | 802.187 | 790.528 |
| Bilanzsumme Passiva | 1.156.722 | 1.605.107 | 1.454.026 |

| | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------------|--------------|---------------|---------------|
| Gewinn- und Verlustrechnung: | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 1.588.792 | 1.604.512 | 1.627.909 |
| sonst. betriebl. Erträge | 996.801 | 1.012.376 | 1.033.179 |
| sonst. nicht zuschussfähige Erträge | 20.850 | 20.000 | 29.023 |
| Personalaufwand | 1.684.274 | 1.744.668 | 1.634.458 |
| sonst. betriebl. Aufwendungen | 883.123 | 857.971 | 1.060.326 |
| sonst. n. zuschussfähiger Aufwand | 20.178 | 21.782 | 43.731 |
| Jahresfehlbetrag n. Steuern | 7.718 | 30.242 | 85.940 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|---------------|---------------|---------------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi) | 56 | 63 | 62 |
| | | | |
| Vorstellungen | 2016 | 2017 | 2018 |
| Theater Elisengalerie | 281 | 288 | 292 |
| Abstecher Gastspielorte | 89 | 90 | 84 |
| Sonderveranstaltungen | 6 | 6 | 6 |
| Insgesamt | 376 | 384 | 382 |
| | | | |
| Zuschauerzahlen | 2016 | 2017 | 2018 |
| Insgesamt | 80.899 | 80.323 | 80.112 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Gesellschaft erhält jährlich einen Zuschuss von der StädteRegion Aachen für den Defizitausgleich. Im Haushaltsjahr 2019 wurde ein Verlustausgleich in Höhe von 75.000 € (Ansatz) für das Geschäftsjahr 2018 gezahlt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/ Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in der Region Aachen mit der Umsetzung der Spielpläne 2017/2018 sowie 2018/2019 im Geschäftsjahr 2018 vollumfänglich erreicht. Die hier im Lagebericht dokumentierten statistischen Auswertungen über die Vorstellungen und Besucherzahlen mit einer sehr guten Auslastungsquote belegen die erfreuliche Resonanz unserer Besucher auf die im Kalenderjahr 2018 aufgeführten Theaterstücke und Musicals. Das gilt genauso für die Sonderveranstaltungen (z.B. TheaterTalk) im Grenzlandtheater Aachen sowie die Aufführungen in den Abstecher- und Gastspielorten der StädteRegion, die im Rahmen der Funktion des Grenzlandtheaters als Landesbühne intensiv bespielt werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturforscher des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel rechnen laut ihrer Medieninformation vom 6. September 2018 mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das Jahr 2018 um 1,9 % (Vorjahr: 2,5%); für das Jahr 2019 um 2,0 %. Damit geht die Hochkonjunktur in Deutschland vorerst weiter, deutlich angespannte Kapazitäten läuten aber wohl mit dem Übergang in das neue Jahrzehnt den Abschwung ein. Die von der Bundesregierung beschlossenen, auf Dauer angelegten Mehrausgaben dürften bereits 2020 dazu führen, dass die schwarze Null strukturell nicht mehr zu halten ist.

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelt sich seit Ende der 1980er Jahre die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einem der dynamischsten Wirtschaftszweige der Weltwirtschaft. Sie hat einen wesentlichen Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) in Deutschland. Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachen Wertschöpfung übertrifft inzwischen andere wichtige Branchen wie die chemische Industrie, die Energieversorger oder aber die Finanzdienstleister. Nur die Automobilindustrie erzielt eine deutlich höhere Bruttowertschöpfung.

Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Jahr 2017 sind keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Anzahl der Vorstellungen ist mit 382 auf Vorjahresniveau (2017: 384) und trotz leicht geringerer Besucherzahlen liegen die Theatereinnahmen aus Kartenverkäufen auch auf Vorjahresniveau. Spenden und Zuwendungen lagen auf Vorjahresniveau und damit nur minimal unter der Millionengrenze.

| | 2018 | 2017 |
|--|-------------------|-------------------|
| Theater Elisen Galerie | 292 | 288 |
| Abstecher Gastspielorte | 84 | 90 |
| Sonderveranstaltungen(Theatertalk; Jazz-Bühne) | <u>6</u> | <u>6</u> |
| insgesamt | <u>382</u> | <u>384</u> |

Die Zuschauerzahlen entwickelten sich wie folgt:

| | 2018 | 2017 |
|---------------------------------|----------------------|----------------------|
| Aachen Freiverkauf | 12.116 | 11.732 |
| Aachen Abo | 46.136 | 47.254 |
| Gastspielorte Freiverkauf | 15.769 | 14.548 |
| Gastspielorte Abo | 4.839 | 5.545 |
| Sonderveranstaltung Freiverkauf | <u>1.252</u> | <u>1.244</u> |
| insgesamt | <u>80.112</u> | <u>80.323</u> |

Alleine in Aachen wurden 58.252 Besucher (2017: 58.986) in 292 (2017: 288) Vorstellungen gezählt. Ausgehend von 218 verfügbaren Sitzplätzen im Saal errechnet sich insgesamt ein Besucher-durchschnitt von 210 (96%). Die Anzahl der Abovorstellungen und des regulären freien Verkaufs sind über die Geschäftsjahre hinweg auf konstant hohem Niveau. Der Personalbereich spiegelt die Entwicklung der Einnahmen wider. Auch in diesem Bereich war im Zusammenhang mit der hohen Anzahl von Vorstellungen und Besuchern ein leichter Mehraufwand zu verzeichnen. Demgegenüber konnte der Materialaufwand im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas gemindert werden (geringere Instandhaltungen aufgrund darlehensfinanzierter Umbaumaßnahmen im Foyer). Im Vergleich zum fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 2018 (Stand August 2018) waren in allen Bereichen also nur geringfügige Abweichungen zu verzeichnen. Somit ergab sich ein Jahresergebnis von -85.940 €, das vom prognostizierten Planergebnis in Höhe von - 86.164 € nicht weiter abweicht. Die an das Jahr 2018 gestellten wirtschaftlichen Erwartungen und Ziele konnten insgesamt realisiert werden.

Lage

Die Gesellschaft ist zum Stichtag 31. Dezember 2018 bilanziell überschuldet, der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beläuft sich zu diesem Zeitpunkt auf 59.940,33 €. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nach Einschätzung der Geschäftsführer jedoch nicht vor. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Gesellschafterin die Gesellschaft – wie bereits in den Vorjahren erfolgt – weiterhin in der erforderlichen Höhe finanziell unterstützen wird. In diesem Zusammenhang ist die Fortführung des Unternehmens nach den derzeitigen Umständen überwiegend wahrscheinlich. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde daher trotz der bestehenden

bilanziellen Überschuldung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Darüber hinaus ist die Lage unseres Unternehmens nach wie vor geprägt von der guten Auslastung und Programmvielfalt.

a) Ertragslage

Die Erlöse – hier als Theatereinnahmen aus Kartenverkauf Aachen, Abstecher und Sonderveranstaltungen – erreichten

- 2018: 1.489.640 €
- 2017: 1.542.737 €

Das ergibt Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr i.H.v. 53.097 € (-3,4%), die zurückzuführen sind u.a. auf geringere Abbonnentenzahlen und Vorstellungsausfälle. In der Elisengalerie Aachen und den Abstechern ist eine Verschiebung zum Freiverkauf erkennbar. Hinzuzurechnen sind noch Einnahmen aus Programmverkauf, Garderobe, Umtauschgebühren und Sonstiges in Höhe von insgesamt 138.269 €. Die in der GuV-Rechnung ausgewiesenen „Sonstige betriebliche Erträge“ i.H.v. 1.033.179 € (2017: 1.012.376 €) setzen sich wie folgt zusammen:

| | 2018 | 2017 |
|-------------------------------------|------------------|------------------|
| Spenden/Beihilfen | 13.323 | 9.463 |
| Zuwendung/Förderverein | 695.000 | 695.000 |
| Zuschüsse Reg. Köln | 277.800 | 273.170 |
| Teilauflösung Investitionszuschüsse | 43.518 | 34.743 |
| Erlöse Anlagenabgang | <u>3.538</u> | <u>0,00</u> |
| Insgesamt | 1.033.179 | 1.012.376 |

Die Theatereinnahmen erreichen damit einen Betrag i.H.v. 2.661.088 €. Von dieser Summe ist die Position Teilauflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit 43.518 € in Abzug zu bringen, so dass die (um diese neutrale Position bereinigten) Einnahmen bei 2.617.570 € liegen (2017: 2.581.814 €). Die Personalkosten haben beim personalintensiven Charakter des Hauses einen hohen Stellenwert. Sie betragen beim Grenzlandtheater 1.634.458 € und erreichten 61 % (2017: 59 %) der zuwendungsfähigen Ausgaben (Personalkosten, Sachaufwand und Steuern ohne Abschreibung) in Höhe von 2.695.063 € (2017: 2.603.543 €).

Der um 84.237 € höhere Personalaufwand i.H.v. 1.634.458 € gegenüber dem Vorjahr (2017: 1.550.221 €) resultiert aus den tariflichen Steigerungen Vorstand, Verwaltung und Technik sowie aus höherem Aufwand bei den Gästen und bei Aushilfen. Die betrieblichen Sachkosten erreichten

- 2018: 1.060.326 €,
- 2017: 1.052.418 €.

Zu diesem Betrag wird dann die gesondert auszuweisende KFZ-Steuer (280 €) hinzugerechnet, so dass der Sachaufwand insgesamt 1.060.606 € beträgt. Der auf Vorjahresniveau liegende Ansatz 2018 ist durch zwei gegenläufige Effekte geprägt. Zum einen durch geringere Instandhaltungsaufwendungen, die im Vorjahr in großem Maße in den Räumen der Verwaltung dringend ausgeführt werden mussten. Das gilt ebenso für die baulichen Maßnahmen in der alten und neuen Probebühne, die erfolgreich abgeschlossen sind, so dass im Geschäftsjahr 2018 geringerer Bedarf entstanden ist. Zum anderen ist der Aufwand für Honorare Freischaffender gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bei den übrigen Positionen des Sachaufwandes erfolgte die Orientierung an den Vorjahreswerten. Die Finanzierung der Umbaumaßnahmen im Foyer und die Investition in die neue Theaterbestuhlung erfolgten über Darlehensaufnahmen bzw. Zuwendungen des Fördervereins. Die Verteilung der Zuschüsse des Landes und des Fördervereins (972.880,00 €) ergibt bei 78.860 Besuchern (ohne Sonderveranstaltungen) einen rechnerischen Betriebszuschuss von 12,34€ pro Gast (2017: 12,24 €). Die letzte aktuelle Statistik vom Deutschen Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist für die entsprechenden Durchschnittswerte auf Bundesebene 132,68 € und für NRW 144,55 € als Betriebszuschüsse pro Besucher aus (Stand Theaterstatistik Spielzeit 2016/2017; Quelle Dt. Bühnenverein). Ausgehend von Gesamteinnahmen in Höhe von 2.661.088 €, Personalaufwendungen i.H.v. 1.634.458€, Sachaufwendungen i.H.v. 1.060.326 € und Abschreibungen (37.257 €) ist noch der Saldo aus dem nichtzuschussfähigen Bereich i.H.v. -14.708 € und die Kfz-Steuer i.H.v. 279 € einzubeziehen. Damit verbleibt ein Fehlbetrag i.H.v. 85.940 €.

Im Geschäftsjahr 2018 ergaben sich folgende nicht zuschussfähige Ausgaben/Einnahmen:

| 2018 Ausgaben: | Euro |
|---|----------------------|
| Zinsen langfr. Verbindlichkeiten | 3.685 |
| Versicherungen | 5.997 |
| Repräsentationskosten/Sonstige Kosten | 10.392 |
| Sonstige Kosten | 2.646 |
| Kosten Fremdveranstaltungen | 2.949 |
| Abschreibungen Fremdfinanzierung | <u>18.061</u> |
| Insgesamt | <u>43.730</u> |
| | |
| 2018 Einnahmen: | |
| Zuwendung Förderverein für nicht zuschussfähige Aufwendungen | 26.023 |
| Einnahmen Fremdveranstaltung | 0 |
| Einnahmen Sponsoring | <u>3.000</u> |
| Insgesamt | <u>29.023</u> |
| | |
| Saldo/Fehlbetrag | <u>14.707</u> |

b) Finanzlage

Unsere Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 93.751 €. Diese verringerte sich stichtagsbedingt um 97.773 € gegenüber dem Vorjahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um 6.214 € auf 365.956 €. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen in den verringerten Verbindlichkeiten gegenüber Gästen begründet. Die Liquiditätslage ist durch Vorauszahlungen von Abonnenten sowie durch Zuwendungen und Spenden geprägt.

c) Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag durch planmäßige Investitionen erhöht, ist jedoch weiterhin überwiegend durch Bankguthaben geprägt. Das Bankguthaben hat einen Anteil von 62% am Gesamtvermögen. Korrespondierend wird ein Sonderposten auf der Passivseite ausgewiesen. Wesentliche Investitionen in das Anlagevermögen waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen wie in den Vorjahren für unsere Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Besucheranzahl sowie Anzahl der Vorstellungen heran. Die Anzahl der Vorstellungen bzw. Aufführungen des Theaters betrug im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 382 und verringerte sich somit um 2 Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zuschauerzahlen entwickelten sich von 80.323 auf 80.112 in 2018 geringfügig rückläufig. Die minimale Reduzierung liegt im Rahmen normaler Schwankungen.

Prognosebericht

Das Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2019 baut auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 auf und berücksichtigt die finanziellen Rahmenbedingungen in den Erlös- und Kostenansätzen lt. Spielplanung 2018/2019 und 2019/2020. Wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Wirtschaftsplanung ist daher die Spielplanung für die nächste Spielzeit 2019/2020. Sie wird erneut acht Produktionen umfassen, die eine breite Palette von der Komödie über Klassiker und Drama bis hin zum Musical enthält. Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit Theatereinnahmen und Zuschüssen i.H.v. 2.631.095 € kalkuliert und mit zuwendungsfähigen Personalaufwendungen i.H.v. 1.819.605 € sowie zuwendungsfähigen Sachausgaben i.H.v. 871.900 €. Bei einem ebenfalls nicht ausgeglichenen nichtzuschussfähigen Bereich (-10.493 €) verbleibt dann ein Defizit i.H.v. 70.903 €, das über einen entsprechenden Gesellschafterzuschuss finanziert werden muss, um hinsichtlich der Landesförderung einen ausgeglichenen Theaterhaushalt für das Jahr 2019 herstellen zu können.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt einer Vielzahl von Risiken, die untrennbar mit der unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Die Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfang. Eine Reduzie-

ggf. durch Gesellschaftermittel bzw. höhere Zuschüsse des Fördervereins kompensiert werden. Im Gj. 2018 war die Landesförderung erneut um ca. 1,5% auf 277.800 € erhöht worden. Sowohl Risiken als auch Chancen ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan ist die Basis für die Einnahmen des Theaters und stellt zugleich dessen unternehmerisches Risiko dar. Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater präsentieren und so die notwendigen Einnahmen sichern. Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafterin abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würden. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren. Zuletzt in der Spielzeit 2014/2015 wurde über die Finanzausstattung des Theaters grundsätzlich diskutiert mit dem einvernehmlichen Ergebnis, dass der Theaterbetrieb, wie bei vergleichbaren Theatern, nicht kostendeckend sein kann. Bei der gegebenen Platzausnutzung und der hohen Aufführungszahl sind die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erwirtschaften, begrenzt. Daher erfolgte eine Aufstockung der Zuwendungsmittel seitens des Fördervereins und der Gesellschafterin. Als Beitrag des Theaters ist eine Preiserhöhung ab der Spielzeit 2019/2020 eingeplant. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht ersichtlich.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle sind bis zum heutigen Tag nur im geringen Umfang zu verzeichnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfrist gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft über die vorhandenen liquiden Mittel. Ziel des Kontroll- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Diese Kontroll- und Risikomanagementsysteme sind installiert, werden laufend optimiert und den geänderten Marktverhältnissen angepasst. Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des „KuK – Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen“.

Die im KuK-Zentrum ansässigen Künstler/innen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Das KuK ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Ergebnis des Wettbewerbes „Kulturelle Gründerzentren“, der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet wurde und den die Stabsstelle Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen gewann. Das KuK-Zentrum ermöglicht als Ateliergemeinschaft den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte und stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und neue Kontakte zu knüpfen. Zwölf offene Ateliers, Verkaufs- und Büroräume bilden auf mehr als 400 qm eine Arbeits- und Begegnungsstätte, die zum kreativen Austausch zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Kunstinteressierten einlädt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl. Kfm. Hermann Fuchs

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

| | | |
|------------|-----------------------|--|
| | Hans-Josef Hilsenbeck | I. stv. Städteregionsrat (verst. 10.12.2017) |
| | Alexander Lenders | Städteregionstagsmitglied (ab 12.04.2018) |
| Vertreter: | Werner Krickel | Städteregionstagsmitglied |

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52156 Monschau

gezeichnetes Kapital: 25.000 Euro

| Gesellschafter: | Anteil in € | Anteil in % |
|-----------------------|-----------------|-------------|
| StädteRegion Aachen | 15.000,00 | 60,00 |
| Stadt Monschau | 9.000,00 | 36,00 |
| Förderverein KuK e.V. | <u>1.000,00</u> | <u>4,00</u> |
| | 25.000,00 | 100,00 |

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

| Bilanz: | 2016 | 2017 | 2018 |
|----------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Anlagevermögen | 1 | 1 | 1.301 |
| Umlaufvermögen | 7.276 | 10.738 | 1.189 |
| RAP | 795 | 865 | 885 |
| Bilanzsumme Aktiva | 17.658 | 18.847 | 26.765 |
| Eigenkapital | 8.503 | 11.598 | 18.722 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000 | 25.000 | 25.000 |
| II. Verlustvortrag | -23.621 | -16.497 | -13.402 |
| III. Jahresfehlbetrag | 7.124 | 3.096 | 7.124 |
| Rückstellungen | 1.940 | 2.040 | 2.040 |
| Verbindlichkeiten | 7.215 | 5.208 | 10.507 |
| Bilanzsumme Passiva | 17.658 | 18.847 | 26.765 |

| Gewinn- und Verlustrechnung: | 2016 | 2017 | 2018 |
|-------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| | - in € - | - in € - | - in € - |
| Umsatzerlöse | 6.321 | 6.726 | 6.321 |
| sonst. betriebl. Erträge | 69.452 | 69.452 | 69.452 |
| Materialaufwand | 6.178 | 26.318 | 26.841 |
| Personalaufwand | 3.936 | 4.464 | 7.085 |
| Sonst. betriebl. Aufwendungen | 39.688 | 42.349 | 39.046 |
| Erträge aus Zuschüssen | 69.452 | 69.452 | 69.452 |
| Jahresüberschuss | 7.124 | 3.096 | 2.620 |

Eckdaten und Leistungskennziffern

| | | | |
|---|-------|--------|--------|
| Personalbestand: | 2016 | 2017 | 2018 |
| Mitarbeiter/innen (außer Geschäftsführung) | keine | keine | 1 |
| Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage | 2016 | 2017 | 2018 |
| | in % | in % | in % |
| Eigenkapitalquote | 48,15 | 61,54 | 53,12 |
| Eigenkapitalrentabilität | k.A. | 26,69 | 18,43 |
| Fremdkapitalquote | 51,85 | 38,46 | 46,88 |
| Liquiditätsgrad I | k.A. | 139,07 | 222,63 |

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2017 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 60.000 € geleistet. Es besteht eine Leistungsbeziehung der KuK GmbH mit der WFG mbH, da diese für KuK einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrnimmt mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient der Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der Städtereion Aachen, dem Betrieb und der Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums. Ansässigen Künstler und Künstlerinnen werden durch qualifizierte Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2019

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbereich mit der Verwaltung und dem Betrieb des KuK-Zentrums durch. Bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (31.07.2018) sind gegenüber der NRW Bank die notwendigen Nachweise der Vermarktungsbemühungen zu führen sowie die Belegung des Zentrums mit KünstlerInnen zu dokumentieren. Dies ist im Gj. 2018 für den Belegungszeitraum bis 31.07.2018 ohne Beanstandung durch die NRW-Bank erfolgt, die mit Schreiben von 18.01.2019 bestätigt, dass der Fall abgeschlossen ist. Die Vermarktungsbemühungen sind wie im Vorjahr intensiv von der Projektleitung fortgesetzt worden. Neben der Akquise von Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der Existenzgründung gilt es auch weiterhin Projekte zu gewinnen, die speziell auf das KuK-Zentrum ausgerichtet sind. Hier kann das KuK-Zentrum zeitlich befristet die geeigneten Räumlichkeiten für Gruppen, Studentenklassen bieten. Da die Vermietung der im Souterrain befindlichen Räumlichkeiten wegen der abseitigen Lage keine wirtschaftlich nutzbare, langfristige Vermietung zulässt, findet weiter die interne Nutzung durch Ausstellungen, Lesungen und kleinere Events statt, die das kulturelle Angebot des KuK-Zentrums ergänzen. Ein wirtschaftlicher Effekt ist damit nicht zu erzielen. Die Gesellschaft finanziert sich vorrangig durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Erträge resultieren lediglich aus Mieteinnahmen, die jedoch nur anteilig die Pachtzahlungen des KuK decken. Für das Geschäftsjahr 2019 zeichnet sich – ausgehend von den Mieteinnahmen sowie dem gegebenen Aufwandsniveau – erneut ein wirtschaftlich zufriedenstellender Geschäftsverlauf ohne Liquiditätsengpässe ab, der durch die Betriebskostenzuschüsse gesichert wird. Für die bestehende Finanzarchitektur der Gesellschaft, wird u.a. für Werkvertragsleistungen, für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten am Wochenende und der künstlerisch-konzeptionellen Leitung vor Ort sowie aller Kosten für Gebäudeinfrastruktur, auch in 2019 ein Finanzierungsbedarf von knapp 70.000 € kalkuliert. Die Gesellschaft erwirtschaftete in den vergangenen Jahren geringe Überschüsse, um die Eigenkapitalbasis wieder herzustellen. Eine Insolvenzgefahr ist nicht gegeben, da die Zuschüsse zu Beginn des Wirtschaftsjahres in geplanter Höhe fließen. Die Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr war stets sichergestellt. Da die WFG als Gebäudeeigentümerin ihre Geschäftsaktivitäten einschränkt, wurde die vertragliche Geschäftsbesorgung zwischen der WFG und der KuK Betriebs GmbH einvernehmlich gekündigt. Das Rechnungswesen der Gesellschaft wird seither intern durch eine Mitarbeiterin der Kämmerei nebenamtlich zu entsprechenden Konditionen vertraglich fortgeführt. Durch die Einbindung der regio It als IT-Dienstleister wurde die für die Buchhaltung notwendig IT-Infrastruktur sicher und zuverlässig eingerichtet. Ein neuer Pachtvertrag zu gleichen Konditionen ist aufgrund der Befristung bis 31.07.2019 neu zu schließen.

Chancen und Risiken:

Die Chancen und Risiken der KuK-Betriebs GmbH ergeben sich aus der Abhängigkeit von den jährlich bereitzustellenden Gesellschafterzuschüssen im kalkulierten Umfang zur Finanzierung der Gesellschaft. Die Mieterträge reichen dazu alleine nicht aus. Das anerkannt hochwertige Kulturangebot des KuK-Zentrums mit seinen Veranstaltungen und Ausstellungen ist eine feste Einrichtung in Monschau, die stets Tausende von Besuchern anzieht. Daher ist dieses kulturelle Angebot für die Bevölkerung in der StädteRegion im Gesellschafterinteresse und unverzichtbar.



Aachen Merzbrück



Ihr Wohnpartner
in der StädteRegion Aachen

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSBAU GESELLSCHAFT
FÜR DIE STÄDTEREGION AACHEN GMBH

Grenzlandtheater
Aachen



STÄDTEREGION AACHEN | WÜRSELEN



ENERGETICON



Wir gestalten Zukunft!

www.staedteregion-aachen.de

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat

Postanschrift
StädteRegion Aachen | 52090 Aachen

Telefon +49(241)5198-0
E-Mail info@staedteregion-aachen.de
Internet www.staedteregion-aachen.de



[StaedteRegion.Aachen](https://www.facebook.com/StaedteRegion.Aachen)



[staedteregion_aachen](https://www.instagram.com/staedteregion_aachen)



[@SR_Aachen_News](https://twitter.com/@SR_Aachen_News)



[StaedteRegionAachen](https://www.youtube.com/StaedteRegionAachen)